

II
71758

Hirtenschreiben

des

Fürst-Bischofs von Raibach,

an den

gesamten Curatklerns der Diözese Raibach

addo. 4. November 1856, von Seite I. bis Seite X.

mit der

Instructio pro Judiciis ecclesiasticis Imperii Austriaci quoad causas matrimoniales.

Anweisung für die geistlichen Gerichte des Kaiserthumes Oesterreich in Betreff der Ehesachen, mit der dazu gehörigen Uebersicht und Annotationen. Von Seite 1. bis Seite 45.

Instructio (SS^{mi}. Domini Gregorii divina providentia P. P. XVI.)

ad Archiepiscopos et Episcopos Austriacae Ditionis in foederatis Germaniae partibus circa matrimonia mixta. Romae 22. Maji 1841. Von Seite 46 bis Seite 49.

Dann mit dem

Patent Seiner kaisersl. königl. apostolischen Majestät Franz Joseph I. Kaiser von Oesterreich

vom 8. Oktober 1856 wirksam für den ganzen Umfang des Reiches, womit in Ausführung des Artikels X. des Concordates, über die Eheangelegenheiten der Katholiken im Kaiserthume Oesterreich, in so weit sie dem Bereiche der bürgerlichen Gesetzgebung angehören, ein neues Gesetz erlassen und festgesetzt wird, daß dasselbe mit dem 1. Jänner 1857 seinem vollen Inhalte nach in Wirksamkeit zu treten habe. Von Seite 50. bis 62.

II
71758



~~podaril~~
~~Univerzitetne biblioteke~~
~~Za obnovo~~

Za obnovo
Univerzitetne biblioteke
v Ljubljani
podaril Tausig Stefan
dne 16/V 1944

Anton Aloys Wolf

durch Gottes Erbarmung und des apostolischen Stuhles Gnade

Fürst-Bischof von Laibach,

Großkreuz des öster. kais. Leopold-Ordens,

Ritter des öster. kais. Ordens der eisernen Krone I. Klasse,

Comthur des öster. kais. Franz Joseph-Ordens und Seiner k. k. apost. Majestät
wirklicher geheimer Rath etc.

**Der gesammten ehrwürdigen Seelsorgsgeistlichkeit der
Diözese Laibach**

Heil und Segen vom Herrn!

Unter den vielen wichtigen von den im Jahre 1849 in Wien versammelt gewesenen Bischöfen berathenen Angelegenheiten der katholischen Kirche, welche durch die zwischen Seiner Heiligkeit Papst Pius IX. und Seiner kais. königl. apostol. Majestät Franz Joseph I. Kaiser von Oesterreich am 18. August 1855 zu Wien abgeschlossene, der gesammten Seelsorgsgeistlichkeit der Diözese Laibach durch mein Hirten-schreiben vom 17. Februar d. J. mitgetheilte Vereinbarung (Conventio) eine glückliche Lösung fanden, gilt dieses ganz insbesondere von der Ehe der Katholiken.

Durch mehr als tausend Jahre galt es im ganzen Bereiche der lateinischen Kirche für unbestritten, daß die Ehe sammt allen durch sie begründeten Rechtsverhältnissen vor das geistliche Gericht gehöre, und in Ungarn wurde die Gerichtsbarkeit in Ehesachen fortan nach diesem Grundsatz geübt. In mehreren Staaten wurde zwar die Verhandlung über die, durch die Ehe begründeten Vermögensrechte ganz vor die weltlichen Gerichte gezogen; doch die Entscheidung über die Gültigkeit einer katholischen Ehe blieb, ohne daß man die bürgerlichen Wirkungen ausschied, dem kirchlichen Ehegerichte überlassen.

Ob eine eheliche Verbindung sich der bürgerlichen mit der Ehe verbundenen Rechte erfreue oder nicht, hängt allerdings von den Anordnungen der Staatsgewalt ab; allein die Ehe ist von Gott eingesetzt, damit Mann und Weib einander in allen leiblichen und geistlichen Nöthen unterstützen und ergänzen, und die Kinder, welche die Frucht dieser Verbindung sind, für den Himmel erziehen. Darum ist dieser Bund der Geschlechter durch eine höhere Gnade geheiligt, denn der milde Heiland hat die Ehe zu einem Sakramente des neuen Bundes erhoben. Die Sakramente aber hat Der, welcher sie einsetzte, der Obhut der Kirche anvertraut. Ob also eine Verbindung so beschaffen sei, daß sie vor Gott und dem Gewissen die Pflichten und Rechte der Ehe mit sich bringe, und eben darum auch durch die Gnade des Sakraments geheiligt sei, hat die Kirche und nur die Kirche zu entscheiden.

Als man im sechszehnten Jahrhunderte auch die Ehe von der Kirche loszureißen suchte, sprach das Concilium von Trient den Bann gegen Jene aus, welche behaupteten, daß die Ehesachen nicht vor den kirchlichen Richter gehören — eine Entscheidung, welche in allen, nicht bloß in den katholischen Ländern, Italien, Spanien, Frankreich, ihre praktische Anerkennung gefunden hat, sondern selbst in Deutschland, wie beispielsweise in Baiern und Preußen, wo die geistlichen Gerichte nach kirchlichen Gesetzen über die Ehean-gelegenheiten der Katholiken entscheiden, wo also das kanonische Recht als Richtschnur aufgestellt ist, nach welcher die Gültigkeit der katholischen Ehe zu beurtheilen sei, und doch haben diese Staaten durch die dem kirchlichen Ehegesetze gezollte Anerkennung sich in Wahrung ihrer Interessen nie beirrt gefunden.

Ganz eigenthümlich gestaltete sich jedoch diese Angelegenheit in Oesterreich. Das Ehepatent vom 16. Jänner 1783 stellte allerdings die Behauptung vorne, daß es über die Ehe nur in Betreff ihrer bürgerlichen

Wirkungen zu verfügen gedente; allein dieß war nur eine höfliche Redensweise, mit welcher man das harte Eingreifen zu mildern suchte. Die österreichische Gesetzgebung gieng seit dem Jahre 1783 offenbar von der Voraussetzung aus, daß die Giltigkeit der Ehe schlechthin und ohne alle Beschränkung auf die bürgerlichen Wirkungen bloß von dem Staatsgesetze abhängig sei. Der Kirche wurde nur das Recht zugestanden, Eheverbote zu erlassen, aber auch dieses Recht entzog man ihr thatächlich; denn es wurde den Pfarrern unter strenger Strafe verboten, Chewerbern, welchen ein bürgerliches Ehehinderniß nicht im Wege stand, die kirchliche Trauung zu versagen, und um ihren Grundsatz, daß die Giltigkeit der Ehe in jeder Beziehung ausschließlich nach dem Staatsgesetze zu beurtheilen sei, folgerrecht durchzuführen, legte das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch (§§. 84 und 87) endlich den Landesstellen sogar das Recht bei, in geheimen Ehehindernissen, also für den bloßen Gewissensbereich zu dispensiren. Diese Verkennung des ganzen Verhältnisses, dieser unverkennbare Eingriff in das Gebiet der Kirche und des Gewissens bildete im Laufe von mehr als siebenzig Jahren einen Gegenstand unablässiger und gerechter Beschwerden. Es wurden zwar mehrmalen Verhandlungen zur Beseitigung dieser Mißstände gepflogen; allein zu einer Aenderung des bürgerlichen Ehegesetzes führten sie nicht. Allerdings trat seit mehr als dreißig Jahren eine thatächliche Milderung in der Handhabung des bürgerlichen Ehegesetzes ein, und man suchte es doch in der Ausführung mit den Rechten der Kirche zu versöhnen, um wenigstens jeden grellen Mißklang zu vermeiden; allein dieß war doch nur ein zweideutiger unsicherer Gewinn; denn einerseits konnte die Kirche mit einer theilweisen und schwankenden Duldung ihres gesetzlichen Verfahrens sich nicht zufrieden stellen, weil die Ehe im bürgerlichen Leben einer gesicherten Stellung bedarf und Ansprüche begründet, welche in vielen Beziehungen erfolglos bleiben, wenn nicht das Staatsgesetz denselben Anerkennung und Durchsetzung gewährt, und andererseits klagten alle, welche die Feindseligkeit gegen Religion und Kirche für das Siegel echter Freisinnigkeit ansahen, über die ungemessene Begünstigung der Geistlichkeit, so wahr es auch ist, und immerdar bleibt, daß durch Verbindungen, welche zwar die bürgerlichen Rechte der Ehe genießen, doch vor den Gewissen keine Ehen sind, die Geringschätzung der Religion, die Gleichgiltigkeit gegen alles Höhere, die Abstumpfung des sittlichen Gefühls gefördert werde.

Ebendarum haben aber auch Kirche und Staat ein dringendes Interesse bei ihrer Gesetzgebung über die Ehe Hand in Hand zu gehen. Die Kirche nahm und nimmt die Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit über die christliche Ehe als ein heiliges unverjährbares Recht in Anspruch. Ueber die Giltigkeit der Ehe vor Gott und dem Gewissen kann nur das Kirchengesetz Bestimmungen erlassen, und nur das kirchliche Gericht Entscheidungen fällen. In diesem Sinne hat das Concilium von Trient feierlich ausgesprochen, daß die Kirche die Macht habe, Hindernisse, welche die Ehe ungiltig machen (*impedimenta matrimonii dirimentia*) festzusetzen, und daß die Ehesachen vor das geistliche Gericht gehören.

Uebrigens liegt es am Tage, daß die bürgerliche Gesetzgebung demungeachtet auf die Ehe großen Einfluß übe. Die Staatsgewalt schreibt die Bedingungen vor, unter welchen sie eine Verbindung zweier Personen vor ihrem Gerichte für eine Ehe anerkennen, und denselben die aus der Ehe entspringenden Ansprüche, insoweit dieselben erzwingbar sind, beschützen will, und von diesen Bestimmungen sind die bürgerlichen Rechte der Ehe abhängig. Der Staat wird aber durch seinen eigenen wohlverstandenen Vortheil darauf hingewiesen, keiner Verbindung die bürgerlichen Rechte einer Ehe zu gewähren, wenn sie sich nicht nach den Grundsätzen der Religion, zu welcher die Chewerber sich bekennen, als eine vor dem Gewissen gültige Ehe darstellt. Die Familie ist die Grundlage des Staates; die Ehe ist die sittliche Grundlage der Familie. Zwar wird die Ehe durch einen Vertrag eingegangen, aber die Bedingungen aufzustellen, unter welchen die leibliche Vereinigung der Geschlechter sittlich möglich ist, liegt außer dem Bereiche des weltlichen Gesetzes, und die Verbindlichkeiten, welche man durch die Eingehung der Ehe übernimmt, gehören ihrem größten und wichtigsten Theile nach einem Gebiete an, in welches der Arm der Staatsgewalt nicht hinüber reicht. Liebe und Treue lassen sich nicht erzwingen; erzwingen läßt sich nur ein Stück Geldes, und auch dieß nur, wenn der pflichtvergessene Gatte Vermögen besitzt.

Daher fühlten selbst jene Gesetzgebungen, welche die Trennung der bürgerlichen von der kirchlichen Ehe aussprachen, sich dennoch verpflichtet, die religiösen und sittlichen Ueberzeugungen der Chewerber zu berücksichtigen; darum nimmt auch das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch bei seinen Bestimmungen über die Ehe auf die religiösen Ansichten der nicht katholischen Christen und der Juden sorgfältig Rücksicht. Mit ausdrücklicher Berufung auf ihre Religionsbegriffe (§. 115) gestattet es den Erstern aus erheblichen Gründen die Trennung der Ehe zu fordern; mit ausdrücklicher Berufung auf ihr Religionsverhältniß (§. 123) läßt es bei den Letzteren mehrere und eingreifende Abweichungen von dem allgemein bestehenden Eherechte eintreten (§. 124—136). Eben jene Hindernisse, welche am öftesten als Schranke gefühlt werden, nämlich Verwandtschaft und Schwägerschaft, werden, um den Einklang mit dem jüdischen Gesetze herzustellen, theils enger beschränkt, theils aber auch weiter ausgedehnt, als dieß für Christen der Fall ist. Wenn man daher die Ehen der Katholiken nach demselben Grundsatz behandelt, sohin die bürgerliche österreichische Gesetzgebung in Ehesachen mit der kirchlichen so vollkommen als möglich in Einklang bringt, so wird nur einer Forderung der Gerechtigkeit Genüge geleistet.

Die im Jahre 1849 in Wien versammelt gewesenen Bischöfe glaubten daher vor Allem die Staatsverwaltung auf die zwischen der bürgerlichen und kirchlichen Gesetzgebung in Ehefachen bisher bestandenen Abweichungen aufmerksam machen zu sollen; denn wiewohl das Ehepatent vom Jahre 1783 von der kirchlichen Gesetzgebung in Ehehindernissen bedeutend abwich, so hat doch das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch sich von derselben noch weiter entfernt. Vier in demselben aufgestellte Hindernisse der Giltigkeit, nämlich a) Minderjährigkeit (§. 49), b) Militärstand (§. 54), c) Verurtheilung zur schwersten, oder schweren Kerkerstrafe (§. 61), d) Theilnahme an der Ursache der Ehetrennung (§. 119) kennt das Kirchengesetz nicht, dagegen ist das Hinderniß des Aufgebotes der Kirche so wenig fremd, daß es vielmehr aus dem Kirchengesetze seinen Ursprung herleitet; allein nach dem Kirchenrechte wird die unbedingte Unterlassung des Aufgebotes zwar durch strenge Strafen geahndet, doch macht sie an und für sich die Ehe nicht ungiltig, dagegen erklärte das Ehepatent das dreimalige Aufgebot für ein Erforderniß der Giltigkeit der Ehe, und das bürgerliche Gesetzbuch (§. 69 und 74) ließ nur insoweit eine Milderung eintreten, als es nach demselben zur Giltigkeit der Ehe hinreicht, daß die Namen der Brautleute und ihre bevorstehende Ehe wenigstens Einmal sowohl in dem Pfarrbezirke des Bräutigams als der Braut verkündiget werden.

Zehn andere Hindernisse der Giltigkeit werden sowohl von der bürgerlichen, als von der kirchlichen Gesetzgebung aufgestellt; doch unter Bedingungen, deren Verschiedenheit eine zum Theile unbedeutende, ja nur scheinbare, zum Theile aber eine allerdings eingreifende Abweichung erzeugt.

1. Unmündigkeit. Die Verschiedenheit gründet sich darauf, daß nach dem österreichischen Gesetze (§. 21 und 48) sowohl Knaben als Mädchen bis zur Vollendung des vierzehnten Jahres als unmündig gelten und einen giltigen Ehevertrag nicht errichten können, dagegen nach dem kanonischen Rechte die Mädchen nach Vollendung des zwölften Jahres für mündig gehalten werden.

2. Furcht und Zwang. Da das bürgerliche Gesetzbuch (§§. 55, 95) zwischen gerechter und ungerechter Erregung der Furcht nicht ausdrücklich unterscheidet, so behaupten einige Schriftsteller, das österreichische Gesetz sehe die Einwilligung in die Ehe auch dann für ungiltig an, wenn sie mittelst gerechter Erregung von Furcht bewirkt worden ist, und dann würde zwischen dem österreichischen und dem kirchlichen Hindernisse allerdings eine Verschiedenheit obwalten. Doch wer sich seines Rechtes bedient, fügt Niemanden ein Unrecht zu, und die Absichten, von welchen Jemand zur Ausübung seines Rechtes bestimmt wurde, kann der Staat nicht vor seinen Richterstuhl ziehen; daher unbedenklich behauptet werden kann, daß die gerechte Erregung einer Furcht kein Hinderniß der bürgerlichen Geltung sei, und daß somit beide Gesetzgebungen in diesem Hindernisse übereinstimmen.

3. Entführung. Das Ehepatent schloß bei Aufstellung dieses Hindernisses sich dem kirchlichen Hindernisse des Raubes enge an; doch das bürgerliche Gesetzbuch (§. 56) ließ bedeutende Abänderungen eintreten. Nach seinen Anordnungen ist das Hinderniß der Entführung auch dann vorhanden, wenn die Hinwegführung ohne Verübung einer Gewaltthatigkeit und mit Einwilligung der entführten Person geschah. Es erklärt jede Ehe als ungiltig, welche die entführte Person, so lange sie sich in der Gewalt des Entführers befindet, eingeht; also auch die mit einem Dritten geschlossene Ehe, während doch, wenn die entführte Person sich mit einem Dritten unter Einfluß von Furcht und Zwang vermählte, schon das durch Zwang und Furcht begründete Hinderniß genügt, um die Ehe ungiltig zu machen, ohne daß es nothwendig wäre, dem Hindernisse der Entführung eine erweiterte Geltung zu geben.

4. Irrthum. Nach dem a. b. Gesetzbuche (§§. 57 — 59 und 95) macht der Irrthum die Ehe nur dann ungiltig, wenn er entweder in der Person des Ehegatten selbst vorgehet, oder der Ehefrau seine Gattin nach der Ehelichung bereits von einem Dritten geschwängert findet. Ob diese letztere Bestimmung mit dem Kirchengesetze könne vereinbart werden, hängt von der Auslegung ab, welche man dem auf die Person zurückfallenden Irrthume (*error qui redundat in personam*) gibt. Nach dem Urtheile der meisten Canonisten, und der bei den Ehegerichten vorherrschenden Uebung beschränkt der auf die Person zurückfallende Irrthum sich auf den Irrthum in jener Eigenschaft, welche die einzige Bezeichnung der Person des künftigen Ehegatten ist, und diese Auslegung wird im Allgemeinen durch das Interesse der Sittlichkeit dringend empfohlen, wornach es sich nicht läugnen läßt, daß der Irrthum, in Folge dessen man keine Kunde von der Schwangerschaft der Braut hat, ein kirchliches Hinderniß zu bilden nicht vermöge, so sehr sich diese Bestimmung des bürgerlichen Ehegesetzes durch Billigkeit empfiehlt.

5. Bestehendes Eheband. Dieses Hinderniß kann nach der bestehenden Gesetzgebung niemals ein bloß kirchliches sein, und nur in äußerst seltenen Fällen sich zu einem bloß bürgerlichen gestalten. Wenn nämlich bei einer giltigen, aber noch nicht physisch vollzogenen Ehe (*matrimonium ratum, non consummatum*) Einer der Ehegatten in einen Orden tritt, so wird durch die von ihm abgelegten Ordensgelübde das Band der Ehe gelöst, und dem andern Theile steht es frei, zu einer neuen Ehe zu schreiten. Auch aus andern wichtigen Gründen wird von dem heiligen Stuhle manchmal eine zwar giltig eingegangene, doch nicht physisch vollzogene Ehe getrennt. Dagegen macht das a. b. Gesetzbuch (§§. 62 und 111) zwischen einer vollzogenen und nicht vollzogenen Ehe keinen Unterschied, und stimmt dießfalls mit der kirchlichen Gesetzgebung nicht überein.

6. Verwandtschaft. Bekanntlich erstreckt sich dieses Hinderniß nach dem Kirchengesetze auf vier und nach dem österreichischen Eherechte (§. 65) auf zwei Grade der kanonischen Berechnung. Da es sich jedoch nach der kirchlichen Gesetzgebung in seiner Ausdehnung auf den dritten und vierten Grad in Oesterreich nicht leicht mehr durchführen ließe, so kann nur die Erleichterung der Nachsichtgewährung ein Mittel der Ausgleichung darbieten.

7. Schwägerschaft und die Forderung der öffentlichen Sittlichkeit (*Justitia publicae honestatis*) aus einer giltigen aber nicht vollzogenen Ehe, von welchen das oben von der Verwandtschaft Gesagte gilt. Das letztere Hinderniß ist dem österreichischen Rechte zwar dem Namen, aber nicht der Sache nach unbekannt. Der Begriff der Schwägerschaft wird nämlich im kanonischen Rechte anders bestimmt, als im österreichischen (§. 66) daher ist nach dem österreichischen Gesetze das Hinderniß, welches aus einer giltigen, aber nicht vollzogenen Ehe zwischen dem Ehen Ehemann, und den Blutsverwandten des Andern entsteht, unter dem der Schwägerschaft einbegriffen; nach dem kanonischen Rechte bedurfte es einer besondern Bezeichnung.

8. Ehebruch. 9. Gattenmord. Der Ehebruch wird durch das österreichische Gesetz (§. 67) auch ohne daß ein erschwerender Umstand hinzukommt, als Ehehinderniß aufgestellt, aber nur dann, wenn er vor Eingehung der Ehe bewiesen ist; während die kirchliche Gesetzgebung auf die den Ehebruch erschwernenden Umstände gehörige Rücksicht nimmt, und das Hinderniß des Verbrechens (*crimen*) unter dessen Namen das kanonische Recht die Hindernisse des Ehebruches und Gattenmordes zusammenfaßt, klare, billige und praktische Bestimmungen enthält, mit denen das bürgerliche Gesetz beim Hindernisse des Gattenmordes (§. 68) auch nicht übereinstimmt.

10. Abgang der feierlichen Erklärung der Einwilligung. Die im bürgerlichen Gesetzbuche (§. 75) gebrauchte Bezeichnung „ordentlicher Seelsorger“ vor welchem die Erklärung der Einwilligung statt haben soll, gab sogar dem wenn auch durchaus unbegründeten Zweifel Raum, ob der Bischof berechtigt sei, die Erklärung der Einwilligung, insoweit sie zu Erlangung der bürgerlichen Rechte der Ehe nothwendig ist, aufzunehmen, während es nach der kirchlichen Gesetzgebung mit voller Bestimmtheit zur Gültigkeit der Ehe erforderlich ist, daß die Ehevererber vor dem eigenen Pfarrer Beider, oder Eines von beiden, oder vor einem Priester, welcher hiezu von dem Pfarrer oder von dem Bischöfe der Diözese ermächtigt worden ist, und vor zwei oder drei Zeugen ihre Einwilligung erklären.

Die Eheverlöbniße (*Sponsalia*) zogen laut des bürgerlichen Gesetzbuches (§§. 45 und 46) keine rechtliche Verbindlichkeit nach sich, weder zur Schließung der Ehe selbst, noch zur Leistung desjenigen, was auf den Fall des Rücktrittes bedungen worden ist, und einige andere Ehehindernisse des kanonischen Rechtes kommen in dem besagten Gesetzbuche gar nicht vor; wie z. B. die unehrbare Schwägerschaft (*affinitas ex copula illicita*), die Forderung der öffentlichen Sittlichkeit, (*Justitia publicae honestatis*) in wieferne sie aus einem Eheverlöbniße oder aus einer nicht vollzogenen und wegen Mangel der Fähigkeit ungiltigen Ehe hervorgeht, und die geistliche Verwandtschaft, (*Cognatio spiritualis*). Ob aber das Hinderniß der bürgerlichen Verwandtschaft (*Cognatio affinitasque civilis*) in Oesterreich durchaus unter die bloß kirchlichen zu verweisen sei, war eine streitige Frage.

Nachdem nun die im Jahre 1849 in Wien versammelt gewesenen Bischöfe die hohe Staatsverwaltung auf diese zwischen der bürgerlichen Gesetzgebung in Ehesachen, und den kanonischen Ehegesetzen obwaltenden Abweichungen und Verschiedenheiten, und insbesondere auf die der Kirche entzogene, und dem weltlichen Gerichte zugewiesene Verhandlung über die Ungültigkeit katholischer Ehen, welche dem kirchlichen Ehegerichte doch unbestritten zusteht, aufmerksam gemacht haben, unterließen sie nicht, in ihrer die diesfälligen Verhältnisse in der obbesagten Weise umständlich erörternden Vorstellung vom 30. Mai 1849 an das hohe k. k. Ministerium des Innern die Rechte, welchen die Kirche hinsichtlich der Ehe niemals entsagen kann, mit Freimüthigkeit auszusprechen, und nach ihrer Amtspflicht die Nothwendigkeit nachzuweisen, daß die österreichische Gesetzgebung in Ehesachen mit der kirchlichen so vollkommen als möglich in Einklang gesetzt, die kirchliche Gesetzgebung in Ehesachen anerkannt, und die katholische Kirche fortan nicht gehindert werde, über die Gültigkeit der Ehe vor ihren Gerichten, nach ihren Gesetzen zu entscheiden.

Die Behebung der zwischen den bürgerlichen und kirchlichen gesetzlichen Bestimmungen in Ehesachen, obwaltenden Verschiedenheiten war schon wiederholt der Gegenstand ernstlicher Verhandlungen zwischen der kaiserlichen Regierung und dem heiligen Stuhle, und Se. k. k. apost. Majestät Franz Joseph I., die sittliche Bedeutung der Ehe in ihrem vollen Umfange würdigend, erachteten es für unerläßlich, daß die Eheangelegenheiten der Katholiken Ihres Reiches nach Vorschrift des katholischen Kirchengesetzes geordnet werden; da aber die Ehe in die Beziehungen des bürgerlichen Lebens tief eingreift, so hielten Se. k. k. apost. Majestät es zugleich für nothwendig, daß so, wie das katholische Kirchengesetz Eins und dasselbe ist, auch in Behandlung der Ehefragen bei allen katholischen Ehegerichten des Kaiserthums vollkommene Gleichförmigkeit herrsche, und Allerhöchstdieselben hatten dieses dem heiligen Stuhle unumwunden zu erkennen gegeben, darum hat Se. Eminenz der hochwürdigste Herr Cardinal Fürsterzbischof von Wien Joseph Othmar Ritter v. Rauscher eine Anweisung für die geistlichen Gerichte des Kaiserthums Oesterreich in Betreff der Ehesachen (*Instructio pro judiciis ecclesiasticis Imperii Austriaci quoad causas*

matrimoniales) verfaßt, in welcher die ältern und neuern kirchlichen Bestimmungen über die Ehe in lichtvoller Ordnung zusammengestellt erscheinen, und das Verfahren bei Ehestreitigkeiten mit zeitgemäßer Rücksichtnahme auf die bürgerliche Gerichtsordnung, so wie der Instanzenzug genau vorgezeichnet wird. *)

Da es in der Absicht Seiner k. k. apost. Majestät lag, daß die aufzustellende Richtschnur nicht nur mit dem Kirchengesetze im vollkommenen Einklange stehe, sondern auch allen Wünschen der hochwürdigsten Bischöfe so viel als möglich entspreche, ist der Entwurf dieser Anweisung für die Ehegerichte des Kaiserthums schon im Jahre 1853 auf Allerhöchstderselben Anordnung nach dem eigenen Wunsche des hochwürdigsten Herrn Verfassers dem bischöflichen Comité, welches von der im Jahre 1849 zu Wien stattgefundenen bischöflichen Versammlung gewählt wurde, dann den hochwürdigsten Herren Erzbischöfen der bei jener Versammlung nicht vertretenen Diözesen des Königreichs Ungarn mit seinen ehemaligen Nebenländern und des lombardisch-venetianischen Königreichs mitgetheilt worden; allein selbst damit noch nicht zufrieden, hat der hochwürdigste Herr Verfasser diese Anweisung (Instructio) als Er vor 2 Jahren nach Rom sich begab, fünfen von den dortigen vorzüglichsten Kanonisten unterlegt, die durch Gelehrsamkeit im kanonischen Rechte und durch bewährte Glaubensstreue besonders hervorrangen, und sich eines großen Ansehens beim heiligen Stuhle erfreuen; welche, nachdem sie dieses Werk der genauesten Prüfung unterzogen haben, nicht nur erklärten, daß sie darin nichts vorgefunden, was den kanonischen Vorschriften, den Anordnungen der apostolischen Constitutionen, und den Meinungen bewährter Kirchenlehrer nicht gemäß wäre, sondern sich auch vertrauensvoll dahin aussprachen, daß diese mit großer Mühe und Gelehrsamkeit verfaßte Anweisung in Oesterreich, wo sie eingeführt wird, für das Wohl der Kirche, so wie des Staates förderlich sein werde.

Nach dieser vorbereitenden Maßnahme wurden die Verhandlungen über die Ehefrage mit dem heiligen Stuhle fortgesetzt, und in der Voraussetzung, daß dadurch jedes Bedenken, welches gegen die Beobachtung dieser Anweisung könne erhoben werden, beseitigt sei, fühlten sich Se. k. k. apost. Majestät bewogen, die wichtige im zehnten Artikel des Concordats enthaltene Vereinbarung zu schließen, welche folgendermaßen lautet:

Articulus X. Cum caussae ecclesiasticae omnes et in specie, quae fidem, sacramenta, saeras functiones, nec non officia et jura ministerio sacro annexa respiciunt, ad Ecclesiae forum unice pertineant, easdem cognoscet iudex ecclesiasticus, qui perinde de caussis quoque matrimonialibus juxta sacros Canones et Tridentina cumprimis decreta iudicium feret, civilibus tantum matrimonii effectibus ad iudicem saecularem remissis. Sponsalia quod attinet, auctoritas ecclesiastica iudicabit de eorum existentia et quoad matrimonium impediendum effectibus, servatis, quae idem Concilium Tridentinum et apostolicae Litterae, quorum initium: „Auctorem fidei“ constituunt.

Zehnter Artikel. Da alle kirchlichen Rechtsfälle und insbesondere jene, welche den Glauben, die Sacramente, die geistlichen Verrichtungen und die mit dem geistlichen Amte verbundenen Pflichten und Rechte betreffen, einzig und allein vor das kirchliche Gericht gehören, so wird über dieselben der kirchliche Richter erkennen, und es hat somit dieser auch über die Ehesachen nach Vorschrift der heiligen Kirchengesetze und namentlich der Verordnungen von Trient zu urtheilen, und nur die bürgerlichen Wirkungen der Ehe an den weltlichen Richter zu verweisen. Was die Eheverlöbniße betrifft, so wird die Kirchengewalt über deren Vorhandensein, und ihren Einfluß auf die Begründung von Ehehindernissen entscheiden, und sich dabei an die Bestimmungen halten, welche dasselbe Concilium von Trient und das apostolische Schreiben, welches mit „Auctorem fidei“ beginnt, erlassen hat.

Die bürgerliche Gesetzgebung hat früher in Oesterreich dem Eheverlöbniße (Sponsalia) vor dem äußern Gerichte die verbindende Kraft abgesprochen; jetzt wird dieselbe vor dem kirchlichen Gerichte wieder anerkannt, mit ausdrücklicher Hinweisung auf die Bestimmungen des Conciliums von Trient, und des apostolischen Schreibens, welches mit „Auctorem fidei“ beginnt. Das Concilium hat in dieser Beziehung nur bestimmt (Sess. XXIV. de matrim. Cap. 3.), daß ein Eheverlöbniß, wenn es sonst gültig ist, als entkräftendes Hinderniß (Impedimentum dirimens) nur auf die beiderseitigen Verwandten im ersten Grade sich erstrecke. Uebrigens steht die kirchliche Gesetzgebung nicht jedes Eheverlöbniß ohne weiters als gültig an, sondern hat in dieser Beziehung einschränkende Vorsichtsmaßregeln getroffen; sie gestattet in gewissen Fällen die Auflösung derselben, und wieder in andern bestimmten Fällen auch den einseitigen Rücktritt. Das erwähnte apostolische Schreiben, welches mit „Auctorem fidei“ beginnt (erlassen am 28. August 1794 vom Papste Pius VI.) verwirft im §. 58 die Behauptung, daß die eigentlichen Eheverlöbniße eine rein bürgerliche Handlung sein, welche bloß zur Schließung der Ehe die Einleitung bilden, und daß sie ganz der Verfügung der bürgerlichen Gesetze unterworfen seien, als falsch und das Recht der Kirche verlegend, welches den kanonischen Bestimmungen gemäß den Eheverlöbnißen bestimmte Wirkungen zuerkennt.

*) Diese Rücksichtnahme auf die bürgerliche Gerichtsordnung liegt, wenn man den Gang der geschichtlichen Entwicklung kennt, ganz in der Natur der Sache. Als die Formen des kanonischen Rechtes ausgebildet wurden, nahm die Kirche häufig Rücksicht auf die schon vorhandenen sehr zweckmäßigen römischen Rechtsformen, mitunter auch auf das germanische Recht. Auf dem Grunde des römischen und kanonischen Rechtes hat sich die Prozeßordnung des neuern bürgerlichen Rechtes zeitgemäß herangebildet. Bei dieser steten Wechselwirkung des kirchlichen und bürgerlichen Rechtes nimmt daher die Kirche in der Fortbildung ihres Rechtes bis auf diesen Tag immer zugleich Rücksicht auf den Stand der bürgerlichen Gesetzgebung.

Insoferne aber der kirchliche Richter nach dem erst angezogenen zehnten Artikel des Concordats auch über die Ehesachen nach Vorschrift der heiligen Kirchengesetze und namentlich der Verordnungen von Trient zu urtheilen und nur die bürgerlichen Wirkungen der Ehe an den weltlichen Richter zu verweisen hat, finden sich diese Kirchengesetze in der obbesprochenen von Seiner Eminenz dem hochwürdigsten Herrn Kardinal-Fürstbischofe von Wien verfaßten Anweisung für die geistlichen Gerichte des Kaiserthums Oesterreich in Betreff der Ehesachen (*Instructio pro judiciis ecclesiasticis Imperii Austriaci quoad causas matrimoniales*) in der lichtvollsten Ordnung zusammengestellt, und diese Anweisung (*Instructio*) haben alle hochwürdigsten Bischöfe des Kaiserthums von Seiner Eminenz dem hochwürdigsten Herrn Kardinal-Erzbischofe von Bologna als damaligen päpstlichen Pronuntius in Wien Michael Viale-Presla mittelst eines Schreibens vom 2. Februar 1856 mit vorzüglicher Lobpreisung derselben, und mit der Erklärung erhalten, daß nach seinem Urtheile die Bischöfe des österreichischen Kaiserstaates Alles und Jedes darin Enthaltene mit sicherem Gewissen befolgen können. Gleichmäßig ist diese Anweisung (*Instructio*) auch von Seiner Excellenz dem Herrn Minister für Cultus und Unterricht mit Zuschrift vom 25. März 1856, Nr. 428, den hochwürdigsten Bischöfen mitgetheilt, und nicht nur die Erwartung Seiner kaiserlich-königlichen apostolischen Majestät, daß sie den Ehegerichten, deren Errichtung nahe bevorsteht, zur Richtschnur gegeben werde, ausgesprochen, sondern auch die Versicherung ertheilt worden, es sei alles Erforderliche eingeleitet, um die bürgerliche Gesetzgebung, insoweit sie die Eheangelegenheiten der Katholiken betrifft, nach Maßgabe des zehnten Artikels des Concordats umzugestalten.

Diese **Anweisung für die geistlichen Gerichte des Kaiserthums Oesterreich in Betreff der Ehesachen** (*Instructio pro judiciis ecclesiasticis Imperii Austriaci quoad causas matrimoniales*), welche ich hier mit lateinischem und deutschem Texte drucken ließ, füge ich, obwohl die ehrwürdige Seelsorgsgeistlichkeit in Folge meiner Weisungen vom 17. März, 12. Juli und 22. Oktober d. J., 3. 528, sich damit bereits versehen haben wird, diesem meinem Hirtenschreiben bei, und indem ich jeder Seelsorgsstation meiner Diözese die erforderliche Anzahl von Exemplaren durch die Dekanalämter zukommen lasse, schreibe ich dieselbe als kirchliches Ehegesetz, welches mit **1. Jänner 1857** in Wirksamkeit zu treten hat, der gesammten ehrwürdigen Seelsorgsgeistlichkeit meiner Diözese dem ganzen Inhalte nach zur unabwieslichen Richtschnur für die Behandlung aller Eheangelegenheiten der Katholiken hiermit vor. Sie zerfällt in zwei Abschnitte, wovon der erste von §. 1, Seite 2, bis einschließig §. 94, Seite 12, von der Ehe (*De matrimonio*), der zweite aber von §. 95, Seite 12, bis einschließig §. 251, Seite 30, von dem Verfahren in Ehesachen (*De processu matrimoniali*) handelt.

Der erste Abschnitt, welcher die Eheverlöbnisse (*Sponsalia*), die Hindernisse der Giltigkeit der Ehe (*Impedimenta dirimentia*), die Hindernisse einer erlaubten Eheschließung (*Impedimenta impedientia*), die Nachsicht in Ehehindernissen (*Dispensatio in impedimentis matrimonii*), endlich die Convalidation der Ehe (*Convalidatio matrimonii*) mit Klarheit, und in der natürlichsten Ordnung behandelt, erheischt schon dermal die ganze Aufmerksamkeit und das fleißigste Studium der gesammten ehrwürdigen Seelsorgsgeistlichkeit im desto größerm Grade, als einige kirchlichen Ehehindernisse, wie schon oben angedeutet wurde, in dem bisherigen bürgerlichen Eherechte nicht vorkamen, und häufig gar keine Beachtung fanden, während sie nun durch das Kirchengesetz wieder zur vollen Geltung gelangen; andere Ehehindernisse aber das bürgerliche Eherecht mit dem kirchlichen Ehegesetze zwar schon bisher gemein hatte, jedoch in einer von dem kirchlichen Ehegesetze mehr oder minder abweichenden Weise, jetzt aber das kirchliche Ehegesetz in seine vollständige Wirksamkeit zu treten hat; weshalb die Herren Pfarrer, Pfarrvikare, Lokalkapläne, oder deren Stellvertreter zur Hintanhaltung ungiltiger oder unerlaubter Eheschließungen vom 1. Jänner 1857 angefangen, mit besonders großer Vorsicht sich zu benehmen haben werden, um die nach dem kirchlichen Ehegesetze allenfalls obwaltenden Ehehindernisse zu erfahren, und ja kein durch das kirchliche Ehegesetz aufgestelltes Hinderniß zu übersehen; dann aber, wenn in dem entdeckten Ehehindernisse eine Nachsicht zulässig und erwünscht ist, die Ehevererber angemessen zu belehren, wie sie entweder selbst, oder mittelst des Ortsseelsorgers die Nachsicht in dem Hindernisse bei diesem Ordinariate anzufuchen haben. Dieses umsichtige Vorgehen wird ganz insbesondere bei jenen kirchlichen Ehehindernissen Statt finden müssen, die in Folge der bisherigen bürgerlichen Gesetzgebung in Ehesachen aus dem Bewußtsein des Volkes beinahe ganz verschwunden sind, und eben darum von den Eheverberern selbst nicht leicht werden angegeben werden, sondern größtentheils nur durch mit Umsicht an sie gestellte Fragen, oder durch sonstiges Nachforschen in Erfahrung zu bringen sein werden, wie z. B. der dritte und vierte Grad der Blutsverwandtschaft (§. 26, Seite 4) und der Schwägerschaft aus erlaubtem Umgange (§. 30, Seite 5) die geistliche Verwandtschaft (§. 27, Seite 4) die Schwägerschaft aus unerlaubtem Umgange (§. 31, Seite 5) die Forderung der öffentlichen Sittlichkeit aus einer giltigen, doch nicht vollzogenen Ehe (§. 33, Seite 5) und jene Forderung der öffentlichen Sittlichkeit, welche aus einer ungiltigen und nicht vollzogenen Ehe, oder aus dem Eheverlöbniß hervorgeht (§§. 34 und 35, Seite 5), in welchen Hindernissen eben darum die bischöfliche Nachsicht inner den Gränzen der vom heiligen Stuhle erhaltenen Vollmachten laut (§. 80, Seite 10) zwar willfährig ertheilt werden wird, diese Nachsichtsgewährung

jedoch sowohl in diesen, wie in andern vorkommenden Fällen in der (§. 86, Seite 11) vorgeschriebenen Weise bei diesem Ordinariate anzufuchen sein wird.

Ganz außer Übung war bisher auch das Hinderniß der bürgerlichen Verwandtschaft (§. 28, Seite 4) und (§. 29, Seite 5), welchem daher, so wie auch jenen zehn Ehehindernissen, welche das bürgerliche Eherecht mit dem kirchlichen Ehegesetze bisher gemein hatte, jedoch mit mehr oder minder bedeutenden, schon oben von 1. bis 10. angegebenen Abweichungen, eine vorzügliche Aufmerksamkeit wird zugewendet werden müssen, um diese Abweichungen gehörig zu erkennen, und das Ehehinderniß nach dem nun in Wirksamkeit tretenden kirchlichen Gesetze vollständig aufzufassen, weshalb, wenn dießfalls, oder aus irgend einer andern Ursache Schwierigkeiten oder Zweifel entstehen, die Sache nach §. 70, Seite 9, vor den Bischof gebracht werden muß.

Die Rücksicht von den durch dieses kirchliche Ehegesetz festgesetzten Ehehindernissen wird bei diesem Ordinariate anzufuchen sein. Wie die Gesuche um Rücksichtgewährung verfaßt sein müssen, bestimmt das kirchliche Ehegesetz (§. 86, Seite 11). Wenn aber um die Rücksicht von Aufgeboten (§. 82, Seite 10) beim Ordinariate eingeschritten wird, muß das dießfällige Ansuchen mit der Bestätigung des Pfarrers versehen sein, daß die Ehewerber in der Religion (§. 74, Seite 9) genügend unterrichtet sind, und die im Gesuche angeführten Gründe auf Wahrheit beruhen.

Da es sich ereignen kann, daß eine nahe Todesgefahr jeden längern Aufschub zur Erwirkung der gänzlichen Rücksicht von dem (§. 60, Seite 8) vorgeschriebenen dreimaligen Aufgebote beim Ordinariate unmöglich macht, so ermächtige ich in Folge dieses kirchlichen Ehegesetzes (§. 83, Seite 11) jeden Herrn Dekan für seinen Dekanaldistrikt, und wenn die Todesgefahr so nahe ist, daß selbst dieser dafür nicht gegangen werden kann, den zur Trauung berechtigten eigenen Ortsseelsorger, in einem solchen Falle in meinem Namen die Rücksicht von allen drei Verkündigungen zu ertheilen, jedoch müssen auch in diesem Falle die Ehewerber nach (§. 85, Seite 11) vor dem besagten, zur Trauung berechtigten Seelsorger beschwören, daß ihnen kein ihrer Verheirathung entgegenstehendes Hinderniß bekannt sei, und diese Rücksichtgewährung sammt dem geleisteten Schwure soll nach (§. 76, Seite 10) in das Trauungsbuch vorgemerkt werden.

Insoferne es im zweiten Absätze dieses kirchlichen Ehegesetzes (§. 38, Seite 5) heißt, daß in jenen Theilen des Kaiserthums, für welche der heilige Stuhl die Anweisung vom 30. April 1841 erlassen hat, die Abwesenheit des katholischen Pfarrers bei Ehen zwischen Katholiken und nichtkatholischen Christen nicht hinreichen kann, um ein Hinderniß der Gültigkeit zu bewirken, muß ich der gesammten ehrwürdigen Seelsorgsgeistlichkeit erinnern, daß diese päpstliche Anweisung mit der Aufschrift „*Instructio Sedis apostolicae ad Primatem, Archiepiscopos et Episcopos in Hungariae Regno circa matrimonia mixta*“ nur an diese gerichtet ist, sonach nur auf Ungarn und seine ehemaligen Nebenländer Anwendung findet, und somit die Diözese Laibach gar nicht berührt, sondern daß hierlandes der erste Absatz dieses §. 38 vollständige Geltung habe, und auch bei gemischten Ehen die Erklärung der Einwilligung der Ehewerber vor dem katholischen Pfarrer der Ehewerber, oder des von ihm, oder dem Diözesanbischofe dazu ermächtigten katholischen Priesters, und vor zwei oder drei Zeugen zur Gültigkeit der Ehe erforderlich ist.

Wiewohl die gemischten Ehen eine schwierige Sache sind, so darf man doch die mit denselben verbundenen Schwierigkeiten nicht nach den Wirren bemessen, welche durch die Verhaftung des Erzbischofs von Köln Clemens August Freiherrn Droste zu Vischering ihren Höhepunkt erreicht hatten. Die preussische Regierung der damaligen Zeit stellte es sich zur Aufgabe, durch Beförderung der gemischten Ehen die katholische Kirche in dem preussischen Rheinlande thöulich zu schwächen und fachte dadurch die Flamme dieses Haders an. Die katholische Kirche mißbilligt, wie es auch das kirchliche Ehegesetz (§. 66, Seite 8) besagt, die Heiraten zwischen Katholiken und nichtkatholischen Christen, und mahnt ihre Kinder von der Schließung derselben ab; aber sie duldet die gemischten Ehen ohne sie zu billigen, und legt es dem katholischen Theile als unerläßliche Pflicht auf, für die katholische Erziehung sämmtlicher Kinder Sorge zu tragen. Diesen Grundsatz kann und wird sie niemals aufgeben, doch ist auf die Hindernisse, welche sich der Durchführung desselben entgegenstellen können, von Sr. Heiligkeit Papst Gregor XVI., da es (§. 79, Seite 10) dem heiligen Stuhle vorbehalten ist, in dem Hindernisse der Religionsverschiedenheit zwischen Katholiken und nichtkatholischen Christen Rücksicht zu ertheilen, kraft der Anweisung „*Instructio ad Archiepiscopos et Episcopos austriacae ditionis in foederatis Germaniae partibus*“ dd. 22. Mai 1841, welche ich der gesammten Seelsorgsgeistlichkeit mit meinem Circular vom 10. Dezember 1842, S. 1865, mitgetheilt hatte, durch Einführung der passiven Assistenz des katholischen Pfarrers bereits Rücksicht genommen worden, daher diese Anweisung oder Instructio vom 22. Mai 1841 für unsere Gegenden noch immer maßgebend bleibt, und hier Seite 46 und 47 beigelegt erscheint, um sich dieselbe hinsichtlich der gemischten Ehen vor Augen zu halten, und sich fortan darnach zu benehmen.

Die Trauungsbücher werden in der Diözese nach Vorschrift dieses kirchlichen Ehegesetzes (§. 76, Seite 10) ohnehin schon geführt, nur wird künftighin auch in den für die Eltern des Bräutigams und der Braut, so wie für die Zeugen oder Beistände bestimmten Rubriken des Trauungsbuches immer auch noch das Religionsbekenntniß derselben von dem zur Trauung berechtigten Pfarrer beizusetzen sein.

Der zweite Abschnitt, welcher überhaupt von dem Verfahren in Ehesachen (*de processu matrimoniali*) und insbesondere von der Gerichtsbarkeit in Ehesachen (*Jurisdictio in causis matrimonialibus*), von der Einsprache in Betreff der Zuständigkeit (*Exceptio quoad iudicis competentiam*), von den Beschwerden und Erhebungen hinsichtlich der Trauungen (*Gravamina et investigationes super copulatione*), von der Ungiltigerklärung (*Nullitatis declaratio*) von der Trennung der Ehe durch Ablegung der Ordensgelübde (*Vinculi matrimonialis per professionem religiosam solutio*), von der Scheidung vom Tisch und Bett (*Separatio a thoro et mensa*), und von der Wiederverhehlung in Folge der Todeserklärung (*Secundae nuptiae contrahendae vi declarationis de conjugis morte editae*) handelt, regelt vorzüglich das Verfahren der kirchlichen Gerichte in Ehesachen, weil vom 1. Jänner 1857 angefangen im ganzen Umfange des Kaiserthums das geistliche Gericht über die Ehesachen nach Vorschrift dieses Kirchengesetzes entscheiden, und ihm allein es zustehen wird, über die Gültigkeit der Ehe und über die daraus entspringenden Pflichten ein Urtheil zu fällen, die Thätigkeit des weltlichen Gerichtes aber sich auf die bürgerlichen Rechtswirkungen der Ehe beschränken wird.

Dieses geistliche Ehegericht für meine Diözese nach diesem kirchlichen Ehegesetze (§. 97, Seite 12 und §. 124, Seite 16), wird nächstens in Laibach aufgestellt werden, um seine Amtswirksamkeit mit 1. Jänner 1857 beginnen zu können. Es wird ein eigenes Amtslokal in der fürstbischöflichen Residenz zu Laibach Haus-Nr. 282 haben, und den hochwürdigen Herrn Simon Ladinig, Doctor der Theologie und insulirten Dompfropst meines Kathedralkapitels zum Präses erhalten; wovon ich der gesammten ehrwürdigen Seelsorgsgeistlichkeit schon dermal Nachricht gebe, weil nach dem kirchlichen Ehegesetze (§. 243, Seite 29) auch ein außerordentliches Verfahren bei der Scheidungsklage statt finden kann, wo die Partheien so wie auch in andern Fällen, z. B. laut §. 113, Seite 14, sich unmittelbar an den Präses des geistlichen Ehegerichtes wenden können, und manchmal der Pfarrer selbst z. B. laut §. 213, Seite 26 unmittelbar mit ihm verkehrt.

In den entfernteren Theilen meiner Diözese werde ich, wenn bei der Klage auf Scheidung von Tisch und Bett, der (§. 211, Seite 25) angeordnete Versuch der Versöhnung nicht gelingt, von Fall zu Fall die Commissäre ernennen, welche laut (§. 214, Seite 26) ermächtigt werden, bei solchen Klagen die Untersuchung vorzunehmen, und werde gleichzeitig das geistliche Individuum bezeichnen, dessen sich als Schriftführer zur Aufnahme der Protokolle der Commissär zu bedienen haben wird.

Da einzelne Seelsorger hie und da nicht nur für solche erstbesprochene Untersuchungen in Anspruch werden genommen werden, sondern auch bei Untersuchungen der Gültigkeit der Ehe für die zur Erhebung des Thatbestandes (§. 140, Seite 17) vom geistlichen Ehegerichte zu ernennenden Untersuchungs-Commissäre wegen bedeutender Entfernung vom Siege des Ehegerichtes (§. 146 Seite 18) zum Behufe späterer Einvernehmungen der Ehegatten an dem Orte, wo sie wohnhaft sind, oder in der Nähe desselben, so wie auch wegen Einvernehmung der Zeugen (§. 160 Seite 20 und §. 224, Seite 27) ein Bevollmächtigter aus der Seelsorgsgeistlichkeit ernannt werden kann; da ferner dieser Abschnitt des kirchlichen Ehegesetzes die Amtswirksamkeit der Seelsorger häufig, z. B. laut §§. 107, 109, 113, Seite 14, dann §§. 133, 134, 135, 139, Seite 17, dann §. 211 Seite 25, und §§. 212, 213, Seite 26 u. f. w. ausdrücklich in Anspruch nimmt, und es überhaupt im Amtsberufe der Seelsorgsgeistlichkeit liegt, auf Streitigkeiten zwischen Eheleuten versöhnend einzuwirken, zur Beilegung derselben durch Belehrung und Ermahnung allen thunlichen Einfluß zu üben, ihnen in geeigneter Weise den gesetzlichen Weg, den sie zu betreten haben, anzudeuten, sie vor falschen Schritten und Wegen zu warnen, und dem geistlichen Ehegerichte auf jedesmaliges Verlangen die thunlichste Mitwirkung zu leisten, so wird es die gesammte ehrwürdige Seelsorgsgeistlichkeit wohl selbst leicht einsehen, wie unerläßlich es sei, daß sie sich in alle Vorschriften auch des zweiten Abschnittes dieses kirchlichen Gesetzes vollkommen einstudire, daher ich dieselbe hiezu mit vollem Ernste aufzufordern mich auch verpflichtet fühle, und sie zugleich auf das Eherecht der katholischen Kirche nach seiner Theorie und Praxis mit besonderer Berücksichtigung der in Oesterreich zu Recht bestehenden Gesetze von Dr. Johann Rutschker, Abt zur h. Jungfrau in Pagnany, k. k. Hof- und Burgpfarer zu Wien, wovon bei Wilhelm Braumüller, k. k. Hofbuchhändler in Wien 3 Bände bereits erschienen sind, das Weitere aber noch in diesem Jahre erscheinen wird, hiemit aufmerksam mache, auf daß sich wenigstens die Herren Dehante damit versehen, um in schwierigen Fällen für sich selbst und für die übrige Seelsorgsgeistlichkeit ihres Bezirkes darin die gewünschte Auskunft zu finden.

Der Artikel II. des kaiserlichen Patentes vom 5. November 1855, womit die zwischen Seiner Heiligkeit Papst Pius IX. und Seiner k. k. apost. Majestät Franz Joseph I., Kaiser von Oesterreich am 18. August 1855 zu Wien abgeschlossene Vereinbarung (*Conventio*) kundgemacht wurde, lautet wörtlich so:
„Es ist Unser Wille, daß die bischöflichen Ehegerichte auch in jenen Ländern, wo dieselben nicht bestehen, sobald als möglich in Wirksamkeit treten, um über die Eheangelegenheiten unserer ka-

tholischen Unterthanen gemäß Artikel X des Concordats zu erkennen. Die Zeit, in welcher sie ihre Wirksamkeit zu beginnen haben, werden Wir, nach Einvernehmung der Bischöfe bekannt geben lassen. Inzwischen werden auch die nöthigen Aenderungen der bürgerlichen Gesetze über Eheangelegenheiten kund gemacht werden. Bis dahin bleiben die bestehenden Gesetze über die Ehen Unserer katholischen Unterthanen in Kraft, und Unsere Gerichte haben nach denselben über die bürgerliche Geltung dieser Ehen und die daraus hervorgehenden Rechtswirkungen zu entscheiden“.

Nachdem die Erzbischöfe und Bischöfe des Kaiserthums Oesterreich zur gemeinsamen Berathung über die Ausführung des Concordats in allen Diözesen des Kaiserreichs nach gleichen Grundsätzen sich am zweiten Sonntage nach Ostern (6. April 1856) in Wien versammelt hatten, und hinsichtlich der Zeit, zu welcher die geistlichen Ehegerichte ihre Wirksamkeit zu beginnen hätten, einvernommen worden sind, hat nun das Reichs-Gesetz-Blatt für das Kaiserthum Oesterreich, XLVI. St. zur Zahl 185 das für den ganzen Umfang des Reiches wirksame Kaiserliche Patent vom 8. Oktober 1856 gebracht, womit in Ausführung des Artikels X des Concordats, über die Eheangelegenheiten der Katholiken im Kaiserthume Oesterreich, insoweit sie dem Bereiche der bürgerlichen Gesetzgebung angehören, ein neues Gesetz erlassen, und festgesetzt wird, daß dasselbe mit dem 1. Jänner 1857 seinem vollen Inhalte nach in Wirksamkeit zu treten habe.

Dieses mit dem Reichs-Gesetz-Blatte mir nun zugekommene kaiserliche Patent sammt dessen beiden Anhängen ließ ich ebenfalls hier sogleich abdrucken, damit jede Seelsorgsstation meiner Diözese mit der erforderlichen Anzahl der dießfälligen Exemplare durch die Dekanalämter desto schneller und sicherer theilt werde, da nach dem Artikel I. des kaiserlichen Patents mit 1. Jänner 1857, an welchem Tage die geistlichen Ehegerichte ihre Wirksamkeit beginnen werden, auch das bürgerliche Gesetz über die Ehen der Katholiken im Kaiserthume Oesterreich in Wirksamkeit tritt.

Dieses **kaiserliche Patent vom 8. Oktober 1856** mit XIV Artikeln ist von Seite 50 bis Seite 52, der Anhang I des Patentes, nämlich das Gesetz über die Ehen der Katholiken im Kaiserthume Oesterreich mit 77 §§. aber von Seite 53 bis Seite 62, und endlich der Anhang II des Patentes, nämlich die Anweisung für die geistlichen Gerichte des Kaiserthums Oesterreich in Betreff der Ehesachen, welche schon oben besprochen wurde, mit 251 §§. im lateinischen und deutschen Texte von Seite 1 bis Seite 30 diesem meinem Hirtenschreiben beigelegt.

Der §. 3, Seite 53 dieses Gesetzes über die Ehen der Katholiken im Kaiserthume Oesterreich lautet wörtlich so: „Es ist keinem Katholiken erlaubt, sich im Kaiserthume Oesterreich anders zu verheirathen, als mit Beobachtung aller Vorschriften, welche das Kirchengesetz über die Giltigkeit der Ehe aufstellt. Die Bestimmungen des kirchlichen Ehegesetzes sind aus der für die geistlichen Gerichte des Kaiserthums bestimmten und diesem Gesetze (im Anhange II) beigelegten Anweisung zu entnehmen“.

Gleichwie nun das Concordat vermöge seines Artikels XXXV überhaupt die Geltung eines Staatsgesetzes bereits hatte, so hat durch den erst angeführten §. 3 dieses kaiserlichen Gesetzes das hier von Seite 1 bis Seite 30 beigelegte kirchliche Ehegesetz, nämlich die Anweisung für die geistlichen Gerichte des Kaiserthums Oesterreich in Betreff der Ehesachen (*Instructio pro Judiciis ecclesiasticis Imperii austriaci quoad causas matrimoniales*) und dadurch, daß es dem kaiserlichen Patente als Anhang II beigelegt wurde, noch insbesondere die Geltung eines Staatsgesetzes erlangt, und durch diese Anerkennung des kanonischen Rechtes als Richtschnur, nach welcher die katholischen Eheangelegenheiten fernerhin zu behandeln und die Giltigkeit der katholischen Ehe zu beurtheilen sei, wurde ein Akt hochherziger Gerechtigkeit geübt, der den Namen Seiner kaiserlich-königlichen apostolischen Majestät **Franz Joseph I.** Kaiser von Oesterreich mit Ruhm krönen wird, noch in den Augen der spätesten Enkel.

Gegenüber diesem kirchlichen Ehegesetze, welches von Seite 1 bis Seite 30 die Vorschriften betreffend die gültige Abschließung der Ehe, und die Verhandlung über die Ungiltigkeit einer Ehe, die Scheidung von Tisch und Bett und die Trennung der Ehe enthält, werden in dem von Seite 53 bis Seite 62 hier beigelegten bürgerlichen Gesetze über die Ehen der Katholiken im Kaiserthume Oesterreich die bürgerlichen Rechtswirkungen der Ehe und der dießfällige Wirkungskreis der weltlichen Gerichte festgesetzt, und auch einige Eheverbote aufgestellt, mit den auf die Uebertretung derselben gesetzten Strafbestimmungen und Rechtsnachtheilen, wie z. B. (§. 4, Seite 53) für unmündige Personen, welche das vierzehnte Jahr noch nicht vollendet haben, mit der (§. 33, Seite 56) festgesetzten Ahndung; dann für Minderjährige oder auch Volljährige, welche für sich allein keine Rechtsverbindlichkeit eingehen können (§§. 5, 6, 7, Seite 53) mit den (§. 32, Seite 56) festgesetzten Rechtsnachtheilen; dann für die zum Heere gehörigen, oder sonst den Militärbehörden unterstehenden Personen, welche ohne die vorschriftsmäßige Erlaubniß keine Ehe schließen dürfen (§. 10, Seite 53) mit der (§. 35, Seite 56) festgesetzten Strafe; dann für Gewerber (§. 11, Seite 54), welche einer Heirathsbewilligung von Seite der politischen Obrigkeit, oder ihrer Amtsvorsteher bedürfen, mit Hinweisung auf die dießfälligen politischen Verordnungen und Amtsvorschriften; dann für die zum Tode oder zum schweren Kerker verurtheilten Verbrecher (§. 12, Seite 54); endlich für zwei Personen, deren mit einander begangener Ehebruch gerichtlich bewiesen ist (§. 13, Seite 54) mit den

(§. 34, Seite 56) festgesetzten Strafen u. s. w. Wenn nun auch diese Eheverbote dem kirchlichen Ehegesetze ganz oder theilweise fremd sind, und auf die Gültigkeit der Ehe keinen Einfluß üben können, so sind sie doch in dem Rechte der Staatsgewalt begründet, welcher es zusteht, wider Ehen, die der Wohlfahrt des Staates Nachtheil bringen können, Verbote zu erlassen, und in dieser Weise ihr Interesse, welches sie an der Eheschließung der katholischen Unterthanen nimmt, zu wahren. Dieser Berechtigung des Staates muß aber von Seite der Unterthanen auch die Verpflichtung entsprechen, solchen Verböten nicht zuwider zu handeln, zumal, wenn dieselben, wie in der österreichischen Ehegesetzgebung der Fall ist, den sittlichen Rücksichten sorgsame Beachtung schenken. Es ist demnach eine Gewissenspflicht des österreichischen Staatsbürgers, keine Ehe mit Hindansetzung der Verbote des Staatsgesetzes zu schließen. Ist dieß aber unerlaubt, so darf man auch zur Schließung einer dem Staatsgesetze widerstrebenden Ehe nicht mitwirken; vielmehr hat eben die Seelsorgsgeistlichkeit mit großer Sorgfalt darauf zu sehen, daß diese Eheverbote von den Eheverbern genau beobachtet werden; wie denn auch das kirchliche Ehegesetz selbst (§§. 69, 70, Seite 9) die oberwähnten Eheverbote des österreichischen Gesetzes genau beobachtet wissen will. Ein angemessenes dießfälliges Einwirken von Seite der ehrwürdigen Seelsorgsgeistlichkeit auf die Eheverber wird aber um so sicherer seine Wirkung nicht verfehlen, wenn ihnen nöthigenfalls auch die Strafbestimmungen des bürgerlichen Ehegesetzes (§. 35, Seite 56) vor Augen gehalten werden, vermöge welcher die Uebertretung der in diesem bürgerlichen Gesetze aufgestellten Eheverbote sowohl an dem Hauptschuldigen, als an allen, welche hierzu in schuldbarer Weise mitgewirkt haben, mit den dort angegebenen Strafen geahndet wird.

Insoferne in einzelnen Fällen die Rücksicht von diesen bürgerlichen Eheverböten, deren Ertheilung für einige von denselben Seine k. k. apost. Majestät (§. 37, Seite 57) sich selbst vorbehalten haben, doch gewünscht werden könnte, und überhaupt zulässig sein sollte, müßte diese Rücksicht von den Parteien bei den zuständigen landesfürstlichen Behörden angesucht werden.

Aus allem bisher Gesagten wird aber die gesammte ehrwürdige Seelsorgsgeistlichkeit der Diözese auch leicht entnehmen, wie nothwendig es sei, daß sie sich nicht nur mit dem Inhalte der hier von Seite 1 bis Seite 30 beigefügten Anweisung für die geistlichen Gerichte des Kaiserthums Oesterreich in Betreff der Ehesachen (*Instructio pro judiciis ecclesiasticis Imperii Austriaci quoad causas matrimoniales*), sondern auch mit dem Inhalte des hier von Seite 50 bis Seite 62 beigefügten kaiserlichen Patentes vom 8. Oktober 1856, und des demselben als Anhang I angeschlossenen Gesetzes über die Ehen der Katholiken im Kaiserthume Oesterreich genau bekannt mache, und wie sehr ich darauf mit voller Zuversicht rechnen muß, daß dieses vollständig und bald um so gewisser geschehe, als sowohl das kirchliche Ehegesetz mit dem geistlichen Diözesan-Ehegerichte, als auch das neue österreichische Ehegesetz mit dem 1. Jänner 1857 in Wirksamkeit tritt.

Am fürstbischöflichen Wohnsitz zu Laibach

den 4. November 1856.

Anton Aloys m. p.,

Fürst-Bischof.

INSTRUMENTO

PRO

JUDICIIS ECCLESIASTICIS

IMPERII AUSTRIACI

QUOAD

CAUSSAS MATRIMONIALES.

Anweisung

für die

geistlichen Gerichte des Kaisertumes Oesterreich

in

Betreff der Ehesachen.

Laibach, 1856.

Druck bei Josef Blasnik.

TITULUS PRIMUS.

DE MATRIMONIO.

§. 1.

Foederis conju-
galis natura et
sanctificatio.

Matrimonium est conjunctio maris et foeminae ad propagationem humani generis et mutuum adjutorium Dei voluntate ordinata: quod cum in ipsis ejus primordiis indissolubile esset institutum et eam accepisset legem, ut conjuges duo essent in carne una, a Christo Domino ad pristinam dignitatem reductum et in sacramentum novae legis evectum est.

§. 2.

Sponsalia.

Sponsalia sunt conventio, qua mas et foemina sibi matrimonii inter eos in-
eundi fidem dant.

§. 3.

Validitatis eorum
conditiones.

Sponsalia valide iniri nequeunt, nisi per voluntatis declarationem libere ac debita cum deliberatione factam ab iis, qui matrimonium inter se valide ac licite contrahere possunt. Impuberum nomine inita impuberes ad matrimonium contrahendum haud obligant, nisi, postquam ad pubertatem pervenerint, rata eadem habuerint.

§. 4.

Mutuo consensu
solvi possunt.

Sponsalia, licet jurejurando firmata sint, mutuo tamen consensu dissolvi possunt.

§. 5.

Quatenus absque
mutuo consensu
solvantur.

Sub paterna potestate constitutorum sponsalia solvenda sunt, quoties paren-
tes juste contradicant.

§. 6.

Quando una pars fidem sponso debitam violaverit, altera promissis stare non amplius tenetur. Quodsi post sponsalia inita talis intercedat mutatio, ut merito supponatur, hoc obtinente rerum statu haud eventurum fuisse, ut ad sponsalitia pacta procederetur, horum obligatio pro ea cessat parte, in qua ejusmodi mutatio haud contigit. Casu, quo talia rerum adjuncta jam sponsalium initorum tempore locum habuere, parti, cui ignota tunc fuerunt, jus competit a sponsalibus resiliendi.

§. 7.

Sponsi obligatione, quam sibi imposuerunt, non impediuntur, quin religionem ingrediantur aut Deo in statu clericali militent. Professione religiosa aut ordinis sacri susceptione sponsalia dissolvuntur.

§. 8.

Matrimonio, quod una pars cum tertia quadam persona contrahit, sponsalia quidem dissolvuntur, salvum tamen permanet jus, quod alteri parti quoad damnum resarciendum pro re nata competit.

§. 9.

Ad damnum re-
sarciendum obli-
gatio.

A sponsalibus absque legitima causa resiliens, nec non qui legitimam resi-
liendi causam vel celaverit, vel sua culpa adduxerit, tenetur ad resarciendum alteri pro personarum et rerum adjunctis damnum, quod resiliendo ipsi infertur.

Erster Abschnitt.

Von der Ehe.

§. 1.

Die Ehe ist eine Verbindung zwischen Mann und Weib, welche nach Gottes Willen zu Fortpflanzung des menschlichen Geschlechtes und wechselseitiger Unterstützung geordnet ist. Schon bei ihrem ersten Beginne ward sie als unauflöslich eingesezt und empfang zu ihrer Richtschnur die Mahnung, daß die Gatten Zwei in Einem Fleische seyen; Christus der Herr aber hat sie zu ihrer ursprünglichen Würde zurückgeführt und zu einem Sacramente des neuen Bundes erhoben.

Eigenthümlichkeit und höhere Weihe der ehlichen Gesellschaft.

§. 2.

Das Eheverlöbniß ist eine Uebereinkunft zwischen Mann und Weib, in welcher sie einander zu ehlichen versprechen.

Eheverlöbniße.

§. 3.

Ein Eheverlöbniß kann nur von Personen, welche mit einander eine gültige und erlaubte Ehe zu schließen vermögen, und kraft einer mit Freiheit und gehöriger Ueberlegung gegebenen Willensäußerung gültig eingegangen werden. Verlöbniße, welche im Namen von Unmündigen geschlossen werden, begründen für den Unmündigen nur dann eine Verbindlichkeit zu Eingehung der Ehe, wenn sie von demselben nach erreichter Mündigkeit gutgeheißen werden.

Bedingungen der Gültigkeit.

§. 4.

Das Verlöbniß kann, auch wenn es durch einen Eid wäre bekräftiget worden, mit beiderseitiger Einwilligung aufgehoben werden.

Einverständliche Aufhebung.

§. 5.

Die Eheverlöbniße Derer, die unter der väterlichen Gewalt stehen, sind aufzulösen, wenn die Aeltern gerechten Widerspruch entgegensetzen.

Aufhebung ohne beiderseitige Einwilligung.

§. 6.

Wenn ein Theil die dem Verlobten schuldige Treue gebrochen hat, so ist der andere seines Versprechens entbunden. Wofern nach Schließung des Eheverlöbnisses eine solche Veränderung eintritt, daß man voraussetzen darf, es wäre bei diesem Stande der Dinge zum Verlöbniße nicht gekommen, so verliert dasselbe für jenen Theil, bei welchem eine solche Veränderung nicht eingetreten ist, seine bindende Kraft. Im Falle, daß solche Umstände schon zur Zeit der Verlobung obwalteten, ist jener Theil, welchem sie damals unbekannt waren, zum Rücktritte berechtigt.

§. 7.

Die Verlobten sind durch die übernommene Verbindlichkeit nicht gehindert, sich dem Ordensleben oder dem geistlichen Stande zu widmen. Durch die Ablegung der feierlichen Gelübde oder den Empfang der höheren Weihen wird das Eheverlöbniß aufgelöst.

§. 8.

Dadurch, daß der Eine Theil sich mit einer dritten Person verhehlicht, wird zwar das Verlöbniß aufgehoben; doch verbleiben dem anderen Theile seine allfälligen Ansprüche auf Entschädigung.

§. 9.

Wer ohne rechtmäßigen Grund von dem Eheverlöbniße zurücktritt oder einen rechtmäßigen Grund zum Rücktritte entweder verheimlicht oder durch sein Verschulden herbeigeführt hat, ist verpflichtet, dem anderen Theile den Schaden, welcher für denselben aus dem Rücktritte entsteht, nach Maßgabe der Personen und Verhältnisse zu vergüten.

Pflicht des Schadenersatzes.

§. 10.

Obligatio standi promissis per contractum sponsalium datis tunc quoque cessat, quando omnibus perpensis circumstantiis supponendum merito sit, matrimonium a sponsis contrahendum infaustum fore. Quodsi autem circumstantiae, quibus suppositio ista innititur, culpa unius partis exortae sint, haec alteri damnum, quod ipsi frustratis justis ejus expectationibus illatum est, pro viribus resarcire tenetur.

§. 11.

Ad matrimonium
valide contrahendum necessaria.

Causa efficiens matrimonii est consensus mutuus, in quantum a personis ad contrahendum habilibus respective forma praescripta declaratur.

§. 12.

Ad conjunctionem, quae vere matrimonium sit, ineundum inhabiles sunt omnes et ii tantum, quos lex divina et ecclesiastica inhabiles pronuntiat.

§. 13.

Amentes, furiosi, infantes, et quicumque impares sunt, talem, qualem rei natura exigit, consensum praestando, matrimonium contrahere nequeunt.

§. 14.

Ne consensus detur et matrimonium contrahatur, impedit error, qui versatur circa personam futuri conjugis, aut qui in personam redundat. In personam redundat error in ea tantum qualitate, qua sola futuri conjugis persona determinatur.

§. 15.

3. Error circa conditionem servilem.

Quodsi contingeret, ut liber contrahat cum servo vel serva, quos liberos putet, irritum foret matrimonium.

§. 16.

4. Impotentia ad debitum conjugale praestandum.

Impotentia debitum conjugale praestandi matrimonium antecedens et insanabilis, ne matrimonium valide contrahatur, impedit.

§. 17.

5. Impubertas.

Quum pueri, qui decimum quartum, et puellae, quae duodecimum aetatis annum nondum absolverint, de regula neque physice ad matrimonium apti, neque ii sint, qui matrimonii contrahendi vim, prout decet, intelligant, de jure ad matrimonium inhabiles censentur. Quodsi autem unquam eveniret, ut hac aetate minores et physica et morali ad matrimonium aptitudine pollerent, nihilominus, nisi desuper ab Episcopo dioecesano vel ab ipsa Apostolica Sede sententiam declaratoriam obtinuerint, matrimonio jungi non possent.

§. 18.

6. Vis et metus.

Consensus, ad quem exprimendum quis a quocunque per malum magnum et inevitabile injuste ipsi vel illatum vel intentatum compellitur, ad matrimonii vinculum nectendum haud sufficit.

§. 19.

7. Raptus.

Mulier, quae matrimonium ineundi causa rapta fuerit, cum raptore, quamdiu in ejus potestate manserit, matrimonium valide contrahere nequit. Rapta censenda est mulier, quae violentia ipsi illata vel abducitur, vel in loco, ad quem dolo allecta est, detinetur; nec non ea, quae a viro, cui ante facinus rite desponsata haud fuit, ipsa licet consentiente, insciis tamen vel invitis parentibus seu tutoribus abducitur.

§. 10.

Die Pflicht zur Erfüllung des im Eheverlöbniſſe gegebenen Verſprechens hört auch dann auf, wenn nach Erwägung aller Umſtände mit Recht vorauszuſehen iſt, daß eine zwiſchen den Verlobten eingegangene Ehe unglücklich ſeyn würde. Wofern aber die Umſtände, auf welche die Vorausſetzung ſich gründet, durch das Verſchulden des Einen Theiles eingetreten ſind, ſo iſt dieſer verpflichtet, dem anderen jenen Schaden, welcher für denſelben aus der Täuſchung ſeiner gerechten Erwartungen entſpringt, nach Kräften zu vergüten.

§. 11.

Das Vorhandenſeyn der Ehe wird durch die beiderſeitige Einwilligung bewirkt, in ſo fern dieſelbe von Perſonen, welche zur Eingehung der Ehe befähigt ſind, und zwar (beziehungſweiſe) in der vorgeschriebenen Form gegeben wird.

Erforderniſſe zur
giltigen Eingehung
der Ehe.

§. 12.

Zu Schließung einer Verbindung, welche wahrhaft eine Ehe iſt, ſind Alle und nur Jene unfähig, welche das Geſetz Gottes und der Kirche hiezu unfähig erklärt.

§. 13.

Wahnsinnige, Rasende, Kinder und überhaupt Alle, welche zu Leiſtung einer Einwilligung, wie ſie durch die Natur des Verhältniſſes gefordert wird, unfähig ſind, vermögen keine Ehe zu ſchließen.

Hinderniſſe der
Giltigkeit:

1. Mangel der Fähigkeit zur Einwilligung.

§. 14.

Bei dem Obwalten eines Irrthumes, welcher die Perſon des künftigen Ehegatten betrifft oder auf die Perſon zurückfällt, wird keine Einwilligung gegeben, und hiemit auch keine Ehe geſchloſſen. Nur der Irrthum in einer Eigenschaft, welche die einzige Bezeichnung der Perſon des künftigen Ehegatten iſt, fällt auf die Perſon zurück.

2. Irrthum in der Perſon.

§. 15.

Sollte eine freie Perſon mit einem Slaven oder einer Slavin in der Meinung, dieſelben ſeyen Freie, ſich verheirathen, ſo wäre die Ehe ungiltig.

3. Irrthum in Betreff des Slavenſtandes.

§. 16.

Ein unheilbares Unvermögen zu Leiſtung der ehlichen Pflicht hindert die Giltigkeit der Ehe, wenn es bei Eingehung derſelben bereits vorhanden war.

4. Unvermögen zu Leiſtung der ehlichen Pflicht.

§. 17.

Da Knaben, welche das vierzehnte, und Mädchen, welche das zwölfte Jahr noch nicht vollendet haben, in der Regel weder die körperliche Befähigung zur Ehe beſitzen, noch im Stande ſind, die Bedeutung der ehlichen Verbindung nach Gebühr einzusehen, ſo wird von Rechtswegen vorausgeſetzt, daß ſie unfähig ſeyen, ſich zu verheirathen. Wenn es aber jemals geſchehen ſollte, daß Solche, welche dieſes Alter noch nicht erreicht haben, die körperliche und ſittliche Befähigung zu Eingehung der Ehe beſäßen, ſo könnten ſie demungeachtet, wofern ſie hierüber nicht von dem Biſchofe des Kirchenſprengels oder von dem apoſtoliſchen Stuhle ſelbſt einen beſtätigenden Ausſpruch erhalten hätten, keine Ehe ſchließen.

5. Unmündigkeit.

§. 18.

Eine Einwilligung, zu welcher Jemand von Wem immer durch die widerrechtliche Zuſügung oder Androhung eines großen und unvermeidlichen Uebels vermocht wird, reicht nicht hin, um das Band der Ehe zu knüpfen.

6. Widerrechtlicher Zwang.

§. 19.

Eine Frauensperſon, welche zum Zwecke der Verheirathung entführt worden iſt, kann mit dem Entführer, ſo lange ſie ſich in der Gewalt deſſelben befindet, keine giltige Ehe eingehen. Als entführt iſt jene Frauensperſon zu betrachten, welche durch wider ſie geübten Zwang entweder hinweggeführt oder an einem Orte, wohin ſie durch Liſt gelockt wurde, feſtgehalten wird; ingleichen jene, welche von einem Manne, dem ſie nicht ſchon vor der That rechtmäßig verlobt war, mit ihrer Einwilligung, doch ohne Vorwiſſen oder gegen den Willen der Aeltern oder Vormünder hinweggeführt wird.

7. Entführung.

§. 20.

8. Ligamen.

Matrimonii vinculum eodem junctos ad aliud matrimonium contrahendum inhabiles reddit.

§. 21.

Vinculum matrimonii valide contracti sed nondum consummati per solemnem religionis professionem alterius conjugis vel Summi Pontificis dispensatione dirimitur. Matrimonium a Christianis contractum, postquam consummatum fuerit, nonnisi morte solvi potest.

§. 22.

Quodsi Christiani non catholici autument, matrimonii vinculum solvi posse, Ecclesia errantes deplorat, verum pati nequit, ut error legis suae sanctitatem contaminet. Inter Catholicum et Christianum non catholicum, qui conjugem superstitem habet, matrimonium consistere nequit, licet tribunal, apud quod caussae matrimoniales Christianorum non catholicorum tractari solent, separationem quoad vinculum pronuntiaverit.

§. 23.

Quum per sacramentum baptismi non solvantur conjugia, sed crimina dimittantur, matrimonium ab infidelibus contractum conjugibus ad Christum conversis firmum manet, non obstantibus impedimentis ecclesiastica lege institutis. Quodsi autem altero tantum conjugum converso alter in infidelitate persistens cum eodem cohabitare interpellatione neglecta omnino renuat aut cohabitare nolit absque contumelia creatoris, eidem petenti concedendum est, ut ad novas convolet nuptias; quibus rite celebratis vinculum conjugii in infidelitate contracti dirimitur.

§. 24.

9. Ordo sacer et votum solemne.

Clerici in majoribus constituti et regulares, qui vota solemnia emiserunt, ad matrimonium ineundum habiles non sunt. In quantum vota simplicia in congregatione regulari emissa eum per exceptionem sortiantur effectum, ut matrimonium irritent, secundum statuta ordinum a Sede Apostolica approbata dijudicandum est.

§. 25.

10. Cultus inter baptizatos et non baptizatos disparitas.

Inter baptizatos et eos, qui regenerationis sacramentum haud susceperunt, matrimonium consistere nequit.

§. 26.

11. Consanguinitas.

Qui in linea recta aut in quarto vel proximiori quodam lineae transversae gradu consanguinei sunt, validum inter se matrimonium contrahere non possunt, neque refert, an consanguinitas ex copula licita vel illicita exorta sit.

§. 27.

12. Cognatio spiritualis.

Cognatio spiritualis, quae ex baptismo et confirmatione oritur, dirimit matrimonium inter sacramenti dispensatorem et baptizatum vel confirmatum, nec non baptizati vel confirmati parentes, inter patrinum quoque et baptizatum vel confirmatum, nec non baptizati vel confirmati parentes.

§. 28.

13. Cognatio affinitasque civilis.

Adoptio, qualis arrogationi seu adoptioni perfectae juris Romani quoad essentialia respondet, secundum nunc vigentem Ecclesiae praxin, etiam postquam dissoluta fuerit, matrimonium dirimit inter adoptantem adoptatumque et ab adoptato descendentes sub paterna ejus potestate adoptionis tempore constitutos, nec non inter adoptantem adoptatque uxorem et adoptatum vicissim adoptantisque uxorem. Praeterea quamdiu adoptio perdurat, inter adoptatum et adoptantis liberos carnales, legitimos, sub potestate paterna constitutos matrimonium consistere nequit.

§. 20.

Das bestehende Eheband macht diejenigen, welche durch dasselbe vereinigt sind, zu Schließung einer anderen Ehe unfähig.

8. Bestehendes Eheband.

§. 21.

Das Band einer gültig geschlossenen, aber noch nicht vollzogenen Ehe wird getrennt, wenn einer der Gatten die feierlichen Ordensgelübde ablegt, oder eine päpstliche Nachsichtgewährung eintritt. Eine von Christen geschlossene Ehe kann, sobald sie vollzogen worden ist, nur durch den Tod aufgelöst werden.

§. 22.

Wenn nichtkatholische Christen dafür halten, daß die Ehe dem Bande nach könne getrennt werden, so beklagt die Kirche die Irrenden, aber sie kann dem Irrthume keinen Einfluß auf die Heiligkeit ihrer Gesetzgebung verstaten. Zwischen einem Katholiken und einem nichtkatholischen Christen, dessen Gatte noch am Leben ist, kann keine Ehe zu Stande kommen, wenn auch das Gericht, welches über die Ehen von nichtkatholischen Christen urtheilt, eine Trennung dem Bande nach ausgesprochen hat.

§. 23.

Da durch das Sacrament der Taufe nicht die Ehen aufgelöst, sondern die Sünden nachgelassen werden, so bleibt eine von Ungläubigen geschlossene Ehe nach Bekehrung der Gatten in Kraft, und Hindernisse, welche das Kirchengesetz aufgestellt hat, stehen ihr nicht im Wege. Wenn aber nur Ein Theil sich bekehrt und der andere ungläubig verbleibende ungeachtet der an ihn ergangenen Aufforderung sich durchaus weigert, mit demselben zusammenzuleben, oder mit ihm nicht ohne Beschimpfung des Christenthums zusammenleben will, so soll diesem auf sein Ansuchen gestattet werden, zu einer neuen Ehe zu schreiten, und durch rechtmäßige Eingehung derselben wird das Band der im Stande des Unglaubens geschlossenen Ehe aufgelöst.

§. 24.

Geistliche, welche die höheren Weihen empfangen, und Ordenspersonen, welche die feierlichen Gelübde abgelegt haben, sind unfähig, eine Ehe zu schließen. In wie fern einfache, in einer Ordensgemeinde abgelegte Gelübde ausnahmsweise die Ungültigkeit der Ehe bewirken, muß nach den vom heiligen Stuhle gutgeheißenen Ordensstatuten beurtheilt werden.

9. Höhere Weihen und feierliche Ordensgelübde.

§. 25.

Zwischen Getauften und Solchen, welche das Sacrament der Wiedergeburt nicht empfangen haben, kann keine Ehe zu Stande kommen.

10. Religionsverschiedenheit zwischen Getauften u. Untertaufen.

§. 26.

Blutsverwandte in der geraden Linie oder aber im vierten oder einem näheren Grade der Seitenlinie können mit einander keine gültige Ehe eingehen. Ob die Verwandtschaft aus ehelicher oder unehelicher Geburt entstanden sey, macht keinen Unterschied.

11. Blutsverwandtschaft.

§. 27.

Die geistliche Verwandtschaft, welche durch die Taufe und Firmung begründet wird, hindert die Ehe zwischen dem Ausspender des Sacramentes und dem Täuflinge oder Firmlinge, so wie den Aeltern desselben, dann zwischen den Paten und dem Täuflinge oder Firmlinge, so wie den Aeltern desselben.

12. Geistliche Verwandtschaft.

§. 28.

Eine Annahme an Kindesstatt, welche der Arrogation oder vollständigen Adoption des römischen Rechtes im Wesentlichen entspricht, hindert nach der jetzt bestehenden Uebung der Kirche, auch nachdem sie aufgehoben worden ist, das Zustandekommen einer Ehe zwischen dem Adoptirenden und dem Adoptirten, so wie jenen Nachkommen des letzteren, welche zur Zeit der Adoption unter dessen väterlicher Gewalt standen; dann zwischen dem Adoptirenden und der Gattin des Adoptirten wie auch dem Adoptirten und der Gattin des Adoptirenden. Ueberdies kann, so lange die Adoption währt, zwischen dem Adoptirten und des Adoptirenden leiblichen, rechtmäßigen unter der väterlichen Gewalt stehenden Kindern keine gültige Ehe geschlossen werden.

13. Bürgerliche Verwandtschaft.

§. 29.

Adoptio juris Austriaci.

Adoptio juris Austriaci intra praefatos terminos matrimonium dirimit, quoties adoptatus paternae adoptantis potestati subjiciatur vel in ejusdem domum filiorumfamilias ad instar cohabitaturus recipiatur. Quodsi autem neque paternae adoptantis potestati subjiciatur neque in ejusdem domum cohabitaturus recipiatur, adoptio juris Austriaci imperfectae aequiparanda est et nullum matrimonii impedimentum involvit.

§. 30.

14. Affinitas ex copula licita.

Matrimonium consummatum inter unam partem et alterius quartum usque inclusive gradum consanguineos affinitatem parit, qua irritatur matrimonium inter eosdem initum.

§. 31.

15. Affinitas ex copula illicita.

Concubitus extra matrimonium habitus dirimit matrimonium contrahendum inter unam partem et alterius consanguineos in primo vel secundo gradu.

§. 32.

Affinitas superveniens.

Conjux, qui cum alterius consanguineis in primo vel secundo gradu copula carnali culpose jungitur, privatur jure debitum conjugale petendi, donec dispensationem obtinuerit.

§. 33.

16. Justitia publicae honestatis: ex matrimonio rati non consummato.

Matrimonium ratum, non consummatum, conjugem, qui supervixerit, aut in saeculo remanserit, inhabilem reddit ad matrimonium ineundum cum alterius consanguineis quartum usque inclusive gradum.

§. 34.

ex matrimonio invalide contracto non consummato.

Matrimonium invalide contractum non consummatum, nisi propter defectum consensus nullum sit, impedit, ne conjugium subsistat inter unam partem et alterius consanguineos quartum usque inclusive gradum.

§. 35.

ex sponsalibus.

Sponsalia valide et pure inita obstant, ne sponsum alter cum alterius consanguineis in primo gradu matrimonium contrahat. Idem operantur sponsalia sub honesta conditione contracta, postquam eadem purificata fuerit.

§. 36.

17. Adulterium.

Inter eos, qui adulterio se polluerunt, matrimonium valide contrahi nequit, quando altero adhuc vivente conjuge matrimonii ineundi fidem sibi dederint vel matrimonium de facto inire attentaverint, aut quando vel una tantum pars ea intentione, ut cum altera matrimonio jungi queat, in mortem conjugis, cujus jura adulterio violavit, machinata fuerit effectum secuto.

§. 37.

18. Conjugicidium.

Conjugicidium inter conjugem ejusdem reum et personam, cum qua ad crimen patrandum conspiravit, matrimonium invalidum efficit, quando vel una tantum pars facinus ea intentione perpetraverit, ut cum altera matrimonium inire possit.

§. 38.

19. Clandestinitas.

Ad matrimonium valide ineundum requiritur, ut contrahentes coram paroco proprio utriusque vel unius partis aut alio sacerdote de ipsius parochi seu Ordinarii licentia et duobus vel tribus testibus consensum declarent. In iis tamen Imperii partibus, pro quibus Sancta Sedes instructionem dd. 30. April. 1841 edidit, absentia parochi catholici quoad matrimonia inter Catholicos et Christianos non catholicos ad ipsa irritanda non sufficit.

§. 29.

Die Annahme an Kindesstatt des österreichischen Gesetzes hindert inner den gedachten Gränzen die Giltigkeit der Ehe, wofern das Wahlkind der väterlichen Gewalt des Adoptirenden unterstellt oder in dessen Haus, um mit ihm wie das Kind mit den Aeltern zusammenzuleben, aufgenommen wird. Wenn es aber weder unter die väterliche Gewalt des Adoptirenden kommt, noch zu dessen Hausgenossen wird, so ist die Adoption des österreichischen Gesetzes der unvollkommenen gleichzustellen und bringt kein Ehehinderniß mit sich.

Annahme an Kindesstatt des österreich. Gesetzes.

§. 30.

Eine vollzogene Ehe bewirkt zwischen dem einen Gatten und den Blutsverwandten des anderen bis einschlusweise zum vierten Grade eine Verschwägerung, in Folge derer eine zwischen denselben eingegangene Ehe nichtig ist.

14. Schwägerschaft aus erlaubttem Umgange.

§. 31.

Eine außereheliche Geschlechtsvermischung hindert das Zustandekommen einer Ehe zwischen dem Einen Theile und des anderen Blutsverwandten im ersten und zweiten Grade.

15. Schwägerschaft aus unerlaubtem Umgange.

§. 32.

Der Gatte, welcher mit Blutsverwandten des anderen im ersten oder zweiten Grade unerlaubten Umgang pflegt, verliert dadurch das Recht, die eheliche Pflicht zu fordern, bis ihm Nachsicht gewährt worden ist.

Hinzutretende Schwägerschaft.

§. 33.

Eine giltige, doch nicht vollzogene Ehe macht den überlebenden oder weltlich gebliebenen Theil unfähig, mit des anderen Blutsverwandten bis einschlusweise zum vierten Grade sich ehlich zu verbinden.

16. Forderung der öffentlichen Sittlichkeit aus einer giltigen, doch nicht vollzogenen Ehe.

§. 34.

Eine ungiltig geschlossene und nicht vollzogene Ehe hindert, außer wenn der Grund der Nichtigkeit in dem Mangel der Einwilligung liegt, die Verehelichung des Einen Theiles mit den Blutsverwandten des anderen bis einschlusweise zum vierten Grade.

aus einer ungiltig geschlossenen und nicht vollzogenen Ehe.

§. 35.

Ein giltig und unbedingt eingegangenes Eheverlöbniß hindert, daß zwischen dem Einen Verlobten und des anderen Blutsverwandten im ersten Grade eine Ehe zu Stande komme. Dieselbe Wirkung äußert ein unter einer ehrbaren Bedingung geschlossenes Verlöbniß, sobald der Bedingung Genüge geleistet ist.

aus einem Eheverlöbniß.

§. 36.

Zwischen zwei Personen, welche mit einander Ehebruch getrieben haben, kann keine Ehe geschlossen werden, wofern dieselben bei Lebzeiten des anderen Gatten einander die Ehe versprochen oder sogar gewagt haben, mit einander thatsächlich eine Ehe zu schließen, oder wofern auch nur Ein Theil, um sich mit dem anderen verehelichen zu können, dem Gatten, dessen Rechte er durch den Ehebruch verletzt, mit Erfolg nach dem Leben gestellt hat.

17. Ehebruch.

§. 37.

Der Gattenmord hindert die Ehe zwischen dem desselben schuldigen Gatten und der Person, mit welcher er zur Vollbringung des Verbrechens zusammengewirkt hat, wofern auch nur Ein Theil die That in der Absicht verübte, dadurch seine Verehelichung mit dem anderen möglich zu machen.

18. Gattenmord.

§. 38.

Zur Giltigkeit der Ehe ist erforderlich, daß die Ehevererber vor dem eigenen Pfarrer Beider oder Eines von Beiden, oder einem Priester, welcher hiezuvon dem Pfarrer oder von dem Bischöfe der Diocese ermächtigt worden ist, und vor zwei oder drei Zeugen ihre Einwilligung erklären. Doch kann in jenen Theilen des Kaiserthumes, für welche der heilige Stuhl die Anweisung vom 30. April 1841 erlassen hat, die Abwesenheit des katholischen Pfarrers bei Ehen zwischen Katholiken und nichtkatholischen Christen nicht hindern, um ein Hinderniß der Giltigkeit zu bewirken.

19. Heimlichkeit.

Domicilium verum
et quasi domici-
lium.

Proprius nupturientium parochus est is, in cujus parochia verum aut quasi domicilium habent.

§. 39.

§. 40.

Domicilium verum ibi locorum est, ubi quis habitationem suam vel unice vel principaliter figit, ita, ut peregrinari dicatur, quando ibi non commoretur. Quamdiu hoc in loco habitationem sibi vel familiae suae destinata retinet, absentia longior licet, per se sumpta, non sufficit ad efficiendam domicilii veri translationem. Ubi quis duraturam figere sedem haud quidem intendit, verumtamen talem habitat in finem, ad quem assequendum longior commoratio requiritur, ibi quasi domicilium habet.

§. 41.

Uxor, ubi maritus; minorennis, ubi parentes, nutritii, tutor, verum habent domicilium. Locus, ubi e. gr. uxor servitia praestat, aut minorennis studiorum ergo commoratur vel persona militaris stativa habet, ipsorum quasi domicilium reputandus est. Quinam minorennis censendus vel minorennibus quoad relationes juridicas aequiparandus sit, juxta legem Austriacam dijudicandum venit.

§. 42.

Officiales publici nec non ii, qui ad servitia quaecunque publica in dies vitae assumti sunt, domicilium verum eo habent in loco, ubi ad muneris servitiive sui ordinarii partes explendas habitant. Quando alio in loco ad extraordinarium deputantur ministerium, quod pro sua natura longiorem postulat moram, ibi quasi domicilium acquirunt.

§. 43.

Qui hominis privati, societatis aut instituti ejusdam servitiis se mancipat, quasi domicilium acquirit in loco, ubi ad servitia haecce praestanda habitat. Haud ea tamen sint oportet, quae continuam habitationis mutationem inferant. Neque ratione servitiorum, quorum quis tenore herum quoad habitationem sequi debet, loco, quo herus domicilium non habet, domicilium acquiri potest.

§. 44.

Casu, quo quis extra locum domicilii veri in aliis adhuc parochiis domus ejus usibus destinatas instructasque possideat, in illo tantum horum locorum quasi domicilium habet, ubi vel quovis anno per notabile tempus commorari solet, vel tempore, quo locum qua domicilium asserit, per sex ad minimum septimanas habitat.

§. 45.

Eorum, qui neque verum neque quasi domicilium habent, parochus proprius is est, in cujus parochia commorantur.

§. 46.

Proprius personarum ad militiam vagam pertinentium parochus est capellanus et respective superior castrensis juxta tenorem facultatum a Sancta Sede concessarum. Qui militiae stabili annumerantur, parochum domicilii adeant oportet.

§. 47.

Quod licentia matrimonio assistendi ab eo, cui competit, (§. 38.) tacite collata sit, foederis conjugalis valori haud obest; attamen absque urgentissima quadam necessitate copulationem non peragat, cui a parocho vel ab Ordinario ipso facultas expresse haud facta sit. Licentia mere praesumta non sufficit; neque juvat, quod delegandi jus habens de ea requisitus reapse eam concessurus fuisset, aut rem postmodum ratam habeat.

Competens perso-
narum militarium
parochus.

Licentia tacite
concessa et mere
praesumta.

§. 39.

Der Brautleute eigener Pfarrer ist jener, in dessen Pfarrbezirke sie ihren eigentlichen oder uneigentlichen Wohnsitz haben.

Eigentlicher und
uneigentlicher
Wohnsitz.

§. 40.

Der eigentliche Wohnsitz ist an dem Orte, wo Jemand seine Wohnung ausschließlich oder vorzugsweise aufschlägt, so daß man nicht sagen kann, er sey daheim, wenn er sich dort nicht aufhält. So lang' er an diesem Orte eine für ihn oder seine Hausgenossen bestimmte Wohnung beibehält, reicht eine, wenn auch längere Abwesenheit für sich genommen nicht hin, um die Uebertragung des eigentlichen Wohnsitzes zu bewirken. Wo Jemand zwar keine bleibende Niederlassung beabsichtigt, aber doch zu einem Zwecke wohnt, dessen Erreichung einen längeren Aufenthalt nothwendig macht, dort hat er einen uneigentlichen Wohnsitz.

§. 41.

Der eigentliche Wohnsitz der Gattin ist dort, wo der Gatte, und der des Minderjährigen dort, wo dessen leibliche, Wahl- oder Pflegeältern oder der Vormund ihren eigentlichen Wohnsitz haben. Der Ort, wo z. B. die Gattin in Dienstverhältnissen steht, der Minderjährige sich als Studirender aufhält oder als Militärperson seinen Standort hat, ist ihr uneigentlicher Wohnsitz. Wer als minderjährig zu betrachten, oder den Minderjährigen rechtlich gleichzustellen sey, ist hiebei nach dem österreichischen Gesetze zu beurtheilen.

§. 42.

Staatsbeamte oder Solche, welche in was immer für öffentliche Dienste auf Lebenszeit getreten sind, haben ihren ordentlichen Wohnsitz dort, wo sie zur Ausübung ihrer Amts- oder Dienstespflichten wohnhaft sind. Wofern sie an einem anderen Orte zu außerordentlichen Dienstleistungen, welche ihrer Natur nach längere Zeit erheischen, verwendet werden, erlangen sie an demselben einen uneigentlichen Wohnsitz.

§. 43.

Wer bei einer Privatperson, einer Anstalt oder Gesellschaft auf längere oder unbestimmte Zeit in Dienste tritt, erlangt dadurch an dem Orte, wo er zu Leistung dieser Dienste sich aufhält, einen uneigentlichen Wohnsitz. Nur dürfen die Dienstleistungen nicht so beschaffen seyn, daß sie eine stete Veränderung des Aufenthaltes mit sich bringen; auch kann durch ein Dienstverhältniß, in Folge dessen man dem Aufenthalte des Dienstherrn zu folgen hat, dort, wo dieser keinen Wohnsitz hat, kein Wohnsitz erworben werden.

§. 44.

Im Falle, daß Jemand außer dem Orte seines eigentlichen Wohnsitzes noch in anderen Pfarrbezirken Häuser mit einer für ihn bestimmten, eingerichteten Wohnung besitzt, hat er nur an jenem dieser Orte einen uneigentlichen Wohnsitz, wo er sich jährlich eine beträchtliche Zeit hindurch aufzuhalten pflegt, oder wo er zur Zeit, da er den Ort als seinen Wohnsitz geltend macht, durch wenigstens sechs Wochen wohnhaft ist.

§. 45.

Für Jene, welche weder einen eigentlichen noch einen uneigentlichen Wohnsitz haben, ist der Pfarrer, in dessen Bezirke sie sich eben aufhalten, der zuständige.

§. 46.

Zuständiger Pfarrer der zur militia vaga gehörigen Personen ist der Feldcaplan und beziehungsweise der Feldsuperior nach Maßgabe der von dem heiligen Stuhle gewährten Vollmachten. Jene, welche der militia stabilis beigezählt werden, haben sich an den Pfarrer ihres Wohnsitzes zu wenden.

Zuständigkeit der
Militärpersonen.

§. 47.

Daß die Ermächtigung zu Vornahme der Trauung von dem Berechtigten (§. 38.) stillschweigend ertheilt worden ist, schadet der Gültigkeit des Ehebundes nicht. Doch verriethe außer dem Drange der äußersten Nothwendigkeit Niemand eine Trauung, wenn er hiezu nicht von dem Pfarrer oder dem Bischöfe selbst ausdrücklich die Ermächtigung empfangen hat. Eine bloß vermuthete Erlaubniß ist unzureichend, und bleibt es auch in dem Falle, daß der Berechtigte, wenn man darum nachgesucht, sie wirklich ertheilt hätte, oder nachträglich seine Guttheißung ausspräche.

Stillschweigende
und bloß vermuthete
Erlaubniß.

§. 48.

Subdelegandi jus.

Qui licentiam matrimonio assistendi pro universitate casuum accepit, eam pro singulis casibus alii sacerdoti concedere potest. Qui licentiam istam pro singulo casu accepit, jure subdelegandi caret, nisi expresse ipsi collatum sit.

§. 49.

Decisio de parochi competentia.

Quando ex quacunque ratione dubium emergat, cuinam animarum curatori jus matrimonio assistendi competat, res ad Episcopum deferenda ac ejus decisio vel ordinatio expectanda est.

§. 50.

Matrimonium per procuratorem contractum.

Consensus declaratio per procuratorem facta valida est, quando hanc in rem ei mandatum speciale, personam futuri conjugis sufficienter determinans, collatum, neque tempore forsan, quo mandantis nomine matrimonium contractum sit, revocatum jam fuerit. Parochus tamen matrimonium per procuratorem ineundum nullatenus admittat, nisi Episcopus facultatem expresse concesserit.

§. 51.

20. Conditio.

An consensus sub conditione datus causa efficiens matrimonii sit, a conditionis impletionem dependet.

§. 52.

Quando conditio versetur circa futurum contingens vel non contingens, matrimonium suspenditur, usque dum conditio impleatur. Quod si non impleatur, consensus dati effectus cessat. Quando consensus alligatur conditioni de praesenti vel de praeterito, matrimonium validum est vel non, prout conditio impleta jam sit, vel non.

§. 53.

Irritus esset consensus, qui alligaretur conditioni substantiae matrimonii repugnanti. Conditiones impossibile quidpiam aut immorale, quod matrimonii substantiae haud repugnat, continentes pro non adjectis habendae sunt.

§. 54.

Qui ante conditionem impletam matrimonium consummat, eo ipso conditioni nuntium mittit.

§. 55.

Ut consensus sub conditione detur, non nisi de expressa Episcopi licentia admitti potest. Conditiones, quae in consensus declaratione haud exprimuntur, pro non apposis habendae sunt.

§. 56.

Impedimenta impedientia.

Ecclesia matrimoniorum et decori et puritati omni ex parte provisura, nec tamen consultum ducens, ut impedimentorum dirimentium numerus nimis augeatur, de matrimonio constitutiones edidit, pro quibus obedientiam postulat, quarum tamen transgressio matrimonii nullitatem minime involvit.

§. 57.

1. Sponsalia.

In quantum et quamdiu sponsalia obligationem ad matrimonium contrahendum inducunt, illicitas reddunt nuptias, quascunque sponsorum alter cum tertia quadam persona contrahit.

§. 58.

2. Votum simplex.

Vota simplicia obedientiae, paupertatis et castitatis in religiosa quadam congregatione emissa, nec non votum simplex perpetuae castitatis, religionis, ordinis sacri et coelibatus eisdem ligatos haud sinunt matrimonium licite contrahere.

§. 48.

Wer die Erlaubniß zu trauen für eine Gesamtheit von Fällen erhalten hat, kann dieselbe für einzelne Fälle auf einen anderen Priester übertragen. Wer diese Erlaubniß nur für einen einzelnen Fall erhalten hat, entbehrt des Rechtes zu subdelegiren, wenn dasselbe ihm nicht ausdrücklich ist zugetheilt worden. Recht zu subdelegiren.

§. 49.

Erscheint es aus was immer für einem Grunde zweifelhaft, welcher Seelsorger zur Vornahme der Trauung berechtigt sey, so ist die Sache vor den Bischof zu bringen und die Entscheidung oder Anordnung desselben abzuwarten. Entscheidung über die Zuständigkeit des Pfarrers.

§. 50.

Die durch einen Bevollmächtigten erklärte Einwilligung ist gültig, wenn ihm hiezu eine besondere, die Person des künftigen Gatten hinreichend bestimmende Vollmacht ausgestellt worden und dieselbe zur Zeit, als die Ehe im Namen des Machtgebers eingegangen wird, nicht etwa schon widerrufen ist. Doch hat der Pfarrer in keinem Falle eine durch Bevollmächtigte abzuschließende Ehe zuzulassen, ohne daß die ausdrückliche Genehmigung von Seite des Bischofes erfolgt ist. Eingehung der Ehe durch einen Bevollmächtigten.

§. 51.

Ob eine bedingte Einwilligung das Vorhandenseyn der Ehe bewirke, hängt von der Erfüllung der Bedingung ab. 20. Bedingung.

§. 52.

Wenn das Eintreffen oder Nichteintreffen von etwas Zukünftigem als Bedingung gestellt wird, so bleibt die Ehe aufgeschoben, bis die Bedingung erfüllt ist. Wird dieselbe nicht erfüllt, so hört die Wirkung der gegebenen Einwilligung auf. Wenn die Einwilligung an etwas Gegenwärtiges oder Vergangenes als an ihre Bedingung geknüpft ist, so ist die Ehe gültig oder ungültig, je nachdem die Bedingung bereits erfüllt ist oder nicht.

§. 53.

Eine Einwilligung, welche an eine dem Wesen der Ehe widerstreitende Bedingung geknüpft würde, wäre nichtig. Bedingungen, welche etwas Unmögliches oder etwas Unsittliches, doch dem Wesen der Ehe nicht Widerstreitendes zum Gegenstande haben, sind als nicht beigesezt zu betrachten.

§. 54.

Wer vor Erfüllung der beigesezten Bedingung die Ehe vollzieht, leistet dadurch auf die Bedingung Verzicht.

§. 55.

Eine bedingte Erklärung der Einwilligung kann nur mit ausdrücklicher Erlaubniß des Bischofes zugelassen werden. Bedingungen, welche bei der Erklärung der Einwilligung nicht ausgedrückt werden, sind als nicht beigesezt zu betrachten.

§. 56.

Während die Kirche für die Würde und Reinheit der Ehe in jeder Beziehung sorgen wollte, hielt sie es nicht gerathen, die Zahl der trennenden Hindernisse zu sehr zu mehren. Daher hat sie über die Ehe Anordnungen erlassen, für welche sie Gehorsam fordert, deren Uebertretung aber die Ungültigkeit der Ehe nicht nach sich zieht. Hindernisse einer erlaubten Eheschließung.

§. 57.

In so weit und so lange die Eheverlöbniße eine Verbindlichkeit zu Eingehung der Ehe hervorrufen, machen sie jede Ehe unerlaubt, welche von Einem der Verlobten mit einer dritten Person eingegangen wird. 1. Eheverlöbniß.

§. 58.

Jene einfachen Gelübde des Gehorsames, der Armuth und der Keuschheit, welche in einer Ordensgemeinde abgelegt worden sind, dann das einfache Gelübde, immerwährende Keuschheit zu bewahren, in einen geistlichen Orden zu treten, die höheren Weihen zu empfangen, niemals eine Ehe zu schließen, verstaten nicht, daß Diejenigen, für welche sie verpflichtende Kraft haben, erlaubterweise das Band der Ehe knüpfen. 2. Einfache Gelübde.

§. 59.

3. Tempus sacram.
tum.

A prima Dominica Adventus usque ad festum Epiphaniae Domini inclusive, et a feria quarta Cinerum usque ad Dominicam in Albis inclusive prohibitum est, nuptias celebrare.

§. 60.

4. Bannus nuptialis.

Matrimonium, antequam contrahatur, a parrocho sponsi ac sponsae tribus diebus dominicis vel festivis inter missarum solemnias publice denuntiandum et omnis, cui impedimentum aliquod notum, ad revelandum istud monendus est. Persona nupturientium expresso utriusque nomine baptismali, cognomine, loco nativitatis, aetate, conditione ac domicilio accurate determinetur.

§. 61.

Si sponsus vel sponsa non tantum verum, sed etiam quasi domicilium habet, trina proclamatio tam a parrocho veri, quam a parrocho quasi domicilii eorum instituenda est. Quando autem contingat, ut persona quaedam praeter domicilium verum plus quam unum habeat quasi domicilium, sufficit, ut matrimonium a parrocho veri ejusdem domicilii ac ab uno parochorum, in quorum territorio quasi domicilium habet, rite denuntietur.

§. 62.

Si sponsus vel sponsa in nulla parochiarum, ubi secundum regulas antefatas proclamatio fieri debet, per sex saltem septimanas habitet, proclamatio instituatur praeterea in Ecclesia parochiali ejus loci, ubi persona, de qua agitur, ultimo per sex saltem hebdomadas habitaverit. Peculiaribus rerum adjunctis, ne id commode fiat, obstantibus, ea de re ad Episcopum referendum est.

§. 63.

Apud eos, qui neque verum habent domicilium, neque in loco quasi domicilii per anni ad minimum tempus jam commorantur, proclamationes etiam, ubi jura indigenatum in communitate civili habentium eis competunt, et quando ejusmodi jura nullibi eis competant, quantum fieri possit, etiam in parochia loci eorum natalis instituendae sunt. Nupturiente non tantum vero, sed etiam quasi domicilio carente, proclamatio fiat tam in parochia, ubi tunc temporis commoratur, quam in loco, ubi jura indigenatum in communitate civili habentium ei competunt, aut quodsi nullibi iisdem gaudeat, quantum fieri possit, in parochia loci natalis.

§. 64.

Iterandae sunt proclamationes, quando intra sex post eas peractas menses matrimonium non contrahatur, vel et minori elapso tempore renovationem Episcopus imperet.

§. 65.

Antequam proclamationes rite institutae fuerint, matrimonium licite contrahi nequit.

§. 66.

Ecclesia detestatur fidelium cum apostatis conjugia; improbat quoque matrimonia inter Catholicos et Christianos non catholicos et ab ipsis ineundis suos dehortatur.

§. 67.

Quando fundata adsit suspicio, nupturientibus impedimentum quoddam ob stare, aut timendum veniat, nuptias magnis litibus vel scandalis, aliisve malis ansam praebituras, sacrorum Antistiti jus competit et respective obligatio incumbit, matrimonii celebrationem interdicere. Quamdiu interdictum ab eodem sublatum non sit, matrimonium contrahere illicitum est.

§. 68.

Etiam in nectendo matrimonii vinculo memores sunt filii familias Domini dicentis: Honora patrem tuum et matrem tuam! Praeterea prona est ad praepropera

5. Disparitas cultus inter Christianum et apostatam nec non inter Christianum catholicum et non catholicum.

6. Interdictum Ecclesiae.

Parentum consensus.

§. 59.

Es ist verboten, in der Zeit vom ersten Adventsontage bis einschließlich zum Feste der Erscheinung des Herrn, dann vom Aschermittwoche bis einschließlich zum ersten Sonntage nach Ostern eine Ehe einzugehen. 3. Geheiligte Zeit.

§. 60.

Bevor die Ehe geschlossen wird, ist die beabsichtigte Eingehung derselben von dem Pfarrer des Bräutigams und der Braut an drei Sonn- oder Festtagen während der Feier des heiligen Messopfers öffentlich zu verkündigen und Jeder, welchem etwa irgend ein Hinderniß bekannt ist, zu Entdeckung desselben aufzufordern. Die Person beider Brautleute ist durch Angabe ihres Tauf- und Familiennamens, ihres Geburtsortes, Alters, Standes und Wohnortes genau zu bestimmen. 4. Aufgebot.

§. 61.

Hat der Bräutigam oder die Braut sowohl einen eigentlichen als einen uneigentlichen Wohnsitz, so ist die dreimalige Verkündigung sowohl von dem Pfarrer ihres eigentlichen, als auch von dem ihres uneigentlichen Wohnsitzes vorzunehmen. Sollte es sich aber fügen, daß eine Person neben ihrem eigentlichen Wohnsitz mehr als Einem uneigentlichen Wohnsitz hätte, so genügt es, wenn die Verkündigung von dem Pfarrer ihres eigentlichen Wohnsitzes und von Einem der Pfarrer ihrer uneigentlichen Wohnsitzes gehörig vorgenommen wird.

§. 62.

Wofern der Bräutigam oder die Braut in keiner der Pfarren, wo nach den vorstehenden Bestimmungen das Aufgebot stattfinden soll, durch wenigstens sechs Wochen wohnhaft ist, so muß die Verkündigung überdieß auch in der Pfarrkirche jenes Ortes geschehen, wo die betreffende Person zuletzt durch wenigstens sechs Wochen wohnhaft war. Sollten besondere Verhältnisse die Vollziehung dieser Vorschrift erschweren, so ist an den Bischof Bericht zu erstatten.

§. 63.

Bei Denjenigen, welche weder einen eigentlichen Wohnsitz haben, noch an dem Orte ihres uneigentlichen schon wenigstens ein Jahr lang verweilen, muß das Aufgebot auch dort, wo ihnen das Heimatsrecht zusteht, oder wenn dieß ihnen nirgends zustände, wo möglich auch in der Pfarre ihres Geburtsortes vorgenommen werden. Hat aber der Chewerber nicht nur keinen eigentlichen, sondern auch keinen uneigentlichen Wohnsitz, so geschehe die Verkündigung sowohl in dem Pfarrbezirke, wo er sich eben aufhält, als auch dort, wo ihm das Heimatsrecht zusteht, oder wenn ein solches ihm nirgends zustände, wo möglich in der Pfarrkirche seines Geburtsortes.

§. 64.

Die Verkündigungen müssen wiederholt werden, wenn die Ehe nicht binnen sechs Monaten nach Vornahme derselben geschlossen wird, oder der Bischof auch nach Ablauf einer kürzeren Zeit die Erneuerung des Aufgebotes vorschreibt.

§. 65.

Bevor das Aufgebot gehörig vollzogen ist, kann die Ehe erlaubterweise nicht eingegangen werden.

§. 66.

Die Kirche verabscheut die Ehen zwischen Christen und Solchen, welche vom Christenthume abgefallen sind. Auch mißbilligt sie die Heirathen zwischen Katholiken und nichtkatholischen Christen und mahnt ihre Kinder von Schließung derselben ab.

§. 67.

Wenn Grund vorhanden ist, zu vermuthen, daß den Chewerbern ein Hinderniß im Wege stehe, oder wenn die Besorgniß obwaltet, daß ihre Verehlichung zu großen Zwistigkeiten und Aergernissen oder anderem Unheile Anlaß geben werde, so steht dem Bischofe das Recht zu und liegt beziehungsweise die Pflicht ob, die Eingehung der Ehe zu verbieten. So lang' er das Verbot nicht aufgehoben hat, bleibt die Eingehung der Ehe unerlaubt.

§. 68.

Auch bei Knüpfung des Ehebandes seyen Söhne und Töchter, des Herrn eingedenk, welcher spricht: Ehre deinen Vater und deine Mutter! Zudem läßt die Jugend sich

5. Religionsverschiedenheit zwischen Christen und Abtrünnigen, dann zwischen katholischen und nichtkatholischen Christen.

6. Verbot der Kirche.

Zustimmung der Aeltern.

consilia juventus, nisi maturioris aetatis experientia regatur, et conjugia absque debita deliberatione inita uberem malorum continent fomitem. Quocirca illicita sunt matrimonia, quae parentibus justis ex causis assensum denegantibus contrahuntur.

§. 69.

Prohibitiones legis
Austriacae.

Sanctum est Christiano, potestati civili praestare obedientiam, ad quam Dominus ipse nos per Apostolum suum instituit. Eo districtius eas observet necesse est constitutiones civiles, quae ad ordinem moralem conservandum accurate concurrunt. Quamvis igitur potestas civilis, quin validum inter Christianos matrimonium contrahatur, sanctionibus suis impedire minime possit, civi tamen Austriaco haud licet, negligere praescriptiones, quas lex Austriaca de civilibus matrimonii effectibus statuit.

§. 70.

Quatenus nupturientes ad copulationes admittendi.
Documenta necessaria.

Ad matrimonii celebrationem contracturi tunc tantum admitti debent, quando conjunctioni eorum nullum, quantum sciri possit, obstat impedimentum et cuncta praestiterint, quae Ecclesiae leges ad matrimonia invalida aut illicita excludendum praescribunt. In specie ipsis incumbit, proclamationes rite peractas esse comprobare nec non liberi status testimonium exhibere; et nisi aetas et origo eorum ex libris parochialibus colligi possit, litteras baptismales afferre. Quodsi nupturiens testimonium sibi baptismale parare plane non valeret, parochus ad Episcopum recurret. Supra memoratas legis Austriacae praescriptiones quod attinet, magno agendum studio, ut a matrimonium contracturis exacte observentur. Quod si contingat, ut parochi monita nihil proficiant, res ad Episcopum deferenda. Hoc ipsum fiat, si alia quacunque ex causa difficultates vel dubia enascantur.

§. 71.

Exteriorum matrimoniorum.

Caveatur oportet, ne exteri aliter, quam servatis omnibus, quae ad matrimonium rite celebrandum requiruntur, matrimonium contrahere permittantur. In quantum parochus hoc in negotio procedere possit, quin ipsum curiae episcopali dijudicandum proposuerit, Episcopus pro rerum adjunctis constituet.

§. 72.

Matrimonia praematura.

Procurandum est, ut avertantur matrimonia eorum, qui annum quidem decimum quartum et respective duodecimum absolverunt, ast nondum attigerunt aetatem, qua pro terrae gentisque ratione aptitudo ad matrimonium debita cum deliberatione ineundum et maturitas physica adesse solet.

§. 73.

Copulatio nupturientium domicilio carentium.

Copulationem eorum, qui nec verum, nec quasi domicilium habent, peragere non licet, antequam Episcopus ipse licentiam concesserit.

§. 74.

Instructio religiosa.

Quum matrimonium novi foederis sit sacramentum et ejus vinculo se devincentibus sanctas gravissimasque imponat obligationes, qui elementa fidei Christianae ignorant, ad nuptias admitti nequeunt; immo antequam de Deo ejusque mandatis saltem scitu absolute necessaria didicerint, nec ad proclamanda ipsorum matrimonia parochi procedant.

§. 75.

S. Sacramentorum susceptio.

Decet, ut sponsi, priusquam in facie Ecclesiae foedere mortem usque duraturo jungantur, poenitentiae sacramento cor emundent et corpus Domini nostri devote suscipiant. Nec ante benedictionem sacerdotalem in templo suscipiendam in eadem domo cohabitent. De hisce ac omnibus, quae conferre possunt, ut matrimonium pie ac decore celebretur, statuta et laudabiles consuetudines cujusque dioecesis fideliter observandae sunt.

leicht zu unbesonnenen Schritten hinreißen, und übereilt geschlossene Ehen sind ein fruchtbarer Saame des Unheiles. Ehen also, welchen die Aeltern ihre Zustimmung aus gerechten Gründen verweigern, sind unerlaubt.

§. 69.

Es ist dem Christen eine heilige Pflicht, der Staatsgewalt den Gehorsam zu zollen, zu welchem der Herr selbst uns durch seinen Apostel anweist. Um so genauer soll er jene Staatsgesetze beobachten, welche den Bedingungen der sittlichen Ordnung sorgfame Beachtung schenken. Wiewol also die Staatsgewalt durch ihre Anordnungen nicht verhindern kann, daß zwischen Christen eine gültige Ehe geschlossen werde, so ist es doch dem österreichischen Staatsbürger nicht erlaubt, die Vorschriften zu vernachlässigen, welche das österreichische Gesetz über die bürgerlichen Wirkungen der Ehe aufstellt.

Verbote des österreichischen Gesetzes.

§. 70.

Zur Trauung dürfen die Chewriter nur dann zugelassen werden, wenn ihrer Verbindung, in so weit es sich in Erfahrung bringen läßt, kein Hinderniß im Wege steht und sie Alles geleistet haben, was die Gesetze der Kirche zur Fernhaltung von ungiltigen oder unerlaubten Ehen vorschreiben. Insbesondere liegt es ihnen ob, sich über die gehörige Vornahme des Aufgebotes auszuweisen, das Zeugniß ledigen Standes vorzulegen, und wenn ihr Alter und ihre Abkunft nicht aus den Pfarrbüchern ersichtlich ist, den Taufschein beizubringen. Sollte ein Chewriter gänzlich außer Stande seyn, sich das Taufzeugniß zu verschaffen, so wird der Pfarrer sich deßhalb an den Bischof wenden. Was die obenerwähnten Vorschriften des österreichischen Gesetzes betrifft, so ist mit großem Eifer dahin zu wirken, daß sie von den Chewerbern genau beobachtet werden. Begibt es sich, daß die Ermahnungen des Pfarrers fruchtlos bleiben, so ist die Sache vor den Bischof zu bringen. Dasselbe hat zu geschehen, wenn aus irgend einer andern Ursache Schwierigkeiten oder Zweifel entstehen.

Zulassung zur Trauung. Erforderliche Belege.

§. 71.

Es ist darüber zu wachen, daß Ausländer nicht anders als mit Beobachtung alles Dessen, was zu rechtmäßiger Eingehung der Ehe erforderlich ist, zur Trauung zugelassen werden. In wie fern der Pfarrer in dieser Sache vorgehen könne, ohne dieselbe der bischöflichen Curie zur Beurtheilung vorzulegen, wird der Bischof nach Umständen bestimmen.

Ehen von Ausländern.

§. 72.

Es ist Vorsorge zu treffen, daß die Ehen Derer verhindert werden, welche zwar das vierzehnte und beziehungsweise das zwölfte Jahr vollendet, aber noch nicht das Alter erreicht haben, in welchem nach Maßgabe des Landes und Stammes die Fähigkeit, die Ehe mit gehöriger Ueberlegung zu schließen, und die körperliche Reife einzutreten pflegt.

Vorzeitige Ehen.

§. 73.

Die Trauung von Personen, welche weder einen eigentlichen noch einen uneigentlichen Wohnsitz haben, darf nicht vorgenommen werden, bevor der Bischof selbst hiezu die Erlaubniß erteilt hat.

Trauung von Chewerbern ohne Wohnsitz.

§. 74.

Da die Ehe ein Sacrament des neuen Bundes ist und Denen, welche durch ihr Band sich vereinigen, heilige und hochwichtige Pflichten auflegt, so dürfen Personen, welche in den Grundwahrheiten des Christenthumes unwissend sind, zur Trauung nicht zugelassen werden. Ja, bevor sie über Gott und seinen Willen sich nicht wenigstens die schlechthin nothwendigen Kenntnisse erworben haben, nehme der Pfarrer nicht einmal die Verkündigung ihrer Ehe vor.

Religionsunterricht.

§. 75.

Es gebührt sich, daß die Brautleute, bevor sie im Angesichte der Kirche den lebenslänglichen Bund schließen, ihr Gewissen durch das heilige Sacrament der Buße läutern und den Leib des Herrn andächtig empfangen. Bevor sie den priesterlichen Segen im Gotteshause erhalten haben, sollen sie im selben Hause nicht beisammen wohnen. Hieüber und über Alles, was sonst noch beitragen kann, damit die Ehe in Gottesfurcht und mit christlichem Anstande eingegangen werde, sind die Anordnungen und löblichen Gewohnheiten jedes Kirchensprengels getreu zu beobachten.

Empfang der heil. Sacramente.

§. 76.

Libri nuptialis gestio.

Parochus, cui copulationem peragere competit, tenetur, matrimonium contractum cum omnibus rerum adjunctis, quae ad probationem efficiendam necessaria vel utilia sunt, libro nuptiali parochiae suae propria manu inscribere. Distincte igitur exprimantur: Nomen baptismale, cognomen, aetas, religio, habitatio et conditio conjugum; insuper, an prius jam matrimonio juncti fuerint; porro nomen, religio, et conditio parentum et testium, dies, quo, nec non sacerdos, coram quo matrimonium inierunt. Quodsi difficultates emeruerint, modus, quo sublatae fuerint, indicandus venit.

§. 77.

Quodsi parochus sacerdotem quemdam deleget ad copulandum sponso in loco, ubi neuter eorum domicilium habet, incumbit ipsi, rem in libro copulatorum parochiae suae annotare. Parochus loci, ubi matrimonium contrahitur, actum modo superius exposito libro copulatorum parochiae suae propria manu inscribere et addere simul debet, a quonam parochus delegatio concessa sit. Posterior tenetur pariter, copulationem peractam, de qua spatio octo dierum certior reddendus est, libro copulatorum parochiae ipsius inferre.

§. 78.

Casu, quo civis Austriacus petit, ut matrimonium ab eo in exteris terris initum libro copulatorum parochiae, ubi nunc domicilium fixit, inseratur, parochus libellum supplicem simul cum probationibus de conjugio rite inito allatis Episcopo proponet ac ejusdem expectabit mandata.

§. 79.

Dispensatio in impedimentis matrimonii.

Ea matrimonii impedimenta, quae juris canonici sanctionibus inniuntur, dispensatione legitime obtenta et conditionibus, quae fors adjunctae sint, adimpletis pro singulis cessant casibus. In impedimentis dirimentibus proprio jure dispensare solius Apostolicae Sedis est, cui reservatum quoque, in voto castitatis simplici, sed perpetuo, nec non in disparitate cultus inter Catholicos et Christianos non catholicos dispensationem indulgere.

§. 80.

Impedimenta, in quibus dispensatio facilius concedenda.

Episcopi, cum canonicae non deficient rationes, faciles erunt in utendo facultatibus a Sancta Sede concessis, sequentia quoad impedimenta:

1. In tertio et quarto gradu consanguinitatis et affinitatis ex copula licita.
2. In cognatione spirituali.
3. In affinitate ex copula illicita, nisi timendum sit, ne ex immundis commerciis nupturientes consanguinitate in linea recta juncti sint.

4. In tertio et quarto gradu justitiae publicae honestatis ex matrimonio rato non consummato.

5. In justitia publicae honestatis proveniente ex matrimonio invalide contracto et non consummato, aut ex sponsalibus.

§. 81.

Quoad ceterorum dispensationem tenenda.

Cetera quod attinet impedimenta dirimentia, unanimi conatu agendum est, ut efficax eorum vigor aut asseratur aut restituatur. Ubi matrimonia inter consanguineos proximiores inita frequentiora occurrunt, corrumpunt intima familiarum commercia, utpote cupidinem pravam ejusque suspicionem excitantia.

§. 82.

Dispensatio in habito nuptiali.

Dispensatio ab omnibus tribus proclamationibus non nisi urgentissimis in casibus, a secunda vero et tertia proclamatione non nisi ex causis consideratu dignis et sufficienter probatis concedenda est.

§. 76.

Der zur Trauung berechnigte Pfarrer ist verpflichtet, die erfolgte Schließung der Ehe mit allen Umständen, welche zu Herstellung eines Beweises nothwendig oder nützlich sind, in das Trauungsbuch seiner Pfarre eigenhändig einzutragen. Es muß also deutlich ausgedrückt werden: Der Tauf- und Familienname, das Alter, das Religionsbekenntniß, die Wohnung und der Stand der Neuvermählten; auch ob dieselben schon früher verehlicht waren oder nicht; ferner Name, Religionsbekenntniß und Stand ihrer Aeltern und der Zeugen, der Tag, an welchem, so wie der Priester, durch welchen die Trauung vollzogen wurde. Haben sich Anstände ergeben, so soll die Art und Weise, wie dieselben beseitiget wurden, angeführt werden.

Führung des Trauungsbuches.

§. 77.

Ermächtigt der Pfarrer einen Priester, die Brantleute an einem Orte, wo Keines von Beiden seinen Wohnsitz hat, zu trauen, so soll er dieß in dem Trauungsbuche seiner Pfarre anmerken. Der Pfarrer des Ortes, wo die Eheschließung vor sich geht, hat dieselbe auf die oben angedeutete Weise in das Trauungsbuch seiner Pfarre eigenhändig einzutragen und beizufügen, von welchem Pfarrer die Ermächtigung ausgegangen sey. Dieser Letztere wird die geschehene Vornahme der Trauung, von welcher er binnen acht Tagen in Kenntniß zu setzen ist, gleichfalls in seinem Trauungsbuche anmerken.

§. 78.

Wenn ein österreichischer Staatsbürger das Ansuchen stellt, daß seine im Auslande geschlossene Ehe in das Trauungsbuch der Pfarre, wo er nunmehr seinen Wohnsitz genommen hat, eingetragen werde, so hat der Pfarrer das Gesuch sammt den beigebrachten Beweisen der rechtmäßigen Eheschließung dem Bischöfe vorzulegen und den Auftrag desselben abzuwarten.

§. 79.

Jene Ehehindernisse, welche auf Bestimmungen des Kirchengesetzes beruhen, werden durch eine rechtmäßig erlangte Nachsichtgewährung und die Erfüllung der etwa beigegebenen Bedingungen für einzelne Fälle außer Kraft gesetzt. Dem heiligen Stuhle allein steht es zu, in Hindernissen der Giltigkeit aus eigener Macht Nachsicht zu gewähren, und demselben ist es auch vorbehalten, in dem einfachen Gelübde immerwährender Keuschheit wie auch in der Religionsverschiedenheit zwischen Katholiken und nichtkatholischen Christen Nachsicht zu ertheilen.

Nachsicht in Ehehindernissen.

§. 80.

Die Bischöfe werden, wenn rechtmäßige Gründe nicht gebrechen, sich ihrer vom heiligen Stuhle erhaltenen Vollmachten in nachstehenden Hindernissen willfährig bedienen:

1. Im dritten und vierten Grade der Blutsverwandtschaft und der Schwägerchaft aus erlaubtem Umgange.

2. In der geistlichen Verwandtschaft.

3. In der Schwägerschaft aus unerlaubtem Umgange, außer wenn zu besorgen stünde, daß in Folge des unreinen Verhältnisses die Chewriter mit einander in gerader Linie verwandt seyen.

4. Im dritten und vierten Grade der aus einer giltigen, doch nicht vollzogenen Ehe, entstandenen Forderung der öffentlichen Sittlichkeit.

5. In jener Forderung der öffentlichen Sittlichkeit, welche aus einer ungiltigen und nicht vollzogenen Ehe oder aus dem Eheverlöbniße hervorgeht.

Hindernisse, in welchen die Nachsicht willfährig zu ertheilen ist.

§. 81.

Was die übrigen Hindernisse der Giltigkeit betrifft, so ist einmüthig dahin zu wirken, daß die volle Wirksamkeit derselben behauptet oder erneuert werde. Wenn Ehen zwischen nahen Verwandten häufiger vorkommen, so vergiften sie das Familienleben, in dessen Verkehr sie die sinnliche Begierde und den Verdacht derselben einführen.

Grundsätze der Nachsichtertheilung bei den übrigen Hindernissen.

§. 82.

Die gänzliche Nachsicht vom Aufgebote soll nur in höchst dringenden Fällen, die zwischen nahen Verwandten häufiger vorkommen, so vergiften sie das Familienleben, in dessen Verkehr sie die sinnliche Begierde und den Verdacht derselben einführen.

Nachsicht des Aufgebotes.

§. 83.

Quum contingere possit, ut instans mortis periculum dilationem longiorem impossibilem reddat, Episcopi in quovis districtu pro ratione locorum unum pluresve sacerdotes delegabunt, qui tali eveniente casu ipsorum nomine ab omnibus tribus proclamationibus dispensent.

§. 84.

Si duae personae, quae conjugio se junctas falso asserunt et in loco domicilii passim pro conjugibus habentur, matrimonium inter se contrahere optant, dispensatio ab omnibus tribus proclamationibus ipsis absque gravissima causa deneganda non est. Sedulo tamen examinetur, an ipsas peraeque pro conjugibus haberi veritate undequaque nitatur.

§. 85.

Nupturientes, quibus proclamationes penitus indulgentur, nunquam non tenentur, coram parcho, cui copulationem peragere competit, jurejurando firmare, quod ipsis nullum impedimentum conjunctioni suae obstans notum sit.

§. 86.

Supplices de dispensatione concedenda libelli.

In libello supplici, quo dispensatio petitur, impedimentum cum omnibus adjunctis, a quibus ejusdem qualitas dependet, clare exponendum est; insuper rationum momenta, quibus petitio fulcitur, necessariis allegationibus instruantur. Episcopus de factis, quibus ejus decisio vel relatio Sanctae Sedi proponenda innitatur oportet, investigationes necessarias habebit.

§. 87.

Dispensatio pro foro conscientiae.

Quodsi impedimentum occultum, nec ipsius propalatio prudenter timenda sit, ad conscientiae consulendum dispensatio suppresso conjugum nomine etiam per confessorium seu aliam idoneam personam peti ac impetrari potest. Hujusmodi tamen dispensatio in foro externo nullatenus suffragatur: quocirca quando impedimentum praeter expectationem publicum fieret, ne matrimonium coram iudice humano in discrimen adducatur, dispensationem pro foro externo valituram servatis servandis petere oporteret.

§. 88.

Matrimonii convalidatio

Si copulatio forma debita peracta propter impedimentum matrimonio obstans invalida fuit, dispensatione obtenta matrimonii convalidatio institui debet.

§. 89.

pro foro conscientiae.

Dispensatione pro foro conscientiae tantum concessa ad matrimonium convalidandum sufficit, ut ambae partes consensum absque parcho et testibus renovent.

§. 90.

pro foro externo.

Obtenta dispensatione, quae pro foro externo valet, consensus invalide copulorum coram parcho, in cujus parochia domicilium habent, et duobus testibus renovetur oportet. Parochus nunquam non convalidationem peractam libro copulorum inserere debet, quando autem conjunctio invalida in alia parochia contracta fuerit, res hujus praeterea loci parcho communicanda est, ut ipse convalidationem peractam inscriptioni, quae de matrimonio invalido facta sit, diligenter adjungat.

§. 91.

Proclamationes tali casu haud repetantur; copulatio a parcho privatim et coram fidis testibus peragatur. Exceptio fieri potest, quando impedimentum loco, quo convalidatio instituenda veniat, notorium sit.

§. 83.

Da es sich ereignen kann, daß eine nahe Todesgefahr jeden längeren Aufschub unmöglich macht, so werden die Bischöfe in jedem Bezirke nach Maßgabe der Ortsverhältnisse Einen oder mehrere Priester ermächtigen, für solche Fälle in ihrem Namen die Nachsicht von allen drei Verkündigungen zu erteilen.

§. 84.

Wenn zwei Personen, welche sich fälschlich für Eheleute ausgeben und an dem Orte, wo sie ihren Wohnsitz haben, allgemein dafür gehalten werden, sich mit einander zu verehelichen wünschen, so soll denselben ohne höchst wichtige Ursache die Nachsicht von allen drei Verkündigungen nicht versagt werden. Doch ist genau zu erheben, ob die Behauptung, daß sie allgemein für Eheleute gehalten werden, vollkommen gegründet sey.

§. 85.

Jene Eheverwerber, welchen das Aufgebot gänzlich nachgesehen wird, haben stets vor dem zur Trauung berechtigten Seelsorger zu beschwören; daß ihnen kein ihrer Verehelichung entgegenstehendes Hinderniß bekannt sey.

§. 86.

In den Gesuchen um Nachsichtgewährung ist das Hinderniß mit allen Umständen, von welchen die Beschaffenheit desselben abhängt, deutlich anzugeben: auch sollen die Gründe, auf welche man sich beruft, mit den nöthigen Nachweisen belegt werden. Der Bischof wird über die Thatumstände, auf welche seine Entscheidung oder sein dem heiligen Stuhle vorzulegendes Gutachten sich stützen muß, die erforderlichen Erhebungen pflegen.

Gesuche um Nachsichtgewährung.

§. 87.

Wenn das Hinderniß geheim ist und eine Veröffentlichung desselben nicht zu besorgen steht, so kann, um das Gewissen sicherzustellen, die Nachsichtgewährung ohne Angabe des Namens der Gatten und auch durch den Beichtvater oder eine andere hierzu taugliche Person nachgesucht und erhalten werden. Doch ist eine solche Nachsichtgewährung für den Rechtsbereich von keinem Nutzen: wenn also das Hinderniß wider Vermuthen bekannt würde, so müßte, damit die Ehe nicht vor dem menschlichen Gerichte Gefahr laufe, um eine für den Rechtsbereich gültige Nachsichtgewährung auf dem gehörigen Wege angesucht werden.

Nachsichtgewährung für den Gewissensbereich.

§. 88.

Wenn eine in gehöriger Form vollzogene Trauung wegen eines obwaltenden Hindernisses ungültig war, so hat nach erlangter Nachsichtgewährung die Convalidation der Ehe zu erfolgen.

Convalidation der Ehe

§. 89.

Ist die Nachsicht nur für den Gewissensbereich erteilt worden, so genügt es zu Begründung einer gültigen Ehe, wenn beide Theile ihre Einwilligung ohne Pfarrer und Zeugen erneuern.

für den Gewissensbereich;

§. 90.

Bei einer Nachsichtgewährung, welche für den Rechtsbereich Geltung hat, muß die Einwilligung der ungültig Vermählten vor dem Pfarrer, in dessen Pfarrbezirke sie ihren Wohnsitz haben, und zwei Zeugen erneuert werden. Der Pfarrer hat jedenfalls die stattgehabte Convalidation in sein Trauungsbuch einzutragen; wenn aber die ungültige Verbindung in einer anderen Pfarre geschlossen wurde, so soll er überdies den Pfarrer, in dessen Bezirke sie eingegangen wurde, davon in Kenntniß setzen, damit derselbe die Vollziehung der Convalidation an der Stelle, wo die ungültige Ehe eingeschrieben ist, sorgfältig beifüge.

für den Rechtsbereich;

§. 91.

Das Aufgebot ist in solchen Fällen nicht zu wiederholen. Die Trauung soll in der Stille und vor vertrauten Zeugen vorgenommen werden. Eine Ausnahme kann eintreten, wenn das Hinderniß an dem Orte, wo die Convalidation zu geschehen hat, allgemein bekannt ist.

§. 92.

impedimento mutatione facti sublato.

Impedimento absque dispensatione mutatione facti sublato, conjugibus injungendum est, ut consensus declarationem coram paracho et duobus testibus iterent, nisi forsan, quod nuptiarum celebratarum tempore impedimentum obtinuerit, et omnino occultum nec ullum rei probandae sit periculum; tunc enim concedi potest, ut consensum inter se renouent.

§. 93.

in impedimento vis metusque, nec non erroris et consensus ficti.

Matrimonium, quod consensus fictus irritum reddit, consensu ab eo, qui fecte egerat, vere praestito convalidatum censeatur oportet. Idem obtinet de matrimonio, cui error seu vis metusque obstitit, quamprimum pars, quae errori aut violentiae injustae suberat, recognito errore aut libertate plene recuperata verbo factove assensum suppleverit. Nihilominus ad omne de consensu praestito dubium sequestrandum his quoque in casibus consultum est, ut conjuges consensum coram paracho et duobus testibus renouent: igitur hoc ut fiat, agendum erit, nisi obversetur prudens scandalorum vel matrimonii in discrimen adducendi metus.

§. 94.

Convalidationis effectus.

Convalidatione peracta matrimonium quoad effectus civiles ita considerandum venit, ac si ab initio valide contractum esset. Idem de effectibus ecclesiasticis obtinet, quando vel una tantum pars nuptiarum celebratarum tempore ignorantia facti aut juris detenta fuerit. Alias ad dispensationis remedium confugiendum erit.

TITULUS SECUNDUS.

DE PROCESSU MATRIMONIALI.

§. 95.

Jurisdictio in caussis matrimonialibus.

Caussae matrimoniales ad judicem ecclesiasticum spectant, cui soli competit, de validitate matrimonii et obligationibus ex eodem derivantibus sententiam ferre. De effectibus matrimonii mere civilibus potestas civilis judicat.

§. 96.

Judex competens.

Conjuges in caussis matrimonialibus subsunt Episcopo, in cujus dioecesi maritus domicilium habet. Exceptioni locus est, si conjugale vitae consortium aut per separationem a thoro et mensa aut per desertionem malitiosam a marito patratam sublato sit. Priori casu quaelibet pars jus adcusandi contra alteram ipsi competens coram Episcopo dioecesis, ubi haecce domicilium habet, exercere debet. Posteriori casu uxor apud Episcopum, intra cujus dioecesim domicilium ejus situm est, actionem instituere potest. Postquam citatio judicialis intimata est, mutatio quoad conjugum domicilium facta mutationem respectu judicis competentis minime operatur.

§. 97.

Tribunalis matrimonialis membra.

Episcopus in tractandis caussis matrimonialibus utitur tribunali, quod ex praeside et consiliariis ad minimum quatuor constare debet. Nec tamen ultra sex consiliariorum numerus facile ascendat. Adjungatur eisdem secretarius nec non vir idoneus, qui aliquo tribunalis consiliario, ne munere fungatur, praepedito ejus locum teneat. Congruum erit, eundem ad sessiones, quibus ad supplendum necessarius haud est, qua assessorem absque suffragii jure admittere. Quando propter magnum dioecesis

§. 92.

Wenn ein Hinderniß ohne Nachsichtgewährung durch eine thatsächliche Veränderung erloschen ist, so soll den Gatten aufgetragen werden, die Erklärung der Einwilligung vor dem Pfarrer und zwei Zeugen zu erneuern, außer wenn etwa der Umstand, daß zu Zeit der Eheschließung ein Hinderniß obwaltete, gänzlich verborgen, und daß darüber ein Beweis hergestellt würde, nicht zu befürchten wäre: denn dann kann denselben gestattet werden, die Einwilligung unter sich zu erneuern.

nach thatsächlich erloschenem Hindernisse;

§. 93.

Eine Ehe, welche wegen verstellter Einwilligung ungiltig ist, muß als convallidirt erachtet werden, wenn Der, welcher Verstellung übte, in Wahrheit eingewilligt hat. Dasselbe findet bei einer Ehe statt, welcher Irrthum oder Gewalt und Furcht im Wege stand, sobald der Theil, welcher dem Irrthume oder dem ungerechten Zwange unterlag, nachdem er den Irrthum erkannt oder seine volle Freiheit wieder erlangt, durch Wort oder That eingewilligt hat. Demungeachtet ist es, um jeden Zweifel über die erfolgte Einwilligung auszuschließen, auch in diesen Fällen gerathen, daß die Gatten ihre Einwilligung vor dem Pfarrer und zwei Zeugen erneuern, und man suche dieß zu erwirken; es sey denn, daß eine begründete Besorgniß von Aergerniß oder Gefährdung der Ehe obwalte.

im Hindernisse der verstellten Einwilligung, wie auch des Zwanges und Irrthumes.

§. 94.

Nach erfolgter Convallidation ist die Ehe in Betreff der bürgerlichen Wirkungen so zu betrachten, als wäre sie ursprünglich giltig geschlossen worden. Eben dieß gilt von den kirchlichen Wirkungen, wenn auch nur Ein Theil zur Zeit der Eheschließung in Unwissenheit der Thatsache oder des Rechtes befangen war. Sonst muß man zur Nachsichtgewährung die Zuflucht nehmen.

Wirkungen der Convallidation.

Zweiter Abschnitt.

Von dem Verfahren in Ehesachen.

§. 95.

Die Ehesachen gehören vor den kirchlichen Richter, welchem allein es zusteht, über die Giltigkeit der Ehe und die aus derselben entspringenden Pflichten das Urtheil zu fällen. Ueber die bloß bürgerlichen Wirkungen der Ehe entscheidet die Staatsgewalt.

Gerichtsbarkheit in Ehesachen.

§. 96.

Die Gatten unterstehen in Ehesachen dem Bischöfe, in dessen Kirchensprengel der Ehemann seinen Wohnsitz hat. Ausnahmen finden statt, wenn die ehliche Lebensgemeinschaft entweder durch Scheidung von Tisch und Bett oder durch böswillige Verlassung von Seite des Ehemannes aufgehoben ist. Im ersteren Falle hat jeder Theil das ihm wider den anderen zustehende Klagerecht vor dem Bischöfe der Diöcese, wo dieser seinen Wohnsitz hat, geltend zu machen. Im zweiten Falle kann die Gattin ihre Klage vor dem Bischöfe anbringen, inner dessen Kirchensprengel ihr Wohnsitz gelegen ist.

Zuständigkeit.

Sobald die gerichtliche Vorladung zugestellt ist, kann durch eine Veränderung im Wohnsitze der Gatten eine Veränderung in Betreff der Zuständigkeit nicht bewirkt werden.

§. 97.

Der Bischof bedient bei Verhandlung der Ehesachen sich eines Gerichtes, welches aus einem Präses und wenigstens vier Räten zu bestehen hat. Doch soll die Zahl der Räte nicht leicht mehr als sechs betragen. Es werde denselben ein Schriftführer beigegeben und ein tauglicher Mann bestimmt, um, wenn ein Rath des Ehegerichtes seines Amtes zu walten verhindert ist, die Stelle desselben zu vertreten. Es wird zweckmäßig seyn, denselben an den Sitzungen, bei welchen es keiner Ergänzung bedarf, als Beisitzer

Mitglieder des Ehegerichtes.

ambitum commodè fieri haud possit, ut praeses negotiis juxta instructionis hujus tenorem ipsi incumbentibus solus fungatur, adjungatur eidem, qui vices ejus teneat.

§. 98.

Episcopus membra tribunalis matrimonialis nominat, et, quando finis ratio exigere ipsi videatur, a collato munere vel suspendit vel removet. Viros seliget debitis dotibus praeditos, et quibus nulla ex parte exceptionis nota opponi possit.

§. 99.

Caussas referendas, nisi Episcopus peculiare quid statuatur, praeses consiliariis distribuit. Decisio majoritate suffragiorum absoluta fertur. Praeses mentem suam ultimus explicat et quando ipsius computato suffragio paria emergant vota, rem suffragio suo decernit, nisi de sententia super matrimonii validitate ferenda agatur, quo quidem in casu votis paribus existentibus nunquam non pro validitate standum erit. Si Episcopo visum fuerit, praesidi virum, qui vices ejus gerat, adjungere, de negotiis eidem assignandis necessaria constituet.

§. 100.

Consiliarius tribunalis matrimonialis, cujus ea est ad partes relatio, ut testis suspectus vel et respective inhabilis foret, ista in caussa a functionibus suis exercendis abstinebit.

§. 101.

Instantiarum ordo.

Appellatio ab Episcopo dioecesis ad Metropolitam provinciae ecclesiasticae, a Metropolitano vero ad Sanctam dirigitur Sedem. Idem locum habet, quando res secundum legis ecclesiasticae tenorem ad quartam instantiam devolvi potest vel debet. Caussae, quas Metropolitano vel Episcopus exemptus in prima instantia cognovit, in secunda quoque a Sede Apostolica judicantur.

§. 102.

Terminus appellationem annuntians et proponendi.

Appellatio apud tribunal, contra cujus sententiam directa est, intra decem a sententia communicata dies annuntianda venit; tribunal vero intra triginta dies, qui pariter ab intimatione peracta computandi sunt, acta ad instantiam superiorem remittere debet. Pars appellans ea de re certior reddatur et commoneatur, quod intra triginta ab intimata hac injunctio dies gravamen ad judicem, apud quem appellatio secundum juris ordinem interponenda est, deferre teneatur. Supplicatio de longiori termino concedendo tribunali, cujus sententia impugnatur, proponi debet; nec ei absque gravi causa annuendum est. Si pro rerum adjunctis necessarium sit, ad Sedem Sanctam preces de delegato nominando dirigere, tribunal, quamprimum de nominatione peracta notitiam ex officio nactum sit, ad actorum transmissionem absque ulla mora procedet.

§. 103.

1. Exceptio quoad judicis competentiam.

Si conjuges vel nupturientes, qui in caussis matrimonialibus citantur, competentiam tribunalis impugnare posse autumant, eidem intra decem post citationem intimatam dies exceptiones suas exponere debent. Quando reclamatio pro non fundata declaretur, liberum eis est, ad instantiam proxime superiorem appellationem dirigere.

§. 104.

Competentia, quam impugnaverunt, per tribunal superius confirmata contententes coram primae actionis iudice causam dicant, oportet.

ohne Stimmrecht theilnehmen zu lassen. Wenn es wegen der großen Ausdehnung des Kirchensprengels nicht wohl möglich ist, daß der Präses die laut dieser Anweisung ihm obliegenden Geschäfte allein versehe, so ist ihm ein Stellvertreter beizugeben.

§. 98.

Der Bischof ernennt die Mitglieder des Ehegerichtes und wenn der Zweck es ihm zu erfordern scheint, stellt er ihnen die Ausübung des übertragenen Amtes ein oder enthebt sie desselben. Doch wird seine Wahl nur auf Männer fallen, welche die erforderlichen Eigenschaften besitzen, und wider welche von keiner Seite her eine Einwendung kann erhoben werden.

§. 99.

Die vorzutragenden Gegenstände werden, wenn der Bischof hierüber nicht besondere Anordnungen trifft, von dem Präses unter die Räthe vertheilt. Die Entscheidung wird mit absoluter Stimmenmehrheit gefällt. Der Präses spricht sich zuletzt aus, und wenn mit Einrechnung seiner Stimme sich Stimmengleichheit herausstellt, so gibt er den Ausschlag, außer wenn es sich um ein Urtheil über die Gültigkeit der Ehe handelt: denn in diesem Falle ist bei Stimmengleichheit stets auf Gültigkeit der Ehe zu erkennen. Findet der Bischof es zweckmäßig, dem Präses einen Stellvertreter beizugeben, so wird er über die demselben zuzutheilenden Geschäfte das Nöthige verfügen.

§. 100.

Ein Rath des Ehegerichtes, welcher zu den Parteien in solchen Verhältnissen steht, daß er als Zeuge bedenklich oder sogar verwerflich wäre, wird sich für diese Rechtsfrage seiner Amtsübung enthalten.

§. 101.

Die Berufung geht von dem Bischöfe der Diöcese an den Metropoliten der Kirchenprovinz, von dem Metropoliten aber an den heil. Stuhl. Dasselbe findet statt, wenn die Angelegenheit nach Maßgabe der Kirchengesetze vor eine vierte Instanz gebracht werden kann oder muß. Die Rechtsfälle, über welche der Metropolit oder ein exremer Bischof in erster Instanz gesprochen hat, werden auch in zweiter Instanz von dem apostolischen Stuhle entschieden.

Instanzenzug.

§. 102.

Die Berufung ist bei dem Gerichte, wider dessen Ausspruch sie ergeht, binnen zehn Tagen nach Zustellung des Urtheiles anzumelden; das Gericht aber soll binnen dreißig Tagen, welche gleichfalls von der geschehenen Zustellung an zu zählen sind, die Verhandlungen an die höhere Instanz einsenden. Die appellirende Partei wird hievon verständigt und ihr erinnert werden, daß sie binnen dreißig Tagen nach Zustellung dieser Weisung ihre Beschwerde bei dem Richter, an welchen der gesetzmäßige Zug der Berufung geht, anzubringen habe. Ein Gesuch um Verlängerung der Frist muß bei dem Gerichte, dessen Urtheil angefochten wird, eingereicht und darf nur aus sehr wichtigen Gründen bewilligt werden. Wenn es nach Umständen erforderlich ist, den heiligen Stuhl um Ernennung eines Bevollmächtigten zu bitten, so wird das Gericht, sobald es von der geschehenen Ernennung amtlich in Kenntniß gesetzt ist, ohne allen Verzug zu Uebersendung der Verhandlungen schreiten.

Frist für Anmeldung und Einlegung der Berufung.

§. 103.

Wenn Gatten oder Chewriter, welche in Ehesachen vorgeladen werden, die Zuständigkeit des Gerichtes anstreiten zu können glauben, so haben sie bei demselben binnen zehn Tagen nach zugestellter Vorladung ihre Einwendungen vorzubringen. Wird die erhobene Einsprache für unbegründet erklärt, so steht es ihnen frei, bei der zunächst höheren Instanz Berufung einzulegen.

I. Einsprache in Betreff der Zuständigkeit.

§. 104.

Bestätigt das höhere Gericht die angestrittene Zuständigkeit, so haben die Parteien ihre Sache vor dem Richter, welcher die Vorladung erlassen hat, zu führen.

II. Gravamina et investigationes super copulatione.

Copulationis denegatio

propter impedimenta dirimentia.

Reclamatio ex titulo sponsalium.

Investigationes in finem copulationis eorum, qui matrimonio se junctos esse falso praetendunt.

§. 105.

Parocho matrimonium contrahere cupientes vel repellente vel inducias adhibente, liberum ipsis est, curiam episcopalem adire, quae pro rei conditione aut obstacula remove sataget aut negotium tribunali matrimoniali perpendendum definiendumque transmittet.

§. 106.

Quando difficultas in obmoto quodam impedimento dirimenti sit posita, tribunal matrimoniale perpensis individuus casus circumstantiis dijudicabit, an copulationis denegandae sufficiens adsit causa. Qua regulam tamen tenebit, melius esse, ut matrimonium valide contrahendum differatur, quam ut ansa praebeatur matrimonio invalido cum omnibus, quae ipsum concomitari assolent, malis. Depositio unius testis fide digni, nec non fama, qualis et graves cordatosque viros movet, nunquam non sufficit, ut nupturientes, usque dum res uberius dilucidata sit, repellantur.

§. 107.

Si provocando ad sponsalia reclamatio instituatur, parochus casu, quo sponsalia invalida sint, partes ea de re edoceat; si autem valida censeat, litem amice componere conetur. Reclamatione immediate ad tribunal matrimoniale directa, nisi forsitan invaliditas in propatulo sit, parocho ante omnia injungendum est, ut commonitiones et consilia paterne adhibeat.

§. 108.

Praesumptio stat pro libertate quoad conjugis electionem: unde contra sponsalia pronuntiandum est, quoties de eorundem validitate plene non constet.

§. 109.

In eos, qui promissionem sponsalibus datam implere recusant, admonitione potius, quam coactione agendum est. Omnis pactio de poena conventionali, si a sponsalibus resiliatur, persolvenda non tantum illicita, sed etiam invalida est.

§. 110.

Si iudicium matrimoniale sponsalia irrita esse censeat, necessaria disponat, ut matrimonii celebratio ulterius haud retardetur.

§. 111.

Declarata sponsalium validitate iudicium matrimoniale per commissarium tenet, partes ad amicam commovere compositionem. Damni compensationem quod attinet, id agatur, ut conventionem aequis sub conditionibus stipulentur. Super petitione unius saltem partis pecunia quoque compensationis loco solvenda statui potest. Quando actori non sufficiat, liberum quidem ipsi est, de damni compensatione iudicium saeculare interpellare, verum reclamationis ab eo matrimonio oppositae ratio non amplius habeatur.

§. 112.

Quando conventio de resiliendo a sponsalibus vel aequam compensationem praestando obtineri non posset, nuptiarum, adversus quas reclamatio instituta est, celebrationem admittere pro minori deberet reputari malo.

§. 113.

Quodsi personae, quae matrimonio se junctas esse falso praetendunt, ordinariam ad matrimonium contrahendum viam ingredi non possint, quin sibi aut liberis suis gravia generent damna, rem aut ipsi aut per curatorem animarum ad tribunalis matrimonialis praesidem deferre possunt, qui investigationes ad abusum omnem excludendum necessarias habebit aut haberi curabit. De regula in negotio tractando duos

§. 105.

Die Chewerber, welchen der Pfarrer die Trauung aufschiebt oder verweigert, können sich deshalb an die bischöfliche Curie wenden, welche nach Umständen entweder die Hemmnisse hinwegzuschaffen sich bemühen, oder die Angelegenheit dem Ehegerichte zur Erwägung und Entscheidung übermitteln wird.

II. Beschwerden und Erhebungen hinsichtlich der Trauung.

Verweigerung der Trauung

§. 106.

Wenn der Anstand in einem rege gemachten Hindernisse der Giltigkeit liegt, so muß das Ehegericht mit Erwägung aller Einzelheiten beurtheilen, ob hinreichender Grund zur Verweigerung der Trauung vorhanden sey. Doch wird es von dem Grundsatz ausgehen, daß es besser sey, die Eingehung einer giltigen Ehe zu verzögern, als eine ungiltige Ehe mit allen Uebeln, welche dieselbe zu begleiten pflegen, hervorzurufen. Die Aussage eines einzigen glaubwürdigen Zeugen, so wie ein solches Gerücht, welches auch auf erfahrene, gewissenhafte Männer Eindruck macht, reicht jedenfalls hin, um die Chewerber bis zu weiterer Aufklärung der Sache abzuweisen.

mit Bezug auf Hindernisse der Giltigkeit.

§. 107.

Bei einer Einsprache auf dem Grunde eines Eheverlöbnißes hat der Pfarrer, wofern das Eheverlöbniß ungiltig ist, die Betheiligten darüber zu belehren; wenn er es aber für giltig hält, eine gütliche Ausgleichung zu versuchen. Wird die Einsprache unmittelbar bei dem Ehegerichte erhoben, und liegt nicht etwa die Ungiltigkeit am Tage, so soll vor Allem der Pfarrer angewiesen werden, durch Vorstellungen und Ermahnungen väterlich einzuwirken.

Einsprache mit Berufung auf ein Eheverlöbniß.

§. 108.

Die Vermuthung steht für die Freiheit des Chewerbers hinsichtlich der Wahl des Gatten: daher ist gegen das Eheverlöbniß zu entscheiden, so oft die Giltigkeit desselben nicht vollständig erwiesen ist.

§. 109.

Auf Jene, welche sich weigern, ihr im Eheverlöbniß gegebenes Wort zu erfüllen, ist nicht sowohl durch Zwang als durch Ermahnung zu wirken. Jede Verabredung über einen Vergütungsbetrag, welcher im Falle des Rücktrittes zu entrichten sey, ist nicht nur unerlaubt, sondern auch ungiltig.

§. 110.

Wenn das Ehegericht das Verlöbniß für ungiltig erkennt, so ist das Nöthige zu verfügen, damit die Trauung keine weitere Verzögerung erfahre.

§. 111.

Ist das Verlöbniß für giltig erklärt worden, so hat das Ehegericht durch einen Beauftragten den Versuch zu machen, die Parteien zu gütlicher Ausgleichung zu bewegen. Was den Schadenersatz betrifft, so werde darauf hingewirkt, daß sie unter billigen Bedingungen ein Uebereinkommen schließen. Auf das Ansuchen von wenigstens Einem Theile kann auch ein Entschädigungsbetrag ausgesprochen werden. Stellt der Kläger sich damit nicht zufrieden, so bleibt es ihm zwar unbenommen, wegen des Schadenersatzes bei dem weltlichen Gerichte Klage zu führen, doch seine wider die Trauung erhobene Einsprache soll nicht weiter berücksichtigt werden.

§. 112.

Ließe ein Einverständnis über die Aufhebung des Verlöbnißes oder die Leistung einer billigen Entschädigung sich nicht erzielen, so müßte die Gestattung der beabsichtigten Ehe als das kleinere Uebel angesehen werden.

§. 113.

Wenn Personen, welche sich fälschlich für verheirathet ausgeben, den ordentlichen Weg zur Schließung der Ehe nicht einzuschlagen vermögen, ohne sich oder ihren Kindern große Nachtheile zu bereiten, so können sie die Angelegenheit entweder selbst oder durch einen Seelsorger vor den Präses des Ehegerichtes bringen, und dieser hat die Erhebungen, welche zu Ausschließung jedes Mißbrauches nöthig sind, zu pflegen oder anzuordnen. In der Regel wird er hiezu zwei Räthe beiziehen; wenn aber besondere Umstände die

Erhebungen zum Zwecke der Trauung von vorgebliehen Eheleuten.

tribunalis consiliarios adhibere debet; quando autem pecuniaria rerum adjuncta strictissimum exigant secretum, Episcopus ei permittere potest, ut solus rem pertractet.

§. 114.

III. Nullitatis declaratio.

Ecclesia, utpote fidei ac morum custos, matrimonii invigilat sanctitati ac vinculo indissolubili. Quodsi catholicus homo in conjunctione vivat, quae, cum impedimentum dirimens ei obstet, matrimonii nomen perperam usurpet, ipsa ad veri matrimonii dignitatem elevari aut, quando id fieri nequeat, invalida pronuntiari ac dirimi debet. Vicissim indissolubile matrimonii vinculum adversus omne ipsum sub invaliditatis praetextu dirimendi conamen magno vigore manuteneri debet.

§. 115.

Matrimonium accusandi jus generale.

Matrimonium impugnandi jus, in quantum haud expresse ad conjuges restringatur, competit catholico cuivis exceptis iis, qui sua hac in re commoda quaerere suspecti sunt, vel quamvis matrimonium contrahendum esse sciverint ac proclamationes debito modo institutae essent, impedimentum absque legitima excusatione silentio presserint.

§. 116.

Matrimonium accusandi jus conjugibus privative competens:

Propter errorem et coactionem injustam ea tantum pars, quae in errore versata aut cui consensus coactione injusta extortus est, matrimonium accusare potest. Jure suo excidit, quando, postquam errorem agnovisset aut metus, qualis ad matrimonium irritandum sufficiat, cessavisset, debitum conjugale voluntarie ac scienter praestiterit vel etiam, quin circumstantia ista probari possit, conjugale vitae consortium per sex menses voluntarie continuaverit.

1. propter errorem et coactionem injustam.

§. 117.

2. propter conditionem non impletam.

Quando matrimonium sub conditione contrahere per exceptionem concedatur, matrimonium propter conditionem non impletam ab eo tantum conjuge accusari potest, qui neque in conditionem positum adesse falso asseveraverit aut, quod haud existat, dolo reticuerit neque, ne conditio impleatur, sua culpa impedierit. Renuntians conditioni accusandi jure se exuit.

§. 118.

3. propter impotentiam.

Propter impotentiam matrimonium consummandi, nisi notoria sit, conjuges tantum matrimonium accusare possunt.

§. 119.

4. propter aetatem impuberem.

In valorem matrimonii, cui impedimentum impubertatis obstat, pubertate impleta super ejus tantum, qui matrimonii contracti tempore impuber fuerat, conjugis petitione inquirendum est.

§. 120.

Conjugum quoad matrimonium ad-
cusandum juris
restrictio:

Propter impedimentum raptus raptor adversus matrimonium reclamare nequit. Rapta, quae raptui consensit, suo matrimonium adcusandi jure in exordio libertatis plene recuperatae utatur; alias non amplius audiat.

1. in impedimento raptus.

§. 121.

2. in impedimento ligaminis.

Impedimento ligaminis mutatione facti sublato, quando una pars, dum invalidas celebraret nuptias, impedimenti existentiam absque sua culpa ignoraverit, altera, quae impedimenti conscia fuerat, matrimonium adcusandi jure haud potitur.

§. 122.

Quatenus ex officio procedendum sit.

Omnibus casibus et propter omnia impedimenta, quorum respectu jus accusandi conjugibus aut uni ipsorum haud privative competit, tribunal matrimoniale ex officio procedere debet, quamprimum aut notorietate facti aut denuntiationibus aliove modo sufficiens suppeditet causa.

strengste Geheimhaltung fordern, so kann der Bischof demselben gestatten, die Sache allein zu verhandeln.

§. 114.

Die Kirche wacht als Hüterin des Glaubens und der reinen Sitte über der Heiligkeit der Ehe und der Unauflöslichkeit ihres Bandes. Wenn ein Katholik in einer Verbindung lebt, welche, da ihr ein Hinderniß der Giltigkeit im Wege steht, den Namen der Ehe mit Unrecht in Anspruch nimmt, so soll dieselbe zur Würde einer wahrhaften Ehe erhoben oder, wofern dieß nicht möglich ist, für ungiltig erklärt und getrennt werden. Dagegen muß das unauflöbliche Band der Ehe wider jeden Versuch, unter dem Vorwande der Ungiltigkeit die Trennung desselben zu erschleichen, mit Kraft aufrecht gehalten werden.

§. 115.

In wie fern das Bestreitungsrecht nicht ausdrücklich auf die Gatten beschränkt ist, gebührt es allen Mitgliedern der katholischen Kirche mit Ausnahme Jener, welche eigentlicher Absichten verdächtig sind oder, obgleich ihnen die bevorstehende Ehe bekannt war und das Aufgebot ordnungsmäßig vorgenommen wurde, das Hinderniß ohne rechtmäßigen Grund verschwiegen haben.

§. 116.

Wegen Irrthum und widerrechtlichem Zwange kann die Ehe nur von dem Gatten, welcher sich im Irrthume befand oder dem widerrechtlichen Zwange unterlag, bestritten werden. Sein Bestreitungsrecht erlischt, wenn er, nachdem er seines Irrthumes inne geworden ist, oder nachdem eine Furcht, wie sie zu Entkräftung der Einwilligung hinreicht, aufgehört hat, die ehliche Pflicht freiwillig und wissentlich leistet, oder auch ohne daß dieser Umstand kann bewiesen werden, das ehliche Zusammenleben sechs Monate lang freiwillig fortsetzt.

§. 117.

Sollte eine bedingte Eingehung der Ehe ausnahmsweise gestattet werden, so kann die Ehe wegen Nichterfüllung der beigefügten Bedingung nur von jenem Gatten bestritten werden, welcher weder das Vorhandenseyn des Ausbedingenen fälschlich vorgegeben oder dessen Nichtvorhandenseyn absichtlich verschwiegen, noch auch die Erfüllung der Bedingung durch sein Verschulden verhindert hat. Durch die Verzichtleistung auf die Bedingung entfällt er seinem Bestreitungsrechte.

§. 118.

Wegen des Unvermögens zu Vollziehung der Ehe können, wenn dasselbe kein offenkundiges ist, nur die Gatten um Ungiltigerklärung einschreiten.

§. 119.

Die Giltigkeit einer Ehe, welcher das Hinderniß der Unmündigkeit im Wege steht, soll nach eingetretener Mündigkeit nur auf Einschreiten des Gatten, welcher bei Schließung der Ehe unmündig war, in Untersuchung gezogen werden.

§. 120.

Wegen des Hindernisses der Entführung kann der Entführer gegen die Ehe keine Einsprache erheben. Eine Entführte, welche in die Entführung eingewilliget, hat sich ihres Rechtes, die Ehe zu bestreiten, sogleich nach Wiedererlangung der vollen Freiheit zu bedienen, sonst soll sie nicht mehr gehört werden.

§. 121.

Nachdem das Hinderniß des bestehenden Ehebandes durch tatsächliche Veränderung erloschen ist, hat im Falle, daß Einem Theile bei Schließung der ungiltigen Ehe das Vorhandenseyn des Hindernisses ohne seine Schuld unbekannt war, der andere, welcher um das Hinderniß gewußt hat, kein Recht, die Ehe zu bestreiten.

§. 122.

In allen Fällen und wegen aller Hindernisse, hinsichtlich welcher das Bestreitungsrecht nicht den Gatten oder Einem derselben ausschließlich zusteht, hat das Ehegericht die Untersuchung von Amtswegen einzuleiten, sobald hiezu durch Offenkundigkeit des Falles, durch Anzeigen oder in anderer Weise ein hinlänglicher Grund geboten ist.

III. Ungiltigerklärung.

Allgemeines Bestreitungsrecht.

Ausschließliches Bestreitungsrecht der Gatten:

1. Wegen Irrthum und widerrechtlichem Zwange.

2. Wegen Nichterfüllung der Bedingung.

3. Wegen Unvermögen.

4. Wegen Unmündigkeit.

Beschränkung des Bestreitungsrechtes der Gatten:

1. Bei dem Hindernisse der Entführung.

2. Bei dem Hindernisse des Ehebandes.

Einschreiten von Amtswegen.

§. 123.

Tum quando matrimonium ab eo, cui de jure concessum est, adcusatur, tum quando inquisitio ex officio instituitur, matrimoniale tribunal nunquam non tenetur, cuncta, quae veritati perfecte investigandae inservire possunt, ex officio ordinare et executioni mandare.

§. 124.

Defensor matri-
monii.

Cujusvis est Episcopi, virum pietate et juris scientia insignem et quidem ex ecclesiastico, si fieri potest, coetu matrimonii defensorem constituere et quando is munere suo fungi impediatur, virum necessariis dotibus instructum ad ejus locum tenendum nominare.

§. 125.

Obligationes ei in-
cumbentes.

Defensor matrimonii et in muneris ingressu et quoties matrimonii cujusdam valorem tuendum suscipit, jurare tenetur, se omnia, quae ad matrimonii vinculum servandum facere possunt, diligenter exploraturum et ad ipsum tuendum fideliter adhibiturum fore. Tribunalis matrimonialis ea de re sessionibus intersit. Ad partes audiendas, ad testium depositiones excipiendas et in genere ad omnes actus judiciales citetur oportet. Quivis actus judicialis, in quo aut ipse aut, quem Episcopus ad ejus locum tenendum nominaverit, praesens haud fuerit, qua invalidus et irritus censendus est.

§. 126.

Quomodo nullita-
tis declarandae
petitio apud judi-
cem proponenda.

Matrimonii valorem impugnans accusationem, respective petitionem, ut nullitas pronuntietur, aut scripto expressam afferre aut in gesta redigenda viva voce exhibere potest. Facta, quibus assertio nullitatis superstruitur, distincte ac plene proponenda et probationes, quas praesto sibi esse autumat, indicandae sunt.

§. 127.

Qui matrimonium scripto porrecto accusat, coram tribunali matrimoniali aut ejus commissario personaliter se sistere atque de scitu necessariis respondere debet; alias accusatio ab eo facta qua mera denuntiatio consideranda et tractanda erit.

§. 128.

Modus pertrac-
tandi denuntiatio-
nes de matrimonii
impedimentis fac-
tas.

Denuntiationes oretenus factae in acta redigantur; si scripto proponantur, curandum est, ut autor personaliter examinetur. Omnes ad eum dirigantur interrogationes, quae ad quaestionem facti in claram lucem vindicandam contribuere possunt.

§. 129.

Denuntiationes scripto exhibitae, quarum autores personaliter examinari nequeunt, sub peculiaribus tantum rerum adjunctis pro sufficienti processus instituendi causa haberi possunt. Depositionibus tamen in iis contentis pro re nata utendum est ad ultiores investigationes instituendas.

§. 130.

Denuntiationes scripto factae, quarum autor nomen abscondit, per se sumtae nunquam sufficiunt, quae ansam praebeant ad inquirendum de matrimonii valore.

§. 131.

Quodsi de obtinente quodam matrimonii impedimento fama divulgetur, quae omnibus perpensis circumstantiis attentionem meretur, tribunal matrimoniale circa fundamentum harum narrationum vel assertionum investiget atque dijudicet, an, quae eruantur, inquisitionem decerni postulent.

§. 132.

Denuntiationum super impedimentis, propter quae conjugibus tantum jus accusandi competit, de regula nullatenus ratio habenda est: ubi autem ex allatis liquido constet, matrimonium aliquod propter ejusmodi impedimentum irritum esse, ex officio agendum est, ut vel convalidatio peragatur vel pars adcusandi jure pollens adversus matrimonium reclamet.

§. 123.

Die Ehe möge von einem dazu Berechtigten bestritten oder die Untersuchung von Amtswegen eingeleitet werden, so ist das Ehegericht stets verpflichtet, Alles, was zur vollständigen Erforschung der Wahrheit dienen kann, von Amtswegen anzuordnen und durchzuführen.

§. 124.

Jeder Bischof hat einen durch Frömmigkeit und Rechtskunde ausgezeichneten Mann und zwar, wenn es möglich ist, einen Geistlichen zum Vertheidiger der Ehe zu bestellen, und wofern derselbe seines Amtes zu walten verhindert ist, einen befähigten Stellvertreter zu ernennen.

Bestellung eines Vertheidigers der Ehe.

§. 125.

Der Vertheidiger der Ehe hat beim Antritte seines Amtes und so oft er die Giltigkeit einer Ehe zu vertreten übernimmt, eidlich zu versprechen, daß er Alles, was zur Aufrechthaltung des Ehebandes dienen könne, fleißig erforschen und zum Schutze desselben eifrig geltend machen wolle. Er muß den dießfälligen Sitzungen des Ehegerichtes beiwohnen. Er ist zur Einvernehmung der Parteien, zum Zeugenverhöre und überhaupt zu allen gerichtlichen Verhandlungen beizuziehen. Jede gerichtliche Verhandlung, bei welcher nicht er selbst oder sein vom Bischofe ernannter Stellvertreter gegenwärtig ist, soll als ungiltig und kraftlos betrachtet werden.

Pflichten desselben.

§. 126.

Derjenige, welcher die Giltigkeit der Ehe bestreitet, kann seine Anklage, beziehungsweise sein Gesuch um Ungiltigerklärung entweder schriftlich einreichen oder mündlich zu Protokoll geben. Die Thatfachen, auf welche die Behauptung der Ungiltigkeit gestützt wird, sind deutlich und vollständig anzugeben und die Beweismittel, welche man zu haben glaubt, namhaft zu machen.

Anhängigmachung des Gesuches um Ungiltigerklärung.

§. 127.

Wer die Ehe schriftlich bestreitet, hat sich vor dem Ehegerichte oder dessen Bevollmächtigten persönlich zu stellen und die nöthigen Auskünfte zu geben, sonst ist die von demselben erhobene Anklage als eine bloße Anzeige zu betrachten und zu behandeln.

§. 128.

Mündlich gemachte Anzeigen müssen zu Protokoll genommen werden; wenn sie schriftlich erfolgen, so soll eine mündliche Einvernehmung des Verfassers veranstaltet werden. Dabei sind an ihn alle Fragen zu stellen, welche zu einer genauen Erhebung des Thatbestandes führen können.

Behandlung der Anzeigen über Ehehindernisse.

§. 129.

Schriftliche Anzeigen, deren Verfasser mündlich nicht können vernommen werden, genügen nur unter besonderen Verhältnissen, um die Einleitung des Rechtsverfahrens zu begründen. Doch sind die in denselben enthaltenen Angaben nach Gestalt der Umstände zu benützen, um weitere Erhebungen zu pflegen.

§. 130.

Schriftliche Anzeigen, deren Verfasser seinen Namen verbirgt, können für sich allein niemals hinreichen, um eine Untersuchung über die Giltigkeit der Ehe zu begründen.

§. 131.

Wenn über das Vorhandenseyn eines Ehehindernisses sich ein Ruf verbreitet, welcher nach Erwägung aller Umstände Beachtung verdient, so hat das Ehegericht über den Grund der dießfälligen Erzählungen oder Behauptungen nachzuforschen und zu beurtheilen, ob das Ergebniß die Einleitung der Untersuchung fordere.

§. 132.

Auf Anzeigen über Hindernisse, wegen welcher den Gatten allein das Bestreitungsrecht zusteht, ist in der Regel keine Rücksicht zu nehmen; wenn aber aus den gemachten Angaben deutlich hervorgeht, daß die Ehe wegen eines solchen Hindernisses ungiltig sey, so ist von Amtswegen einzuwirken, damit entweder die Convalidation vollzogen werde oder der Gatte, welchem das Bestreitungsrecht zusteht, wider die Ehe einschreite.

Conjuges reconciliandi experimentum a curatore animarum instituendum.

§. 133.

Quodsi impedimentum in jus adductum tale sit, ut, quomodocunque res se habeat, consensus certe conjugis matrimonium accusantis ad ipsum removendum sufficiat, ordinario conjugum animarum curatori aut pro rerum et personarum conditione alii sacerdoti injungendum est, ut admonitionibus opportunis partem matrimonium impugnantem ad consensum renovandum inducat vel etiam pro re nata obtineat, ut consensus declaratio coram paroco et duobus testibus iteretur.

§. 134.

Referat, cui negotium commissum est, ad tribunalis matrimonialis praesidem conaminum exitum, et quando conjux matrimonium impugnans consilio capto insistat, superaddat, quaecunque de factis, a quibus valor matrimonii accusati dependet, comperiri potuit.

§. 135.

In quantum emergentibus impedimentis, quae conjugum consensu removeri nequeant, praevis cooperatio quaedam animarum curatoris disponenda veniat, a conditione casus et prudenti tribunalis matrimonialis judicio dependebit.

§. 136.

Conjugum altero matrimonium adcusante, praeprius inquirendum est, an forsitan ea obtineant rerum adjuncta, ut, si actor unquam reclamandi jus habuerit, nunc certe temporis eodem exutus sit: quod quando extra dubium sit positum, actio haud admittatur.

§. 137.

Ubi accusatio matrimonii facto innititur, quod, licet verum undequaque esset, nihilominus aut absolute aut sub circumstantiis ab ipso actore expositis matrimonium irritando impar foret, accusatio absque ulteriori inquisitione repellenda est.

§. 138.

Fieri potest, ut factum, cui adcusatio innititur, veritate quidem ejusdem supposita matrimonium irritaturum foret, attamen assertionis falsitas in propatulo sit. Tali casu actor de rei statu edocendus et, ut ab accusatione desistat, commonendus est. Obsequium ipso detractante, nisi forsitan, quae afferat, aperte inepta vel absurda sint, accusatio per conclusum a tribunali matrimoniali debita forma conditum rejiciatur oportet.

§. 139.

Quae agenda sint obmotis impedimentis §. 80. memoratis.

Quando impedimentorum, quae §. 80. enumerantur, quoddam obmoveatur, tribunal matrimoniale inquisitionem in forma juris instituendam, quantum fieri possit, evitet. Plerisque casibus mediante clero parochiali obtineri poterit, ut dubia factum attinentia eliminantur. Impedimento per libros parochiales vel depositiones fide dignas comprobato, Episcopus dispensationem, qua opus est, tribuet curamque habebit, ut convalidatio omni scandalo diligenter semoto peragatur. Urgente periculo, ne conjuges vel alter eorum impedimento detecto ad consortium vitae dissolvendum abutantur, apud Sanctum Sedem de sanando matrimonium in radice supplicandum foret.

§. 140.

Commissarii ad inquirendum deputati nominatio.

Quoties in valorem matrimonii alicujus inquirendum sit, tribunal matrimoniale commissarium ad quaestionem facti eruendam nominet.

§. 141.

Inquisitio praevia.

Commissarius ad inquirendum deputatus, antequam ad probationes in forma juris instituendas procedatur, anniti debet, ut omnium circumstantiarum, quae ad matrimonii valorem vel nullitatem extra dubium ponendum facere possint, accuratam acquirat notitiam. Hunc in finem pro conditione casus et personarum necessariae perquisitiones faciendae; postea conjuges, personae matrimonium accusantes, vel quae

§. 133.

Ist das angeregte Hinderniß so beschaffen, daß jedenfalls die Einwilligung des Klage führenden Gatten zu Hebung desselben hinreicht, so soll der ordentliche Seelsorger der Eheleute oder nach Umständen auch ein anderer Priester beauftragt werden, durch zweckmäßige Ermahnungen den die Ehe bestreitenden Theil zu bestimmen, daß er seine Einwilligung erneuere, oder auch nach Gestalt der Dinge zu erwirken, daß die Erklärung der Einwilligung vor dem Pfarrer und zwei Zeugen wiederholt werde.

Versuch der Ausgleichung durch Ermahnungen des Seelsorgers.

§. 134.

Der Beauftragte hat über das Ergebniß seiner Bemühungen an den Präses des Ehegerichtes zu berichten, und wofern der die Ehe bestreitende Gatte auf seinem Entschlusse beharrt, Alles beizufügen, was er über die Thatfachen, von welchen die Gültigkeit der bestrittenen Ehe abhängt, in Erfahrung zu bringen vermochte.

§. 135.

In wie fern bei Hindernissen, welche durch die Einwilligung der Ehegatten nicht können gehoben werden, vorläufig eine Mitwirkung des Seelsorgers in Anspruch zu nehmen sey, wird von der Beschaffenheit des Falles und dem Ermessen des Ehegerichtes abhängen.

§. 136.

Wenn Einer der Gatten die Ehe bestreitet, so ist vor Allem zu untersuchen, ob vielleicht solche Umstände obwalten, daß, wenn der Kläger jemals das Bestreitungsrecht besaß, er doch gewiß jetzt desselben verlustig ist, und wofern dieß außer Zweifel gestellt wird, so ist die Anklage nicht anzunehmen.

§. 137.

Wird die Bestreitung der Ehe auf eine Thatfache gegründet, welche, auch wofern sie vollkommen richtig wäre, entweder schlechthin oder doch unter den vom Kläger selbst angegebenen Umständen kein Hinderniß der Gültigkeit zu bewirken vermöchte, so ist die Anklage ohne weitere Untersuchung zurückzuweisen.

§. 138.

Es kann geschehen, daß die Thatfache, auf welche die Bestreitung gegründet ist, zwar unter Voraussetzung ihrer Richtigkeit die Ehe ungültig machen würde, aber die Unwahrheit der Behauptung am Tage liegt. In solchen Fällen soll der Kläger darüber belehrt und von der Anklage abzustehen aufgefordert werden. Wofern er sich dessen weigert und das Vorgebrachte nicht etwa offenbar läppisch oder widersinnig ist, so muß die Abweisung durch einen förmlichen Beschluß des Ehegerichtes verfügt werden.

§. 139.

Wenn Eines der im §. 80. aufgezählten Hindernisse angeregt wird, so hat das Ehegericht eine förmliche Untersuchung so viel als möglich zu vermeiden. In den meisten Fällen wird die Thatfache sich durch Vermittlung der Pfarrgeistlichkeit sicher stellen lassen. Wofern durch die Pfarrbücher oder glaubwürdige Aussagen das Obwalten des Hindernisses nachgewiesen ist, wird der Bischof die erforderliche Nachsicht gewähren und die Convalida- tion mit sorgfältiger Vermeidung alles Aufsehens vollziehen lassen. Sollte ernstlich zu besorgen seyn, daß die Gatten oder Eines von ihnen die Entdeckung des Hindernisses missbrauchen würden, um die Auflösung der Verbindung zu erlangen, so müßte bei dem heiligen Stuhle um Heilung der Ehe in der Wurzel nachgesucht werden.

Verfahren bei Anregung der im §. 80. erwähnten Hindernisse.

§. 140.

Wenn die Gültigkeit einer Ehe untersucht werden muß, so hat das Ehegericht einen Commissär zu Erhebung des Thatbestandes zu ernennen.

Ernennung des Untersuchungs-Commissärs.

§. 141.

Bevor der Untersuchungs-Commissär das Beweisverfahren einleitet, hat er nichts zu unterlassen, um sich von allen Umständen, welche dazu beitragen können, um die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Ehe außer Zweifel zu stellen, genau zu unterrichten. Zu diesem Ende soll er nach Beschaffenheit des Falles und der Personen die nöthigen Erkundigungen einziehen; dann aber wird er die Gatten, Jene, welche die Ehe bestreiten oder

Voruntersuchung.

impedimentum denuntiarunt, et in quantum fieri potest, etiam testes, qui pro matrimonio aut contra illud producuntur, defensore matrimonii praesente praevis interrogandi sunt.

§. 142.

Inquisitionis praeviae resultatum tribunali proponendum est matrimoniali, quod ordinationes dabit de iis, quae forsitan adhuc necessaria ducat. Quo facto omnia disponenda sunt ad processum probatorium absque ulla cunctatione habendum.

§. 143.

Quod conjuges personaliter se exhibere debeant.

Tam in praevia inquisitione, quam ad processum probatorium conjuges personaliter se sistere debent. Conceditur quidem, ut advocatos secum adducant, et antequam declarationem exhibeant, eorum consilium expetant; verum eae tantum declarationes, quas ipsimet pronuntiant, qua ipsorum mentem explicantes protocollo inserendae sunt. Quodsi advocatus proprio nomine quaedam casum matrimonialem attinentia deponat, haec ita excipienda et tractanda sunt, quomodo excipi et pertractari deberent, quando ipse haud qua advocatus comparuisset. Advocato negotium perturbante commissarii est statuere, ut loco excedat.

§. 144.

Si non compareant, agenda.

Si conjuges citati tribunal incompetens esse asseverent, ad normam §. §. 103 et 104 procedendum est.

§. 145.

Conjugibus, qui citatione facta non comparent, aliam quam incompetentiae excusationem praetendentibus, de eadem vel admittenda vel rejicienda tribunal judicabit. Convenienti ex causa, ut terminus prolongetur, concedi potest. Si rationes adductae minus firmae inveniantur, vel quando quis nulla excusatione proposita comparere neglexerit, terminus eis pro domicili distantia dimetiendus statuatur. Eo elapso a iudicio saeculari, ut citatos ad comparendum adigat, petendum est. Casu, quo petitio ista ex qualicunque causa effectum haud sortiatur, procedura etiam absque citati praesentia inchoanda est.

§. 146.

Quatenus conjuges ope delegati examinari possint.

Magna cura agendum est, ut conjuges ad quaestionem facti eruendam coram commissario ad inquirendum deputato personaliter compareant. Quando id praestiterint ac domicilium eorum a sede tribunalis matrimonialis longius distet, ipsis supplicantibus pro interrogationibus ulterioribus loco, quo habitant, aut non procul ab eo delegatus substitui potest. Defensor matrimonii jus quidem habet, ejusmodi interrogationibus semper et ubique adesse; petere tamen potest, ut pro iisdem, qui ejus locum teneat, constituatur. Hicce jurejurando promittere debet, se in interrogatione causam ligaminis conjugalitatis, quam optime sciat ac possit, tuiturum esse; instructionesque ac notitiae forsitan necessariae a defensore matrimonii ei communicandae sunt. Delegato non tantum interrogationes conjugibus proponendae transmittantur, sed de omnibus quoque instruatur circumstantiis, quarum cognitio ad investigationem, prout expedit, dirigendam requiritur. Conjugibus in alia dioecesi commorantibus in finem interrogationum ulteriorum tribunal matrimoniale dioecesis illius, ut cooperari velit, rogandum erit.

§. 147.

Probatio, quae requiritur.

Praesumptio stat pro valore matrimonii; impedimentum plene probari debet.

§. 148.

Conjugum confessio.

Confessio, quam conjuges in ipsa inquisitione faciunt, aut anteriori tempore, attamen post matrimonium, quod accusatur, jamjam contractum fecerunt, in quantum adversus matrimonii valorem pugnat, omni vi caret. Confessio, quam conjuges, ante-

über das Hinderniß Anzeigen gemacht haben, und soviel als möglich auch die Zeugen, welche für oder gegen die Ehe aufgeführt werden, im Beiseyn des Vertheidigers der Ehe vorläufig vernehmen.

§. 142.

Das Ergebniß der Voruntersuchung ist dem Ehegerichte vorzulegen, welches dasjenige, was es allenfalls noch nothwendig erachtet, anordnen wird. Hierauf ist das Beweisverfahren mit möglichster Beschleunigung einzuleiten.

§. 143.

Sowohl bei der Voruntersuchung als zum Behufe des Beweisverfahrens haben die Gatten persönlich zu erscheinen. Zwar bleibt es ihnen unbenommen, sich von Sachwaltern begleiten zu lassen und vor Abgabe einer Erklärung den Rath derselben einzuholen; es dürfen aber nur jene Erklärungen, welche sie selbst abgeben, als die ihrigen zu Protokoll genommen werden. Sollte der Sachwalter in eigenem Namen sich über etwas den Ehefall Betreffendes erklären, so ist dieß so aufzunehmen und zu behandeln, wie es aufgenommen und behandelt werden müßte, wenn derselbe nicht als Sachwalter erschienen wäre. Wofern ein Sachwalter störend einwirken sollte, liegt dem Untersuchungs-Commissäre ob, die Entfernung desselben zu veranlassen.

Persönliches Erscheinen der Gatten.

§. 144.

Wenn vorgeladene Gatten die Unzuständigkeit des Gerichtes behaupten, so ist nach §§. 103 und 104 vorzugehen.

Maßnahmen im Falle des Nichterscheinens.

§. 145.

Führen Eheleute, welche auf die ergangene Vorladung nicht erscheinen, hierfür einen anderen Grund an, als den der Unzuständigkeit, so wird das Ehegericht über dessen Zulassung oder Verwerfung urtheilen. Aus entsprechenden Ursachen kann eine Verlängerung der Frist zugestanden werden. Erscheinen die angeführten Gründe als unstatthaft oder versäumt Jemand sich zu stellen, ohne einen Versuch zu seiner Rechtfertigung zu machen, so ist den Ausbleibenden eine nach der Entfernung ihres Wohnsitzes bemessene Frist anzusetzen und nach Ablauf derselben das weltliche Gericht zu ersuchen, die Vorgeladenen zu verhalten, sich zu stellen. Sollte dieß Ersuchen aus was immer für einer Ursache ohne Erfolg bleiben, so muß das Verfahren auch ohne Anwesenheit der Vorgeladenen begonnen werden.

§. 146.

Es ist mit Entschiedenheit dahin zu wirken, daß die Gatten zum Zwecke der Erhebung des Thatbestandes persönlich vor dem Untersuchungs-Commissäre erscheinen. Haben sie dieß gethan und wohnen sie in bedeutender Entfernung vom Orte des Ehegerichtes, so kann auf die Bitte derselben zum Behufe späterer Einvernehmungen an dem Orte, wo sie wohnhaft sind, oder in der Nähe desselben ein Bevollmächtigter ernannt werden. Der Vertheidiger der Ehe hat zwar das Recht, solchen Einvernehmungen immer und überall beizuwohnen; doch kann er darum ansuchen, daß ihm für dieselben ein Stellvertreter gegeben werde. Dieser muß eidlich versprechen, bei der Einvernehmung die Sache des Ehebandes nach bestem Wissen und Vermögen zu vertreten, und es sind ihm von dem Vertheidiger der Ehe die allenfalls nöthigen Anweisungen und Aufschlüsse zu ertheilen. Dem Bevollmächtigten selbst sind nicht nur die an die Gatten zu stellenden Fragen zu übersenden, sondern er werde auch über alle Umstände unterrichtet, deren Kenntniß zu zweckmäßiger Leitung der anzustellenden Erhebungen erforderlich ist. Halten sich die Gatten in einer anderen Diocese auf, so wird für spätere Einvernehmungen das dortige Ehegericht um seine Mitwirkung zu ersuchen seyn.

Einvernehmung der Ehegatten durch einen Bevollmächtigten.

§. 147.

Die Vermuthung steht für die Giltigkeit der Ehe; das Hinderniß muß vollständig bewiesen werden.

Erforderliche Beweisführung.

§. 148.

Ein Geständniß, welches die Gatten bei der Untersuchung machen oder auch früher, doch nach Schließung der angestrittenen Ehe abgelegt haben, ist, in soweit es gegen die Giltigkeit der Ehe lautet, ohne alle Beweisraft. Ein Geständniß, welches die Gat-

Geständniß der Gatten.

quam matrimonium accusatum contraxerant, deposuerunt, qua nullitatem probandi medium rejicienda haud est.

§. 149.

Confessio conjugum, quae pro matrimonii valore militat, vim probandi in iis habet casibus, in quibus conjugibus adcusandi jus privative reservatur. Alias praesumptionem tantum generat.

§. 150.

Quod conjuges aut alter eorum haud compareant, adversus matrimonii valorem nihil probare potest: unde eo probandi onus matrimonium accusanti incumbens diminui haud debet.

§. 151.

Testes.

De testibus admittendis vel respuendis, de fide ipsis habenda et exceptionibus eisdem oppositis tribunal matrimoniale juxta generales juris canonici normas et peculiares, quos negotii natura postulat, respectus in singulis casibus judicabit.

§. 152.

Peculiares de testimonii credibilitate praescriptiones.

Si conjux matrimonium accusans contra testem, qui suspectus, immo et respective inhabilis censendus est, exceptionem haud faciat, ipse ad testimonium pro matrimonio ferendum admitti potest. Verum quod conjuges contra testem aliquem haud excipiant, rationem nunquam suppeditat, depositionem ejus contra matrimonium directam pro fide digna accipiendi.

§. 153.

Relationes, quae praesumptionem fundant, testem pro uno aut contra unum conjugum partium studio agi, eas tantum depositiones suspectas reddunt, quae in commodum vel in praejudicium respectivi conjugis cedunt.

§. 154.

Si testis ad utrumque conjugem tales habet relationes, quae praesumptionem partium studii eodem fere gradu generant, relationes hae per se sumtae haud sufficiunt, ut depositio, quae in commodum unius, sed in praejudicium alterius conjugis cedit, qua suspecta habeatur.

§. 155.

Consanguinei conjugum a testimonio pro matrimonio aut contra illud ferendum tantum excludendi sunt, quando ex individua casus natura peculiares oriantur rationes, eos de partium studio suspectos habere.

§. 156.

In dijudicanda credibilitate consanguineorum et omnium personarum, quarum ad conjuges relatio partium studii suspicionem inducit, imprimis considerandum est, an conjuges nullitatem matrimonii exoptent, necne.

§. 157.

Omnes ii, de quibus supponendum est, quod circumstantiarum, quae in nullitatis quaestionem influxum exercent, bene gnari sint, etiam tunc audiri debent, quando qua testes repellendi forent, quia depositiones eorum praesumptiones stabilire ac viam ulterioribus recludere possunt dilucidationibus.

§. 158.

Exceptiones, quae testibus opponi possunt.

Tam partes quam defensor matrimonii jus habent, testibus pro matrimonio aut contra illud productis exceptiones opponendi.

§. 159.

Quod testimonium personaliter ferendum sit.

Testimonium personaliter ferendum est; scripta absentium testimonia probationem haud faciunt, sed praesumptionem tantum fundant.

ten vor Schließung der angestrittenen Ehe abgelegt haben, ist als Beweismittel wider die Giltigkeit nicht auszuschließen.

§. 149.

Ein Geständniß der Gatten, welches für die Giltigkeit der Ehe lautet; hat in jenen Fällen Beweiskraft, in welchen das Bestreitungsrecht den Gatten ausschließlich vorbehalten ist; sonst begründet es bloß eine Vermuthung.

§. 150.

Das Nichterscheinen Eines oder beider Gatten kann wider die Giltigkeit der Ehe nichts beweisen, und soll eben deshalb dem Bestreiter des Ehebandes die Last der Beweisführung nicht erleichtern.

§. 151.

Ueber die Zulassung oder Zurückweisung der Zeugen, den ihnen zu schenkenden Glauben und die denselben entgegengesetzten Einwendungen entscheidet das Ehegericht von Fall zu Fall nach den allgemeinen Vorschriften des Kirchengesetzes und den besonderen Rücksichten, welche die Natur der Verhandlung erheischt.

Zeugen.

§. 152.

Wenn der die Ehe bestreitende Gatte wider einen Zeugen, welcher als bedenklich oder sogar als beziehungsweise verwerflich muß angesehen werden, keine Einsprache thut, so darf derselbe zum Zeugnisse für die Ehe zugelassen werden. Dagegen kann der Umstand, daß die Gatten wider einen Zeugen nichts einwenden, niemals einen Grund darbieten, dessen wider die Ehe gerichtete Aussage als glaubwürdig anzunehmen.

Besondere Vorschriften über die Glaubwürdigkeit der Zeugen.

§. 153.

Verhältnisse, welche die Vermuthung der Parteilichkeit für oder gegen Einen von beiden Gatten begründen, machen den Zeugen nur hinsichtlich jener Aussagen verdächtig, welche zu Gunsten oder zum Nachtheile des betreffenden Gatten lauten.

§. 154.

Wenn der Zeuge zu beiden Gatten in Verhältnissen steht, welche die Vermuthung der Parteilichkeit ungefähr in gleichem Grade hervorrufen, so reichen diese Verhältnisse für sich genommen nicht hin, um eine Aussage, welche derselbe zu Gunsten des Einen, aber zum Nachtheile des anderen Gatten macht, als verdächtig erscheinen zu lassen.

§. 155.

Die Blutsverwandten der Gatten sind von dem Zeugnisse für oder gegen die Ehe nur dann auszuschließen, wenn aus der Eigenthümlichkeit des Falles besondere Gründe, dieselben für parteiisch zu halten, hervorgehen.

§. 156.

Bei Beurtheilung der Glaubwürdigkeit von Verwandten und allen Personen, deren Verhältniß zu den Gatten einen Verdacht der Parteilichkeit mit sich bringt, ist vorzüglich in Anschlag zu bringen, ob die Gatten die Ungiltigerklärung der Ehe wünschen oder nicht.

§. 157.

Alle Diejenigen, von welchen vorauszusetzen ist, daß sie über Umstände, welche auf die Frage der Giltigkeit Einfluß üben, wohl unterrichtet seyen, müssen auch dann vernommen werden, wenn sie von der Zeugenschaft auszuschließen sind, weil ihre Aussagen Vermuthungen begründen und den Weg zu weiteren Aufschlüssen eröffnen können.

§. 158.

Sowohl die Parteien als der Vertheidiger der Ehe haben das Recht, wider die für oder gegen die Ehe namhaft gemachten Zeugen Einwendungen zu erheben.

Einwendungen gegen die Zeugen.

§. 159.

Das Zeugniß muß in Person gegeben werden; schriftliche Zeugnisse Abwesender bilden keinen Beweis: sondern begründen bloß eine Vermuthung.

Persönliche Abgabe des Zeugnisses.

§. 160.

Testium examen
per delegatum in-
stituendum.

Si testium habitatio tantum distet, ut in sede tribunalis matrimonialis interrogari nequeant, secundum normas, quae §. 146. de ulterioribus conjugum interrogationibus stabilitae sunt, procedendum erit.

§. 161.

Quomodo interro-
gationes concipi-
endae.

Interrogationes testibus proponendas commissarius ad inquirendum deputatus concipit ratione habita omnium, quae in hucusque gestis emergerunt, nec non punctorum interrogatoriorum, quae a partibus forsitan exhibita sunt, et communicatis cum matrimonii defensore consiliis. Posterior jus habet, quae ipsi e re esse videntur, superaddendi vel et petendi, ut interrogationes tribunali matrimoniali adprobandae proponantur.

§. 162.

Jusjurandum te-
stium.

Jurati tantum testis depositio vim habet legitimae probationis. Testes, quos admittere nil impedit, antequam examinentur, tactis sacrosanctis Dei evangeliiis jurare debent, se de interrogationum ad eos dirigendarum objecto veritatem, quo modo eam coram Deo et conscientia compertam habeant, plene ac intemerate, quin aliquid addant, omittant vel immutent, edicturos fore. Congrua de jurisjurandi sanctitate admonitio praemittatur.

§. 163.

Ad jusjurandum a testibus praestandum conjuges ac, si matrimonium a tertio quodam accusetur, iste quoque, vocandi sunt. Attamen vocatorum absentia, quin jusjurandum excipiat, impedire nequit.

§. 164.

Testium examen.

Examen testium partibus remotis et singillatim instituendum est ac, antequam omnino terminatum sit, testium depositiones haud publicentur.

§. 165.

Quatenus testimo-
niis probandi vis
competat.

Quod a duobus testibus, quibus nulla exceptio in lege fundata opponi potest, distincte ac conformiter deponitur, in quantum haud alia testimonia fide digna aut circumstantiae, quae praesumptionem gravem stabiliant, refragentur, de regula quae plene probatum censi debet. Verum quando de circumstantia agitur, a qua valor matrimonii dependet, minime sufficit, relationem vel factum, quo testium veracitas in dubium vocetur, evictum haud esse, sed oportet probatum sit, eos intemeratae probitatis et suppositioni, quasi perjurio conscientiam gravare possint, locum haud esse.

§. 166.

Investigatio per
rei peritos.

Quando ad probationem conficiendam rei periti adhibendi sint, eorum duos saltem et eos scientia et integritate praestantes omnique partium studio expertes tribunal matrimoniale seliget, qui juxta instructionem a commissario exarandam et a matrimonii defensore adprobendam investigationem debitam habeant et animi sententiam scriptis pandant. Relate ad partium studium contra rei peritos eadem valent exceptiones, quae ipsis, si testes agerent, opponi possent.

§. 167.

Rei periti jurati sint oportet. Ubi de facto agitur, a quo validitas matrimonii dependet, jusjurandum eis etiam tunc deferendum est, quando jam juramento in munere adeundo deposito se obstrinxerint, fore ut veritatem in consultis dandis sancte servent.

§. 160.

Wenn die Entfernung, in welcher die Zeugen wohnen, es unthunlich macht, dieselben am Orte des Ehegerichtes zu vernehmen, so ist nach den Vorschriften zu verfahren, welche §. 146. für die späteren Einvernehmungen der Ehegatten aufstellt.

Einvernehmung der Zeugen durch einen Bevollmächtigten.

§. 161.

Die an die Zeugen zu richtenden Fragen entwirft der Untersuchungs-Commissär mit Rücksicht auf das ganze Ergebnis des bisherigen Verfahrens, sowie auf die Fragefälle, welche von den Gatten oder von dem Bestreiter des Ehebandes vielleicht eingereicht wurden, und im Einverständnisse mit dem Verteidiger der Ehe. Der Letztere hat das Recht, Dasjenige, was ihm zweckdienlich scheint, beizufügen oder auch zu verlangen, daß die Fragen dem Ehegerichte zur Genehmigung vorgelegt werden.

Entwerfung der Fragefälle.

§. 162.

Nur die Aussage eines beeidigten Zeugen hat die Geltung eines rechtskräftigen Beweises. Die Zeugen, wider deren Zulässigkeit kein Anstand obwaltet, haben, bevor sie vernommen werden, auf Gottes heiliges Evangelium zu beschwören, daß sie über den Gegenstand der an sie zu richtenden Fragen die Wahrheit, wie sie derselben sich vor Gott und ihrem Gewissen bewußt sind, vollständig und unverfälscht, ohne etwas beizufügen, wegzulassen oder abzuändern, aussagen wollen. Eine entsprechende Ermahnung über die Heiligkeit des Eides soll vorausgeschickt werden.

Beeidigung der Zeugen.

§. 163.

Zur Beeidigung der Zeugen müssen die Gatten, und wofern die Ehe von einem Dritten bestritten wird, auch dieser vorgeladen werden. Doch kann ihr Ausbleiben die Eidesabnahme nicht hindern.

§. 164.

Das Verhör der Zeugen ist ohne Beiseyn der Parteien und einzeln vorzunehmen. Bevor es gänzlich beendet ist, dürfen die Zeugenaussagen nicht kundgemacht werden.

Vornahme des Zeugenverhöres.

§. 165.

Dasjenige, was von zwei beeidigten Zeugen, wider welche keine im Gesetze begründete Einwendung kann gemacht werden, deutlich und übereinstimmend ausgesagt wird, muß, in soweit nicht andere glaubwürdige Zeugnisse oder Umstände, welche eine starke Vermuthung begründen, entgegenstehen, in der Regel als vollständig bewiesen angesehen werden. Handelt es sich aber um einen Umstand, von welchem die Giltigkeit der Ehe abhängt, so kann es nicht hinreichen, daß kein Verhältniß oder keine Thatsache nachgewiesen ist, durch welche die Wahrhaftigkeit der Aussagen in Zweifel gestellt wird, sondern es muß der Beweis vorliegen, daß die Zeugen Personen von erprobter Gewissenhaftigkeit seyen, und der Annahme, als könnten sie einen Meineid auf ihre Seele laden, kein Raum dürfte gegeben werden.

Beweiskraft der Zeugnisse.

§. 166.

Wenn es zu Herstellung des Beweises nothwendig ist, Sachverständige beizuziehen, so wird das Ehegericht deren wenigstens zwei und zwar solche wählen, welche sich durch Kenntnisse und Rechtschaffenheit auszeichnen und von aller Parteilichkeit entfernt sind, und diese haben nach einer von dem Untersuchungs-Commissär zu entwerfenden und von dem Verteidiger der Ehe gutzuheißenden Anweisung die erforderliche Untersuchung vorzunehmen und ihr Gutachten schriftlich darzulegen. In Betreff der Parteilichkeit gelten wider die Sachverständigen dieselben Einwendungen, welche ihnen, wenn sie als Zeugen aufzutreten sollten, entgegengestellt werden könnten.

Untersuchung durch Sachverständige.

§. 167.

Die Sachverständigen müssen beeidigt seyn. Handelt es sich um eine Thatsache, von welcher die Giltigkeit der Ehe abhängt, so ist der Eid ihnen auch dann aufzutragen, wenn sie sich bereits durch einen Amtseid zur Gewissenhaftigkeit in Betreff ihrer Gutachten verpflichtet haben.

§. 168.

Probatio super genuinitate instrumentorum.

Genuinitas instrumentorum, quae adversus matrimonii valorem pugnant, de positionibus conjugum aut talium personarum, quae qua testes aut suspectae aut inhabiles reputari deberent, probari nequit.

§. 169.

Jusjurandum conjugum.

Jusjurandum a conjugibus praestitum aequè ac eorundem confessio probationem de impedimento obtinente suppeditare aut supplere nequit.

§. 170.

In quantum ad probandam circumstantiam, a qua jus matrimonium accusandi dependet, jusjurandum conjugis matrimonium accusantis admitti possit, tribunal matrimoniale de casu in casum perpendat et decernat.

§. 171.

Si impedimenti natura prohibeat, ne ex officio procedatur, jusjurandum conjugis matrimonii valorem asserentis qua probatio pro matrimonio admitti potest.

§. 172.

Praescriptiones peculiares de matrimonio, quod propter vim metumque impugnetur.

Si conjux matrimonium ex injustae violentiae titulo accusat, ii, qui ex ejus assertionem coactionem injustam exercuerunt, citandi et examinandi sunt. Adcusatione contra alterum conjugem directa, ejusdem confessione probatio stabiliri nequit. Quodsi parentes facta confitentur, ex quibus coactio injusta et matrimonium irritans resultaret, omnibus perpensis circumstantiis dijudicandum est, an forsitan colludant cum prole conjugii solutionem desiderante? Ceterum in quantum accusatio haud alterum attineat conjugem, juxta normas generales de probationibus in delictorum causis valentes procedendum est.

§. 173.

De raptu.

De rapta, quae cum raptore, dum in ejus potestate permaneret, matrimonium contraxit, praesumendum est, quod matrimonii ineundi causa rapta sit. Quodsi contrarium plene probatum fuerit, consistit nihilominus praesumptio, eam violentia injusta ad consentiendum adactam esse. Haec ipsa praesumptio adversus omne matrimonium militat, quod a quacunque persona quacunque ex causa rapta, antequam libertatem penitus recuperaverit, contractum fuerit.

§. 174.

De modo procedendi in impedimento impotentiae.

Etiam, quando in matrimonium propter impedimentum impotentiae inquiratur, normae de confessione et juramento conjugum propositae qua regula tenendae sunt. Si duo rei periti, in quorum scientia et animo a partium studio remoto tribunal matrimoniale plenam collocet fiduciam, unanimes declaraverint, impotentiam adesse insanabilem et absolutam ipsamque matrimonium praecessisse, hoc non obstante pars, cujus impotentia asseritur, petere potest, ut tertius quoque rei peritus investigationem habeat. Si impotentia pro respectiva tantum declaratur, conspirans trium saltem rei peritorum consultum ad probationem plenam necessario requiritur. Quodsi dubium remaneat, an impotentia insanabilis existat et matrimonium antecesserit, rejicienda est declarandae invaliditatis petitio.

§. 175.

Exceptio locum habet, quando aut probatum sit, matrimonium nondum consummatum esse, aut nullitatis declarandae petitio intra tres a matrimonio contracto annos proponatur, simulque impotentiam adesse, non tantum ab utroque conjugè asseveretur, sed etiam a duobus rei peritis fide dignis qua valde verisimile astruatur. Tali casu conjuges consortium matrimoniale per tempus a tribunali constituendum, nunquam vero non tam diu continuare debent, donec in eo per triennium vixerint. Si elapso hoc tempore denuo petant, ut nullitatis sententia feratur, tribunal matrimoniale certius ante omnia se reddat, nil immutatum esse quoad facta, ex quibus impotentiam verisimilem et respective matrimonium nondum consummatum esse colligeretur. His

§. 168.

Die Richtigkeit von Urkunden, welche wider die Gültigkeit der Ehe streiten, kann durch die Aussagen der Eheleute oder solcher Personen, deren wider die Ehe gegebenes Zeugniß verwerflich oder verdächtig wäre, nicht bewiesen werden.

Beweis für die Richtigkeit der Urkunden.

§. 169.

Ein von den Gatten abgelegter Eid kann eben so wenig, als ihr Geständniß einen Beweis für das Bestehen des Hindernisses herstellen oder ergänzen.

Eid der Gatten.

§. 170.

In wie fern zum Beweise eines Umstandes, von welchem das Bestreitungsrecht abhängt, ein Eid des die Ehe bestreitenden Gatten zulässig sey, hat das Ehegericht von Fall zu Fall in Erwägung zu ziehen und zu entscheiden.

§. 171.

Wenn die Beschaffenheit des Hindernisses das ämtliche Einschreiten ausschließt, so kann ein Eid des die Gültigkeit behauptenden Gatten als Beweis für die Ehe zugelassen werden.

§. 172.

Wenn ein Gatte die Ehe wegen widerrechtlichem Zwange bestreitet, so müssen die Personen, welche seiner Behauptung nach den widerrechtlichen Zwang verübt haben, vorgeladen und vernommen werden. Ist die Anklage wider den anderen Eheheil gerichtet, so kann durch dessen Bekenntniß kein Beweis hergestellt werden. Wofern die Aelteren Thatfachen eingestehen, aus welchen sich ein widerrechtlicher und die Ehe entkräftender Zwang ergeben würde, so ist nach Erwägung aller Umstände zu beurtheilen, ob nicht etwa mit dem nach Auflösung der Ehe verlangenden Kinde ein Einverständnis obwalte? Uebrigens ist, in soweit die Anklage nicht den anderen Gatten betrifft, nach den allgemeinen Vorschriften des für Vergehen geltenden Beweisverfahrens vorzugehen.

Besondere Vorschriften über die Bestreitung der Ehe wegen widerrechtlichem Zwange,

§. 173.

Von einer Entführten, welche mit dem Entführer, während sie sich in dessen Gewalt befand, eine Ehe geschlossen hat, ist vorauszusetzen, daß sie zum Zwecke der Verehelichung entführt worden sey. Wenn das Gegentheil vollständig bewiesen ist, so waltet demungeachtet die Voraussetzung ob, daß sie durch ungerechten Zwang zur Einwilligung vermocht worden sey. Die nämliche Voraussetzung streitet wider jede Ehe, welche von was immer für einer aus was immer für einem Grunde entführten Person, bevor sie die volle Freiheit wieder erlangt hat, geschlossen wird.

für den Fall der Entführung.

§. 174.

Auch wenn die Ehe wegen des Hindernisses des Unvermögens untersucht wird, sind die über das Geständniß und den Eid der Gatten gegebenen Bestimmungen als Regel festzuhalten. Wenn zwei Sachverständige, in deren Kenntniß und Unparteilichkeit das Ehegericht volles Vertrauen setzt, einstimmig erklären, daß ein unheilbares und schlechthiniges Unvermögen obwalte und schon vor Eingehung der Ehe stattgefunden habe, so kann demungeachtet der Theil, dessen Unvermögen behauptet wird, die Untersuchung durch einen dritten Sachverständigen verlangen. Wird das Unvermögen für ein bloß beziehungsweise erklärt, so ist das übereinstimmende Gutachten von wenigstens drei Sachverständigen zu Herstellung eines vollen Beweises unerlässlich. Bleibt es zweifelhaft, ob das Unvermögen ein unheilbares und der Ehe vorangegangenes sey, so ist das Gesuch um Ungiltigerklärung abzuweisen.

Ueber das Verfahren bei dem Hindernisse des Unvermögens.

§. 175.

Eine Ausnahme kann eintreten, wenn entweder der Beweis vorliegt, daß die Ehe noch nicht vollzogen sey oder die Klage auf Nichtigkeit binnen drei Jahren nach der Verehelichung angebracht wird, und wenn zugleich das Vorhandenseyn des Unvermögens nicht nur von beiden Gatten behauptet, sondern auch von wenigstens zwei zuverlässigen Sachverständigen als sehr wahrscheinlich bezeichnet wird. In diesem Falle haben die Vermählten die ehliche Gemeinschaft durch eine von dem Ehegerichte zu bestimmende Zeit, doch immer so lange fortzusetzen, bis sie in derselben drei Jahre lang gelebt haben. Wenn sie nach Ablauf dieser Zeit das Gesuch um Ungiltigerklärung erneuern, so soll das Ehegericht sich vorerst die Gewißheit verschaffen, daß in dem Thatbestande, aus welchem die Wahr-

peractis conjugibus permitti potest, ut impotentiam adesse jurejurando attestentur, et istud plenam probationem efficit.

§. 176.

Quaenam investigationibus terminatis agenda.

Absoluto processu probatorio conjuges et quicumque matrimonium adcusaverit, nec non defensor matrimonii moneantur de eo, quo pollent jure, in hucusque acta animadvertendi. Exceptiones, si quas habeant, intra octiduum proponant. Ratione domicilii interesse habentium terminus protrahi potest; ita tamen, ut major, quam necessario sit, mora non concedatur.

§. 177.

Et tribunal matrimoniale et matrimonii defensor ex officio eas possunt ordinare investigationes, quae ad proceduram quoad probationes complendam necessariae ipsis videntur.

§. 178.

Sententia ferenda Episcopo est subjicienda.

Antequam sententia feratur, tribunal matrimoniale ea, in quae decernenda consensit, Episcopo adjunctis rationum momentis subjiciet; qui quando sententiam ferendam haud sufficienter fundatam esse censeat, tribunali matrimoniali injunget, ut circumstantias ab ipso indicandas denuo mature perpendat et de consultationum resultado ad ipsum referat.

§. 179.

De iis, quae ad sententiam definitivam requiruntur.

Adpellatio admittenda est, donec matrimonii validitas per duas aut ejus invaliditas per tres sententias conformes pronuntiata sit. Duabus sententiis pro matrimonio et duabus contra illud militantibus, matrimonium pro valido tenendum est.

§. 180.

Regulae de appellationibus.

Prima instantia sententiam pro matrimonii validitate ferente, matrimonium accusans ad secundam instantiam appellare potest. Quodsi validitas in secunda instantia confirmetur, nulla amplius provocatio locum habet. Si matrimonium in secunda instantia pro invalido declaretur, matrimonii defensori incumbit, ex officio ad tertiam provocare instantiam. Si tertia instantia pro matrimonii valore judicat, ulterior haud obtinet appellatio. Quando autem contra valorem decernat, defensor matrimonii petere debet, ut quarta constituatur instantia, pro cujus sententia matrimonium vel validum vel invalidum reputetur oportet.

§. 181.

Si prima instantia matrimonium invalidum declaret, matrimonii defensor ex officio appellare debet. Si secundae instantiae judicium pariter invaliditatem pronuntiet, defensor matrimonii, nisi prostantes invaliditatis probationes omne dubium secludant, causam ad tertiam instantiam deferre tenetur. Invaliditatis sententia per tertiam quoque instantiam lata, ulterior appellatio institui nequit. Si validitatem ea pronuntiet, actori liberum est, petere, ut quarta constituatur instantia, et hujus sententia qua finalis habenda est.

§. 182.

Quando in prima et tertia instantia adversus matrimonium, in secunda autem pro eo sententia feratur, matrimonii incumbit defensori, quartam petere instantiam.

§. 183.

Appellatio a defensore matrimonii interposita ex sua natura parti simul prodest, quae pro matrimonii validitate agit. Liberum nihilominus ipsi est, eandem appellationem independentem a matrimonii defensore interponere; consultum tamen, ut cum eo hoc de negotio consilia conferat.

§. 184.

Relate ad appellationes, quas interponere defensor matrimonii muneris sui ratione obligatur, nulli habentur dies fatales. Si intra terminum praescriptum appel-

scheinlichkeit des Unvermögens und beziehungsweise die Nichtvollziehung der Ehe sich ergab, keine Veränderung vorgegangen sey. Hierauf kann den Eheleuten gestattet werden, das Vorhandenseyn des Unvermögens durch einen Eid zu betheuern, und es hat derselbe die Geltung eines vollständigen Beweises.

§. 176.

Nach Abschluß der Erhebungen sind beide Gatten und Wer immer die Ehe bestrittet, wie auch der Vertheidiger der Ehe an ihr Recht zu erinnern, über die bisherigen Verhandlungen sich zu äußern. Haben sie Einwendungen zu machen, so sind dieselben binnen acht Tagen vorzubringen. Mit Rücksicht auf den Wohnsitz der Betheiligten kann man diese Frist verlängern, doch ohne dabei die Gränze des strengen Bedürfnisses zu überschreiten.

Maßnahmen nach Abschluß der Erhebungen.

§. 177.

Sowohl das Ehegericht als auch der Vertheidiger der Ehe können von Amtswegen alle Erhebungen anordnen, welche denselben zu Vervollständigung des Beweisverfahrens nothwendig scheinen.

§. 178.

Bevor das Ehegericht zu Fällung des Urtheiles schreitet, wird es die Entscheidung, über welche es sich geeinigt hat, dem Bischofe mit Beifügung der Gründe vorlegen. Findet der Bischof den beabsichtigten Ausspruch nicht hinreichend begründet, so wird er dem Ehegerichte auftragen, die von ihm anzudeutenden Umstände noch einmal in reife Ueberlegung zu ziehen und über das Ergebnis seiner Berathungen ihm Bericht zu erstatten.

Vorlage des beabsichtigten Spruches an den Bischof.

§. 179.

Die Berufung ist zulässig, bis die Giltigkeit der Ehe durch zwei, oder die Ungiltigkeit derselben durch drei gleichlautende Urtheile ausgesprochen ist. Wenn zwei Urtheile für und zwei gegen die Ehe erfolgt sind, so ist die Ehe als giltig anzusehen.

Bedingungen einer endgiltigen Entscheidung.

§. 180.

Wenn die erste Instanz für die Giltigkeit der Ehe spricht, so kann der Bestreiter des Ehebandes an die zweite Instanz Berufung einlegen. Wird die Giltigkeit in zweiter Instanz bestätigt, so ist jede weitere Berufung ausgeschlossen. Wird die Ehe in zweiter Instanz für ungiltig erklärt, so hat der Vertheidiger der Ehe sich von Amtswegen an die dritte Instanz zu wenden. Spricht die dritte Instanz für die Giltigkeit der Ehe, so findet keine weitere Berufung statt. Entscheidet sie aber wider die Giltigkeit, so soll der Vertheidiger des Ehebandes um die Aufstellung einer vierten Instanz nachsuchen und je nachdem diese das Urtheil fällt, ist die Ehe als giltig oder ungiltig zu betrachten.

Bestimmungen über die Berufung an die höhere Instanz.

§. 181.

Wenn die erste Instanz die Ehe für ungiltig erklärt, so hat der Vertheidiger der Ehe von Amtswegen Berufung einzulegen. Laftet das Urtheil der zweiten Instanz gleichfalls auf Ungiltigkeit, so soll derselbe, wosern die vorliegenden Beweise der Ungiltigkeit nicht jeden Zweifel ausschließen, die Sache vor die dritte Instanz bringen. Nachdem auch die dritte Instanz wider die Giltigkeit entschieden hat, ist keine weitere Berufung zulässig. Spricht dieselbe für die Giltigkeit, so steht es dem Kläger frei, um Aufstellung einer vierten Instanz nachzusuchen, und ihr Urtheil ist als endgiltiges zu betrachten.

§. 182.

Wenn in der ersten und dritten Instanz wider, in der zweiten aber für die Ehe gesprochen wird, so hat der Vertheidiger der Ehe um eine vierte Instanz anzufuchen.

§. 183.

Die Berufung, welche der Vertheidiger der Ehe einlegt, frommt ihrer Natur nach zugleich dem Theile, welcher die Giltigkeit der Ehe behauptet. Demungeachtet steht es diesem frei, unabhängig von dem Vertheidiger der Ehe Berufung einzulegen; doch ist es gerathen, daß er sich mit demselben über die Sache ins Einvernehmen setze.

§. 184.

Für die Berufungen, welche einzulegen der Vertheidiger der Ehe durch sein Amt verpflichtet ist, gibt es keine Verfallzeit. Wenn dieser nicht binnen der vorgeschriebenen

lationem haud annuntiet, iudicium, a quo appellare debet, ipsum ad officium suum implendum compellat vel pro casus ratione etiam ad Episcopum ea de re referat et proponat, ut matrimonii defensio alii viro omni ex parte habili concedatur.

§. 185.

Modus procedendi
in superiori in-
stantia.

Judex, qui in superiori instantia sententiam fert, non tantum in inferioribus instantiis gesta diligenter examinet, sed etiam omnia peragat, quae necessaria ducit, ut defectus suppleantur, dubia dilucidentur et errores corrigantur. Hunc in finem conjuges examinare, de instrumentis probandi ergo adhibitis investigationes instituere ac testes, a quibus novas informationes sperat, audire potest. Experimenta tamen per rei peritos facta tunc tantum iterari debent, quando indiciis praesumptionem gravem generantibus probabile reddatur, aut errorem aut partium studium intercessisse.

§. 186.

Tam partes quam defensor matrimonii jus habent, in superiori instantia novas probationes afferendi.

§. 187.

Sententiae nulli-
tas.

Sententia nulla est, si a iudice haud competente lata vel actus iudicii essentialis aut prorsus omissus, aut, quin matrimonii defensor adhiberetur, institutus fuerit. Attamen valor sententiae a iudice superiore latae ideo, quod inquisitionem ulteriorem habere necessarium haud duxerit, sed secundum allegata causam deciderit, impugnari minime potest.

§. 188.

Procedura in caus-
sa nullitatis.

Nullitatis actio intra tempus appellationibus praefixum coram iudice proxime superiori instituenda est.

§. 189.

Quum conjuges exceptionem incompetentiae intra decem a citatione intimata dies proponere debeant, (§. 103.) jure carent sententiae latae nullitatis assertionem obgerendi; superior tamen iudex sententiam propter competentiae defectum ex officio irritam declarare potest.

§. 190.

Sententia de nullitatis actione lata appellationem haud admittit.

§. 191.

Processus pro nullo declaratus coram eodem iudice aut, quando ob competentiae defectum irritatus sit, coram iudice, qui competens pronuntiatus, forma debita iterandus est.

§. 192.

Convalidationis
adducendae tenta-
men.

Quando matrimonium irritum esse, tribus conformibus sententiis decretum, impedimentum vero ejusmodi sit, ut renovatione consensus aut dispensatione indulta e medio tolli possit, Episcopus, nisi gravis causa contrarium suadeat, aget, ut matrimonium convalidetur.

§. 193.

Sententiae defini-
tivae publicatio.

Si natura impedimenti dispensationem excludat aut conamen, adducendi convalidationem, effectu careat, nullitatis declaratio partibus annuntianda est nec non prohibendae sunt, ne amplius sibi cohabitent.

§. 194.

Sententiae tenor
et forma.

Cuivis sententiae rationum, quibus innitur, momenta succincte, quin tamen essenziale quidpiam omittatur, adjungenda sunt. In sententia finali invaliditatem pronuntiante disertis declaretur verbis, ex parte prioris conjugii nullum novis ineundis

Früht die Anmeldung macht, so hat das Gericht, von welchem er sich berufen sollte, denselben zu Erfüllung seiner Pflicht anzuweisen oder nach Beschaffenheit des Falles auch an den Bischof zu berichten und darauf anzutragen, daß die Vertheidigung der Ehe einem andern vollkommen befähigten Manne übertragen werde.

§. 185.

Der Richter, welcher in höherer Instanz entscheidet, hat nicht nur die Verhandlungen der unteren Instanzen genau zu prüfen, sondern auch Alles vorzunehmen, was er für nothwendig erachtet, um das Mangelhafte zu ergänzen, das Zweifelhafte festzustellen und das Irrige zu berichten. Er kann zu diesem Ende die Gatten vernehmen, über die als Beweis gebrauchten Urkunden Erhebungen anstellen und alle Zeugen vernehmen, von welchen er neue Aufschlüsse hofft. Doch ist die Untersuchung durch Sachverständige nur dann zu wiederholen, wenn Anzeichen, welche eine starke Vermuthung begründen, es wahrscheinlich machen, daß Mißgriffe und Parteilichkeiten vorgekommen seyen.

§. 186.

Sowohl die Parteien als auch der Vertheidiger der Ehe haben das Recht, in der höheren Instanz neue Beweise vorzubringen.

§. 187.

Das Urtheil ist nichtig, wenn es von einem unzuständigen Richter gefällt, oder wenn ein wesentlicher Theil der gerichtlichen Verhandlung entweder gänzlich ausgelassen oder ohne Beiziehung des Vertheidigers der Ehe vorgenommen wurde. Doch kann die Gültigkeit des von dem höheren Richter gefällten Urtheiles deßhalb, weil derselbe keine weitere Untersuchung für nothwendig gehalten, sondern nach den Vorlagen entschieden hat, nicht angestritten werden.

§. 188.

Die Klage auf Nichtigkeit muß binnen der für Berufungen festgesetzten Zeit vor dem zunächst höheren Richter ange stellt werden.

§. 189.

Da die Gatten die allfällige Einwendung der Unzuständigkeit binnen zehn Tagen nach zugestellter Vorladung anzubringen haben (§. 103.), so sind sie nicht berechtigt, der Gültigkeit des ergangenen Urtheiles die Behauptung der Unzuständigkeit entgegenzusetzen; doch kann der höhere Richter das Urtheil wegen Mangel der Zuständigkeit von Amtswegen für ungiltig erklären.

§. 190.

Das über die Nichtigkeitsklage gefällte Urtheil läßt keine Berufung zu.

§. 191.

Die für nichtig erklärte Verhandlung muß vor demselben Richter oder, wenn sie durch den Mangel der Zuständigkeit entkräftet wird, vor dem als zuständig erkannten Richter in der gehörigen Form wiederholt werden.

§. 192.

Wenn die Ungültigkeit der Ehe durch drei gleichförmige Urtheile entschieden, aber das Hinderniß so beschaffen ist, daß es durch Einwilligung von Seite des Einen Gatten oder durch Nachsichtgewährung gehoben werden kann, so soll der Bischof, wosfern nicht wichtige Gründe abrathen, dahin wirken, daß die Convalidation der Ehe herbeigeführt werde.

§. 193.

Läßt die Natur des Hindernisses keine Nachsichtgewährung zu oder bleibt der Versuch, eine Convalidation herbeizuführen, ohne Erfolg, so ist die Ungültigerklärung den Parteien anzukündigen und ihnen zu untersagen, fernerhin bei einander zu wohnen.

§. 194.

Jedem Urtheile sind die Gründe, auf die es sich stützt, kurz, doch ohne etwas Wesentliches zu übergehen, beizufügen. Lautet das Endurtheil auf Ungültigkeit, so ist ausdrücklich zu erinnern, daß die frühere Verheirathung für die Schließung einer neuen Ehe

nuptiis impedimentum superesse. Quaelibet sententia iudicum et secretarii subscriptione nec non curiae episcopalis signo munienda est.

§. 195.

Sententiae notificatio et communicatio.

Sententia partibus per apparitorem dimissa etiam copia notificatur, de quo peracto fides in scriptis facienda erit. Cujusvis sententiae de matrimonii valore latae Episcopus Gubernatorem provinciae certiore reddet.

§. 196.

Sententiae definitivae effectus iudicialis.

Sententia de matrimonii valore dicta nunquam in rem iudicatam abit. Si post temporis probetur, eam suppositione erronea niti, caussa denuo in jus vocanda et forma debita pertractanda est. Si contingat, ut sententia matrimonii nullitatem pronuntians retractetur, eo ipso matrimonia cuncta, quae conjuges intermedio forsan tempore iniierunt, pro irritis declarata sunt.

§. 197.

Excepto casu, de quo §. 196. agit, inquisitio de matrimonii valore tum tantum, quando sententia primae instantiae irrita declaretur, tamquam de novo iterum institui potest.

§. 198.

Sententiae propter impotentiam latae effectus.

Ille, cuius impotentiae pro absoluta et insanabili declaratae sententia nullitatis innititur, ad nuptias ineundas admitti nequit. Quando postea quomodocunque pateat, eum ad matrimonium consummandum aptum esse, redintegratur conjugium prius ab eo initum.

§. 199.

Per se liquet, conjuges, antequam finalis nullitatis sententia lata sit, ad novum contrahendum matrimonium nullatenus admitti debere. Quamvis autem conjunctio ante sententiam finalem inita nunquam non illicita valde sit, immo iisdem ac polygamia poenis ecclesiasticis subiaceat, tamen, si processus, qui agitur, nullitatis declaratione terminetur nec aliud quidpiam praepropere copulatis obstat impedimentum, pro vero reputari debet matrimonio.

§. 200.

Transactio et arbitrium.

Caussae matrimoniales neque transactione neque sententia ab arbitris dicta terminari possunt. Conditiones, sub quibus tribunal matrimoniale jus habet, de litibus bona temporalia spectantibus arbitrii ope decernere, lege civili expressae sunt.

§. 201.

IV. Vinculi matrimonialis per professionem religiosam solutio.

Quando conjux conqueratur, alterum consummationem matrimonii declinare, posterior vero declaret, quod saeculo renuntiare constituerit, perpendendum ante omnia venit, an matrimonium nondum esse consummatum extra dubium positum sit. Quo sufficienter probato, conjugi recusanti injungendum est, ut intra bimestre aut matrimonium consummet, aut religionem a Sacra Sede adprobatam ingrediatur. Ex gravi tamen causa terminus vel brevior vel longior praefigi potest.

§. 202.

Si duorum conjugum, qui matrimonium haud consummasse asserunt, alter monasterium ingrediatur, quin alter reclamet; an veritate nitatur assertio de matrimonii consummatione nondum peracta, ad collusionis pericula devitanda eo districtius examinandum est.

§. 203.

Postquam conjux, qui saeculo renuntiare vult, votis solemnibus se obstrinxit, alteri parti instrumenti ope testandum est, matrimonii ab eo valide contracti, sed nondum consummati vinculum dissolutum esse, nec eum impediri, quin ad alia con-volet vota.

weiter kein Hinderniß darbiete. Jedes Urtheil muß von den Richtern und dem Schriftführer unterzeichnet und mit dem Siegel der bischöflichen Curie versehen werden.

§. 195.

Das Urtheil wird den Parteien durch den Rathsdienner zugestellt und in Abschrift eingehändigt: worüber eine schriftliche Beglaubigung zu geben ist. Von jedem Urtheile über die Gültigkeit einer Ehe setzt der Bischof den Statthalter oder Landespräsidenten in Kenntniß.

Zustellung des Urtheiles.
Mittheilung an den Statthalter.

§. 196.

Ein über die Gültigkeit der Ehe gefälltes Urtheil gelangt niemals zu voller Rechtskraft. Wird später bewiesen, daß es sich auf eine irrige Voraussetzung stütze, so muß die Verhandlung wieder eingeleitet und in der vorgeschriebenen Form geführt werden. Begibt es sich, daß ein auf Ungültigkeit lautendes Urtheil widerrufen wird, so sind dadurch die Ehen, welche die Gatten etwa in der Zwischenzeit geschlossen haben, für nichtig erklärt.

Rechtskraft des Endurtheiles.

§. 197.

Mit Ausnahme des im §. 196. behandelten Falles kann die Untersuchung über die Gültigkeit nur dann, wenn das Urtheil der ersten Instanz für nichtig erklärt wurde, als von Neuem wieder angefangen werden.

§. 198.

Derjenige, auf dessen für schlechtthinig und unheilbar erklärtes Unvermögen das Urtheil der Nichtigkeit gegründet ist, darf zu keiner Verehlichung zugelassen werden. Wofern sich später wie immer ergibt, daß er zu Vollziehung der Ehe fähig sey, tritt seine frühere Ehe wieder in Kraft.

Wirkungen des Urtheiles im Falle des Unvermögens.

§. 199.

Es versteht sich von selbst, daß die Gatten, bevor das Endurtheil der Ungültigkeit erfolgt ist, zu Schließung einer neuen Ehe durchaus nicht dürfen zugelassen werden. Wiewol aber eine vor dem Endurtheile geschlossene Verbindung immer höchst unerlaubt ist, ja denselben Kirchenstrafen wie die Polygamie unterliegt, so muß sie doch, wenn die ob-schwebende Verhandlung zur Richtigerklärung führt und den voreilig Getrauten nicht irgend ein anderes Hinderniß im Wege steht, als eine wahrhafte Ehe angesehen werden.

§. 200.

Die Ehesachen können weder durch Vergleich noch durch schiedsrichterlichen Ausspruch entschieden werden. Die Bedingungen, unter welchen das Ehegericht ermächtigt ist, über die Vermögensstreitigkeiten der Parteien durch schiedsrichterlichen Ausspruch zu entscheiden, sind in dem Staatsgesetze ausgedrückt.

Vergleich und schiedsrichterlicher Ausspruch.

§. 201.

Wenn ein Gatte die Beschwerde vorbringt, daß der andere Theil sich die Ehe zu vollziehen weigere, dieser aber erklärt, daß er der Welt zu entsagen entschlossen sey, so muß vor Allem erwogen werden, ob die Nichtvollziehung der Ehe außer Zweifel gestellt sey. Wofern hierüber ein hinreichender Beweis vorliegt, ist dem in der Weigerung Begriffenen aufzutragen, binnen zwei Monaten entweder die Ehe zu vollziehen oder in einen vom heiligen Stuhle gutgeheißenen Orden zu treten. Doch kann aus wichtigen Gründen auch eine kürzere oder längere Frist angesetzt werden.

IV. Trennung der Ehe durch Ablegung der Ordensgelübde.

§. 202.

Wenn von zwei Gatten, welche die Ehe nicht vollzogen zu haben behaupten, der Eine sich in ein Kloster begibt, ohne daß der andere Einsprache erhebt, so muß, damit einem möglichen Einverständnisse begegnet werde, die Wahrhaftigkeit der Behauptung, daß die Ehe noch nicht vollzogen sey, um so strenger geprüft werden.

§. 203.

Sobald der Gatte, welcher die Welt zu verlassen begehrt, die feierlichen Gelübde abgelegt hat, soll dem anderen Theile urkundlich bezeugt werden, daß seine zwar gültig geschlossene, doch nicht vollzogene Ehe aufgelöst sey und ihn nicht hindere, zu einer anderen Verbindung zu schreiten.

§. 204.

Tam nullitatis declaratio quam dissolutio vinculi matrimonialis per vota solemnia effecta in libro nuptiali annotanda est. Si matrimonium in loco, ubi neque sponsus neque sponsa domicilium habebat, contractum fuit, annotatio non tantum, libro nuptiali parochiae, ubi matrimonium celebratum, sed etiam parochi, qui delegationem ad nuptiis assistendum dedit, inseri debet.

§. 205.

Absque conjugali vitae consortio obligationes per matrimonium contractae impleri nequeunt: ipsum igitur in casibus tantum a lege ecclesiastica statutis et respective in forma a lege ecclesiastica praescripta solvere licet.

§. 206.

Conjuges mutuo consensu vitae consortium eum in finem solvere possunt, ut religionem a Sancta Sede approbatam ingrediantur vel ambo vel et una tantum pars, aut, ut vir ordines sacros suscipiat. An et quibus sub conditionibus altera pars in saeculo permanere possit, juxta legum ecclesiasticarum praescripta decernendum est.

§. 207.

Quodsi conjugum alter adulterii crimen commiserit, alteri jus competit, perpetuam a thoro et mensa separationem petendi, nisi forsitan adulterium approbaverit, permiserit vel sua culpa adduxerit, aut ipse quoque adulterii reum se reddiderit. Jure suo excidit, quodsi alteri parti culpam expresse vel tacite condonet.

§. 208.

Conjuges ad vitae consortium eatenus tantum obligantur, quatenus id absque animae, vitae, vel sanitatis periculo continuare possunt. Quodsi conjux a fide christiana deficiat, quodsi alteram partem ad defectionem a fide catholica, ad vitia vel crimina sollicitet, quodsi injuriis realibus vel insidiis vitam ejus et sanitatem in periculum adducat, quodsi ei acerbiores animi afflictiones per longius tempus intentet, etiam, quando malo corporali diuturno contagiosoque laboret, alteri parti supplicatione proposita concedendum est, ut a thoro et mensa separetur, usquedum conjugale vitae consortium, quin periculum saluti suae aeternae vel temporali immineat, renovare possit.

§. 209.

Conjux, quem altera pars malitiose deseruit, separationem a thoro et mensa petere potest, usque dum desertionis reus animum ad officia conjugalitatis adimplenda paratum sufficienter probaverit.

§. 210.

Etiam propter tales officiorum transgressionem, quae juribus bona temporalia attinentibus vel honori civili alterius conjugis grave afferunt detrimentum aut urgens parant periculum, temporalis a thoro et mensa separatio pronuntiari potest.

§. 211.

Conjux, qui separationem obtinere desiderat, ante omnia parochum adeat suum. Hic utramque partem vocabit et cuncta, quae lex Dei et foederis conjugalitatis dignitas suppeditat, motiva graviter simul et amanter adhibebit, ut conjugale vitae consortium intactum servetur. Si animos conciliare non valeat, secundo et tertio id ipsum, octiduo saltem quavis vice interposito, efficere conetur. Tertium tamen omitti potest experimentum, quando animorum exacerbatio successus spem adimat aut in patulo sit, actorem vitae consortium continuare non posse, quin aeternam aut temporalem salutem urgenti exponat periculo.

V. Separatio a thoro et mensa.

Separatio mutuo consensu facta.

Separatio perpetua adulterii ergo.

Causae separationis temporalis decernendae.

Actio de separatione a thoro et mensa.

Reconciliationis procurandae tamen.

§. 204.

Sowohl die Ungiltigerklärung der Ehe als die Auflösung ihres Bandes durch die feierlichen Gelübde ist im Trauungsbuche anzumerken. Wenn die Ehe an einem Orte, wo Keines von beiden Brautleuten seinen Wohnsitz hatte, geschlossen wurde, geschehe die Vormerkung nicht nur in dem Trauungsbuche der Pfarre, wo die Eheschließung stattfand, sondern auch in dem des Pfarrers, welcher die Ermächtigung zur Trauung erteilt hat.

§. 205.

Die ehliche Lebensgemeinschaft ist die Vorbedingung zu Erfüllung der durch die Ehe übernommenen Pflichten; sie darf daher nur in den von dem Kirchengesetze bestimmten Fällen und beziehungsweise in der von dem Kirchengesetze vorgeschriebenen Form aufgehoben werden.

V. Scheidung von Tisch und Bett.

§. 206.

Die Gatten dürfen mit beiderseitiger Einwilligung die Lebensgemeinschaft zu dem Zwecke aufheben, damit Beide oder Eines von ihnen in einen von dem heiligen Stuhle gutgeheißenen Orden treten oder der Mann die heiligen Weihen empfangen. Ob und unter welchen Bedingungen der Eine Theil im weltlichen Stande verbleiben könne, ist nach den Kirchengesetzen zu bestimmen.

Einverständliche Scheidung zum Zwecke des Eintrittes in einen Orden oder in den geistlichen Stand.

§. 207.

Wenn der Eine Gatte sich des Ehebruches schuldig gemacht hat, so steht dem anderen das Recht zu, die lebenslängliche Scheidung von Tisch und Bett zu fordern; es sey denn, daß er den Ehebruch gebilligt, gestattet oder durch sein Verschulden herbeigeführt, oder daß er sich selbst eines Ehebruches schuldig gemacht hätte. Er verliert dieß Recht, wenn er dem anderen Theile seine Schuld ausdrücklich oder stillschweigend verzeiht.

Lebenslängliche Scheidung wegen Ehebruch.

§. 208.

Die Gatten sind zur Gemeinschaft des Lebens nur in soweit verbunden, als sie dieselbe ohne Gefahr für ihr Seelenheil, ihr Leben oder ihre Gesundheit fortsetzen können. Wenn ein Ehegatte vom Christenthume abtrünnig wird, wenn er den anderen zum Abfalle vom katholischen Glauben, zu Lastern oder Verbrechen zu verführen sucht, wenn er durch Mißhandlungen oder Nachstellungen dessen Gesundheit und Leben gefährdet, wenn er empfindliche Kränkungen durch längere Zeit fortsetzt, auch wenn er an einem ansteckenden und langwierigen körperlichen Uebel leidet, so ist dem anderen Theile auf sein Ansuchen die Scheidung von Tisch und Bett für so lange zu bewilligen, bis er die ehliche Gemeinschaft ohne Gefahr für sein ewiges und zeitliches Heil erneuern kann.

Gründe der zeitweisen Scheidung.

§. 209.

Der Gatte, welcher von dem anderen böswillig ist verlassen worden, kann die Scheidung von Tisch und Bett für so lange ansprechen, bis der Schuldige seine Bereitwilligkeit, die ehlichen Pflichten wieder zu erfüllen, hinreichend bewährt hat.

§. 210.

Auch wegen solcher Pflichtverletzungen, durch welche den Vermögensrechten oder der bürgerlichen Ehre des anderen Gatten große Nachtheile zugefügt oder dringende Gefahren bereitet werden, kann eine zeitweise Scheidung von Tisch und Bett ausgesprochen werden.

§. 211.

Der Gatte, welcher die Scheidung zu erlangen wünscht, hat sich vorerst an seinen Pfarrer zu wenden. Dieser wird beide Theile vorrufen und alle Beweggründe, welche das Gesetz Gottes und die Würde des Ehebandes darbietet, mit Ernst und Liebe geltend machen, um die ehliche Gemeinschaft aufrecht zu halten. Gelingt die Vermittelung nicht, so ist nach einem jedesmaligen Zwischenraume von wenigstens acht Tagen ein zweiter und dritter Versuch zu machen. Doch kann der dritte Versuch unterbleiben, wenn bei der obwaltenden Erbitterung keine Aussicht auf Erfolg vorhanden ist, oder am Tage liegt, daß der klagende Theil die Lebensgemeinschaft nicht fortsetzen könne, ohne sein ewiges oder zeitliches Heil einer dringenden Gefahr auszusetzen.

Klage auf Scheidung von Tisch und Bett.
Versuch der Ausöhnung.

§. 212.

Si reus comparere recusat, parochus jus habet, eum magistratus civilis interventu ad obedientiam praestandam compellere. An praesentia coactione obtenta finem juvare possit, secundum rerum adjuncta dijudicandum erit.

§. 213.

Quodsi parochus frustra laboret, eo de negotio ad praesidem tribunalis matrimonialis referre et casu, quo conjuges bis tantum vocaverit, causam, ex qua tertium experimentum omiserit, accurate exponere debet. Addat insuper, an et quatenus gravamina allata ipsi fundata videantur.

§. 214.

Quivis Episcopus in remotioribus dioecesis suae partibus ecclesiasticos viros in commissarios nominabit, qui deputati sint ad inquirendum super actionibus separationem a mensa et thoro attinentibus, et secretarium ad protocollum excipiendum eis adjunget.

§. 215.

Actor petitionem suam vel apud ipsum tribunal matrimoniale, vel apud commissarium, intra cujus districtum domicilium habet, aut scripto porrigere aut in acta redigenda oretenus exponere potest. Causam, ex qua jure se vitae communitatem tollendi pollere arbitratur, accurate exponere ac probationis praestandae media indicare debet. Edicendum praeterea tempus, cujus hucusque lapsu matrimonium duraverit et, quodsi liberi ex eo procreati sint, numerus eorum et aetas. An et in quantum conjuges separationem quoad thorum mensamque intendentes curiam episcopalem adire possint vel debeant, ab Episcopi ordinatione pendebit.

§. 216.

Separationis decernendae petitio tribunali proponatur matrimoniali, quod, nisi rationes aperte insufficientes sint, ad investigandum super negotio procedet. Quando res in tribunalis matrimonialis sede pertractetur, aliquis ex iudicibus in id muneris qua commissarius deputetur.

§. 217.

Inquisitionis ergo ambo conjuges personaliter comparere tenentur. Quoad advocatos et declarationes vel assertiones ab eisdem prolatas ad normam §. 143. procedendum est.

§. 218.

Primo tentandum est, an negotium absque probationibus in rigore juris talibus terminari possit. Conjuges singuli examinari atque tum sibi invicem confrontari debent. Cuilibet parti assertiones alterius una post alteram ordine, quem successus temporis vel nexus inter causam et effectum indicat, proponendae sunt, et instandum, ut praecise respondeat. Si una pars ad instrumenta privata provocet, altera interroganda venit, an eadem genuina agnoscat? Testes, quos partes nominaverint, in quantum adhiberi possint, examinandi ac, si necessarium videatur, sibi invicem nec non conjugibus confrontandi sunt.

§. 219.

In hac praevia inquisitione qua testes tales quoque admittantur personae, quarum depositiones probationem judicalem fundare non possent, apud quas autem accurata factorum, de quibus quaestio versatur, notitia merito supponitur.

§. 220.

Commissario ad inquirendum deputato competit, personas, quarum depositionibus quaestionem facti dilucidatum iri sperat, etiam, quin partes qua testes eas designaverint, interrogare. An conjugibus confrontari debeant, prudenti ejusdem iudicio relinquitur.

Commissariorum
ad inquirendum
deputatorum con-
stitutio.

Quomodo separa-
tionis decernendae
petitio apud iudi-
cem proponenda.

Decretum de in-
quisitione habenda.

Personalis conju-
gum praesentia.

Inquisitio praevia.

§. 212.

Wenn der Beklagte sich zu erscheinen weigert, so ist der Pfarrer berechtigt, denselben durch Dazwischenkunft der weltlichen Behörde zur Folgsamkeit zu nöthigen. Ob ein erzwungenes Erscheinen den Zweck zu fördern vermöge, muß nach den Umständen beurtheilt werden.

§. 213.

bleiben die Bemühungen des Pfarrers vergeblich, so hat er hierüber an den Präses des Ehegerichtes Bericht zu erstatten, und wofern er die Gatten nur zweimal vorgeladen, den Grund, aus welchem der dritte Versuch unterlassen wurde, genau anzugeben. Auch hat er beizufügen, ob und in wie weit die vorgebrachten Beschwerden ihm begründet scheinen.

§. 214.

Jeder Bischof wird in den entfernteren Theilen seiner Diocese Commissäre ernennen, welche ermächtigt sind, bei Klagen auf Scheidung von Tisch und Bett die Untersuchung vorzunehmen, und denselben einen Schriftführer zur Aufnahme der Protokolle beizugeben.

Aufstellung von Untersuchungs-Commissären.

§. 215.

Der Kläger kann sein Gesuch bei dem Ehegerichte selbst oder bei dem Commissäre, in dessen Bezirke er seinen Wohnsitz hat, entweder schriftlich einreichen oder mündlich zu Protokoll geben. Der Grund, durch welchen er sich zur Aufhebung des ehlichen Zusammenlebens berechtigt hält, ist genau anzugeben und die Beweismittel sind namhaft zu machen. Auch soll die bisherige Dauer der Ehe, und wenn aus derselben Kinder hervorgegangen sind, die Zahl und das Alter derselben angeführt werden. In wie weit die Gatten, welche eine Scheidung von Tisch und Bett beabsichtigen, sich an die bischöfliche Curie wenden können oder müssen, wird von der Anordnung des Bischofes abhängen.

Anbringung der Scheidungsklagen.

§. 216.

Das Gesuch um Scheidung ist dem Ehegerichte vorzulegen, welches, wenn die Gründe nicht offenbar unzulänglich sind, zur Untersuchung der Sache schreiten wird. Findet die Verhandlung am Orte des Ehegerichtes statt, so soll Einer der Räte zum Untersuchungs-Commissär bestimmt werden.

Anordnung über die Vornahme der Untersuchung.

§. 217.

Zum Behufe der Untersuchung haben beide Gatten persönlich zu erscheinen. Hinsichtlich der Sachwalter und der von denselben vorgebrachten Erklärungen oder Behauptungen ist nach Richtschnur des §. 143. vorzugehen.

Persönliches Erscheinen der Gatten.

§. 218.

Zuerst ist der Versuch zu machen, die Angelegenheit ohne eigentliches Beweisverfahren zu Ende zu führen. Die Gatten sollen einzeln vernommen und dann einander gegenüber gestellt werden. Jedem Theile sind die Behauptungen des anderen Eine nach der anderen in der durch die Zeitfolge oder den Zusammenhang von Ursache und Wirkung begründeten Ordnung vorzuhalten, und es ist auf eine bestimmte Antwort zu dringen. Wenn ein Theil sich auf Privaturkunden beruft, so ist der andere zu fragen, ob er die Richtigkeit derselben anerkenne? Die Zeugen, welche die Parteien namhaft machen, sind, in so weit sie beizuziehen möglich ist, in Gegenwart beider Theile einzuvernehmen, und wenn es nöthig ist, einander wie auch den Gatten gegenüber zu stellen.

Voruntersuchung.

§. 219.

Bei dieser vorläufigen Untersuchung sind als Zeugen auch solche Personen zuzulassen, deren Aussagen keinen gerichtlichen Beweis begründen würden, bei welchen aber eine genaue Kenntniß der in Frage stehenden Thatsachen vorausgesetzt werden darf.

§. 220.

Der Untersuchungs-Commissär ist befugt, Personen, von welchen er eine Aufklärung des Thatbestandes hofft, auch dann einzuvernehmen, wenn kein Theil dieselben als Zeugen genannt hat. Ob sie den Eheleuten gegenüber gestellt werden sollen, bleibt dem Ermessen desselben überlassen.

§. 221.

Post prae-
visionem in-
quisitionem ordi-
nanda.

Protocollum de inquisitione praevia exceptum tribunali matrimoniali proponendum est, et quando, ad quae actor provocet, per confessionem rei vel per instrumenta, quae omnem exceptionem excludant, extra dubium jam posita sint, tribunal matrimoniale ad sententiam ferendam procedere debet. Casu opposito processus probatorius instituendus est.

§. 222.

Reo, si postulet, petitionis ab actore scripto propositae vel actorum, in quae oretenus facta redacta sit, copia dimittenda et terminus statuendus, intra quem responsionem vel scripto offerat vel in acta redigendam viva voce exhibeat. Alias separationis pronuntiandae petitio ipsi praelegatur et quae ad se et conjugale vitae commercium tuendum afferat, in acta redigantur.

§. 223.

Processus proba-
torius.

Testes.

Admittendi sunt testes, quibus ea, contra quam deponunt, pars exceptiones haud obgerit, etsi aliunde qua suspecti vel inhabiles repelli deberent.

§. 224.

Quando domicilium testium ab inquisitionis loco notabiliter distet, ad eorum examen loco, quo facilius se conferre possint, instituendum vir, quantum fieri possit, ecclesiasticus deputandus est. Quodsi extra dioecesis limites habitent, agendum cum Episcopo, cui subsunt, ut de eorum depositionibus excipiendis, quae oportet, constituat. Testes, qui prope tribunalis matrimonialis sedem habitant, nunquam non apud tribunal matrimoniale examinandi sunt.

§. 225.

Quaestiones concipit commissarius ad inquisitionem deputatus ratione habita punctorum interrogatoriorum, quae partes forsan obtulerunt. Quoad iusjurandum testium observentur normae §. 162. statutae.

§. 226.

Ad iuramentum a testibus deponendum partes vocari debent; attamen quod non compareant, haud impedit, quominus iusjurandum excipiatur. Partibus non licet examini testium adesse, atque depositiones, antequam examen terminatum sit, publicari haud debent.

§. 227.

Inquisitio per rei
peritos instituenda.

Rei periti, quorum consultum necessarium forsan sit, a commissario ad inquirendum deputato seligendi sunt; de exceptionibus eis oppositis tribunal matrimoniale decernit. Iusjurandum a rei peritis exigere debet, nisi iuramento in munere adeundo deposito se ad veritatem in consultis dandis sancte servandum obstrinxerint.

§. 228.

Probatio plena per
testes aut rei peri-
tos efficienda.

Per depositionem conformem duorum testium juratorum et fide undequaque dignorum, nec non per consultum conforme duorum rei peritorum, qui scientiae jam documenta praestiterint et a partium studio alieni sint, ac respective iurati, factum, circa quod depositio vel consultum versatur, plene probatur.

§. 229.

Adulterium pro-
bandi modus.

Ut adulterium in finem separationis a mensa et thoro probetur, sufficiunt praesumptiones violentae. Facta vero, quibus praesumptiones hae innituntur, juxta normas processum in delictorum causis attinentes probanda veniunt.

§. 230.

Communicatio ad
partes dirigenda.

Protocollum examinis testium partibus vel praelegendum vel scripto communicandum est; si consultum a rei peritis datum fuerit, de hujus pariter tenore instruendae sunt.

§. 221.

Das über die Voruntersuchung aufgenommene Protokoll ist dem Ehegerichte vorzulegen, und wenn die Thatfachen, auf welche der Kläger sich beruft, durch das Ge-
ständniß des Beklagten oder durch Urkunden, welche jede Einwendung ausschließen, bereits
außer Zweifel gestellt sind, so soll zum Spruche geschritten werden. Im entgegengesetzten
Falle ist das Beweisverfahren anzuordnen.

Verfügungen in
Folge der Vorun-
tersuchung.

§. 222.

Dem Beklagten ist auf sein Verlangen das schriftlich vorgelegte Gesuch des Klägers
oder das Protokoll, welches man über die mündlich angebrachte Klage aufnahm, in Ab-
schrift mitzutheilen und eine Frist zu bestimmen, binnen welcher er die Antwort entweder
schriftlich einreiche oder mündlich zu Protokoll gebe. Sonst muß ihm das Gesuch um
Scheidung vorgelesen, und Dasjenige, was er zu Vertheidigung der ehlichen Lebensge-
meinschaft vorbringt, zu Protokoll genommen werden.

§. 223.

Zeugen, wider welche der Gatte, gegen den sie aussagen, keine Einwendung
erhebt, sind auch dann zuzulassen, wenn sie sonst als bedenklich oder verwerflich müßten
zurückgewiesen werden.

Beweisverfahren:
Zeugen.

§. 224.

Wenn die Zeugen in beträchtlicher Entfernung vom Orte der Untersuchung wohnen,
so ist an einem Orte, wohin dieselben zur Vornahme des Verhörs sich leichter begeben
können, ein Bevollmächtigter aufzustellen, welcher wo möglich ein Geistlicher seyn soll.
Wenn sie ihren Wohnort außer den Gränzen des Kirchensprengels haben, so muß der
Bischof, welchem sie unterstehen, ersucht werden, zu Aufnahme ihrer Aussagen, das Er-
forderliche anzuordnen. Zeugen, welche sich nahe am Orte des Ehegerichtes aufhalten,
sind immer bei dem Ehegerichte zu verhören.

§. 225.

Die Fragen entwirft der Untersuchungs-Commissär mit Rücksicht auf die Frage-
sätze, welche die Parteien etwa eingereicht haben. Ueber die Beeidigung der Zeugen sind
die durch §. 162. erteilten Vorschriften zu beobachten.

§. 226.

Zur Beeidigung der Zeugen müssen die Parteien vorgeladen werden; doch hindert
ihr Ausbleiben die Vornahme der Beeidigung nicht. Die Parteien dürfen dem Zeugen-
verhöre nicht beiwohnen und die Aussagen vor Beendigung des Verhörs nicht kund-
gemacht werden.

§. 227.

Die Sachverständigen, deren Gutachten etwa nothwendig ist, hat der Unter-
suchungs-Commissär auszuwählen; über die wider dieselben erhobenen Einwendungen ent-
scheidet das Ehegericht. Die Sachverständigen sind dann zu beeidigen, wenn sie nicht
bereits durch einen Amtseid sich zur Gewissenhaftigkeit in Betreff ihrer Gutachten ver-
pflichtet haben.

Untersuchung
durch Sachverständige.

§. 228.

Durch die übereinstimmende Aussage zweier beeidigter und vollkommen glaub-
würdiger Zeugen, so wie durch das übereinstimmende Gutachten von zwei bewährten, un-
parteiischen und beziehungsweise beeidigten Sachverständigen wird die Thatfache, welche den
Gegenstand der Aussage oder des Gutachtens bildet, vollständig bewiesen.

Herstellung eines
vollständigen Be-
weises durch Zeu-
gen oder Sachver-
ständige.

§. 229.

Um den Ehebruch zum Zwecke der Scheidung von Tisch und Bett zu beweisen,
genügen Voraussetzungen, welche einen sehr hohen Grad von Wahrscheinlichkeit haben.
Für die Thatfachen aber, auf welche solche Voraussetzungen sich stützen, muß der Beweis
nach den Vorschriften des für Vergehen geltenden Verfahrens hergestellt werden.

Beweisführung im
Falle des Ehebru-
ches.

§. 230.

Das Protokoll des Zeugenverhöres ist den Parteien entweder vorzulesen oder in
Abschrift mitzutheilen; auch sind sie, wenn ein Gutachten von Sachverständigen gegeben
wurde, von dem Inhalte desselben zu unterrichten.

Mittheilung an die
Parteien.

§. 231.

Finale conjugum
examen.

His peractis ambo conjuges commoneri debent, ut de testium depositionibus vel rei peritorum consultis sensus suos exponant. Si nova instrumenta, vel de instrumentis, quae in inquisitione praevia dubiis obnoxia remanebant, novas probationes afferant, pars adversaria hac de re audienda est.

§. 232.

Rei confessio.

Confessio conjugis, contra quem separationis actio intentatur, plenam efficit probationem.

§. 233.

Quatenus conjugum
juramentum
admitti possit.

An juramentum suppletorium ex parte conjugum concedendum, an juramentum litis decisivum uni eorum imponendum vel permittendum sit, a tribunali decerni debet: quo in negotio ante oculos habendum est, in genere jusjurandum partium tunc tantum admitti posse, si omne aliud veritatem eruendi medium defecerit, et animorum exacerbationem, qualis in conjugum litibus obtinere solet, perjurii augere periculum.

§. 234.

Reo non compa-
rente agenda.

Si conjux in jus vocatus citatione facta non compareat, juxta normam §. 145. statutum procedendum est.

§. 235.

Quando actio propter desertionem malitiosam instituatur, absenti in prima statim citatione praefigatur terminus, in quo dimetiendo distantiae atque mediorum communicationis ratio prudenter habeatur. Quodsi, ubi commoretur, ignotum sit, per ephemerides publicas citari debet termino praefixo, quem tribunal matrimoniale omnibus perensis circumstantiis constituerit.

§. 236.

Quatenus actoris
sustentationi pro-
videndum.

Quodsi actor asserat, se conjugale vitae consortium continuare non posse, quin salutem animae vel vitam et sanitatem magno exponat periculo, atque casu, quo separatio legitime pronuntiata foret, reo obligatio incumbat, alteri conjugi honestam procurare sustentationem, tribunal matrimoniale perpendere debet, an sufficientes praeviae ordinationis causae prostent, quas si haberi judicatum sit, a iudice saeculari petendum est, ut actori habitationem separatam et sustentationem honestam rei impensis praevis assignet.

§. 237.

Quatenus senten-
tia Episcopo sub-
jicienda.

Episcopus, si pro casu natura necessarium duxerit, ordinabit, ut, antequam sententia feratur, tribunal matrimoniale, quae decernenda censeat, ipsi proponat. (§. 178.)

§. 238.

Quaenam in sen-
tentia exponi de-
beant.

Quavis sententia separationem pronuntiantem exprimendum est, an causa separationis, quatenus culpa ei insit, uni tantum vel ambabus partibus imputari debeat. Quodsi ex peractis eluceat, patrem vel matrem propter defectus morales non eos esse, qui jus educationis iis competens in liberorum salutem exercere possint, istud quoque in sententia exprimitur.

§. 239.

Appellationes in
causa separatio-
nis.

A decisione tribunalis matrimonialis conjux, qui ea se gravatum arbitretur, ad secundam instantiam provocare potest. Duabus sententiis conformibus latis ulteriori appellationi locus haud superest.

§. 240.

Sententia de separatione a thoro et mensa pronuntiata nulla est, si a iudice non competente lata vel actus iudicii essentialis omissus fuerit. Causa nullitatis secundum normas §. §. 187. 188. stabilitas pertractanda venit.

§. 231.

Hierauf müssen beide Gatten aufgefordert werden, über die Aussagen der Zeugen oder das Gutachten der Sachverständigen sich zu äußern. Wenn sie neue Urkunden oder für Urkunden, welche bei der Voruntersuchung zweifelhaft blieben, neue Beweise vorbringen, so ist der Gegentheile darüber zu vernehmen.

Schließliche Einvernehmung der Gatten.

§. 232.

Das Geständniß des Gatten, wider welchen auf Scheidung geklagt wird, bildet einen vollständigen Beweis.

Geständniß des Beklagten.

§. 233.

Ob ein Erfüllungseid von Seite der Gatten zu erlauben, ob der Haupteid Einem derselben aufzutragen oder zu verstatten sey, muß von dem Ehegerichte entschieden werden. Es wird sich dabei gegenwärtig halten, daß man überhaupt einem Eide der Parteien nur dann Raum geben solle, wenn kein anderes Mittel, die Wahrheit außer Frage zu stellen, mehr übrig sey, und daß die leidenschaftliche Aufregung, welche bei Ehesstreitigkeiten einzutreten pflegt, die Gefahr des Meineides steigere.

Zulässigkeit eines Eides der Gatten.

§. 234.

Wenn der beklagte Ehegatte auf die ergangene Vorladung nicht erscheint, so ist nach den im §. 145. aufgestellten Bestimmungen vorzugehen.

Maßnahmen für den Fall des Nichterscheinens.

§. 235.

Bei einer Klage, welche auf dem Grunde böswilliger Verlassung angestellt wird, ist dem Abwesenden sogleich bei der ersten Vorladung eine Frist anzusetzen und dieselbe mit billiger Rücksicht auf Entfernung und Verkehrsmittel auszumessen. Wenn sein Aufenthalt unbekannt ist, so muß er durch die öffentlichen Blätter vorgeladen und die anzusetzende Frist von dem Ehegerichte nach Erwägung aller Umstände bestimmt werden.

§. 236.

Wenn der klagende Theil behauptet, daß er die ehliche Gemeinschaft nicht fortsetzen könne, ohne sein Seelenheil oder Leben und Gesundheit einer großen Gefahr auszusetzen, und der Beklagte die Pflicht hat, im Falle einer rechtmäßig ausgesprochenen Scheidung für den anständigen Unterhalt des anderen Gatten zu sorgen, so muß das Ehegericht erwägen, ob hinreichende Gründe zu einer vorläufigen Verfügung vorhanden seyen. Wird hierüber bejahend entschieden, so ist das weltliche Gericht zu ersuchen, dem Klageführenden auf Kosten des Beklagten einen abgesonderten Wohnort und den anständigen Unterhalt vorläufig anzuweisen.

Vorsorge für den Unterhalt des Klageführenden.

§. 237.

Der Bischof wird, wenn er es nach Maßgabe des Falles für nothwendig erachtet, anordnen, daß das Ehegericht ihm vor Fällung des Urtheiles die beabsichtigte Entscheidung vorlege. (§. 178.).

Vorlage der beabsichtigten Entscheidung an den Bischof.

§. 238.

In jedem auf Scheidung lautenden Erkenntniß ist auszudrücken, ob die Ursache der Scheidung, in soweit sie auf einem Verschulden beruht, nur Einem oder beiden Theilen zur Last falle. Wofern aus den Verhandlungen sich ergibt, daß Vater oder Mutter wegen sittlichen Gebrechens unfähig seyen, das denselben zuständige Erziehungsrecht zum Heile der Kinder zu üben, so ist dieser Umstand gleichfalls in das Urtheil aufzunehmen.

Inhalt des Urtheiles.

§. 239.

Von der Entscheidung des Ehegerichtes kann der Gatte, welcher sich dadurch beschwert glaubt, an die zweite Instanz Berufung einlegen. Von zwei gleichlautenden Urtheilen findet keine weitere Berufung statt.

Berufung in Scheidungsklagen.

§. 240.

Ein Urtheil über die Scheidung von Tisch und Bett ist nichtig, wenn es von einem unzuständigen Richter gefällt oder ein wesentlicher Theil der gerichtlichen Verhandlung ausgelassen wurde. Die Frage der Nichtigkeit ist nach den in §§. 187. 188. aufgestellten Vorschriften zu behandeln.

§. 241.

Quorumnam ratio habenda.

Quod conjuges in vitae consortium solvendum consenserint, legitimam separationis decernendae causam non subministrat. Attamen formalitates praeter absolute necessarias cunctae eo magis vitandae sunt, quod actibus judicialibus animorum exacerbatio augeri, et reconciliatio difficilior reddi soleat. Insuper famae partium et familiarum suarum, quantum finis ratio permittit, consulatur oportet.

§. 242.

Modus separationis causam tractandi, si rei confessio jam prostet.

Quando una pars ad facta provocet, quae legitimam separationis postulandae causam constituunt, et altera rem ita se habere haud neget, parochus animos sibi conciliare ter tentare debet. Conaminibus ejus effectu frustratis apud commissarium ad inquisitionem deputatum de accusatione et confessione excipiat protocolum et res tribunali matrimoniali ad decernendum proponatur.

§. 243.

Procedura extraordinaria.

Quodsi facta a reo non negentur, et ut famae partium parcatur, vel ex alia gravi ratione necessarium videatur, ut negotium quam secretissime pertractetur, partes immediate tribunalis matrimonialis praesidem accedere possunt. Postquam iste compertum habuerit, legitimam adesse separationis causam, parochum vel pro re nata etiam alium sacerdotem admonitione trina concordiae restituendae experimentum facere jubeat, effectu haud subsecuto duobus tribunalis consiliariis adhibitis separationem pronuntiet. Tali casu, utraque parte petente, causa separationis in sententiae tenore silentio premi potest. Haec tamen ipsorum supplicatio protocollo de actu excipiendi inseri debet.

§. 244.

Observanda circa ea, quae bona temporalia attinent.

Quoad postulationes et lites circa bona temporalia versantes, quae ex sententia in causa quadam matrimoniali lata oriuntur, partes ad iudicium saeculare remittendae sunt. Si ambae unanimes petant, ut ea de re a tribunali matrimoniali arbitrii modo decernatur, injungendum ipsis est, ut de transactione, qua in hanc petitionem conspiraverint, instrumentum proponant. Minorennis admoneatur, quod ad transactionis hujus valorem patris vel tutoris consensus requiratur. Ceterum in arbitrio dando leges Austriacae qua norma teneantur.

§. 245.

Quando uxor de invaliditate vel separatione actionem instituens petat, ut marito administratio bonorum suorum adimatur, aut ut ipse ad cautionem dandam pro bonis suis, quae ejus in manibus versantur, adigatur, ad saeculare iudicium remitti debet.

§. 246.

VI. Secundae nuptiae vi declarationis de conjugis morte editae contrahendae.

Quum sanctum et inviolabile sit conjugii vinculum, ad secundas nuptias nemo admitti potest, nisi de conjugis morte probationes afferat, quae omne prudens dubium penitus excludant. Ea, quae ad moralem mortis certitudinem stabiliendam tendunt, summa cum cautione pertractanda, verum haud absolute rejicienda sunt. Fieri potest, ut ex rerum adjunctis plene probatis moralis oriatur certitudo, conjugem in vivis haud amplius agere, licet desint documenta vel testium depositiones mortem subsequutam jam esse confirmantes. Quodsi absentis cujusdam conjux talia afferat, quae rarissimum hunc casum adesse valde probabile reddant, commonendus est, ut praevis civilem adeat magistratum, cui ampliora suppeditant factum explorandi media et cujus est, mortis declarationem quoad effectus civiles edere.

§. 247.

Quamprimum superius provinciae iudicium peracta communicaverit, tribunal matrimoniale praesente matrimonii defensore dijudicabit, an conjux, cujus fata igno-

§. 241.

Daß die Gatten zu Aufhebung der ehlichen Gemeinschaft sich einverstanden haben, bietet keinen gesetzlichen Grund, die Scheidung auszusprechen, dar. Doch sind alle nicht schlechthin nothwendigen Förmlichkeiten um so mehr zu vermeiden, da die gerichtlichen Verhandlungen gewöhnlich zur Folge haben, daß die Erbitterung gesteigert und die Ausföhnung erschwert wird. Ueberdies ist auf die Ehre der Betheiligten und ihrer Familien jede mit dem Zwecke vereinbare Rücksicht zu nehmen.

Zu beachtende
Rücksichten.

§. 242.

Wenn der eine Theil sich auf Thatfachen beruft, welche einen gesetzlichen Grund der Scheidung darbieten, und der andere das Vorhandenseyn derselben nicht in Abrede stellt, so muß der Pfarrer dreimal die Ausföhnung versuchen. Führen seine Bemühungen nicht zum Ziele, so ist bei dem Untersuchungs-Commissär über die Anklage und das Geständniß ein Protokoll aufzunehmen und die Sache dem Ehegerichte zur Entscheidung vorzulegen.

Behandlung der
Scheidungsklage
bei schon vorliegen-
dem Bekenntnisse.

§. 243.

Wenn der Thatbestand von dem Beklagten nicht geläugnet wird, und es um die Ehre der Betheiligten zu schonen oder sonst aus wichtigen Gründen nothwendig erscheint, daß die Verhandlung so geheim als möglich geführt werde, so können die Parteien sich unmittelbar an den Präses des Ehegerichtes wenden. Nachdem sich dieser überzeugt hat, daß ein rechtmäßiger Grund zur Scheidung vorhanden sey, soll er entweder den Pfarrer oder nach Gestalt der Umstände auch einen anderen Priester mit der dreimaligen Mahnung zur Ausföhnung beauftragen, und wenn diese ohne Erfolg bleiben, mit Beiziehung zweier Rätthe des Ehegerichtes die Scheidung aussprechen. In solchen Fällen kann auf Ansuchen beider Theile die Angabe des Grundes in dem Urtheile unterlassen werden. Dieß ihr Ansuchen ist jedoch in dem Verhandlungsprotokolle anzumerken.

Außerordentliches
Verfahren.

§. 244.

Hinsichtlich aller das Vermögen betreffenden Ansprüche und Streitigkeiten, welche aus einem in Ehesachen gefällten Spruche entstehen, sind die Parteien an das weltliche Gericht zu verweisen. Wenn beide Theile einstimmig verlangen, daß hierüber von dem Ehegerichte durch schiedsrichterlichen Ausspruch entschieden werde, so sind sie anzuweisen über den Vergleich, durch welchen sie sich zu diesem Ansuchen geeinigt haben, eine Urkunde vorzulegen. Einem Minderjährigen ist in Erinnerung zu bringen, daß er zu Giltigkeit dieses Vergleiches der Zustimmung seines Vaters oder Vormundes bedürfe. Uebrigens sind bei Fällung des Ausspruches die österreichischen Gesetze zur Richtschnur zu nehmen.

Behandlung der
Vermögensfragen.

§. 245.

Verlangt eine auf Ungiltigkeit oder Scheidung klagende Gattin, daß dem Ehemanne die Verwaltung ihres Vermögens abgenommen, oder derselbe zur Sicherstellung für ihr in seinen Händen befindliches Vermögen verhalten werde, so ist sie deßhalb an das weltliche Gericht zu verweisen.

§. 246.

Da das Band der Ehe heilig und unauflöslich ist, so darf zur Wiederverehlichung Niemand zugelassen werden, wenn er nicht über den Tod des Gatten Beweise bringt, welche jeden vernünftigen Zweifel gänzlich ausschließen. Belege, welche auf die Begründung moralischer Gewißheit abzielen, sind mit größter Vorsicht zu behandeln, doch nicht schlechthin zu verwerfen. Es kann geschehen, daß aus vollkommen bewiesenen Umständen die moralische Gewißheit entsteht, der Gatte sey nicht mehr am Leben, wiewohl es an Urkunden oder Zeugenaussagen gebricht, welche den schon erfolgten Tod bestätigen. Wenn der Gatte eines Abwesenden Angaben macht, aus welchen das Vorhandenseyn eines solchen höchst seltenen Falles sehr wahrscheinlich wird, so ist er zu ermahnen, daß er vorläufig bei der Staatsbehörde einschreite, welcher größere Mittel zu Erforschung der Thatfache zu Gebote stehen, und der es zukommt, die Todeserklärung in Betreff der bürgerlichen Wirkungen zu erlassen.

VI. Wiederver-
ehlichung in Fol-
ge der Todeser-
klärung.

§. 247.

Sobald das Oberlandesgericht die stattgefundenen Verhandlungen mitgetheilt hat, wird das Ehegericht auf dem Grunde derselben und in Beiseyn des Vertheidigers der Ehe

rantur, eo cum effectu, ut alteri parti ad novas transire nuptias liceat, mortuus censi possit. **Decisio ferenda nunquam non Episcopi iudicio subjienda est.**

§. 248.

Quoties tribunal matrimoniale certitudinis moralis, ad quam provocatur, fundamentum haud ita firmum esse iudicet, ut ligamen conjugale morte solutum esse absque haesitatione teneri possit, mortis declarationi enuntiandae assensum denegabit et rationum, quibus commovetur, momenta iudicio civili communicabit. Quodsi secunda et tertia instantia ecclesiastica oppositam sententiam amplectantur ac eisdem assensum praebentibus supremum tribunal civile mortis declarationem pronuntiet, novis contrahendis nuptiis nullum obgeratur impedimentum.

§. 249.

Quando tribunal matrimoniale censeat, nil novis ineundis nuptiis obesse, hos quidem sensus suos iudicio provinciae superiori significet, ad conjugem tamen nullam dirigat communicationem, antequam mortis declaratio relate ad effectus civiles firma consistat.

§. 250.

Si ad novas transitur nuptias, parochus tam mortis declarationem a magistratu civili editam quam decisionem tribunalis matrimonialis, respective assensum, quem superior instantia ecclesiastica praebuit, in libro nuptiali annotare debet.

§. 251.

Quodsi casus occurrat, cui in instructione hac provisum haud sit, ad juris communis normam pertractetur et decidatur oportet.

Praesentem Instructionem, quam Celsissimus et Reverendissimus Princeps Archiepiscopus Vindobonensis Joseph Othmarus Rauscher exaravit, pro singulari, qua praestat, modestia nobis exhibuit, ut privatum nostrum de ea iudicium aperiremus. Hujusmodi benignitati respondere cupientes, diligentiori quo valuimus examini opus subjecimus, et pro rei veritate declaramus, nihil in eo nos invenisse, quod vel Sacrorum Canonum praescripto, vel Apostolicarum Constitutionum ordinationibus, vel probatorum Doctorum sententiis conforme non sit. Quamobrem Opus summo labore ac sapientia elucubratum, merito futurum confidimus, ut in vastissimis Imperii Austriaci regionibus, ubi in usum fuerit inductum, sacrae aequae ac civili Reipublicae benevertat.

Romae, die quarta Maii Anni 1855.

Aloisius Tomassetti S. Theologiae, et Juris utriusque Doctor.

Hannibal Capalti S. Theologiae, et Juris utriusque Doctor.

Petrus Becks Praep. Gen^{lis} Societatis Jesu.

Laurentius Valenzi S. Th. et J. U. Dr.

Laurentius Nina J. U. Dr.

die Frage erwägen, ob man den Verschollenen mit der Wirkung, daß dem anderen Theile die Wiederverehlichung gestattet sey, für todt halten könne? Die beabsichtigte Entscheidung ist in jedem Falle der Beurtheilung des Bischofes zu unterziehen.

§. 248.

Erachtet das Ehegericht die Grundlage der moralischen Gewißheit, auf welche man sich beruft, nicht für so fest, daß man ohne Anstand voraussetzen könne, das Eheband sey durch den Tod aufgelöst, so wird es der Todeserklärung seine Zustimmung verweigern, und die es bestimmenden Gründe dem bürgerlichen Gerichte mittheilen. Wenn die zweite und dritte kirchliche Instanz dem entgegenesetzten Ermessen beipflichten und der oberste Gerichtshof mit Beistimmung derselben die Todeserklärung aussprechen sollte, so ist der Wiederverehlichung kein Hinderniß in den Weg zu legen.

§. 249.

Erachtet das Ehegericht, daß gegen die Wiederverehlichung kein Anstand obwalte, so wird es sich hierüber gegen das Oberlandesgericht äußern, doch dem Gatten nichts mittheilen, bevor die Todeserklärung hinsichtlich ihrer bürgerlichen Wirkungen in Rechtskraft getreten ist.

§. 250.

Im Falle der Wiederverehlichung hat der Pfarrer sowohl die von den Staatsbehörden ausgesprochene Todeserklärung, als auch die Entscheidung des Ehegerichtes, beziehungsweise die Beistimmung, welche die höhere kirchliche Instanz erteilt hat, im Trauungsbuche anzumerken.

§. 251.

Ergibt sich ein Fall, welcher in dieser Anweisung nicht vorgesehen ist, so muß derselbe nach Vorschrift des gemeinen Rechtes behandelt und entschieden werden.



CONSPECTUS.

Titulus primus.

De matrimonio.

	Pag.
Foederis conjugalıs natura et sanctificatio . . .	2
Sponsalia	—
Validitatis eorum conditiones	—
Mutuo consensu solvi possunt	—
Quatenus absque mutuo consensu solvantur . . .	—
Ad damnum resarciendum obligatio	—
Ad matrimonium valide contrahendum necessaria	3
Impedimenta dirimentia:	
1. Defectus aptitudinis ad consentiendum . . .	—
2. Error in persona	—
3. Error circa conditionem servilem	—
4. Impotentia ad debitum conjugale praestandum	—
5. Impubertas	—
6. Vis et metus	—
7. Raptus	—
8. Ligamen	4
9. Ordo sacer et votum solemne	—
10. Cultus inter baptizatos et non baptizatos	—
disparitas	—
11. Consanguinitas	—
12. Cognatio spiritualis	—
13. Cognatio affinitasque civilis	—
Adoptio juris Austriaci	5
14. Affinitas ex copula licita	—
15. Affinitas ex copula illicita	—
Affinitas superveniens	—
16. Justitia publicae honestatis	—
ex matrimonio rato non consummato	—
ex matrimonio invalide contracto non con-	—
summato	—
ex sponsalibus	—
17. Adulterium	—
18. Conjugicidium	—
19. Clandestinitas	—
Domicilium verum et quasi domicilium . . .	6
Competens personarum militarium parochus	—
Licentia tacite concessa et mere praesumta	—
Subdelegandi jus	7
Decisio de parochi competentia	—
Matrimonium per procuratorem contractum	—
20. Condicio	—
Impedimenta impedientia	—
1. Sponsalia	—
2. Votum simplex	—
3. Tempus sacratum	8
4. Bannus nuptialis	—
5. Disparitas cultus inter Christianum et apo-	—
statam nec non inter Christianum catho-	—
licum et non catholicum	—
6. Interdictum Ecclesiae	—
Parentum consensus	—

Uebersicht.

Erster Abschnitt.

Von der Ehe.

	Seite
Eigenthümlichkeit und höhere Weihe der ehlichen	
Gesellschaft	2
Eheverlöbniße.	—
Bedingungen der Gültigkeit	—
Einverständliche Aufhebung	—
Aufhebung ohne beiderseitige Einwilligung . . .	—
Pflicht des Schadenersatzes	—
Erfordernisse zur gültigen Eingehung der Ehe . .	3
Hindernisse der Gültigkeit:	
1. Mangel der Fähigkeit zur Einwilligung . . .	—
2. Irrthum in der Person	—
3. Irrthum in Betreff des Sklavenstandes	—
4. Unvermögen zu Leistung der ehlichen Pflicht	—
5. Unmündigkeit	—
6. Widerrechtlicher Zwang	—
7. Entführung	—
8. Bestehendes Eheband	4
9. Höhere Weihen und feierliche Ordensgelübde	—
10. Religionsverschiedenheit zwischen Getauften und	—
Ungetauften	—
11. Blutsverwandschaft	—
12. Geistliche Verwandschaft	—
13. Bürgerliche Verwandschaft	—
Annahme an Kindesstatt des österreichischen Ge-	—
setzes	5
14. Schwägerschaft aus erlaubtem Umgange . . .	—
15. Schwägerschaft aus unerlaubtem Umgange . .	—
Hinzutretende Schwägerschaft	—
16. Forderung der öffentlichen Sittlichkeit . . .	—
Aus einer gültigen, doch nicht vollzogenen Ehe	—
Aus einer ungültig geschlossenen und nicht voll-	—
zogenen Ehe	—
Aus einem Eheverlöbniße	—
17. Ehebruch	—
18. Gattenmord	—
19. Heimlichkeit	—
Eigentlicher und uneigentlicher Wohnsitz . . .	6
Zuständigkeit der Militärpersonen	—
Stillschweigende und bloß vermuthete Erlaubniß	—
Nacht zu subdelegiren	7
Entscheidung über die Zuständigkeit des Pfarrers	—
Eingehung der Ehe durch einen Bevollmächtigten	—
20. Bedingung	—
Hindernisse einer erlaubten Eheschließung	—
1. Eheverlöbniß	—
2. Einfache Gelübde	—
3. Geheiligte Zeit	8
4. Aufgebot	—
5. Religionsverschiedenheit zwischen Christen und	—
Abtrünnigen, dann zwischen katholischen und	—
nicht katholischen Christen	—
6. Verbot der Kirche	—
Zustimmung der Eltern	—

	Pag.
Prohibitiones legis Austriacae	9
Quatenus nupturientes ad copulationes admittendi	—
Documenta necessaria	—
Exteriorum matrimonia	—
Matrimonia praematura	—
Copulatio nupturientium domicilio carentium	—
Instructio religiosa	—
S. Sacramentorum susceptio	—
Libri nuptialis gestio	10
Dispensatio in impedimentis matrimonii	—
Impedimenta, in quibus dispensatio facilius concedenda	—
Quoad ceterorum dispensationem tenenda	—
Dispensatio in banno nuptiali	—
Supplices de dispensatione concedenda libelli	11
Dispensatio pro foro conscientiae	—
Matrimonii convalidatio	—
pro foro conscientiae	—
pro foro externo	—
impedimento mutatione facti sublato	12
in impedimento vis metusque, nec non erroris et consensus ficti	—
Convalidationis effectus	—

Titulus secundus.

De processu matrimoniali.

Jurisdictio in causis matrimonialibus	—
Judex competens	—
Tribunalis matrimonialis membra	—
Instantiarum ordo	13
Terminus appellationem annuntiandi et proponendi	—
I. Exceptio quoad judicis competentiam	—
II. Gravamina et investigationes super copulatione	14
Copulationis denegatio propter impedimenta dirimentia	—
Reclamatio ex titulo sponsalium	—
Investigationes in finem copulationis eorum, qui matrimonio se junctos esse falso praetendunt	—
III. Nullitatis declaratio	15
Matrimonium accusandi jus generale	—
Matrimonium accusandi jus conjugibus privative competens	—
1. propter errorem et coactionem injustam	—
2. propter conditionem non impletam	—
3. propter impotentiam	—
4. propter aetatem impuberem	—
Conjugum quoad matrimonium adcusandum juris restrictio	—
1. in impedimento raptus	—
2. in impedimento ligaminis	—
Quatenus ex officio procedendum sit	—
Defensor matrimonii et obligationes ei incumbentes	16
Quomodo nullitatis declarandae petitio apud judicem proponenda	—
Modus pertractandi denuntiationes de matrimonii impedimentis factas	—
Conjuges reconciliandi experimentum a curatore animarum instituendum	17
Quae agenda sint obmotis impedimentis §. 80. memoratis	—
Commissarii ad inquirendum deputati nominatio	—
Inquisitio praevia	—
Quod conjuges personaliter se exhibere debeant	18
Si non compareant, agenda	—

	Seite
Verbote des österreichischen Gesetzes	9
Zulassung zur Trauung	—
Erforderliche Belege	—
Ehen der Ausländer	—
Vorzeitige Ehen	—
Trauung von Eheverbern ohne Wohnsitz	—
Religionsunterricht	—
Empfang der heiligen Sacramente	—
Führung des Trauungsbuches	10
Nachsicht in Ehehindernissen	—
Hindernisse, in welchen die Nachsicht willfährig zu erteilen ist	—
Grundsätze der Nachsichtertheilung bei den übrigen Hindernissen	—
Nachsicht des Aufgebotes	—
Gesuche um Nachsichtgewährung	11
Nachsichtgewährung für den Gewissensbereich	—
Convalidation der Ehe	—
Für den Gewissensbereich	—
Für den Rechtsbereich	—
Nach thatsächlich erloschenem Hindernisse	12
Im Hindernisse der verstellten Einwilligung, wie auch des Zwanges und Irrthumes	—
Wirkungen der Convalidation	—

Zweiter Abschnitt.

Von dem Verfahren in Ehesachen.

Gerichtsbarkeit in Ehesachen	—
Zuständigkeit	—
Mitglieder des Ehegerichtes	—
Instanzenzug	13
Frist für Anmeldung und Einlegung der Berufung	—
I. Einsprache in Betreff der Zuständigkeit	—
II. Beschwerden und Erhebungen hinsichtlich der Trauung	14
Verweigerung der Trauung	—
Mit Bezug auf Hindernisse der Gültigkeit	—
Einsprache mit Berufung auf ein Eheverlöbniß	—
Erhebungen zum Zwecke der Trauung von vorgeblichen Eheleuten	—
III. Ungültigerklärung	15
Allgemeines Bestreitungsrecht	—
Ausschließliches Bestreitungsrecht der Gatten:	—
1. Wegen Irrthum und widerrechtlichem Zwange	—
2. Wegen Nichterfüllung der Bedingung	—
3. Wegen Unvermögen	—
4. Wegen Unmündigkeit	—
Beschränkung des Bestreitungsrechtes der Gatten:	—
1. Bei dem Hindernisse der Entführung	—
2. Bei dem Hindernisse des Ehebandes	—
Einschreiten von Amtswegen	—
Bestellung eines Vertheidigers der Ehe und Pflichten desselben	16
Anhängigmachung des Gesuches um Ungültigerklärung	—
Behandlung der Anzeigen über Ehehindernisse	—
Versuch der Ausgleichung durch Ermahnungen des Seelsorgers	17
Verfahren bei Anregung der im §. 80. erwähnten Hindernisse	—
Ernennung des Untersuchungs-Commissärs	—
Voruntersuchung	—
Persönliches Erscheinen der Gatten	18
Maßnahmen im Falle des Nichterscheins	—

Pag.	Seite
Quatenus conjuges ope delegati examinari possint	18
Probatio, quae requiritur	—
Conjugum confessio	—
Testes	19
Peculiares de testium credibilitate praescriptiones	—
Exceptiones, quae testibus opponi possunt	—
Quod testimonium personaliter ferendum sit	—
Testium examen per delegatum instituendum	20
Quomodo interrogationes concipiendae	—
Jusjurandum testium	—
Testium examen	—
Quatenus testimonii probandi vis competat	—
Investigatio per rei peritos	—
Probatio super genuinitate instrumentorum	21
Jusjurandum conjugum	—
Praescriptiones peculiares de matrimonio, quod propter vim metumque impugnatur	—
De raptu	—
De modo procedendi in impedimento impotentiae	—
Quaenam investigationibus terminatis agenda	22
Sententia ferenda Episcopo est subijcienda	—
De iis, quae ad sententiam definitivam requiruntur	—
Regulae de appellationibus	—
Modus procedendi in superiori instantia	23
Sententiae nullitas	—
Procedura in causa nullitatis	—
Convalidationis adducendae tentamen	—
Sententiae definitivae publicatio	—
Sententiae tenor et forma	—
Sententiae notificatio et communicatio	24
Sententiae definitivae effectus juridicus	—
Sententiae propter impotentiam latae effectus	—
Transactio et arbitrium	—
IV. Vinculi matrimonialis per professionem religiosam solutio	—
V. Separatio a thoro et mensa	25
Separatio mutuo consensu facta	—
Separatio perpetua adulterii ergo	—
Causae separationis temporalis decernendae	—
Actio de separatione a thoro et mensa	—
Reconciliationis procurandae tentamen	—
Commissariorum ad inquirendum deputatorum constitutio	26
Quomodo separationis decernendae petitio apud judicem proponenda	—
Decretum de inquisitione habenda	—
Personalis conjugum praesentia	—
Inquisitio praevia	—
Post praevia inquisitionem ordinanda	27
Processus probatorius	—
Testes	—
Inquisitio per rei peritos instituenda	—
Probatio plena per testes aut rei peritos efficienda	—
Adulterium probandi modus	—
Communicatio ad partes dirigenda	—
Finale conjugum examen	28
Rei confessio	—
Quatenus conjugum juramentum admitti possit	—
Reo non comparente agenda	—
Einvernehmung der Ehegatten durch einen Bevollmächtigten	18
Erforderliche Beweisführung	—
Geständniß der Gatten	—
Zeugen	19
Besondere Vorschriften über die Glaubwürdigkeit der Zeugen	—
Einwendungen gegen die Zeugen	—
Persönliche Abgabe des Zeugnißes	—
Einvernehmung der Zeugen durch einen Bevollmächtigten	20
Entwerfung der Fragesätze	—
Verdigung der Zeugen	—
Vornahme des Zeugenverhöres	—
Beweiskraft der Zeugnisse	—
Untersuchung durch Sachverständige	—
Beweis für die Richtigkeit der Urkunden	21
Eid der Gatten	—
Besondere Vorschriften über die Bestreitung der Ehe wegen widerrechtlichen Zwange	—
für den Fall der Entführung	—
über das Verfahren bei dem Hindernisse des Unvermögens	—
Maßnahmen nach Abschluß der Erhebungen	22
Vorlage des beabsichtigten Spruches an den Visehof	—
Bedingungen einer endgültigen Entscheidung	—
Bestimmungen über die Berufung an die höhere Instanz	—
Verfahren in der höheren Instanz	23
Nichtigkeit des Urtheiles	—
Verfahren wegen Nichtigkeit	—
Versuch der Convalidation	—
Kundmachung des Endurtheiles	—
Inhalt und Form des Urtheiles	—
Zustellung des Urtheiles	24
Mittheilung an den Statthalter	—
Rechtskraft des Endurtheiles	—
Wirkungen des Urtheiles im Falle des Unvermögens	—
Vergleich und schiedsrichterlicher Ausspruch	—
IV. Trennung der Ehe durch Ablegung der Ordensgelübde	—
V. Scheidung von Tisch und Bett	25
Einverständliche Scheidung zum Zwecke des Eintrittes in einen Orden oder in den geistlichen Stand	—
Lebenslängliche Scheidung wegen Ehebruch	—
Gründe der zeitweisen Scheidung	—
Klage auf Scheidung von Tisch und Bett	—
Versuch der Aussöhnung	—
Aufstellung von Untersuchungs-Commissären	26
Anbringung der Scheidungsklagen	—
Anordnung über die Vornahme der Untersuchung	—
Persönliches Erscheinen der Gatten	—
Voruntersuchung	—
Verfügungen in Folge der Voruntersuchung	27
Beweisverfahren	—
Zeugen	—
Untersuchung durch Sachverständige	—
Herstellung eines vollständigen Beweises durch Zeugen oder Sachverständige	—
Beweisführung im Falle des Ehebruches	—
Mittheilung an die Parteien	—
Schließliche Einvernehmung der Gatten	28
Geständniß des Beklagten	—
Zulässigkeit eines Eides der Gatten	—
Maßnahmen für den Fall des Nichterscheins	—

	Pag.
Quatenus actoris sustentationi providendum . . .	28
Quatenus sententia Episcopo subjienda . . .	—
Quaenam in sententia exponi debeant . . .	—
Appellationes in causa separationis . . .	—
Quorumnam ratio habenda . . .	29
Modus separationis causam tractandi, si rei confessio jam prostet . . .	—
Procedura extraordinaria . . .	—
Observanda circa ea, quae bona temporalia attinent	—
VI. Secundae nuptiae vi declarationis de conjugis morte editae contrahendae . . .	—

	Seite
Vorsorge für den Unterhalt des Klageführenden .	28
Vorlage der beabsichtigten Entscheidung an den Bischof . . .	—
Inhalt des Urtheiles . . .	—
Berufung in Scheidungsklagen . . .	—
Zu beachtende Rücksichten . . .	29
Behandlung der Scheidungsklage bei schon vorliegendem Bekenntnisse . . .	—
Außerordentliches Verfahren . . .	—
Behandlung der Vermögensfragen . . .	—
VI. Wiederverehlichung in Folge der Todeserklärung .	—

Quatenus actoris sustentationi providendum . . . 28
 Quatenus sententia Episcopo subjienda . . . —
 Quaenam in sententia exponi debeant . . . —
 Appellationes in causa separationis . . . —
 Quorumnam ratio habenda . . . 29
 Modus separationis causam tractandi, si rei confessio jam prostet . . . —
 Procedura extraordinaria . . . —
 Observanda circa ea, quae bona temporalia attinent —
VI. Secundae nuptiae vi declarationis de conjugis morte editae contrahendae . . . —

Vorsorge für den Unterhalt des Klageführenden . 28
 Vorlage der beabsichtigten Entscheidung an den Bischof . . . —
 Inhalt des Urtheiles . . . —
 Berufung in Scheidungsklagen . . . —
 Zu beachtende Rücksichten . . . 29
 Behandlung der Scheidungsklage bei schon vorliegendem Bekenntnisse . . . —
 Außerordentliches Verfahren . . . —
 Behandlung der Vermögensfragen . . . —
VI. Wiederverehlichung in Folge der Todeserklärung . —

Annotationes.

Ad §. 1. „Matrimonii perpetuum indissolubilemque nexum primus humani generis parens divini spiritus instinctu pronunciavit, cum dixit: Hoc nunc os ex ossibus meis et caro de carne mea, quamobrem relinquet homo patrem suum et matrem et adhaerebit uxori suae et erunt duo in carne una“.

„Gratiam vero, quae naturalem illum amorem perficeret et indissolubilem unitatem confirmaret, conjugisque sanctificaret, ipse Christus, venerabilium sacramentorum institutor atque perfectior, sua nobis passione promeruit. Quod Paulus Apostolus innuit, dicens: Viri diligite uxores vestras, sicut Christus dilexit Ecclesiam et se ipsum tradidit pro ea; mox subiungens: Sacramentum hoc magnum est; ego autem dico in Christo et in Ecclesia. Cum igitur matrimonium in lege evangelica veteribus connubiis per Christum gratia praestat, merito inter novae legis sacramenta annumerandum, sancti Patres nostri, Concilia et universalis Ecclesiae traditio semper docuerunt“. Conc. Trid. sess. XXIV. doct. de sacr. matr.

„Si quis dixerit, matrimonium non esse vere et proprie unum ex septem legis evangelicae sacramentis a Christo Domino institutum, sed ab hominibus in Ecclesia inventum, neque gratiam conferre; anathema sit“. Ibid. can. 1.

Ad §. 4. „Praeterea hi, qui de matrimonio contrahendo pure et sine omni conditione fidem dederunt, commonendi sunt et omnibus modis inducendi, ut praestitam fidem observent. Si autem se invicem admittere noluerint, ne forte deterius inde contingat, ut talem scilicet ducat, quam odio habet, videtur, quod ad instar eorum, qui societatem interpositione fidei contrahunt et postea eandem sibi remittunt, hoc possit in patientia tolerari“. Decretal. I. IV. 1, 2.

Ad §. 5. „Omissa controversia, utrum sponsalia sine parentum consensu vim habeant, eo pacto quo matrimonium de praesenti contrariis etiam ipsis parentibus firmum habetur; certissimum tamen est, ipsa illicite fieri, culpam admitti, cognitaque parentum dissensione solvi posse, licet iurjurandum intercesserit“. Bened. XIV. inst. 46.

„Secus vero si pater juste contradicat, nempe si matrimonium vergeret in dedecus familiae, tunc enim sponsalia illa non obligant, cum nemo possit obligari ad exsequendam rem injustam“. S. Alphons. Liguor. theol. moral. VI. n. 877.

Ad §. 8. „Respondemus, quod si tibi constituerit, quod L. P. per verba de futuro, E vero desponsaverit per verba de praesenti, imposita ei poenitentia competenti, quia primam fidem irritam fecit, matrimonium secundo loco contractum legitimum iudices“. Decret. IV. 1, 22. Cf. 1, 31.

Ad §. 11. „Respondemus, quod matrimonium in veritate contrahitur per legitimum viri et mulieris consensum: sed necessaria sunt quantum ad Ecclesiam verba consensum exprimentia de prae-

senti. Nam surdi et muti possunt contrahere matrimonium per consensum mutuum sine verbis et pueri ante annos legitimos per verba sola non contrahunt, cum intelliguntur minime consentire“. Decretal. IV. 1, 25.

Ad §. 12. „Si quis dixerit, Ecclesiam non potuisse constituere impedimenta matrimonium dirimentia vel in iis constituendis errasse; anathema sit!“ Conc. Trid. sess. XXIV. de matr. can. 4.

Ad §. 13. „Dilectus filius R. proposuit, quod filiam suam cuidam matrimonialiter copulavit. Quum autem eadem mulier cum ipso viro, qui continuo furore laborat, morari non possit et propter alienationem furoris legitimus non potuerit intervenire consensus, mandamus, quatenus, si rem noveris ita esse, praefatas personas cures ab invicem separare“. Decretal. IV. 1, 24.

Ad §. 17. „Quia vero nobis constare non potuit, cujus aetatis esset puella, cum eidem viro exstitit desponsata; cum dicatur, quod circiter annos XII habebat, utrumne prudentia tunc in illa suppleret aetatem: respondemus, quod, si puella nubilis non erat aetatis, cum saepe praefatus vir desponsavit eandem et aetatem in ea prudentia non supplebat, procul dubio inter eos non conjugium, sed sponsalia contracta fuerunt“. Decretal. IV. 3, 14.

„Hujus facti speciem, quam Nos animo praesentem retinemus, non abs re erit hic explanare. Dispensatio erat super aetate favore cujusdam puellae, quae sex mensibus minor erat duodennio, quod est in feminis legitimum aetatis tempus ad matrimonium ineundum. In ejus autem concessione expositum fuit, quod malitia ita supplebat aetatem, ut de jure matrimonium contrahere posset. Quapropter declaratoria haec potius dicenda erat quam dispensatio, quum facultas contrahendi matrimonium ante praescriptum aetatis tempus, quoties malitia supplet aetatem, ab ipsa legum et canonum dispositione proveniat. Quin immo Episcopi ipsi et Ordinarii locorum jure suo pronuntiare possunt super ea quaestione, quae facti est; an scilicet malitia, ut asseritur, aetatem suppleat, et consequenter matrimonii contrahendi licentiam impertiri valeat, neque necesse est Apostolicam Sedem adire, nisi pro majori actus solemnitate, et „ne de contractus matrimonii hujusmodi validitate propter minorem aetatem haesitari contingat“, ut habet formula, quae in concipiendis literis declaratoriis super minori aetate adhiberi consuevit. Siquidem canonistae docent, cumlativum jus esse inter Apostolicam Sedem et iudices ordinarios cognoscendi et pronuntiandi de hac re: an scilicet malitia suppleat aetatem; privativum vero Apostolicae Sedis jus esse concedendi dispensationem ad contrahendum matrimonium impuberi, qui per aetatem nondum conjugali copulae maturus est, sed tamen rationis usu ita pollet, ut matrimonii contrahendi vim et naturam intelligat. Etenim ad validitatem matrimonii quemadmodum rationis

usus requiritur de jure naturali et divino, ita actualis ad conjugalem copulam potentia requiritur de jure positivo canonico. Benedict. XIV. „magnae nobis“ vol. II. p. 416.

Ad §. 19. „Decernitque sancta Synodus, inter raptorem et raptam, quamdiu ipsa in potestate raptoris manserit, nullum posse consistere matrimonium. Quodsi rapta a raptoe separata, et in loco tuto et libero constituta, illum in virum habere consenserit, eam raptor in uxorem habeat; et nihilominus raptor ipse ac omnes illi consilium, auxilium et favorem praebentes, sint ipso jure excommunicati, ac perpetuo infames omnique dignitatum incapaces; et si Clerici fuerint, de proprio gradu decedant“, Conc. Trident. sess. XXIV. de matr. cap. 6.

„Die 24. Januarii 1608 habita est Congregatio Concilii domi Illustriss. D. Cardinalis Camerinen., cui interfuerunt Illustriss. Cardinales Camerinen. Montesperell, Pallavicinus, Acquaviva, Mantica, Pamphilus, Montisregalis, Maffeus, qui omnes senserunt, Concilium procedere etiam in muliere volente, dum tamen sit raptus juxta terminos juris civilis; Unus Cardinalis Montisregalis existimavit, Concilium procedere quoad nullitatem matrimonii, non autem quoad poenas, sed ceteri omnes putarunt, Concilium sibi vindicare locum, etiam quoad poenas“. De Luca ad calc. discours. V. de matrim. Cfr. Rigant. ad reg. cancell. 49. n. 84.

„Atque in hoc consistere videtur aliquorum aequivocum, quod scilicet illae genericae pollicitationes, quae simplicibus puellis per viros etiam ex causa libidinis fieri solent, de ipsas ducendo in uxores, ad id sufficiant, quoniam ita esset reddere nunquam verificabilem raptum, atque de facili eludere, inanemque reddere istam adeo prudentem et commendabilem provisionem, quae cum adeo accurato studio in generali Concilio facta fuit“. De Luca annot. ad s. C. T. discours. XXVIII. 16.

„Dictusque tractatus debet probari concludenter et necesse est, quod probationes sint luce meridiana clariores, cum agatur de re gravi“. Rigant. in regul. 49. can. n. 89.

Ad §. 20. „Hoc autem vinculo duos tantummodo copulari et conjungi, Christus Dominus aperitus docuit, cum postrema illa verba, tamquam a Deo prolata, referens dixit: Itaque jam non sunt duo, sed una caro statimque ejusdem nexus firmitatem, ab Adamo tantum ante pronuntiatam, his verbis confirmavit: Quod ergo Deus conjunxit, homo non separet“. Conc. Trident. sess. XXIV. doctr. de sacr. matr.

„Si quis dixerit, licere Christianis plures simul habere uxores, et hoc nulla lege divina esse prohibitum, anathema sit“. Ibid. can. 2.

Ad §. 21. „Si quis dixerit, matrimonium ratum, non consummatum per solemnem religionis professionem alterius conjugum non dirimi; anathema sit“. Conc. Trident. sess. XXIV. de matr. can. 6.

Ad §. 22. „Si quis dixerit, propter haeresim, aut molestam cohabitationem, aut affectatam absentiam a conjuge, dissolvi posse matrimonii vinculum, anathema sit“.

„Si quis dixerit, Ecclesiam errare, cum docuit et docet juxta Evangelicam et Apostolicam doctrinam, propter adulterium alterius conjugum matrimonii vinculum non posse dissolvi, et utrumque, vel etiam innocentem, qui causam adulterio non dedit, non posse, altero conjuge vivente, aliud matrimonium contrahere; moecharique eum, qui dimis-

sa adultera aliam duxerit; et eam, quae dimisso adultero alii nupserit, anathema sit“. Conc. Trident. sess. XXIV. de matr. can. 5, 7.

Ad §. 23. „Utrum pagani uxores accipientes in secundo vel tertio, vel ulteriori gradu sibi conjunctas, sic conjuncti debeant post conversionem suam insimul remanere, vel ab invicem separari, edoceri per scriptum Apostolicum postulasti. Super quo taliter respondemus, quod, quum sacramentum conjugii apud fideles et infideles existat, quemadmodum ostendit Apostolus dicens: „Si quis frater infidelem habet uxorem, et haec consentit habitare cum eo, non illam dimittat“, et in praemissis gradibus a paganis quoad eos matrimonium licite sit contractum, qui constitutionibus canonicis non arctantur, („quid enim ad nos“, secundum Apostolum eundem, „de his, quae foris sunt, judicare?“) in favorem praesertim Christianae religionis et fidei, a cujus perceptione per uxores, se deserere timentes, viri possunt facile revocari, fideles hujusmodi matrimonialiter copulati libere possunt et licite remanere conjuncti, quum per sacramentum baptismi non solvantur conjugia, sed crimina dimittantur“. — „Qui autem secundum ritum suum legitime repudiavit uxorem, quum tale repudium veritas in evangelio reprobaverit, nunquam ea vivente licite poterit aliam, etiam ad fidem Christi conversus, habere, nisi post conversionem ipsius illa renuat cohabitare cum ipso, aut etiamsi consentiat, non tamen absque contumelia creatoris, vel ut eum pertrahat ad mortale peccatum. In quo casu restitutionem petenti, quamvis de injusta spoliatione constaret, restitutio negaretur, quia secundum Apostolum frater aut soror non est hujusmodi subjectus servituti“. Decretal. IV. 19, 8.

„Quaeritur a Theologis, et Canonici juris eo Consultis, quando solvatur matrimonium contractum ab Hebraeo cum Hebraea, quae se convertere recusat; et quando conversus novum matrimonium cum muliere Christiana, et quando Hebraeus cum Hebraea contrahere possit: Quod ad conversum attinet, quidam volunt, praecedens matrimonium dissolvi quoad vinculum, statim ac infidelis renuit fidem Christianam amplecti, aut intra terminum seu temporis spatium praefixum in interpellatione, quae illi facta est, nullum responsum praebet. Alii vero putant, matrimonium solvi, quando conversus aliud matrimonium celebrat cum Christiana. Quae opinio in praesenti communior est inter Theologos et Canonici juris peritos et in praxi eam sequitur Congregatio Sanctae Romanae Ecclesiae Cardinalium Decretorum Concilii Tridentini Interpretum“. Benedict. XIV. „Apostolici“.

Ad §. 24. „Si quis dixerit, Clericos in sacris Ordinibus constitutos, vel Regulares, castitatem solemniter professos, posse matrimonium contrahere, contractumque validum esse, non obstante lege ecclesiastica, vel voto: et oppositum nil aliud esse, quam damnare matrimonium, posseque omnes contrahere matrimonium, qui non sentiunt se castitatis, etiamsi eam voverint, habere donum; anathema sit: cum Deus id recte petentibus non deneget, nec patiatur, nos supra id, quod possumus, tentari“. Conc. Trident. sess. XXIV. can. 9.

„Antiquae concertationi finem cupientes imponere, ac animarum periculis inde provenientibus salubriter providere, de fratrum nostrorum consilio praesenti declaramus edicto, quod, licet votum solennizatum per sacri susceptionem ordinis, quantum ad impediendum matrimonium contrahendum, ac ad dirimendum, si post contractum fuerit, secundum

statuta canonum sit efficax reputandum, ad dissolvendum tamen prius contractum, etiamsi per carnis copulam non fuerit consummatum, quum nec jure divino, nec per sacros reperiamus canones hoc statutum, invalidum est censendum“. Extrav. Joann. XXII. 6.

Ad §. 26. „Prohibitio quoque copulae conjugalís quartum consanguinitatis et affinitatis gradum de cetero non excedat, quoniam in ulterioribus gradibus jam non potest absque gravi dispendio hujusmodi prohibitio generaliter observari“. Decretal. IV. 14, 8.

„Vir, qui a stipite quarto gradu et mulier, quae ex alio latere distat quinto secundum regulam approbatam, qua dicitur: quoto gradu remotior differt a stipite et a quolibet per aliam lineam descendendum ex eodem, licite possunt matrimonialiter copulari“. Decretal. IV. 14, 9.

Ad §. 27. „Docet experientia, propter multitudinem prohibitionum multoties in casibus prohibitis ignoranter contrahi matrimonia, in quibus vel non sine magno peccato perseveratur, vel ea non sine magno scandalo dirimuntur. Volens itaque sancta Synodus huic incommodo providere, et a cognitionis spiritualis impedimento incipiens, statuit, ut unus tantum sive vir, sive mulier, juxta sacrorum canonum instituta, vel ad summum unus et una baptizatum de baptismo suscipiant; inter quos ac baptizatum ipsum et illius patrem et matrem, nec non inter baptizantem et baptizatum, baptizatique patrem ac matrem tantum spiritualis cognatio contrahatur. Parochus, antequam ad baptismum conferendum accedat, diligenter ab iis, ad quos spectabit, sciscitetur, quem vel quos elegerint, ut baptizatum de sacro fonte suscipiant; et eum vel eos tantum ad illum suscipiendum admittat, et in libro eorum nomina describat, doceatque eos, quam cognitionem contraxerint; ne ignorantia ulla excusari valeant. Quodsi alii, ultra designatos, baptizatum tetigerint, cognitionem spirituales nullo pacto contrahant, constitutionibus, in contrarium facientibus, non obstantibus. Si parochi culpa vel negligentia secus factum fuerit, arbitrio Ordinarii puniatur. Ea quoque cognatio, quae ex confirmatione contrahitur, confirmantem et confirmatum, illiusque patrem et matrem, ac tenentem non egrediatur: omnibus inter alias personas hujus spiritualis cognitionis impedimentis omnino sublatis“. Conc. Trident. sess. XXIV. de matr. cap. 2.

Ad §. 28. „Et haec adeo vera sunt; ut, quamvis per adoptionem parentum liberorumve loco sibi esse coeperint, non possint inter se matrimonio conjungi: in tantum, ut etiam dissoluta adoptione idem juris maneat. Itaque eam, quae tibi per adoptionem filia vel neptis esse coeperit, non poteris uxorem ducere, quamvis eam emancipaveris“. Instit. de nupt. I. 10.

„Adoptivus filius, si emancipetur, eam, quae patris adoptivi uxor est, ducere non potest, quia novercae locum habet. Item, si quis filium adoptaverit, uxorem ejusdem (quae nurus loco est) ne quidem post emancipationem filii ducere potest: quoniam aliquando nurus ejus fuit“. Digest. de rit. nupt. XXIII. 2, 14.

„Per adoptionem quaesita fraternitas eo usque impedit nuptias, donec manet adoptio, ideoque eam, quam pater meus adoptavit et emancipavit, potero uxorem ducere. Aequè et si me emancipato illam in potestate retinuerit, poterimus jungi matrimonio. Itaque volenti generum adoptare, suadet, ut fili-

am emancipet. Similiter suadet, ei, qui nurum velit adoptare, ut emancipet filium“. Ibidem. 2, 17.

„Si qua per adoptionem soror mihi esse coeperit, quamdiu durat adoptio, inter me et ipsam nuptiae consistere non possunt“. Decretal. IV. 12, 1.

„Ejus vero mulieris, quam pater tuus adoptavit, filiam non videris impediri uxorem ducere, quia neque naturali, neque civili jure tibi conjungitur“. Instit. de nupt. I. 10.

Ad §. 29. „Si quaestio incidat sive in tribunali ecclesiastico, sive etiam in Synodo, an in hoc vel illo casu adsit impedimentum cognitionis legalis, necessario recurrendum erit ad leges civiles atque ad earundem normam controversia decidenda. Disputant e. g. doctores, num praefata ad matrimonium obstacula a sola inducantur adrogatione, an etiam ab adoptione simplici et imperfecta. — Tam prioris quam posterioris sententiae patroni unice insistent juris civilis textibus, quos de qualibet adoptione indiscriminatim loqui, defensores primae sententiae autumant; aliis ex adverso opinantibus, eos de sola adrogatione intelligendos. De hac quaestione actum fuit in sacra congregatione concilii die 25. Septembris 1734. Nihil tamen ex decisione, quae tunc prodiit, potest concludenter ad rem evinci. — Itaque, cum indecisa adhuc remaneat controversia, si de ea in Synodo agendum foret, ex solis juris civilis sanctionibus potest definiri“. Bened. XIV. de syn. dioec. lib. IX. cap. 10. n. 5.

„Adoptivae sororis filiam possum uxorem ducere: cognata enim mea non est filia ejus: quia avunculus nemo fit per adoptionem. Et eae demum cognationes contrahuntur in adoptionibus, quae legitimae sunt, id est, quae agnatorum jus habent“. Digest. de rit. nupt. XXIII. 2, 12. Ex hoc textu clarissime patet, secundum juris Romani sanctiones adoptionem imperfectam non posse involvere matrimonii impedimentum: etenim cognatio, quae legitima sit, id est, quae agnatorum jus habeat, ab eo contrahi nequit, qui in patris adoptivi familiam non transit.

„Imperfecta est, quando fit sine rescripto principis supremi sed auctoritate inferioris magistratus nec adoptatus cum filiis transit in potestatem adoptantis. Dubitatur, an cognatio legalis oriatur etiam ex adoptione imperfecta. Affirmant Pal. Pontius Tol. etc. apud Salm. Sed probabilius dicunt S. Thom. Sanch. Salm. cum aliis oriri tantum ex adoptione perfecta“. S. Alphons. Lig. theol. mor. lib. VI. n. 1027.

Ad §. 30. „Super eo igitur, quod pater et filius cum matre et filia et duo cognati cum duabus cognatis, avunculus et nepos cum duabus sororibus contrahunt matrimonia: taliter tibi duximus respondendum, quod, licet omnes consanguinei viri sint affines uxoris et omnes consanguinei uxoris sint viri affines, inter consanguineos tamen uxoris et viri ex eorundem, scilicet viri et uxoris conjugio, nulla prorsus affinitas est contracta, propter quam inter eos matrimonium debeat impediri“. Decretal. IV. 14, 5.

Ad §. 31. „Praeterea s. Synodus, eisdem et aliis gravissimis de causis adducta, impedimentum, quod propter affinitatem ex fornicatione contractam inducitur, et matrimonium postea factum dirimit, ad eos tantum, qui in primo et secundo gradu conjunguntur, restringit: in ulterioribus vero gradibus statuit, hujusmodi affinitatem matrimonium postea contractum non dirimere“. Conc. Trid. sess. XXIV. de matr. cap. 4.

Ad §. 35. „Justitiae publicae honestatis impedimentum, ubi sponsalia quacunque ratione valida non erunt, s. Synodus prorsus tollit; ubi autem valida fuerint, primum gradum non excedant, quoniam in ulterioribus gradibus jam non potest hujusmodi prohibitio absque dispendio observari“. Conc. Trident. sess. XXIV. de matr. cap. 3.

„Sane si praefata puella ante desponsationem septimum annum compleverat, licet praedictus vir a desponsatione praedictae puellae ipso jure fuerit absolutus, quum ea in eum consentire noluerit, inhonestum tamen videtur, ut matrem ejus habeat, cujus filia fuit sibi desponsata“. Decretal. IV. 2, 5.

Ad §. 37. „Si qua mulier in mortem mariti sui cum aliis consiliata est et ipse aliquem illorum se defendendo occiderit, potest ipse post mortem uxoris, si voluerit, aliam ducere; ipsa autem insidiatrix poenitentiae absque spe conjugii stet subjecta“. Decretal. IV. 19, 1.

Ad §. 38. „Tametsi dubitandum non est, clandestina matrimonia, libero contrahentium consensu facta, rata et vera esse matrimonia, quamdiu Ecclesia ea irrita non fecit; et proinde jure damnandi sint illi, ut eos s. Synodus anathemate damnat, qui ea vera ac rata esse negant, quique falso affirmant, matrimonia a filiis familias sine consensu parentum contracta irrita esse, et parentes ea rata vel irrita facere posse: nihilominus s. Dei Ecclesia ex justissimis causis illa semper detestata est, atque prohibuit; verum, cum s. Synodus animadvertat, prohibitiones illas propter hominum inobedientiam jam non prodesse, et gravia peccata perpendat, quae ex eisdem clandestinis conjugiiis ortum habent; praesertim vero eorum, qui in statu damnationis permanent, dum priori uxore, cum qua clam contraxerant, relicta, cum alia palam contrahunt, et cum ea in perpetuo adulterio vivunt. Cui malo cum ab Ecclesia, quae de occultis non judicat, succurri non possit, nisi efficacius aliquod remedium adhibeatur; idcirco sacri Lateran. Conc. sub. Innoc. III. celebrati vestigiis inhaerendo praecipit, ut in posterum, antequam matrimonium contrahatur, ter a proprio contrahentium parrocho tribus continuis diebus festis in ecclesia inter missarum solemnias publice denuntietur, inter quos matrimonium sit contrahendum; quibus denuntiationibus factis, si nullum legitimum opponatur impedimentum, ad celebrationem matrimonii in facie Ecclesiae procedatur“.

„Qui aliter quam praesente parrocho vel alio sacerdote de ipsius parrochi, seu Ordinarii licentia et duobus vel tribus testibus matrimonium contrahere attentabunt, eos s. Synodus ad sic contrahendum omnino inhabiles reddit: et hujusmodi contractus irritos et nullos esse decernit, prout eos praesenti decreto irritos facit et annullat“.

..... „statuitque benedictionem a proprio parrocho fieri, neque a quoquam, nisi ab ipso parrocho vel ab Ordinario licentiam ad praedictam benedictionem faciendam alii sacerdoti concedi posse; quacunque consuetudine etiam immemorabili, quae potius corruptela dicenda est, vel privilegio non obstante“. Concil. Trident. sess. XXIV. de matr. cap. 1.

„Qui autem nupturi erunt, a sacerdote benedicti nubere audeant, nec aliter praesumant“. Decretal. caus. 33. qu. 1 et 2, c. 19.

Ad §. 53. „Si conditiones contra substantiam conjugii inserantur, puta, si alter dicat alteri: „contraho tecum, si generationem prolis evites“, vel: „donec inveniam aliam honore vel facultatibus dig-

norem, aut: si pro quaestu adulterandam te tradas“, matrimonialis contractus, quantumcunque sit favorabilis, caret effectu; licet aliae conditiones appositae in matrimonio, si turpes aut impossibiles fuerint, debeant propter ejus favorem pro non adjectis haberi“. Decretal. IV. 5, 7.

Ad §. 54. „Quicumque sub conditionis nomine aliquam desponsaverit et eam relinquere voluerit, dicimus quod frangatur conditio et desponsatio irrefragabiliter teneatur“. Decretal. IV. 5, 1.

„Si vero aliquis sub hujusmodi verbis juramentum alicui mulieri praestiterit: „Ego te in uxorem accipiam, si tantum mihi donaveris“, reus perjurii non habebitur, si eam nolentem sibi solvere, quod juramento sibi dari petiit, non acceperit in uxorem, nisi consensus de praesenti aut carnalis sit inter eos commixtio subsecuta“. Decretal. IV. 5, 3.

„Consultationi tuae taliter respondemus, quod cum liquido constet, quod post contracta sponsalia carnalis est inter eos copula subsecuta, pro matrimonio est praesumendum, quia videtur conditione apposita recessisse“. Decretal. IV. 5, 6.

Ad §. 59. „Ab Adventu Domini nostri Jesu Christi usque in diem Epiphaniae, et a feria quarta Cinerum usque in octavam Paschatis inclusive, antiquas solemnium nuptiarum prohibitiones diligenter ab omnibus observari, sancta Synodus praecipit, in aliis vero temporibus nuptias solemniter celebrari permittit: quas Episcopi, ut ea, qua decet modestia et honestate fiant, curabunt; sancta enim res est matrimonium et sancte tractandum“. Conc. Trident. sess. XXIV. cap. 10.

Ad §. 67. „Licet enim contra interdictum Ecclesiae ad secunda vota transire non debuerit, non est tamen conveniens, ut ob id solum sacramentum conjugii dissolvatur. Alia tamen poenitentia debet eis imponi, quia contra prohibitionem Ecclesiae hoc fecerunt“. Decretal. IV. 16, 2.

Ad §. 68. „Verebatur, ne Episcopi praedicti Juenin, aliorumque contra communem sapientiorum Galliae doctorum sensum idem scriptitantium auctoritate decepti non audeant in suis synodis declarare, matrimonia a filiis familias invitae ac inseciis parentibus contracta, etsi illicita, valida tamen esse“. Benedict. XIV. de synod. dioec. IX. 11, n. 5.

Ad §. 69. „Dicendum, quod personae illegitimae ad matrimonium dicuntur ex eo, quod sint contra legem, qua matrimonium constituitur. Matrimonium autem, in quantum est in officium naturae, statuitur jure naturae, in quantum est in officium communitatis, statuitur jure civili, in quantum est sacramentum, statuitur jure divino et ideo ex qualibet dictarum legum, naturae humanae et divinae potest persona effici ad matrimonium illegitima“. S. Thom. Aqu. comment. in IV. sentent. dist. 34. qu. 1, art. 1.

„In quantum igitur (generatio humana) ordinatur ad bonum naturae, quod est perpetuitas speciei, dirigitur in finem a natura inclinante in hunc finem et sic dicitur naturae officium. In quantum vero ordinatur ad bonum politicum, subjacet ordinationi legis civilis. In quantum igitur ordinatur ad bonum Ecclesiae, oportet, ut subiaceat regimini ecclesiastico“. S. Thom. Aqu. contr. gent. IV. c. 78.

„Dicendum, quod prohibitio legis humanae non sufficeret ad impedimentum matrimonii, nisi interveniret Ecclesiae auctoritas, quae idem etiam in-

terdicit". S. Thom. Aqu. quaest. quodlibet. V. art. 15.

Ad §. 73. „Multi sunt, qui vagantur et incertas habent sedes et improbi sunt ingenii, prima uxor relicta, aliam et plerumque plures illa vivente diversis in locis ducunt. Cui morbo cupiens sancta Synodus occurrere, omnes, ad quos spectat, paterne monet, ne hoc genus hominum vagantium ad matrimonium facile recipiant: magistratus etiam saeculares hortatur, ut eos severe coërceant. Parochis autem praecipit, ne illorum matrimonii intersint, nisi prius diligentem inquisitionem fecerint, et, re ad Ordinarium delata, ab eo licentiam id faciendi obtinuerint". Conc. Trident. sess. XXIV. de matr. cap. 7.

Ad §. 75. „Praeterea eadem s. Synodus hortatur, ut conjuges ante benedictionem sacerdotalem, in templo suscipiendam, in eadem domo non cohabitent". — Postremo s. Synodus conjuges hortatur, ut, antequam contrahant, vel saltem triduo ante matrimonii consummationem sua peccata diligenter confiteantur et ad SS. Eucharistiae Sacramentum pie accedant. Si quae provinciae aliis ultra praedictas laudabilibus consuetudinibus et caeremoniis hac in re utuntur, eas omnino retineri s. Synodus vehementer optat". Conc. Trident. sess. XXIV. de matr. cap. 1.

Ad §. 76. „Habeat parochus librum, in quo conjugum et testium nomina diemque et locum contracti matrimonii describat, quem diligenter apud se custodiat". Conc. Trident. sess. XXIV. de matr. cap. 1.

Ad §. 79. „Si quis dixerit, eos tantum consanguinitatis et affinitatis gradus, qui Levitico exprimuntur, posse impedire matrimonium contrahendum et dirimere contractum; nec posse Ecclesiam in nonnullis illorum dispensare; aut constituere, ut plures impediant et dirimant; anathema sit". Concil. Trident. sess. XXIV. de matr. can. 3.

Ad §. 81. „In contrahendis matrimoniis vel nulla omnino detur dispensatio, vel raro: idque ex causa et gratis concedatur. In secundo gradu nunquam dispensetur, nisi inter magnos Principes et ob publicam causam". Concil. Trident. sess. XXIV. de matr. cap. 5.

Ad §. 87. „In matrimonialibus dispensationibus (pro foro conscientiae indultis) illud semper subjicitur: Ita quod huiusmodi absolutio et dispensatio in foro judiciario nullatenus suffragetur". Benedict. XIV. institut. 87.

Ad §. 93. „Postquam legitimo tempore accedente, semel etiam copulae conjugali consensit, ex rati habitione sibi super hoc silentium non ambigitur indixisse". Decretal. IV. 18, 4.

„Secunda tamen sententia communis et verior docet sufficere, quod tantum fecte consentiens vel metum passus suum ponat consensum". S. Alph. de Ligu. theol. mor. lib. VI. n. 1114.

Ad §. 94. „Quum inter J. Veterem et T. mulierem divortii sententia canonice sit prolata, filii eorum non debent exinde sustinere jacturam, quum parentes eorum publice et sine contradictione Ecclesiae inter se contraxisse noscantur. Ideoque sancimus, ut filii eorum, quos ante divortium habuerunt, et qui concepti fuerant ante latam sententiam, non minus habeantur legitimi, et quod in bona paterna hereditario jure succedant et de parentum facultatibus nutriantur". Decretal. IV. 17, 2.

„Pari modo proles illegitima censeatur, siambo parentes, impedimentum scientes legitimum, prae-

ter omne interdictum, etiam in conspectu Ecclesiae contrahere praesumpserunt". Decretal. IV. 3, 3.

Ad §. 95. „Si quis dixerit, causas matrimoniales non spectare ad iudices ecclesiasticos, anathema sit!" Conc. Trid. sess. XXIV. can. 12.

Ad §. 96. „Proposuisti nobis, quod quidam subditus tuus ad petitionem cujusdam adversarii sui a te legitime citatus ad causam, quia postmodum jurisdictionis alterius esse coepit, tuum intendit iudicium declinare. Porro tuae prudentiae dubium esse non credimus, quod is in praedicta causa jus revocandi forum non habet, quasi ab altero jam praeventus". Decretal. II. 2, 19.

Ad §. 106. „Cum autem apparuerit probabilis conjectura contra copulam contrahendam, contractus interdicatur expresse, donec quid fieri debeat super eo manifestis constiterit documentis". Decretal. IV. 4, 3.

„Super illa vero quaestione, quam fecisti, an mulier non sit conjungenda viro pro eo, quod sola mater alterius eos esse consanguineos confitetur, respondemus: quod si non est firmatum matrimonium inter eos, matre asseverante, ipsos esse consanguineos, non debent conjungi, quia praesumptio est non modica, quod se linea consanguinitatis attingant. Si vero matrimonium est firmatum, non debet sine plurium juramento dissolvi". Decretal. II. 20, 22.

Ad §. 109. „Requisivit a nobis tua fraternitas, qua censura mulier compelli debeat, quae iurjurandi religione neglecta nubere renuit, cui se nupturam interposito juramento firmavit? Ad quod breviter respondemus, quod cum libera debeant esse matrimonia, monenda est potius quam cogenda, cum coactiones difficiles soleant exitus frequenter habere". Decretal. IV. t. 1. c. 17.

„Gemma mulier nobis exposuit, quod, cum T. filia ejus, cum C. contraxit matrimonium, B. de Alferio ea occasione, quod inter P. filium suum, et praedictam puellam, intra septenium constitutos, sponsalia contracta fuerunt, poenam solvendam a parte, quae contraveniret, in stipulatione appositam, ab ipsa nititur extorquere. Cum itaque libera matrimonia esse debeant, et ideo talis stipulatio propter poenae interpositionem sit merito improbanda: mandamus, quatenus, si est ita, eundem B. ut ab extorsione praedictae poenae desistat, ecclesiastica censura compellat". Decretal. IV. 1, 29.

Ad §. 115. „Significante M. de Canula nostro est Apostolatus declaratum, quod, quum N. duxisset in uxorem, S. mater ipsius nisa est matrimonium accusare, ut ab eo pecuniam extorqueret. Et licet intellectui suo prava non possint opera respondere, nihilominus vult habere pecuniam, ut accusatione desistat. Quum igitur non sit malitiis hominum indulgendum, mandamus, quatenus, si est ita, ipsam ab accusatione matrimonii repellentes, eidem super hoc silentium imponatis". Decretal. IV. 18, 5.

„Si vero post contractum matrimonium aliquis appareat accusator, quum non prodierit in publicum quando banna secundum consuetudinem in ecclesiis edebantur utrum vox suae debeat accusationis admitti, merito quaeri potest. Super quo sic duximus distinguendum, quod, si tempore denunciationis praemissae is, qui jam conjunctos impetit, extra dioecesim existeret, vel alias denunciatio non potuit ad ejus notitiam pervenire, ut puta, si nimiae infirmitatis fervore laborans sanae mentis patiebatur exsilium, vel in annis tam teneris constitutus, quod-

ad comprehensionem talium ejus aetas sufficere non valebat, seu alia causa legitima fuerit impeditus, ejus accusatio debet audiri. Alioquin, quum rationabiliter praesumatur, quod denunciationem publice factam idem existens in ipsa dioecesi minime ignoravit, tamquam suspectus est procul dubio repellendus, nisi proprio firmaverit juramento, quod postea didicerit ea, quae objecerit, et ad hoc ex malitia non procedat, quia tunc, etiamsi didicisset ab illis, qui denunciationis tempore siluerunt, claudi non debet eidem aditus accusandi, quoniam, etsi ab impetitione hujusmodi culpa de silentio tali contracta illos excluderet, iste tamen amoveri nequiret, quum culpabilis non exsistat. Decretal. IV. 18, 6.

Ad §. 116. „Insuper adjecisti, quod aliquis cum quadam innubili puella contraxit, quae, tandem aetatis metas attingens, ab illo pluries cognita contra matrimonium proclamavit, asserens, se semper ab initio dissensisse, quod per testes probat fama et conversatione praeclaros. In hoc itaque casu sentimus, quod adversus matrimonium audiri non debet, quae, ante cognitionem sui legitimum annum attingens, quum potuit, minime reclamavit. Decretal. IV. 18, 4.

„Sane illis, quae benedictione accepta mox a sponsis aufugiant ante carnis copulam subsecutam, asserentes, se nunquam in illos veraciter consensisse, sed metu illato compulsas verba protulisse consensus, licet animo dissentirent, non statim est audientia deneganda; sed de illato metu est cum diligentia inquirendum; et si talis metus inveniatur illatus, qui potuit cadere in constantem virum, erunt non immerito audiendae. Decretal. IV. 1, 28.

„Ad id, quod per tuas litteras intimasti de quadam parochiana tua, quam suus vitricus cuidam Teutonico matrimonialiter copulavit, taliter respondemus, quod, quamvis undecim annos habens ab initio invita fuisset ei tradita et renitens, tamen, quia postmodum per annum et dimidium sibi cohabitans consensisse videtur, ad ipsum est cogenda redire. Nec de cetero recipiendi sunt testes, si quos memorata mulier ad probandum, quod non consenserit in eundem, nominaverat producendos, cum mora tanti temporis hujusmodi probationem excludat. Decretal. IV. 1, 21. Puella, de qua textus citatus loquitur, cum marito invita et renitens traderetur, non nisi undecim annos habuerat, nec antequam pubertatem attingisset, consensum supplere potuerat. Quia autem per annum et dimidium, igitur per sex post pubertatem expletam menses viro cohabitaverat, eam ad matrimonium propter vim metumque accusandum admitti non posse decernimus.

Ad §. 118. „Nos igitur attendentes, quod secundum canonicas sanctiones et naturae rationem, qui frigidae naturae sunt, et impotentes, iidem minime apti ad contrahenda matrimonia reputantur, quodque praedicti eunuchi, aut spadones, quas tamquam uxores habere non possunt, easdem habere ut sorores nolunt, quia experientia docet, tam ipsos, dum se potentes ad coeundum jactitant, quam mulieres quae eis nubunt, non ut caste vivant, sed ut carnaliter invicem jungantur, prava et libidinosa intentione sub praetextu et in figura matrimonii turpes hujusmodi commixiones affectare, quae cum peccati et scandali occasionem praebeant et in animarum damnationem tendant, sunt ab Ecclesia Dei prorsus exterminandae. Et insuper considerantes, quod ex spadonum hujusmodi et eunuchorum conjugiiis nulla utilitas provenit, sed potius tentationum

illecebrae et incentiva libidinis oriuntur, eidem fraternitati tuae per praesentes committimus, et mandamus, ut conjugia per dictos et alios quoscunque eunuchos, et spadones, utroque teste carentes cum quibusvis mulieribus defectum praedictum, sive ignorantibus, sive etiam scientibus contrahi prohibeas, eosque ad matrimonia quomodocunque contrahenda inhabiles auctoritate nostra declares, et tam locorum Ordinariis, ne hujusmodi conjunctiones de caetero fieri quoquomodo permittant, interdicās, quam eos etiam, qui sic de facto matrimonium contraxerint, separari cures, et matrimonia ipsa sic de facto contracta nulla, irrita, et invalida esse decernas. Sixt. V. constit. d. d. 27. Jun. 1587.

Ad §. 119. „Mulier autem, quae, postquam annos nobiles attigit, ei, qui nondum ad annos aptos matrimoniis venerat, nupsit, quum in eum semel consenserit, amplius non poterit dissentire, nisi ipse, cui nupsit, postquam ad legitimam aetatem pervenerit, in eam suum negaverit praestare consensum. Decretal. IV. 2, 7.

Ad §. 121. „Quia praefata mulier erat inscia, quod ille aliam haberet uxorem viventem, nec dignum est, ut praedictus vir, qui scienter contra canones venerat, lucrum de suo dolo reportet, consultationi tuae taliter respondemus, quod, nisi mulier divortium petat, ad petitionem viri non sunt aliquatenus separandi. Decretal. IV. 7, 1.

Ad §. 122. „Non apparentibus accusatoribus et parentela manifesta seu publica existente, quod credibile non est, nisi essent in primo gradu vel secundo, tui officii interest, matrimonia illa adhibita gravitate dissolvere, quae illicite contracta noscuntur. Decretal. IV. 19, 3.

Ad §. 124. „Constituimus, decernimus ac jubemus, ut ab omnibus et singulis locorum Ordinariis in suis respective diocesisibus persona aliqua idonea eligatur, et si fieri potest, ex ecclesiastico coetu, juris scientia pariter et vitae probitate praedita, quae matrimoniorum defensor nominabitur, cum facultate tamen eam suspendendi vel removendi, si justa causa adfuerit et substituendi aliam aequae idoneam et iisdem qualitatibus ornata; quod etiam fieri poterit, quotiescunque persona ad matrimoniorum defensionem destinata, quum se occasio agendi obtulerit, erit legitime impedita. Benedict. XIV. const. Dei miserat. §. 5.

Ad §. 125. „Ad officium autem defensoris matrimoniorum hujusmodi, ut supra, electi spectabit, in iudicium venire, quotiescunque contigerit matrimoniales causas super validitate vel nullitate coram legitimo iudice disceptari, eumque oportebit in quolibet actu judiciali citari, adesse examini testium, voce et scriptis matrimonii validitatem tueri eaque omnia deducere, quae ad matrimonium sustinendum necessaria censebitur.

„Et demum defensoris hujusmodi persona tanquam pars necessaria ad iudicii validitatem et integritatem censeatur, semperque adsit in iudicio, sive unus ex conjugibus, qui pro nullitate matrimonii agit, sive ambo, quorum alter pro nullitate, alter vero pro validitate in iudicium veniat. Defensor autem, quum ei munus hujusmodi committetur, juramentum praestabit fideliter officium suum obeundi, et quotiescunque contigerit, ut in iudicio adesse debeat pro alicujus matrimonii validitate tuenda, rursus idem juramentum praebebit; quaecunque vero, eo non legitime citato aut intimato, in iudicio peracta fuerint, nulla, irrita, cassa declaramus ac

pro nullis, cassis ac irritis haberi volumus". *Benedict. XIV. constit. Dei miserat. §§. 6, 7.*

Ad §. 127. „A nobis est requisitum, utrum aliqui super accusatione matrimonii nihil voce propria depromentes debeant per solam chartulae conscriptionem admitti. Ad hoc respondemus, quod in talibus, nisi quantum ad praesumptionem, nullius momenti est conscriptio quoad sententiam ferendam, nisi alia legitima adminicula suffragentur". *Decretal. IV. 18, 2.*

Ad §. 131. „Consentiens fama confirmat rei, de qua quaeritur, fidem". *Decretal. caus. 4. qu. 3.*

„Rumor viciniae non est adeo iudicandus validus, nisi rationabiles et fide dignae probationes accedant". *Decretal. IV. 13, 5.*

Ad §. 143. „Statuimus praeterea, ut principales personae non per advocatos, sed per se ipsas factum proponant; nisi forte sint adeo indiscretae, ut earum defectus de iudicis licentia per alios suppleatur". *Decretal. II. 1, 14.*

Ad §. 145. „Quodsi manifestum sit, quod asseritur, aut legitimi accusatores et testes appareant, postquam juvenis cum omni diligentia fuerit requisitus, etiamsi nequiverit inveniri, testes recipere poteris et sine canonico iudicium determinare". *Decretal. IV. 18, 1.*

Ad §. 148. „Super eo, quod postulas, utrum conjugatus, qui ante contractum matrimonium uxoris suae consanguineam carnali commixtione cognovit, cum id fateatur uterque et aliqua pars viciniae hoc acclamare dicatur, sit ab uxore sua iudicio Ecclesiae separandus, tuae Fraternitati respondemus: quod propter eorum confessionem tantum vel rumorem viciniae, separari non debent, cum et quandoque nonnulli inter se contra matrimonium velint colludere et ad confessionem incestus facile prosilirent, si suo iudicio crederent per iudicium Ecclesiae concurrendum". *Decretal. IV. 13, 5.*

Ad §. 155. „Quod parentes, fratres et cognati utriusque sexus in testificatione suorum ad matrimonium coniungendum vel dirimendum admittantur, tam antiqua consuetudine quam legibus approbatur".

„Quod vero legitur: pater non recipiatur in causa filii, nec filius in causa patris in criminalibus causis et contractibus verum est: in matrimonio vero coniungendo et disjungendo ex ipsius conjugii praerogativa et quia favorabilis res est, congrue admittuntur". *Decretal. IV. 18, 3.*

„Super eo, quod a nobis tua devotio postulavit, utrum viro negante, se mulierem affidasse, ipsius mater mulieris et altera mulier possint ad testimonium recipi: consultationi tuae taliter respondemus, quod cum mater filiae incrementum et honorem videtur diligere, ubi vir superior est divitiis et nobilitate, potentia vel honore, testimonium ejus videtur suspectum et ideo non esse aliquatenus admittendum". *Decretal. II. 20, 22.*

Ad §. 165. „Provideas, ne super hoc probationem recipias, nisi tales personae appareant, de quibus veresimile non sit, quod debeant deferre, quoniam saepe contingit, quod testes corrupti facile inducantur ad falsum testimonium proferendum". *Decretal. II. 23, 10.*

„Inquisita vero diligentius veritate, si per testes circumspectos omni exceptione majores inveniatis, quod primus vir superstitem quarto gradu consanguinitatis attingit, non differas divortii sententiam promulgare". *Decretal. IV. 14, 1.*

Ad §. 166. „Caussam matrimonii, quae inter V. juvenem et G. puellam Senon. quae se virginem et monacham profitetur, noscitur agitari, mandantes, quatenus eandem puellam ponatis interim in illo monasterio, quod intravit: ut ibi secure valeat commorari, donec judiciali sententia, quid agi debeat, decernatur, recepturi postmodum, non solum probationes viri, quas inducere voluerit contra mulieres illas, quae ad investigandum signa virginittatis ex parte puellae fuerint introductae, verum etiam probationes alias hoc negotium contingentes, quas pars utralibet duxerit producendas. Et quia, ut dicit canon, saepe manus fallitur, et oculus obstetricum: volumus et mandamus, ut adhuc honestas matronas, providas ac prudentes deputare curetis, ad inquirendum, utrum dicta puella virginittatis privilegio sit munita". *Decretal. II. 19, 14.*

Ad §. 175. „Illa autem, si prior post annum aut dimidium ad Episcopum aut ejus missum proclamaverit, dicens, quod non cognovisses eam, tu autem contrarium affirmas, tibi credendum est eo, quod caput es mulieris, quia, si proclamare voluit, cur tamdiu tacuit? Cito enim et in parvo tempore scire potuit, si secum coire potuisses. Si autem statim in ipsa novitate post mensem aut duos, ad Episcopum aut ejus missum proclamaverit, dicens: volo esse mater, volo filios procreare et ideo maritum accepi, sed vir, quem accepi, frigidit naturae est, et non potest illa facere, propter quae illum accepi: si probari potest per rectum iudicium, separari poteris, et illa, si vult, nubat in Domino". *Decretal. IV. 15, 1.*

„Dicta M. proposuit, quod, quum octo annis elapsis dicto A. fuisset matrimonialiter copulata, et diu cohabitasset eidem, sed adhuc integra permanebat, eo, quod praedictus vir ejus non habebat potentiam coeundi; quare petebat, divortium celebrari. Praedictus vero A. fatebatur, quod illam nunquam cognoverat, tamen se habere potentiam cognoscendi alias asserebat. Vos vero, ne id confiterentur in fraudem, a matronis bonae opinionis fide dignis ac expertis in opere nuptiali, dictam fecistis inspicere mulierem, quae perhibuerunt testimonium, ipsam adhuc virginem permanere. Postmodum vero presbyterum, de cuius parochia vir exstitit, fecistis inquiri, utrum ipse aliquam cognovisset, nec per inquisitionem ipsam vobis constare potuit, aliquam esse carnaliter cognitam ab eodem. Muliere autem requirente divortium et dicente, quod mater esse volebat, et filios procreare, proponente vero viro, quod paratus erat stare consilio Ecclesiae, injunxistis eisdem, ut agerent poenitentiam de commissis, et sic forte placeret Deo, qui matrimonii fuit institutor et auctor, ut opus matrimonii consummarent; qui post plures terminos ad vestram reversi praesentiam, consona voce dixerunt, quod non poterant carnaliter commisceri. Quocirca mandamus quatenus, si ita est, et constiterit vobis, praefatum virum et mulierem infra praedictos annos per continuum triennium insimul habitasse, ipsis cum septima propinquorum manu firmentibus juramento, se commisceri carnaliter nequivisse, proferatis divortii sententiam inter eos". *Decretal. IV. 15, 7.*

„Requisisti, quantum tempus indulgendum sit naturaliter frigidis ad experientiam copulae nuptialis. Nos vero in praesenti consultatione sentimus, ut a tempore celebrati conjugii, si frigiditas prius probari non possit, cohabitent per triennium". *Decretal. IV. 15, 5.*

Ad §. 180. „Itaque si a iudice pro matrimo-

nii validitate judicabitur, et nullus sit, qui appellet, ipse etiam ab appellatione se absteineat; idque etiam servetur, si a iudice secundae instantiae pro validitate matrimonii fuerit iudicatum, postquam iudex primae instantiae de illius nullitate sententiam pronuntiaverat. *Constit. Dei miserat. §. 8.*

Ad §. 181. „Sin autem contra matrimonii validitatem sententia feratur, defensor inter legitima tempora appellabit adhaerens parti, quae pro validitate agebat; quum autem in iudicio nemo unus sit, qui pro matrimonii validitate negotium insistas, vel si adsit, lata contra eum sententia iudicium deseruerit, ipse ex officio ad superiorem iudicem provocabit. — „Si secunda sententia alteri conformis fuerit, hoc est, si in secunda aeque ac in prima nullum ac irritum matrimonium iudicatum fuerit, et ab ea pars vel defensor pro sua conscientia non crediderit appellandum, vel appellationem interpositam proseguendam minime censuerit, in potestate et arbitrio conjugum sit novas nuptias contrahere, dummodo alicui eorum ob aliquod impedimentum vel legitimam causam id vetitum non sit. — „Quodsi a secunda sententia super nullitate vel altera pars appellaverit, vel huiusmodi sit, ut ei salva conscientia defensor matrimonii acquiescendum non putet, vel quia sibi videtur manifeste injusta, vel invalida, vel quia fuerit lata in tertia instantia et sit revocatoria alterius praecedentis super validitate in secunda instantia emanatae, volumus, ut, firma remanente utrique conjugii prohibitionem ad alias transeundi nuptias, quas si contrahere ausi fuerint, poenis, ut praefertur, a Nobis constitutis subesse decernimus, caussa in tertia vel quarta instantia cognoscatur. *Const. Dei miserat. §. 8, 11.*

Ad §. 185. „Posteaquam vero appellationis beneficio ad alterum iudicem caussa in secunda instantia delata fuerit, omnia et singula, quaecunque coram iudice in prima instantia servanda praefinita fuerunt, etiam coram altero in secunda exacte ac diligenter custodientur, citato in quolibet iudicii actu defensore matrimonii, qui voce et scripto matrimonii validitatem strenue ac pro viribus tuebitur. *Const. Dei miserat. §. 10.*

Ad §. 196. „Potestas tamen post alteram sententiam conformem, ut supra, conjugibus facta intelligatur et locum habeat, salvo semper et firmo remanente jure seu privilegio caussarum matrimonialium, quae ob cujuscunque temporis lapsum nunquam transeunt in rem iudicatam; sed si nova res, quae non deducta vel ignorata fuerit, detegatur, resumii possint et rursus in iudicalem controversiam vocari. *Const. Dei miserat. §. 11.*

Ad §. 198. „Accepisti mulierem et per aliquod tempus habuisti, per mensem aut per tres aut per annum et nunc primum dixisti, te esse frigidae naturae, ita, ut non potuisses coire cum illa nec cum aliqua alia: si illa, quae uxor tua esse debuit, eadem affirmat, quae tu dicis et probari potest per verum iudicium, ita esse, ut dicitis, separari potestis; ea tamen ratione, ut, si post aliam acceperis, reus perjurii dijudicaris et iterum post peractam poenitentiam priora connubia reparare debebis. *Decretal. IV. 15, 1.*

Ad §. 199. „Verum quia villicum et mulierem, quam superinduxit, pendente lite prioris uxoris invicem asseris consensisse: consultationi tuae taliter

respondemus, quod, imposita viro poenitentia competenti, et infra poenitentiae tempus carnali commercio interdicto, postmodum in maritali copula poterunt remanere. *Decretal. IV. 1, 18.*

„Appellatione a prima sententia pendente, vel etiam nulla ob malitiam vel oscitantiam vel collusionem defensoris et partium interposita, si ambo vel unus ex conjugibus novas nuptias celebrare ausus fuerit, volumus ac decernimus, ut non solum serventur, quae adversus eos, qui matrimonium contra interdictum Ecclesiae contrahunt, statuta sunt, praesertim, ut invicem a cohabitatione separantur, quoadusque altera sententia super nullitate emanaverit, a qua intra decem dies non sit appellatum, vel appellatio interposita deserta deinde fuerit: sed ulterius, ut contrahens vel contrahentes matrimonium huiusmodi omnibus poenis contra polygamos a sacris canonibus et constitutionibus Apostolicis constitutis omnino subjaceant, quas in eos, quatenus opus sit, motu, scientia ac potestate simili rursus statuimus, decernimus ac renovamus. *Const. Dei miserat. §. 9.*

Ad §. 208. „Si quis dixerit, Ecclesiam errare, quum ob multas causas separationem inter conjuges quoad thorum seu quoad cohabitationem ad certum incertumve tempus fieri posse decernit: anathema sit. *Conc. Trident. sess. XXIV. de matr. can. 8.*

Ad §. 229. „Respondemus, quod ex huiusmodi violenta et certa suspicione fornicationis potest sententia divortii promulgari, ita quidem, ut vir licentiam habeat mortua illa ducendi aliam, muliere sine spe conjugii remanente. *Decretal. II. 23, 12.*

Ad §. 246. „Quaesivisti, quid agendum sit de mulieribus, quae viros suos causa captivitatis vel peregrinationis absentes ultra septennium praestolatae fuerint, nec certificari possunt de vita vel de morte ipsorum, licet super hoc sollicitudinem adhibuerint diligentem: et pro juvenili aetate seu fragilitate carnis nequeunt continere, petentes aliis matrimonio copulari. Consultatione ergo tuae taliter respondemus, quod, quantocunque annorum numero ita remaneant, viventibus viris suis non possunt ad aliorum consortium canonice convolare, nec auctoritate Ecclesiae permittas contrahere, donec certum nuntium recipiant de morte virorum. *Decretal. IV. 1, 19.*

„Interrogetur de loco et tempore, quo sunt mortui, et quomodo ipse testis sciat fuisse conjuges, et nunc esse mortuos. Et si respondeat, mortuos fuisse in aliquo Hospitali, vel vidisse sepeliri in certa Ecclesia, vel occasione militiae sepultos fuisse a militibus, non detur licentia contrahendi, nisi prius recepto testimonio authentico a rectore Hospitalis, in quo praedicti decesserunt, vel a rectore Ecclesiae, in qua humatae fuerunt eorum cadavera, vel si fieri potest a Duce illius Cohortis, in qua descriptus erat miles. Si tamen huiusmodi testimonia haberi non possunt, Sacra Congregatio non intendit excludere alias probationes, quae de jure communi possunt admitti, dummodo sint legitimae et sufficientes. *Decret. Congr. S. Off. d. d. 21. Aug. 1670 a Clemente X. approb. et 25. Dec. 1827 ad omnes Episcopos transmiss. n. 11.*

Ulterior Annotatio.

Ad §§. 18, 93, 116 et 172.

De impedimento vis et metus.

In impedimento vis et metus nunquam non de coactu agitur, qui voluntarium non excludit, sed ex sua potius natura actum involvit voluntatis de malo minori seligendo decernentis. Ad matrimonium valide ineundum non requiritur, ut contrahenti exoptata sit res; nec ideo irritum, quia una pars ita animo affecta erat, ut matrimonium non iniisset, si ad malum, quod intolerabile ipsi videretur, effugendum alia patuisset via. Ponamus casum, puellam quamdam a noverca, quae propriis liberis augendis studeat ac ad iracundiam prona sit, pessime haberi, nec auxilium ferre patrem uxoris amore devinctum. Hanc desponsaturus est vir dives, attamen aetate provectus. Durissimum ipsi, sub novercae legibus vivere, sed et durum, nubere viro, quem non amat. Dum inter duo mala dubia haereat, novercae artibus magno quodam et plane injusto praeiudicio afficitur. Ea de re expostulat; attamen nil proficit, imo mulier in furorem acta eam verberibus ultra modum contundit. Hisce permota cum sene contrahit: etenim, quamvis conjugale ejus consortium declinare vellet, novercae tamen contumeliis liberari mavult. Virginis voluntas ad consensum praestandum determinata est malo magno et injuste ipsi inflicto, nihilominus validum est foedus conjugale: nam nihil omnium, quae perpessa, ipsi ad consensum extorquendum illatum est. Ecclesiae impedimentum vis et metus statuentis haud ea est mens, ut impediatur, ne quis animum ad nuptiis consentiendum mali minoris ratione convertat, sed id solummodo cavet, ne malo gravi ad consensum extorquendum injuste vel intentato vel illato matrimoniorum libertas pessumdari possit. Itaque ut impedimenti hujus vis et natura penitus intelligatur, ad libertatis coarctationem, quam necessitas ex duobus malis unum seligendi infert, haud exclusive respiciendum, sed injuriae simul ei, cui consensus extortus est, irrogatae ratio diligenter habenda est.

His ita compositis, qua judicandorum norma teneatur oportet, quod in matrimonio ex gravi metu contracto, qui metum incussit, resilire non possit. Valida sunt, quae pro hac sententia militant, rationum momenta.

1. Eam amplecti, commendat aequitas: nam intolerabile foret, virum, qui mulierem auxilii inopem gravi et injusta vi ad matrimonio consentiendum coëgit, eam libidine expleta repellere posse, quamvis consensum postea suppleat.

2. Consentit finis legi propositus. Impedimentum vis et metus institutum est, ut matrimoniorum libertas, quantum fieri possit, salva praestetur et vis injusta ad animum expugnandum adhibita effectu quoad obligationem conscientiae imponendam careat; minime autem patrocinator ei, qui ipse in plena libertate constitutus alterius libertatem gravissima illata injuria violavit.

3. Accedit expressa legis jussio: quippe Decretal. IV. 7, 1. de viro, qui uxore vivente aliam rei insciam sibi copulaverat et prima mortua a secunda recedere nitebatur, haec statuta sunt: „Quia praefata mulier erat inscia, quod ille aliam haberet uxorem viventem, nec dignum est, ut praedictus vir, qui scienter contra canones venerat, lucrum de suo dolo reportet, consultationi tuae taliter respondemus, quod, nisi mulier divortium petat, ad petitionem viri non sunt aliquatenus separandi“. Injusta vi oppresso major quam falsis assertionibus deluso injuria irrogatur; igitur neque qui metum incussit, de suo facto lucrum reportet.

4. Apud omnes passim constat, contractus metu gravi et injusto extortos in conscientia obligare eum, qui metum intulit, si metum passus stare eodem velit.

Ei, qui metum incussit, quoad resiliendi facultatem equiparandus est, quo conscio metus incussus est, etenim injuriae inferendae consensit et fructus ejus percepit. Quid autem si eveniret, ut una pars vis alteri illatae prorsus ignara extiterit? Quum talis vere ac libere consenserit, nec ei injuria irrogetur, quando altera pars aliquantum post id idem praestet, quod eam in ipsa nuptiarum solemnitate praestitisse crediderit, videtur, quod nec hocce in casu matrimonium irritari possit, quando pars metum perpessa consensum suppleat. Objici potest, consulendum esse ei, qui consensum exprimens arbitratus sit, se cum muliere eum libere in maritum seligente contrahere, neque de matrimonio cogitavisset, quodsi compertum habuisset, eam ad ipsi nubendum gravi metu compulsam fuisse. Attamen error circa animi affectus versans non est is, qui matrimonium irritet. Praeterea juris canonici et theologiae morales doctores, paucis exceptis, omnes affirmant, quando fiete quis vel metum passus matrimonium contraxerit, sufficere, quod is ipse tantum consensum suum ponat, et hanc sententiam communem et veriore esse, S. Alphonsus (theol. moral. lib. VI. n. 1114) docet. Igitur nec casu superius allato parti, quae a metu immunis fuerit, resilire non licet, quodsi metum passus consensum suppleat.

Verum non tantum injuriam passo providendum, sed etiam cavendum, ne vinculi conjugalitatis firmitas detrimentum capiat: in quo nostris praesertim temporibus summo studio allaborandum est. Multi sunt, quibus matrimonii catholici lex in vitae dies duratura gravissimum videtur jugum neque matrimonium ita dictum civile tot nactum esset laudatores, nisi licentiae patrociniū a lege civili sperarent. Ubi recta via ad vinculi solutionem perveniri non potest, ambagines tentant. In impedimento vis et metus rei summa pendet ab actu interno, de quo plerumque in utramque partem disputari potest: unde

ad ipsum confugere solent, qui sub praetextu nullitatis matrimonii vinculum dirimere anhelant. In omnium adhuc ore est facilitas, qua non obstantibus summorum Pontificum et imprimis Benedicti XIV. constitutionibus et expostulationibus in Poloniae regno matrimoniorum fides sub nullitatis obtentu rescindi consueverit. Haud raro clandestinitatis impedimento abusi sunt; plerumque tamen ad vim metumque confugerunt. Ecclesiae quam maxime interest, ut ejusmodi scandalis aditus praeccludatur, neque desunt remedia, quae canonicis sanctionibus apprimere consentiunt.

Inconcussum stat, quod, quamdiu metus gravis et injuste incussus perduret, qui ejus ope ad consensum praestandum adactus sit, matrimonium accusare possit. Quamprimum autem in libertatem plenam vindicatus fuerit, vel judicem adeat et de injuria, quam perpressus est, conqueratur vel matrimoniali pacto consentiat. Immunda sunt eorum, qui matrimonio vero haud juncti sunt, commercia: unde quamprimum fieri possit, aut rescindantur aut in melius mutantur. Is quoque sanctionum canonicarum manifestus est sensus; quippe Decretal. IV. 1, 28. mulieribus matrimonium propter vim metumque accusaturis haec statuitur conditio, ut mox (ac libertatem recuperaverint) a maritis aufugiant. Hoc idem eruitur ex Decretal. IV. 1, 21. et glossa textum adumbratura distichon addit:

Effuge cum poteris, ne consensisse puteris;
Nam si perstiteris, illius uxor eris.

Imo IV. 18, 4. desertis verbis enuntiatur, quod adversus matrimonium audire non debet, quae legitimum annum attingens, quum potuit, minime reclamavit. Ex allatis patet, juxta canonica statuta praesumptionem esse juris et de jure, quod consensum suppleverit, quae, cum potuerit, haud reclamaverit. Nec immerito; etenim ecclesia impedimentum vis et metus instituens libertati contrahentium ita consuluit, ut omnem quoque matrimonii honestatem polluendi vel vinculum infirmandi ansam penitus semotam vellet. His ita compositis nec audiendus est, qui occasione reclamandi per longius tempus neglecta matrimonio exceptionem opponat, se nescivisse, quod vis et metus, foedus matrimoniale irritet. Ubi lex non distinguit, neque nos distinguere debemus; sed canonum expresse statuentium, mulierem, quae cum potuerit, haud reclamaverit, non amplius audiendam esse, ne unus quidem vel addit vel innuit restrictionem: „nisi matrimonium vi metuque irritari nesciverit“ imo eam excludi contextus abunde docet. Ignorantia facti, non juris excusat. Praeterea de re agitur, cujus perfecta ignorantia occurrere vix potest. Etenim quod injustam vim perpressus eo ipso injuria afficiatur, et omnis, qui injuria affectus, judicem compellere possit, pertinet ad jus, quod natura omnia animalia docuit. Licet mulier vi metuque gravi injuste oppressa haud explicite sciat, sibi matrimonium accusandi copiam esse, ignorare tamen nequit, jus ipsi competere, injuriae irrogatae remedia actione instituta quaerendi. Addendum, quod admissa hoc in capite ignorantiae juris exceptione, neque sapientissimae legis ad collusiones perversas ac pessima scandala praecavenda sufficiant; etenim nisi quis juris canonici doctor sit, eum de impedimento vis et metus recte ac plene edoctum fuisse, probari non poterit.

Ceterum non negandum, nonnullos optimae no-

tae auctores tenuisse sententiam, quod ad matrimonium propter vim metumque irritum convalidandum necesse sit, ut metum passus ipsum invalide initum esse sciat; sed eos Sanchezii permovit auctoritas. Attamen quamvis Sanchez magni acuminis et insignis doctrinae laude defraudandus haud sit et amplissimis de matrimonio tractatibus juri matrimoniali accuratius pertractando plurimum contribuerit, vicissim tamen manifestum est, virum alias egregium veram matrimonii naturam haud intellexisse: quippe lib. VII. disput. 3 disertis verbis profert: „Ceterum absque dubio dicendum est, posse principem saecularem ex genere et natura suae potestatis matrimonii impedimenta dirimentia fidelibus sibi subditis ex justa causa suis legibus indicare eo pacto, quo id Pontifex summus potest, nisi sibi hanc potestatem reservasset“. Quantum haec a veritate aberrant, nemo non videt; ipsa matrimonii natura ita est composita, ut non admittat impedimenta dirimentia potestatis civilis lege fidelibus indicta, neque si principes saeculares ex genere et natura potestatis suae eadem statuendi jure gauderent, unquam obtineretur, ut ab eis statuendis abstinerent. Porro Sanchez astruit, contractum civilem materiam sacramenti esse; quo dato quae anno 1781 de matrimonio decreta fuere, vix reprobari poterunt, nam se de matrimonio solummodo, quatenus contractus civilis sit, statuturum legislator protestatus est. Igitur mirandum non est, virum doctissimum etiam de impedimento vis et metus, quod omnium difficillimum est, uno aliove in capite acutius quam verius disputavisse.

Ut matrimonii vinculum dissoluturis vis metusque praetextus praeripiatur, perutile imo vix non necessarium est, tempus constituere, intra cujus terminos libertatem adeptus matrimonium adceus, nec eo elapso audiatur. Glossa ad Decret. caus. l. qu. 1, v. 3. „mensem“, unius mensis voluntariam cohabitationem ad matrimonii convalidationem sufficere censet. Alii ex Decretal. IV. 1, 21. deducendum esse autumant, unum annum cum dimidio requiri. Attamen hoc ipso canone accuratius ventilato statuendum potius, jure matrimonium adceus excidere, qui postquam metus, qualis ad matrimonium irritandum sufficit, cessaverit vel debitum conjugale scienter (nam posset arbitrari, se cum alia quadam persona rem habere), praestiterit, vel etiam, quin circumstantia haec probari queat, conjugale vitae consortium per sex menses pacifice continuaverit: quippe haec sunt ipsissima textus verba: „Ad id, quod per tuas litteras intimasti de quadam parochiana tua, quam suus vitricus cuidam Teutonico matrimonialiter copulavit, taliter respondemus, quod, quamvis undecim annos habens ab initio invita fuisset ei tradita et renitens, tamen, quia postmodum per annum et dimidium sibi cohabitans consensisse videtur, ad ipsum est cogenda redire. Nec de cetero recipiendi sunt testes, si quos memorata mulier ad probandum, quod non consenserit in eundem, nominaverat producendos, cum mora tanti temporis hujusmodi probationem excludat“. Decretal. IV. 1, 21. Puella, de qua canon loquitur, cum marito invita et renitens traderetur, non nisi undecim annos habuerat, nec antequam pubertatem attigisset, consensum supplere potuerat. Quia autem per annum et dimidium, igitur per sex post pubertatem expletam menses viro cohabitaverat, eam ad matrimonium propter vim metumque accusandum admitti non posse decernitur.

De Matrimoniis mixtis.

INSTRUCTIO

ad Archiepiscopos et Episcopos Austriacae Ditionis in foederatis Germaniae partibus.

Cum Romanus Pontifex, pro imposito sibi divinitus Apostolici officii munere, sacrae doctrinae ac disciplinae integritati cavere studiosissime debeat; non potest non moleste ferre graviterque improbare, quidquid in earum discrimen induci fortasse contingat. Exploratum porro satis superque est, quid Ecclesia de Matrimoniis Catholicos inter et Acatolicos perpetuo senserit. Ipsa nimirum tamquam illicitas planeque perniciosas semper habuit ejusmodi nuptias, tum ob flagitiosam in divinis rebus communionem, tum ob impendens catholico conjugii perversionis periculum, pravamque sobolis institutionem. Atque huc omnino pertinent antiquissimi Canones illas severe interdicentes, et recentiores Summorum Pontificum sanctiones, a quibus speciatim recensendis juvat abstinere, cum ea abunde sufficiant, quae in rem disseruit insignis memoriae Pontifex Benedictus XIV. in Encyclicis litteris ad Poloniae Regni Episcopos, atque in celebratissimo opere, quod de *Synodo Dioecesana* inscriptum est. Quod si aliquid de Canonum severitate remittens Apostolica Sedes mixta istiusmodi matrimonia quandoque permisit, id gravibus dumtaxat de causis, aegreque admodum fecit, et non-nisi expressa sub conditione de praemittendis opportunis cautionibus, non modo, ut conjux catholicus ab acatholico perverti non posset, quin potius ille teneri se sciret ad hunc pro viribus ab errore retrahendum; sed insuper ut proles utriusque sexus ex hisce conjugiiis procreanda in catholicae religionis sanctitate omnino educaretur. Quae certe cautiones in ipsa naturali ac divina lege fundantur, in quam procul dubio gravissime peccat, quisquis se vel futuram sobolem perversionis periculo temere committat.

Jam vero accepit non ita pridem SS^{mus}. Dominus Noster Gregorius divinâ providentiâ P. P. XVI., per istas Dioeceses Austriacae ditionis in foederatis Germaniae partibus abusum passim invaluisse, ut matrimonia catholicos inter et acatholicos, nulla licet accedente Ecclesiae dispensatione, nec praeviis necessariis cautionibus, per catholicos parochos benedictione, sacrisque ritibus honestarentur. Ac propterea facile intelligitur, quo dolore exinde affici debuerit; maxime, cum invectam ita lateque propagatam perspiceret omnimodam mixtarum nuptiarum libertatem, atque adeo magis in dies promotum funestissimum, uti vocant, *indifferentismum* in religionis negotio intra vastissimae illius ditionis fines, quae catholico nomine tantopere gloriatur. Nec sane sanctissimi, quo fungitur, muneris partes fuisset praetermissurus, si res ante innotuisset. Hanc autem Pontificii silentii causam ex eo etiam primum est conjicere, quod vel nuperis temporibus nulla prorsus ad promiscuas nuptias istic ineundas Apostolica dispensatio fuerit concessa, nisi praescriptis necessariis conditionibus, injunctisque regulis, quae ex Sanctae Sedis instituto servari consueverunt.

Inter haec tamen non parum solatii Sanctitati Suae allatum est, quod una pariter noverit, plerumque earundem Diocesium Antistites, permotos praesertim Apostolicis in rem ipsam declarationibus ad alias regiones spectantibus, pastoralis sollicitudine incubuisse, ad praxim illam, uti Ecclesiae principiis ac legibus adversantem, pro viribus tollendam. Proinde debitas rependens laudes ipsorum zelo SS^{mus}. Dominus eos hortari ac vehementius etiam excitare non desistit, ut constati studion

pergant Catholicae Ecclesiae doctrinam ac disciplinam tueri, solertissime curantes, ne pravus usus reviviscat, atque ubi adhuc superest illius germen, funditus eradicetur.

Verum non potuit Sanctitas Sua non mature respicere ad maximas difficultates et molestias, quibus memorati Antistites, subditusque iis Clerus identidem premuntur; quemadmodum liquet ex litteris, quas Archiepiscopi earum regionum ad ipsam Sanctitatem Suam miserunt, opportunum super gravissimo hoc negotio Apostolicae auctoritatis auxilium atque adjumentum implorantes. Cupiens hinc, salvis catholicae doctrinae principiis, unde nec minimum deflectere fas est, quantum pro supremi Apostolatus munere valeat, subvenire difficilibus istarum Dioecesium circumstantiis, ortasque inde Antistitum angustias minuere; eam ibidem statuit adhibendam, et praesenti Instructione significandam tolerantiae prudentiaeque rationem, qua Apostolica Sedes mala illa patienter solet dissimulare, quae vel impediri omnino nequeunt, vel, si impediantur, funestioribus etiam incommodis facilem aditum possunt patefacere.

Siquidem igitur in praedictis Dioecesibus quandoque fiat, ut, conantibus licet contra per debitas suasionem hortationesque sacris pastoribus, catholicus vir aut mulier in contrahendi mixti matrimonii citra necessarias cautiones sententia persistat et aliunde res absque gravioris mali scandalique periculo in religionis perniciem interverti plane non possit: simulque in Ecclesiae utilitatem et commune bonum vergere posse agnoscatur, si hujusmodi nuptiae, quantumvis illicitae ac vetitae, coram catholico parochus potius, quam coram ministro acatholico, ad quem Partes facile fortasse confugerent, celebrentur; tunc parochus catholicus, aliusve sacerdos, ejus vice fungens poterit iisdem nuptiis materiali tantum praesentia, excluso quovis ecclesiastico ritu, adesse, perinde, ac si partes unice ageret meri testis, ut ajunt, *qualificati*, seu *auctorisabilis*: ita scilicet ut, utriusque conjugis audito consensu, deinceps pro suo officio actum valide gestum in *matrimoniorum librum* referre queat. His tamen in circumstantiis haud impari, immo impensiori etiam conatu et studio per praenunciatos Antistites et Parochos elaborandum erit, ut a catholica parte perversionis periculum, quoad fieri possit, amoveatur, ut prolis utriusque sexus educationi in religione catholica, quo meliori liceat modo, prospiciatur, atque ut conjux catholicae fidei adhaerens serio admoneatur de obligatione, qua tenetur, curandi pro viribus acatholici conjugis conversionem, quod ad veniam patratorum criminum facilius a Deo obtinendam erit opportunissimum.

Ceterum SS^{mus}. Dominus intime dolens, quod haec tolerantiae ratio erga ditionem catholicae fidei professione insignem fuerit ineunda, Antistites ipsos per viscera Jesu Christi, cujus personam in terris gerit, tota animi contentione obtestatur, ut id demum in tam gravi negotio agere studeant, quod, implorato Spiritus Sancti lumine, istiusmodi fini revera censuerint respondere: atque illud una simul satagant, ne tali tolerantiae ratione erga homines mixta connubia illicite contracturos contingat, ut in catholico populo extenuetur memoria Canonum ea matrimonia detestantium, et constantissimae curae, qua Sancta Mater Ecclesia filios suos avertere studet ab illis in suarum animarum jacturam contrahendis. Quare eorundem Antistitum et Parochorum erit, in erudiendis sive privatim sive publice fidelibus, flagrantiori in posterum zelo doctrinam et leges ad ea connubia pertinentes commemorare, accuratamque illarum custodiam injungere. Quae quidem omnia ex spectata ipsorum religione, fide, et in B. Petri Cathedram reverentia Sanctitas Sua sibi certissime pollicetur.

Datum Romae die XXII. Maii Anno Domini MDCCCXLI.

A. Card. Lambruschini.

An den wohlehrwürdigen Curatklerus der Diözese Saibach.

Die katholische Kirche hat die Ehen katholischer Personen mit Akatholischen immer gemißbilligt, und sie nach Thunlichkeit hindan zu halten gesucht, damit nicht etwa der katholische Ehetheil zur Annahme der akatholischen Confession allmählig verleitet, oder die aus der Ehe entspringenden Kinder derselben Confession zugeführt werden, und sie hat solche Ehen durchaus nicht zugelassen, wenn nicht wenigstens die besagte Gefahr für den katholischen Ehetheil und für die Kinder beseitigt wurde.

In diesem Sinne hat der heilige Vater Gregor XVI. an alle Erzbischöfe und Bischöfe der zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Provinzen die beiliegende Instruction hinsichtlich der gemischten Ehen erlassen, und diese ist in Folge a. h. Rabinetschreibens Seiner Majestät des Kaisers Ferdinand I. vom 24. August 1841 auch mir zugekommen.

In Gemäßheit derselben gebe ich nun dem wohlehrwürdigen Curatklerus nachstehende Weisungen:

1. Wenn eine katholische Person mit einer Akatholischen die Ehe eingehen will, und sich deshalb bei dem Pfarrer, oder dessen Stellvertreter meldet, so ist es dessen Pflicht, dieselbe mit Ruhe und Gelassenheit, mit Sanftmuth und Liebe davon abzumahnern, sie auf die Gefahr, der sie sich sowohl selbst, als ihre Kinder aussetzt, aufmerksam zu machen, und ihr zugleich vorzustellen, wie schwer eine andauernde häusliche Einigkeit und Ruhe zwischen Eheleuten zu hoffen sei, die im Glauben nicht einig sind.
2. Ist der Bräutigam katholisch, und beharrt er ungeachtet dieser Abmahnung auf der Ehelichung einer akatholischen Braut, so hat der Pfarrer oder dessen Stellvertreter, da für diesen Fall schon durch die landesherrlichen Gesetze die Erziehung aller Kinder ohne Unterschied des Geschlechtes in der katholischen Religion sichergestellt ist, demselben außer einer nochmaligen Abmahnung keine weiteren Hindernisse in den Weg zu legen, sondern ihn lediglich zu ermahnen, daß er sich in seiner wahren Religion immer mehr und mehr zu stärken suche, daß er für die katholische Erziehung seiner sämtlichen Kinder bestmöglichst Sorge, daß er seiner akatholischen Ehegattin mit gutem Beispiele, besonders durch ungeheuchelte Religionsliebe vorleuchte, und sie für die wahre Religion zu gewinnen suche. Nach dieser Ermahnung kann, wenn sonst keine Ehehindernisse im Wege stehen, und der Bräutigam in der katholischen Religion vollständig unterrichtet ist, zur Vornahme der Aufgebothe und der Trauung nach dem katholischen Ritus geschritten werden, und der Trauungsakt ist auf die vorgeschriebene Weise in das Trauungsbuch einzutragen.
3. Ist hingegen der Bräutigam akatholisch, und beharrt die katholische Braut ungeachtet obiger Abmahnung auf der Ehelichung, so stelle der Pfarrer, oder dessen Stellvertreter ihr vor, daß es ihre Gewissenspflicht sei, nicht nur die Kinder weiblichen Geschlechtes, deren katholische Erziehung in diesem Falle schon durch die landesherrlichen Gesetze gesichert ist, sondern alle ihre Kinder in der katholischen Religion, die sie als wahr bekennt, und erkennt, zu erziehen, daß sie diese Pflicht schwer verletzen würde, wenn sie einwilligte, daß auch nur ein Theil derselben in einer andern Religion, die sie selbst nicht als wahr erkennt, erzogen werde, daß sie vielmehr trachten müsse, durch ein ächt religiöses Leben auch ihren Gatten für die katholische Religion zu gewinnen; ihr aber sowohl, als dem akatholischen Bräutigam mache er mit Ruhe und Gelassenheit begreiflich, daß die kirchliche Trauung nur dann statt haben kann, wenn die in der päpstlichen Instruction angegebenen Bedingnisse, besonders aber die Erziehung aller Kinder ohne Unterschied des Geschlechtes in der katholischen Religion sichergestellt sind, was durch die Ausstellung einer schriftlichen gestämpelten Urkunde (Revers) zu geschehen habe, in welcher sie vor dem Pfarrer oder dessen Stellvertreter, und vor zwei Zeugen feierlich geloben müssen, alle aus dieser Ehe entspringenden Kinder beiderlei Geschlechtes in der katholischen Religion erziehen zu lassen.

Wenn nun die Brautleute diese freiwillige Zusicherung ertheilen, und die dießfällige von ihnen und zweien Zeugen gehörig unterfertigte Urkunde ausstellen, so kann der Pfarrer oder dessen Stellvertreter, wenn sonst kein Ehehinderniß obwaltet, und die Braut in der katholischen Religion gut unterrichtet ist, zur Vornahme der Aufgebothe und der Trauung nach dem katholischen Ritus schreiten, und soll bei der Eintragung des Trauungsaktes in das pfarrliche Trauungsbuch die Bemerkung, daß obige Zusiche-

rungsurkunde ausgestellt wurde, beifügen, und nachher von der Ausstellung dieses Reverses dem Ordinarate, damit es den Seelsorger des akatholischen Bräutigams hievon in die Kenntniß setzen lassen könne, Nachricht geben; die Original-Urkunde selbst aber muß der Pfarrer der Braut in den Pfarrakten um so sorgfältiger aufbewahren, als für den Fall, daß der akatholische Gatte an diesem seinem Versprechen wortbrüchig handelte, vermög a. h. Entschliebung Sr. Majestät des Kaisers Ferdinand I. vom 9. Juni 1842 selbst die politischen Behörden angewiesen sind, über die an sie gelangte Anzeige ihn zur Erfüllung der in Absicht auf den katholischen Schul- und Religionsunterricht seiner Kinder eingegangenen Verbindlichkeit zu verhalten; daher es auch dem Pfarrer obliegen wird, darüber zu wachen, daß alle aus dieser Ehe gebornen Kinder, folglich nicht nur die Mädchen, sondern auch die Knaben, und zwar diese in Gemäßheit des ausgestellten Reverses, von welchem in der letzten Rubrik des Taufbuches Erwähnung geschehen muß, in das Taufbuch als katholisch eingetragen, und nachher in der katholischen Religion auch wirklich erzogen werden.

Wenn hingegen die Brautleute diese Zusicherungs-Urkunde nicht ausstellen wollen, und ungeachtet aller wiederholten Vorstellungen bei dem Entschlusse verharren, die Erziehung aller Kinder in der katholischen Religion nicht zuzusichern, so hat der Pfarrer oder dessen Stellvertreter ihnen mit Ruhe, aber ernstlich zu erklären, daß er eine Trauung ihrer Ehe nicht vornehmen könne, weil dieses gegen sein Gewissen wäre. Sollten sie erwidern, daß sie dessenungeachtet sich ehelichen wollen, so hat er, wenn sie alle sonstigen Urkunden beigebracht haben, wenn sonst kein Ehehinderniß im Wege steht, und wenn die Braut in der Religion gut unterrichtet ist, die Aufgebothe vorzunehmen, und ruhig abzuwarten, ob die Brautleute bei ihrem Entschlusse verharren werden. Sollten die Brautleute mit Beziehung zweier Zeugen zu ihm kommen, um vor ihm und den Zeugen ihre feierliche Erklärung der Einwilligung zur Ehe auszusprechen, und deren Eintragung in das Trauungsbuch zu fordern, so hat er in seinem Zimmer ruhig diese Erklärung der wechselseitigen Einwilligung zur Ehe ihnen in Gegenwart der Zeugen abzunehmen, und sodann, mit Beseitigung jedes kirchlichen Ritus, den Akt der auf diese Weise gültig geschlossenen Ehe mit allen vorgeschriebenen Rubriken in das Trauungsbuch einzutragen, dagegen die letzte für die Unterschrift des trauenden Priesters bestimmte Rubrik, da keine Trauung vorgenommen wird, leer zu lassen, dann auch sich selbst nicht als trauender Priester, sondern bloß als Zeuge in der Rubrik der Beistände mit diesen einzuschreiben, und in der letzten Rubrik die Anmerkung beizusetzen, daß diese Ehe nach Anordnung der päpstlichen Instruction ohne allen kirchlichen Ritus geschlossen worden sei.

In diesem Falle, wo keine Trauung vorgenommen wird, sondern nur die passive Assistenz des Pfarrers statt findet, darf keine Trauungsstolztare abgenommen werden, und es versteht sich von selbst, daß alle aus einer solchen Ehe gebornen Kinder als ehelich, dagegen nur die Knaben als akatholisch, die Mädchen aber vermög der landesherrlichen Gesetze als katholisch in das Taufbuch einzutragen sind, und daß der Pfarrer darauf zu sehen habe, daß die Mädchen nachher in der katholischen Religion auch wirklich erzogen werden. Wenn endlich über diese vor dem Pfarrer und zweien Zeugen ausgesprochene Erklärung der Einwilligung zur Ehe von den Brautleuten ein Matrikelschein gefordert wird, so ist dieser nach folgendem Formular auszustellen: „Ich Endesgefertigter bestätige, daß N. N. und N. N. nach vorhergegangener Verkündigung am (Tage) (Monat) (Jahr) in Gegenwart des N. N. Pfarrers zu N. und der beiden Zeugen N. N. und N. N. die beiderseitige feierliche Erklärung ihrer Einwilligung zur Ehe abgegeben haben.“

Wenn bei einer einzugehenden gemischten Ehe, wo der Bräutigam akatholisch ist, die Brautleute in verschiedenen Pfarren wohnen, und daher ein Verkündschein auszufertiget werden soll, so ist dieser auf die gewöhnliche Art, jedoch mit dem Beisatze auszustellen, daß die Erziehung aller Kinder in der katholischen Religion zugesichert — oder nicht zugesichert worden ist, damit der andere Pfarrer nicht im Zweifel bleibe, und sich gesetzmäßig zu benehmen wisse.

Diese Weisungen werden dem gesammten wohllehrwürdigen Curatlerus zur genauen Darnachachtung bekannt gemacht, und ich rechne hierbei eben so sehr auf die Gewissenhaftigkeit, als auch auf die Klugheit und Bescheidenheit desselben.

Aus der fürstbischöflichen Residenz zu Laibach den 10. December 1842.

Anton Aloys Wolf, m. p.

Fürstbischof.

Kaiserliches Patent

vom

8. Oktober 1856,

wirksam für den ganzen Umfang des Reiches,

womit, in Ausführung des Artikels X des Concordates, über die Eheangelegenheiten der Katholiken im Kaiserthume Oesterreich, in soweit sie dem Bereiche der bürgerlichen Gesetzgebung angehören, ein neues Gesetz erlassen, und festgesetzt wird, daß dasselbe mit dem 1. Jänner 1857 seinem vollen Inhalte nach in Wirksamkeit zu treten habe.

Wir Franz Joseph der Erste,

von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich;

König von Ungarn und Böhmen, König der Lombardei und Venedigs, von Dalmatien, Kroatien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Illirien, König von Jerusalem &c.; Erzherzog von Oesterreich; Großherzog von Toscana und Krakau; Herzog von Lothringen, von Salzburg, Steyer, Kärnten, Krain und der Bukovina; Großfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren; Herzog von Ober- und Nieder-Schlesien, von Modena, Parma, Piacenza und Guastalla, von Ansbach und Zator, von Teschen, Triaul, Ragusa und Zara; gefürsteter Graf von Habsburg und Tirol, von Kyburg, Görz und Gradiska; Fürst von Trient und Brixen; Markgraf von Ober- und Nieder-Lausitz und in Istrien; Graf von Hohenems, Feldkirch, Bregenz, Sonnenberg &c.; Herr von Triest, von Cattaro und auf der windischen Mark; Großwojwod der Wojwodschafft Serbien &c. &c.

Um die Vorschriften des bürgerlichen Rechtes über die Ehen der Katholiken mit den Anordnungen der katholischen Kirche in Einklang zu setzen, haben Wir, in Folge Unseres Patentes vom 5. November 1855 (Nr. 195 des Reichs-Gesetz-Blattes) und in Ausführung des Artikels X Unserer, mit dem heiligen Stuhle getroffenen Vereinbarung, nach Vernehmung Unserer Minister und Anhörung Unseres Reichsrathes, beschlossen, über die Eheangelegenheiten Unserer katholischen Unterthanen, in soweit sie dem Bereiche der bürgerlichen Gesetzgebung angehören, das nachstehende Gesetz (Anhang I) für den ganzen Umfang Unseres Reiches zu erlassen, und verordnen zur allgemeinen Darnachachtung, wie folgt:

Artikel I.

Mit dem 1. Jänner 1857, an welchem Tage die geistlichen Ehegerichte, da, wo sie bis jetzt nicht bestanden, ihre Wirksamkeit beginnen werden, tritt auch dieses Gesetz, seinem vollen Inhalte nach, in Wirksamkeit.

Die in einigen Theilen Unseres Reiches durch Unsere Patente vom 16. Februar und 3. Juli 1853, Nr. 30 und 129 des Reichs-Gesetz-Blattes, aufrecht erhaltenen nichtkatholischen kirchlichen Ehegerichte sind jedoch, bis weitere Bestimmungen erfolgen werden, durch die §§. 56 und 57 dieses Gesetzes nicht gehindert nach den für sie bestehenden Vorschriften und Rechtsgewohnheiten vorzugehen.

Artikel II.

Die weltlichen (Civil- und Militär-) Gerichte haben, vom Tage der beginnenden Wirksamkeit dieses Gesetzes an, die Vorschriften desselben bei den ihnen dadurch zugewiesenen Verhandlungen zur Richtschnur zu nehmen. Es sind aber hierbei die in diesem Patente rücksichtlich der vor dem 1. Jänner 1857 geschlossenen Ehen der Katholiken enthaltenen näheren Bestimmungen zu beobachten.

Artikel III.

Die Strafen und Rechtsnachtheile, durch welche die Uebertretung der in diesem Gesetze aufgestellten Eheverbote geahndet wird, haben auf Ehen, welche vor dem 1. Jänner 1857 geschlossen worden sind, keine Anwendung, sondern es ist wegen der Uebertretungen, welche bei der Eheschließung etwa begangen wurden, nach den bisherigen Gesetzen vorzugehen. Ausgenommen sind jedoch die Bestimmungen des §. 34, welcher auch für die unter der Herrschaft des bürgerlichen Eherechtes geschlossenen Ehen Geltung hat.

Artikel IV.

Ueber die Gültigkeit jener Ehen, welche unter der Herrschaft des bürgerlichen Eherechtes geschlossen, aber bereits vor der Wirksamkeit dieses Gesetzes durch den Tod getrennt worden sind, ist auch fernerhin von den weltlichen Gerichten und nach den bisherigen Gesetzen zu entscheiden, und die Rechtswirkung solcher Urtheile ist nach denselben Gesetzen zu bestimmen.

Artikel V.

Hinsichtlich der Ehen, welche von dem weltlichen Gerichte ungiltig erklärt worden sind, dauern zwar die Rechtsfolgen fort, welche nach dem bisherigen Gesetze aus einem solchen Urtheile hervorgehen; wenn aber das Hinderniß, auf dessen Grunde die Ungültigkeit ausgesprochen wurde, dem Kirchengesetze fremd ist, so darf vor Ableben des andern Theiles, unter der im §. 35 ausgedrückten Strafe, ein Katholik gar nicht, und ein nichtkatholischer Christ nur mit einer nichtkatholischen Person eine neue Ehe schließen.

Artikel VI.

Ehegatten, deren vor der Kirche gültige Ehe von dem weltlichen Gerichte für ungiltig erklärt worden ist, bedürfen zu ihrer gesetzmäßigen Wiedervereinigung keiner neuen Eheschließung. Durch die Wiedervereinigung werden die bürgerlichen Wirkungen der Ehe wieder hergestellt, jedoch leben die Ehepacte nicht wieder auf.

Damit aber die Wiedervereinigung als eine gesetzmäßige gelte, ist erforderlich, daß

- a) das kirchliche Gericht die Ehe als bestehend erkläre;
- b) daß beide Ehegatten vor dem ordentlichen Richter ihren Entschluß, sich wieder zu vereinigen, zu Protokoll erklären;
- c) daß der Grund, aus welchem auf die bürgerliche Ungültigkeit erkannt wurde, behoben sei.

Die Akten sind dem obersten Gerichtshofe von Amtswegen vorzulegen, welcher, in soferne kein Bedenken entgegensteht, das frühere Urtheil aufzuheben hat.

Erst durch diese Entscheidung wird die Wiedervereinigung als gesetzmäßig betrachtet. Die Wirkungen derselben treten jedoch vom Tage des bei Gericht erklärten Entschlusses ein. Der etwa in der Zwischenzeit erfolgte Tod der Gatten hindert das Erkenntniß des obersten Gerichtshofes und dessen Wirkungen nicht.

Artikel VII.

Auf jene Verbindungen, welche nach den in einigen Theilen des Kaiserthumes über die sogenannte Civilehe früher bestandenem Gesetzen in einer Form eingegangen wurden, welche den Bedingungen der kirchlichen Gültigkeit nicht entspricht, findet das nachstehende Gesetz keine Anwendung. Dieß hat auch für jene Ehen zu gelten, welche von Unseren katholischen Unterthanen vor der Wirksamkeit dieses Gesetzes im Auslande unter solchen Formen geschlossen wurden, welche zwar den Gesetzen des Landes, wo die Ehe zu Stande kam, nicht aber den Vorschriften der Kirche gemäß sind. Diese Ehen bleiben noch ferner unter der Gerichtsbarkeit der bürgerlichen Gerichte. Ein Urtheil des geistlichen Gerichtes, welches solche Ehen für ungiltig erklärt, ist für die bürgerlichen Rechtswirkungen nicht maßgebend.

Artikel VIII.

Wenn eine in der bezeichneten Weise (Artikel VII) verheiratete Person bei dem kirchlichen Ehegerichte die Erklärung erwirkt, daß die Verbindung, in welcher sie lebt, nach dem Kirchengesetze keine Ehe sei, und sie ihrerseits nicht daran Schuld trägt, daß die Heiligung dieser Verbindung nicht zu Stande kommt, so soll auf ihr Ansuchen vom weltlichen Gerichte die Trennung der bürgerlichen Ehe ausgesprochen werden.

Die Vermögensverhältnisse sind in diesem Falle, in soferne kein Vergleich stattfindet, nach dem §. 48 dieses Gesetzes zu regeln.

Artikel IX.

Sollte einer Ehe, welche in Uebereinstimmung mit den Vorschriften des bürgerlichen, zur Zeit der Eheschließung geltenden, Gesetzes eingegangen worden ist, ein nicht zu behebendes Hinderniß des Kirchengesetzes im Wege stehen, und dieselbe deßhalb vom geistlichen Gerichte für ungiltig erklärt werden, so hat

dieses Urtheil eine Wirkung auf die bloß bürgerlichen Rechtsansprüche erst dann zu äußern, wenn die Vollstreckung desselben von Einem der Ehegatten bei dem zuständigen weltlichen Gerichte nachgesucht wird. Ob die betreffende Ehe in Uebereinstimmung mit den Vorschriften des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches geschlossen worden sei, hat das bürgerliche Gericht zu entscheiden. In einem solchen Falle sind die bürgerlichen Rechtsverhältnisse der Gatten und ihrer allfälligen Kinder ebenfalls nach den Bestimmungen des §. 48 zu ordnen.

Artikel X.

Ist die Ehe zwischen katholischen und nichtkatholischen Christen unter der Herrschaft des bürgerlichen Ehegesetzes geschlossen worden, so steht dem nichtkatholischen Eheheile frei, wegen der von der katholischen Kirche nicht anerkannten Hindernisse des bürgerlichen Gesetzes, unter den Bedingungen, an welche dieses Gesetz sein Bestreitungsrecht knüpfte, von dem weltlichen Gerichte die Trennung der Ehe zu verlangen.

Wird die Trennung ausgesprochen, so ist der Kläger nicht gehindert, sich mit einer nichtkatholischen Person zu verehelichen, mit einer katholischen darf er aber, so lange der katholische Theil am Leben ist, unter der im §. 35 bestimmten Strafe keine Ehe eingehen.

Die Vermögensfragen zwischen den Ehegatten sind nach den Grundsätzen zu regeln, welche im §. 102 und 1265 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches für den Fall der Ungiltigerklärung aufgestellt sind.

Die in der Ehe erzeugten Kinder sind jedoch als ehelich anzusehen.

Artikel XI.

Die weltlichen Gerichte haben sich bis zum Tage, an welchem dieses Gesetz in Wirksamkeit tritt, bei den sich ergebenden Verhandlungen an die Bestimmungen Unseres Patentes vom 5. November 1855, Nr. 195 des Reichs-Gesetz-Blattes, zu halten. Alle jene Verhandlungen aber, welche sich auf die Giltigkeit der Ehe beziehen, und worüber bis zum 1. Jänner 1857 kein rechtskräftiges Urtheil erlossen ist, sind dem zuständigen geistlichen Ehegerichte zur Entscheidung abzutreten.

Artikel XII.

Wenn dasselbe eine von einem nichtkatholischen Eheheile angebrachte Nichtigkeitsklage deshalb abweist, weil das geltend gemachte Hinderniß dem Kirchengesetze fremd ist, so kommt die Vorschrift des Artikels X. in Anwendung.

Verhandlungen, bei welchen es sich um die Scheidung von Tisch und Bett handelt, werden von den weltlichen Gerichten, bei welchen dieselben vor dem bezeichneten Tage anhängig gemacht worden, nach den bisherigen Gesetzen erlediget.

Artikel XIII.

Mit dem Tage, an welchem dieses Gesetz in Wirksamkeit tritt, werden die Anordnungen, welche das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch in Beziehung auf die Ehen der Katholiken enthält, und die mit Unseren Jurisdictionsnormen vom 22. December 1851, 30. November 1852, 16. Februar 1853 und 3. Juli 1853 über die Competenz der weltlichen Gerichte in Eheangelegenheiten erlassenen Vorschriften, in soweit dieselben mit dem gegenwärtigen Gesetze in Widerspruch stehen, außer Kraft gesetzt.

Artikel XIV.

Unser Justizminister ist beauftragt, diese Bestimmungen im Einvernehmen mit Unserem Minister für Cultus und Unterricht und Unserem Armee-Ober-Commando durchzuführen.

Gegeben in Ischel, am achten Monatstage October, im Eintausend achthundert sechsundfünfzigsten, Unserer Reiche im achten Jahre.

Franz Joseph m. p.

(L. S.)

Graf **Buol-Schauenstein** m. p.

Freiherr von **Kraus** m. p.

Graf **Thun** m. p.

Freiherr von **Bamberg** m. p.

Auf allerhöchste Anordnung:

Ransonnet m. p.

Gesetz

über die Ehen der Katholiken im Kaiserthume Oesterreich.

§. 1.

Die Ehe wird von zwei Personen verschiedenen Geschlechtes durch die gesetzmäßige Erklärung ihres Willens, sich ehelich zu verbinden, eingegangen.

§. 2.

Ueber das Vorhandensein der Eheverlöbniße und deren Einfluß auf die Begründung von Ehehindernissen entscheidet das geistliche Gericht. Ob und in wiefern aus dem Eheverlöbniße eine Rechtsverbindlichkeit zum Schadenersatze entstehe, entscheidet der ordentliche Richter nach §§. 45 und 46 des a. b. G. B. und mit Rücksicht auf die Verbote des gegenwärtigen Gesetzes.

§. 3.

Es ist keinem Katholiken erlaubt, sich im Kaiserthume Oesterreich anders zu verehelichen, als mit Beobachtung aller Vorschriften, welche das Kirchengesetz über die Gültigkeit der Ehe aufstellt. Die Bestimmungen des kirchlichen Ehegesetzes sind aus der für die geistlichen Gerichte des Kaiserthums bestimmten und diesem Gesetze (in Anhang II *) beigefügten Anweisung zu entnehmen.

§. 4.

Personen, welche das vierzehnte Jahr noch nicht vollendet haben, und daher nach dem bürgerlichen Rechte noch unmündig sind, dürfen zur Eingehung einer Ehe nicht zugelassen werden.

§. 5.

Minderjährige oder auch Volljährige, welche für sich allein keine Rechtsverbindlichkeit eingehen können, dürfen ohne Einwilligung ihres ehelichen Vaters keine Ehe schließen. Ist der Vater nicht mehr am Leben, oder zur Vertretung unfähig, so wird für sie die Erklärung des ordentlichen Vertreters und die Einwilligung der Gerichtsbehörde erfordert.

§. 6.

Uneheliche Minderjährige bedürfen zur Schließung der Ehe der Erklärung ihres Vormundes und der Einwilligung der Gerichtsbehörde.

§. 7.

Wessen Einwilligung ein minderjähriger Ausländer zur Eingehung einer Ehe beizubringen habe, muß nach den Gesetzen des Landes, welchem derselbe angehört, beurtheilt werden.

§. 8.

Wird einem Minderjährigen oder Pflegebefohlenen die Einwilligung zur Ehe versagt, und halten die Ehevererber sich dadurch beschwert, so haben sie das Recht, die Hilfe des ordentlichen Richters anzusuchen.

§. 9.

Erwiesene oder offenkundige schlechte Sitten oder Grundsätze, wie auch ansteckende Krankheiten, oder den Zweck der Ehe hindernde Leibesgebrechen Desjenigen, mit welchem der Minderjährige die Ehe eingehen will, dann Mangel am nöthigen Einkommen, sind rechtmäßige Gründe, die Einwilligung zur Eheschließung zu versagen.

§. 10.

Welche zum Heere gehörige, oder sonst den Militärbehörden unterstehende Personen ohne die vorschriftmäßige Erlaubniß keine Ehe schließen dürfen, bestimmen die Militärgesetze.

*) Dieser Anhang mit 251 §§. ist schon vorne von Seite 1 bis Seite 30 abgedruckt.

§. 11.

In wiefern der Eheverber einer Heirathsbewilligung von Seite der politischen Obrigkeit oder seiner Amtsvorsteher bedarf, ist aus den politischen Verordnungen und den Amtsvorschriften zu entnehmen.

§. 12.

Einem zum Tode oder zum schweren Kerker verurtheilten Verbrecher ist vom Zeitpunkte des angefügten Urtheiles bis zu seiner allfälligen Begnadigung, oder beziehungsweise, so lange seine Strafzeit dauert, die Eingehung einer Ehe nicht gestattet.

§. 13.

Zwei Personen, deren mit einander begangener Ehebruch gerichtlich erwiesen ist, dürfen mit einander keine Ehe schließen.

§. 14.

Keine Ehe darf ohne vorangegangenes Aufgebot geschlossen werden.

§. 15.

Die Verkündigung der beabsichtigten Ehe muß an drei Sonn- oder Festtagen während des feierlichen Gottesdienstes geschehen, und wenn jedes der Brautleute in einem anderen Pfarrbezirke wohnt, in beiden Pfarrbezirken vorgenommen werden. Die Ehen zwischen katholischen und nichtkatholischen Christen müssen nicht nur in der Pfarrkirche des katholischen und des nichtkatholischen Theiles, sondern, in soweit nicht für einzelne Länder besondere Vorschriften bestehen, auch in der katholischen Pfarrkirche, inner deren Bezirk der nichtkatholische Eheverber wohnt, verkündigt werden.

§. 16.

Wenn die Verlobten oder eines von ihnen in dem Pfarrbezirke, in welchem die Ehe geschlossen werden soll, noch nicht durch sechs Wochen wohnhaft sind, so ist das Aufgebot auch an ihrem letzten Aufenthaltsorte, wo sie länger, als die eben bestimmte Zeit gewohnt haben, vorzunehmen, oder die Verlobten müssen ihren Wohnsitz an dem Orte, wo sie sich befinden, durch sechs Wochen fortsetzen, damit die Verkündigung ihrer Ehe dort hinreichend sei.

§. 17.

Wird die Ehe nicht binnen sechs Monaten nach Vornahme des Aufgebotes geschlossen, so müssen die drei Verkündigungen wiederholt werden.

§. 18.

Die Erklärung der Einwilligung muß vor dem Pfarrer eines der Brautleute, dem Stellvertreter desselben, oder einem von dem Bischöfe ermächtigten Priester und in Gegenwart von zwei Zeugen abgegeben werden.

§. 19.

Bei Ehen zwischen katholischen und nichtkatholischen Christen muß die Erklärung vor dem katholischen Seelsorger gegeben werden. Eine Ausnahme findet in jenen Theilen des Kaiserthumes Statt, für welche der heilige Stuhl die Anweisung vom 30. April 1841 erlassen hat; im Bereiche derselben hat eine Einwilligung, welche von den Eheverbern vor dem Seelsorger des nichtkatholischen Theiles und in Abwesenheit des katholischen Pfarrers gegeben wird, als gesetzmäßig zu gelten.

§. 20.

Die Erklärung der Einwilligung kann durch einen Bevollmächtigten gegeben werden; doch soll hiezu die Bewilligung der Landesstelle erwirkt, und eine besondere Vollmacht ausgestellt werden, in welcher die Person, mit der die Verehelichung beabsichtigt wird, hinreichend bestimmt ist. Wird die Vollmacht vor Schließung der Ehe widerrufen, so ist sie dadurch zwar außer Kraft gesetzt, aber der Machtgeber bleibt für den durch seinen Widerruf verursachten Schaden verantwortlich.

§. 21.

Wenn Verlobte den Tauffchein und das schriftliche Zeugniß der ordnungsmäßig vollzogenen Verkündigung oder die laut §§. 5, 6, 7, 8, 10, 11 und 20 zu ihrer Verehelichung nöthige Erlaubniß nicht

vorweisen können, wie auch, wenn was immer für ein Hinderniß erlaubter und gültiger Eheschließung rege gemacht wird, so ist es dem Seelsorger bei schwerer Strafe verboten, die Trauung vorzunehmen, bis die Verlobten sich mit den erforderlichen Zeugnissen ausgewiesen haben, und alle Anstände gehoben sind, doch kann die Beibringung des Taufscheines von der Landesstelle oder der Kreisbehörde einverständlich mit der geistlichen Behörde, aus wichtigen Gründen und unter den gehörigen Vorfichten nachgesehen werden.

§. 22.

Wer verhehelicht war, darf, bevor die erfolgte Auflösung des Ehebandes bewiesen ist, zu keiner neuen Ehe zugelassen werden. Der Beweis, daß die Ehe durch den Tod aufgelöst sei, kann durch die Todeserklärung ersetzt werden.

§. 23.

Wenn ein Gatte während der durch §. 24 des bürgerlichen Gesetzbuches bestimmten Zeit abwesend, und seine Abwesenheit von Umständen begleitet ist, welche keinen Grund übrig lassen, an dem Tode desselben zu zweifeln, so kann der zurückgelassene Theil bei dem Gerichtshofe, in dessen Bezirke er seinen Wohnsitz hat, zum Zwecke der Wiederverhehelichung die Erklärung nachsuchen, daß der Abwesende für todt zu halten sei.

§. 24.

Nach diesem Gesuche wird ein Curator zur Erforschung des Abwesenden aufgestellt, und letzterer durch ein Edict mit dem Beisatze vorgeladen, daß das Gericht, wenn er während der angesetzten Zeit nicht erscheine, oder dasselbe auf andere Art in die Kenntniß seines Lebens setze, zur Todeserklärung schreiten werde. Das Edict ist auf ein ganzes Jahr zu stellen, und in die öffentlichen Blätter des Inlandes, nach Umständen auch des Auslandes, wenigstens dreimal einzurücken.

§. 25.

Ist dieser Zeitraum fruchtlos verstrichen, so hat auf wiederholtes Ansuchen des zurückgelassenen Ehegatten das Gericht nach gepflogener Verhandlung zu erkennen, ob das Gesuch zu bewilligen sei oder nicht. Das Erkenntniß ist dem Obergerichte vorzulegen, welches die Akten dem Bischofe der Diözese, wo der Bittsteller seinen Wohnsitz hat, mittheilen wird.

Wenn sowohl die erste Instanz als das Obergericht wider die Todeserklärung entscheidet, und der Bischof sich damit einverstanden erklärt, so ist das Gesuch abzuweisen.

Gegen eine solche Entscheidung findet keine weitere Berufung statt.

§. 26.

In allen übrigen Fällen sind die Entscheidungen der ersten und zweiten Instanz sammt den Akten dem obersten Gerichtshofe vorzulegen.

§. 27.

Hat der Bischof sich für die Todeserklärung ausgesprochen, so hat der oberste Gerichtshof eine endgiltige Entscheidung zu fällen.

Ist der Ausspruch des Bischofes im Widerspruche mit den Erkenntnissen der unteren Instanzen gegen die Todeserklärung ausgefallen, so hat der oberste Gerichtshof, wenn er der Erklärung des Bischofes beitrifft, auf die Abweisung des Gesuches zu erkennen; Falls dieser Gerichtshof aber dem Bischofe nicht beistimmen könnte, hat er die Verhandlung dem Metropolitangerichte mitzutheilen.

Ist dieses Gericht mit der Meinung des Bischofes einverstanden, so soll das Gesuch um Todeserklärung vom obersten Gerichtshofe abgewiesen werden.

Im entgegengesetzten Falle ist der Gegenstand vom Metropolitangerichte der dritten kirchlichen Instanz in Ehesachen vorzulegen, deren Ausspruch dann für die Entscheidung des obersten Gerichtshofes maßgebend zu sein hat.

§. 28.

Zu einem dauerhaften Beweise der geschlossenen Ehe sind die Pfarrvorsteher verbunden, die Schließung derselben in das Trauungsbuch eigenhändig einzutragen. Es muß der Tauf- und Familienname, das Religionsbekenntniß, das Alter, die Wohnung, wie auch der Stand der Ehegatten mit der Bemerkung, ob sie schon verhehelicht waren oder nicht, der Tauf- und Familienname, das Religionsbekenntniß und der Stand ihrer Eltern und der Zeugen, ferner der Tag, an welchem die Ehe geschlossen, endlich auch der Name des Seelsorgers, vor welchem die Einwilligung erklärt worden ist, deutlich angeführt werden. Auch sind die Urkunden anzudeuten, durch welche die vorgekommenen Anstände gehoben worden sind. Sollte die Erklärung der Einwilligung vor dem Bischofe selbst oder vor einem von demselben unmittelbar ermächtigten Priester

stattfinden, so wird der Pfarrer davon in Kenntniß gesetzt werden, damit er die Schließung der Ehe in der vorgeschriebenen Weise in das Trauungsbuch eintragen könne.

§. 29.

Ermächtigt der ordentliche Seelsorger einen Priester, die Trauung an einem Orte, wo keine der verlobten Personen eingepfarrt ist, vorzunehmen, so hat er dieß ohne Aufschub in dem Trauungsbuche seiner Pfarre anzumerken, und dabei sowohl den Priester, welchen er zum Stellvertreter bestellt hat, als auch den Ort, wo die Ehe geschlossen werden soll, namhaft zu machen.

§. 30.

Der Seelsorger des Ortes, wo die Ehe eingegangen wird, muß die Verehelichung in das Trauungsbuch seiner Pfarre mit dem Beifage eintragen, von welchem Pfarrer die Ermächtigung erteilt worden ist, und hat diesem Pfarrer die Schließung der Ehe binnen acht Tagen anzuzeigen.

§. 31.

Die aus der Ehe entspringenden bürgerlichen Rechtswirkungen sind nach dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche zu beurtheilen, in soweit nicht hierüber in diesem Gesetze besondere Bestimmungen enthalten sind.

§. 32.

Schließt ein Minderjähriger eine Ehe, ohne die erforderliche Einwilligung des Vaters oder jene des Gerichtes (§§. 5, 8) erhalten zu haben, so sind beide Eltern der Verbindlichkeit enthoben, ein Heirathsgut oder eine Ausstattung zu geben, und der Vater hat das Recht, denselben zu enterben.

Das Enterbungsrecht, jedoch nur bis zur Hälfte des Pflichttheiles, steht auch der Mutter und den Großeltern zu, unter deren Vormundschaft der Minderjährige zur Zeit stand, als er ohne gerichtliche Zustimmung eine Ehe schloß, wozu sie ihre Einwilligung nicht erteilt haben.

Eine spätere Einwilligung hebt sowohl das Enterbungsrecht, als auch die geschehene Enterbung dann auf, wenn dieselbe schriftlich oder mit Beobachtung der zur Gültigkeit letztwilliger Anordnungen vorgeschriebenen Form erklärt worden ist. (§§. 719 und 772 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches).

Eine bloße Versöhnung kann noch nicht als eine Genehmigung der Ehe oder als ein Widerruf der Enterbung angesehen werden.

§. 33.

Ein Unmündiger, welcher eine Ehe geschlossen hat, soll von dem anderen Theile bis zu erreichter Mündigkeit abgesondert werden.

§. 34.

Wenn eine Verbindung, welche mit Uebertretung der im §. 13 enthaltenen Vorschrift geschlossen wird, nach dem Kirchengesetze als eine gültige Ehe angesehen werden müßte, so sind die Ehepacte ungiltig, und die Ehegatten können die, §§. 757—759 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches festgesetzten Erbrechte nicht geltend machen, Gattin und Kinder haben keinen Anspruch auf den Adel oder die sonstigen Standesrechte des Mannes; die in einer solchen Ehe erzeugten, oder durch dieselben legitimirten Kinder sind von der Erlangung desjenigen Vermögens ausgeschlossen, welches durch Familienanordnungen der ehelichen Nachkommenschaft besonders vorbehalten ist, und haben kein Recht der Intestat-Erbfolge in dem Vermögen der Verwandten ihrer Eltern, welchen Verwandten jedoch auch ihrerseits kein Recht der gesetzlichen Erbfolge in dem Vermögen solcher Kinder zusteht.

§. 35.

Die Uebertretung der in diesem Gesetze aufgestellten Eheverbote, mit Ausnahme der im §. 11 erwähnten, rücksichtlich welcher sich nach den hierüber bestehenden besonderen Vorschriften zu benehmen sein wird, ist sowohl an dem Hauptschuldigen, als an allen, welche hierzu in schuldbarer Weise mitgewirkt haben, mit denselben Strafen zu ahnden, mit welchen die Strafgesetze (§. 507 des allgemeinen Strafgesetzbuches und der §§. 780 und 781 des Militär-Strafgesetzes) die Eingehung einer gesetzwidrigen Ehe bedrohen, in sofern nicht eine, schwererer Strafe unterliegende, Handlung verübt wurde. *)

Ist die Uebertretung im Auslande begangen worden, so beginnt für den derselben schuldigen Unterthan die zur Verjährung der Uebertretung und Strafe erforderliche Zeit erst mit dem Tage seiner Rückkehr in die österreichischen Staaten zu laufen.

*) Der §. 507 des allgemeinen Strafgesetzbuches lautet: Wer sich mit Verschweigung eines ihm bekannten gesetzlichen Ehehindernisses trauen läßt, ohne vorher die ordentliche Dispensation erhalten zu haben; oder wer sich in ein fremdes Land begibt, um daselbst

§. 36.

Die Rücksicht von Ehehindernissen, welche durch das Kirchengesetz festgesetzt werden, ist bei der Kirchengewalt anzusuchen. Ob eine Convalidation der Ehe nothwendig sei, beurtheilen die kirchlichen Behörden. Eine convalidirte Ehe ist in Betreff der bürgerlichen Rechtswirkungen so zu betrachten, als wäre sie ursprünglich gültig geschlossen worden.

§. 37.

Von den in den §§. 4, 12 und 13 enthaltenen Verböten Rücksicht zu ertheilen, ist dem Landesfürsten vorbehalten. Auch können einer Ehe, welche mit Uebertretung des §. 13 eingegangen worden ist, die ihr durch das Gesetz versagten bürgerlichen Rechtswirkungen ganz oder theilweise nur durch die Gnade des Landesfürsten nachträglich zuerkannt werden.

§. 38.

Ehemännern, welche sich darüber ausweisen, daß die kirchliche Behörde ihnen das zweite und dritte Aufgebot nachgesehen habe, kann die Kreisbehörde, und in Orten, wo sich keine Kreisbehörde befindet, auch das Bezirksamt, die zweite und dritte der in diesem Gesetze vorgeschriebenen Verkündigungen erlassen.

§. 39.

Aus sehr wichtigen Gründen kann von der Landesstelle, in besonders dringenden Fällen auch von der Kreisbehörde, und wenn eine bestätigte nahe Todesgefahr keinen Verzug gestattet, auch von dem Bezirksamte, oder von der dessen Stelle vertretenden Communalbehörde das Aufgebot, in soweit dasselbe von diesem Gesetze gefordert wird, gänzlich nachgesehen werden. Doch müssen die Verlobten vor dem Pfarrer, und wo möglich in Gegenwart eines politischen Beamten eidlich betheuern, daß ihnen kein ihrer Ehe entgegenstehendes Hinderniß bekannt sei.

§. 40.

Die Rücksicht von allen drei Verkündigungen ist gegen Ablegung des erwähnten Eides auch dann zu ertheilen, wenn zwei Personen getraut werden wollen, von welchen allgemein vermuthet wird, daß sie bereits mit einander verheirathet seien.

§. 41.

Den Ehegatten ist es nicht gestattet, die eheliche Verbindung, auch wenn sie darüber einig wären, eigenmächtig aufzuheben, sie mögen nun die Ungültigkeit der Ehe behaupten, oder auch nur eine Scheidung von Tisch und Bett vornehmen wollen.

§. 42.

Ueber die Gültigkeit der Ehe von Katholiken entscheidet jenes geistliche Gericht, welches nach den Gesetzen der katholischen Kirche das zuständige ist.

§. 43.

Ueber die Gültigkeit von Ehen, welche zwischen katholischen und nichtkatholischen Christen geschlossen werden, kann, so lange ein Theil der katholischen Kirche angehört, nur das katholische Ehegericht entscheiden.

eine Ehe zu schließen, die nach den Landesgesetzen nicht stattfinden konnte, ist einer Uebertretung schuldig, und mit strengem Arreste von drei bis zu sechs Monaten, der Verführende aber stets strenger zu bestrafen.

Der Arrest soll noch verschärft werden, wenn einem Theile das Hinderniß verheimlicht, und er solchergestalt schuldlos zu einer nichtigen Ehe verleitet worden.

Die §§. 780 und 781 des Militär Strafgesetzes lauten: §. 780. Militärpersonen, welche nach der Vorschrift über die Heirathen in der Armee zu ihrer Verheirathung die Erlaubnis des zur Ertheilung derselben ermächtigten Obern einzuholen verpflichtet sind, und ohne diese Erlaubnis im In- oder Auslande eine eheliche Verbindung eingehen, werden dadurch eines Vergehens schuldig, und sollen, sofern sie zum Dienste nicht obligat sind, mit der Entlassung, die obligate Mannschaft dagegen mit strengem Arrest von einem bis zu drei Monaten (§. 30.) und Unter-Officiere zugleich mit Degradirung bestraft werden.

§. 781. Wer sich mit Verschweigung eines anderen ihm bekannten gesetzlichen Ehehindernisses trauen läßt, ohne vorher die ordentliche Dispensation erhalten zu haben; oder wer sich in ein fremdes Land begibt, um daselbst eine Ehe zu schließen, die nach den Landesgesetzen nicht statt finden konnte, ist mit strengem Arreste von drei bis zu 6 Monaten, der Verführende aber stets strenger zu bestrafen. Der Arrest soll noch verschärft, und wider Officiere oder Beamte auch auf Entlassung erkannt werden, wenn einem Theile das Hinderniß verheimlicht, und er solcher Gestalt schuldlos zu einer nichtigen Ehe verleitet worden. —

§. 44.

Wenn von zwei Gatten, welche sich als nichtkatholische Christen geehelicht haben, der Eine in die katholische Kirche eintritt, so ist der nichtkatholische Theil dadurch nicht gehindert, sein Bestreitungsrecht nach dem Ehegesetze und vor dem Ehegerichte, welchem er in Folge seines Religionsbekenntnisses untersteht, geltend zu machen, auch kann die Giltigkeit nach demselben Gesetze und durch dasselbe Gericht von Amtswegen untersucht werden. Das über die Giltigkeit der Ehe gefällte Erkenntniß ist für die Beurtheilung der bürgerlichen Rechtsverhältnisse entscheidend. Doch soll es, wenn es auf Ungiltigkeit lautet, durch Vermittlung der Landesstelle dem kirchlichen Gerichte des katholischen Ehegatten mitgetheilt werden, damit dasselbe entscheide, in wiefern der ergangene Spruch für das Gewissen dieses Ehegatten bindend sein könne.

§. 45.

Dem katholisch gewordenen Theile steht es frei, das Bestreitungsrecht, welches ihm das Kirchengesetz zusichert, vor seinem kirchlichen Gerichte geltend zu machen. Auch bleibt es diesem letzteren unbenommen, die Giltigkeit der Ehe von Amtswegen zu untersuchen. Lautet das Endurtheil auf Ungiltigkeit, so ist dasselbe durch Vermittlung der Landesstelle dem Ehegerichte des nichtkatholischen Gatten zu entsprechender Verhandlung mitzutheilen.

§. 46.

Wenn das Gericht des nichtkatholischen Theiles auf Giltigkeit erkennt, so steht es diesem Theile frei, die Trennung des Ehebandes zu verlangen. Das von dem katholischen Ehegerichte gefällte Urtheil der Ungiltigkeit ist als ein gesetzlicher Grund der Trennung anzusehen, und die Verhandlung ohne Aufstellung eines Verteidigers der Ehe zu führen. Wenn das Ansuchen um Trennung nicht gestellt wird, so kann der katholische Theil bei dem ordentlichen Richter um das Erkenntniß ansuchen, daß die bürgerlichen, auf seine Verehelichung gegründeten Rechtsverhältnisse so zu regeln seien, als habe eine Trennung des Ehebandes stattgefunden. Bevor die Trennung ausgesprochen oder das letzterwähnte Erkenntniß erfolgt ist, darf keiner von beiden Theilen eine neue Ehe eingehen.

§. 47.

Vom Tage des Spruches (§. 46) angefangen, ist die Ehe rücksichtlich ihrer bürgerlichen Wirkungen als getrennt anzusehen. Dem ordentlichen Richter liegt ob, bei sich ergebenden Streitigkeiten nach den Vorschriften der §§. 117 und 142 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches vorzugehen.

Kommt zwischen den Ehegatten, in Beziehung auf ihre Vermögensverhältnisse kein Vergleich zu Stande, so wird das Vermögen, worüber eine Gütergemeinschaft bestanden hat, wie bei erfolgtem Tode getheilt, und die Ehepacte werden der Regel nach als erloschen angesehen.

Eine Ausnahme von dieser Regel hat jedoch zu Gunsten des nichtkatholischen Theiles Statt, wenn demselben keine Handlung zur Last fällt, welche den katholischen Gatten, wofern er bei seinem früheren nichtkatholischen Religionsbekenntnisse verblieben wäre, zu einer Klage auf Trennung oder Scheidung von Tisch und Bett berechtigt hätte, und zwar in soweit, daß diesem nichtkatholischen Eheheile die auf den Fall des Ueberlebens in den Ehepacten oder in dem Erbvertrage zugesicherten Rechte, so lange er während der Lebenszeit des anderen Theiles sich nicht verehelicht, vorbehalten bleiben.

Ueberdies soll der ordentliche Richter, wenn das dem nichtkatholischen Theile nach der Trennung verbleibende Vermögen zum anständigen Unterhalte nicht ausreicht, einen von dem anderen Theile zu entrichtenden Betrag mit Rücksicht auf das Vermögen des Letzteren, ausmessen. Diese Verpflichtung hört aber mit dem Entfallen des Bedürfnisses oder mit der Wiedervereheichung des nichtkatholischen Theiles auf.

§. 48.

Wenn zwei Personen, welche sich als nichtkatholische Christen geehelicht haben, in die katholische Kirche eintreten, so entscheidet, in sofern sich über die Giltigkeit oder Ungiltigkeit der Ehe eine Frage ergibt, das katholische Ehegericht. Wofern aber das angeregte Hinderniß dem Gesetze, unter welchem die Ehe geschlossen wurde, unbekannt ist, so soll ein auf Ungiltigkeit lautender Spruch in Betreff seiner Rückwirkungen auf die bürgerlichen Rechtsverhältnisse der Kinder so behandelt werden, als hätte eine Trennung der Ehe stattgefunden, und dem Theile, welchem der anständige Unterhalt mangelt, hat der andere, wenn seine Vermögensverhältnisse es gestatten, einen jährlichen Betrag zu entrichten, welcher durch einen Vergleich, oder wofern ein solcher nicht zu Stande kommt, durch den ordentlichen Richter zu bestimmen ist. Die Verbindlichkeit zu dieser Leistung hört auf, wenn der Eheheil, welchem sie gebührt, derselben zu seinem anständigen Unterhalte nicht mehr bedarf oder sich wieder verehelicht.

§. 49.

Jedes Urtheil über die Giltigkeit einer Ehe wird von dem Bischöfe, durch dessen Ehegericht es

gefällt worden ist, dem politischen Landesschof mitgetheilt werden. Diesem liegt es ob, nach Umständen die erforderlichen Einleitungen zu treffen.

§. 50.

Die aus einer ungiltigen, nach Kundmachung dieses Gesetzes geschlossenen, oder zwar früher geschlossen, jedoch über diesen Zeitpunkt hinaus fortgesetzten Ehe erzeugten Kinder sind, auf was immer für Gründen die Ungiltigkeit der Ehe beruhen möge, als eheliche anzusehen, wosern wenigstens Einem der Eltern die schuldblose Unwissenheit des Ehehindernisses zu Statten kommt. In wie weit solche Kinder von der Erlangung jenes Vermögens ausgeschlossen seien, welches durch Familienanordnungen der ehelichen Abstammung besonders vorbehalten ist, muß nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen beurtheilt werden.

§. 51.

Das von dem zuständigen kirchlichen Gerichte über die Giltigkeit der Ehe gefällte Endurtheil ist hinsichtlich derselben für die bürgerlichen Rechtswirkungen maßgebend.

Ist aber die Ehe wegen eines jener Hindernisse für ungiltig erklärt worden, die der §. 80 der Anweisung für die geistlichen Gerichte aufzählt, so sind die Rechtsverhältnisse der Kinder so zu regeln, als hätte eine Trennung des Ehebandes stattgefunden.

Auch ist der schuldblose Theil berechtigt, von dem schuldtragenden Theile eine Entschädigung zu verlangen.

§. 52.

Ueber die Entschädigung, welche der schuldtragende Theil dem schuldblosen zu leisten hat, die Versorgung der Kinder und überhaupt alle aus der Ungiltigerklärung entstehenden Vermögensfragen, sowie über die Thatsache der schuldblosen Unwissenheit, in soweit von derselben bürgerliche Rechte abhängen, entscheidet das weltliche Gericht.

§. 53.

Die Ungiltigerklärung der Ehe ist im Trauungsbuche anzumerken, und zwar, wenn die Ehe an einem dritten Orte, wo keiner von beiden Eheverbern eingepfarrt war, geschlossen wurde, nicht nur im Trauungsbuche der Pfarre, wo die Eheschließung stattfand, sondern auch in dem des Pfarrers, welcher die Ermächtigung zur Trauung ertheilt hat.

§. 54.

Wenn Jemand, sei es auch zur Begründung von bloß bürgerlichen Rechtsansprüchen, die Richtigkeit eines Urtheiles behauptet, welches bei Lebzeiten beider Gatten, oder doch in Folge einer Untersuchung, die bei Lebzeiten beider Gatten anhängig wurde, über die Giltigkeit der Ehe von dem katholischen Ehegerichte gefällt worden ist, so hat er sich deshalb an das geistliche Gericht zu wenden.

§. 55.

Wird eine Ehe erst nachdem sie bereits durch den Tod getrennt ist, vor dem kirchlichen Gerichte bestritten und von demselben für ungiltig erklärt, so äußert dieß Urtheil auf die bürgerlichen Rechtswirkungen der Ehe keinen Einfluß. Wenn demnach Jemand zur Begründung von bürgerlichen Rechtsansprüchen die Ungiltigkeit einer Ehe behauptet, welche vor ihrer durch den Tod erfolgten Auflösung entweder gar nicht, oder ohne Erfolg in Frage gestellt wurde, so hat das Gericht, welchem die Entscheidung über die streitigen Rechte zusteht, zu diesem Zwecke auch die Giltigkeit der Ehe zu beurtheilen, und die Entscheidung desselben ist für die bloß bürgerlichen Rechtswirkungen der Ehe maßgebend.

Bei dieser Verhandlung ist, wenn die Ehe nach der Kundmachung dieses Gesetzes geschlossen oder zwar früher geschlossen, aber über diesen Zeitpunkt hinaus fortgesetzt worden ist, die Giltigkeit derselben nach dem Kirchengesetze zu beurtheilen, jedoch können jene Hindernisse, welche der §. 80 der Anweisung für die kirchlichen Ehegerichte aufzählt, ferner jene, welche bei Lebzeiten der Ehegatten entweder thatsächlich oder durch die erhaltene Nachsicht behoben wurden, endlich jene, welche nur von den Ehegatten, oder von einem derselben angeregt werden dürfen, nicht geltend gemacht werden.

§. 56.

Wenn beide Gatten einem nichtkatholischen Religionsbekenntnisse zugethan sind, so entscheidet über die Giltigkeit ihrer Ehe das Gericht, welches für die Ehesachen ihrer Glaubensverwandten das zuständige ist. Hat aber bei Schließung der Ehe wenigstens Ein Theil der katholischen Kirche angehört, oder sind beide Gatten in die katholische Kirche eingetreten und haben sie später wieder verlassen, so können Hindernisse, welche dem Kirchengesetze fremd sind, als Grund der Ungiltigkeit nicht angeführt werden.

§. 57.

Das Band einer Ehe, bei deren Eingehung wenigstens Ein Theil der katholischen Kirche angehört hat, kann auch dann nicht getrennt werden, wenn in Folge einer Aenderung des Religionsbekenntnisses beide Theile einer nichtkatholischen Kirche oder Religionsgesellschaft zugethan sind. Ingleichen kann eine Ehetrennung nicht stattfinden, wenn zwei Personen, die sich als nichtkatholische Christen ehelichten, in die katholische Kirche eingetreten sind, sei es auch, daß in der Folge sich beide wieder einem nichtkatholischen Religionsbekenntnisse zugewendet haben.

§. 58.

Wird eine Ehe dadurch getrennt, daß der Eine Gatte vor Vollziehung derselben die feierlichen Gelübde ablegt, so verbleibt dem anderen bis zu seiner allfälligen Wiederverheichung das Recht auf den anständigen Unterhalt. Die Ehepacte sind, in soweit darüber kein Vergleich getroffen wird, für beide Theile erloschen.

§. 59.

Bei allen Ehen zwischen Katholiken, dann bei Ehen zwischen einer katholischen und einer nichtkatholischen Person, wofern zur Zeit der Verheichung wenigstens Eine von beiden katholisch war, muß der Gatte, welcher rechtmäßige Gründe zur Scheidung von Tisch und Bett zu haben glaubt, seine Klage bei dem katholischen Ehegerichte anbringen.

§. 60.

Auf Einschreiten des Ehegerichtes hat die Personal-Instanz des geklagten Gatten der Gattin und den Kindern bis zur Entscheidung der Sache den anständigen Unterhalt anzuweisen. Uebrigens kann, wenn und wie immer ein Gatte durch das Zusammenleben mit dem anderen dringend gefährdet ist, der ordentliche Richter, und nach Gestalt des Falles auch die Sicherheitsbehörde demselben auf sein Ansuchen einen abgesonderten Wohnort gestatten; doch ist das Ehegericht von der getroffenen Verfügung sogleich in Kenntniß zu setzen.

§. 61.

Das zuständige Ehegericht hat in jedem auf Scheidung lautenden Erkenntnisse auszudrücken, ob und in wie weit beide Ehegatten oder Einer derselben Schuld tragen.

§. 62.

Die ausgesprochene Scheidung ist von dem geistlichen Gerichte der Personal-Instanz der Gatten mitzutheilen und bringt alle Rechtswirkungen hervor, welche nach den bestehenden Gesetzen durch die gerichtliche Scheidung begründet werden.

§. 63.

Nachdem auf Scheidung erkannt worden ist, soll der Richter den Versuch machen, die Streitigkeiten welche über die Absonderung des Vermögens, die Versorgung der Kinder, oder andere Forderungen entstehen, durch Vergleich beizulegen. Sind die Parteien zu einem Vergleiche nicht zu bewegen, so hat er sie zu dem ordentlichen Verfahren anzuweisen, inzwischen aber der Gattin und den Kindern den anständigen Unterhalt auszumessen, oder auch die schon getroffene Bestimmung bis zur Beendigung des Rechtsstreites zu erstrecken.

§. 64.

Hinsichtlich der Entschädigungsansprüche und aller das Vermögen betreffenden Streitigkeiten, welche durch die Ungiltigerklärung einer Ehe oder durch die Scheidung von Tisch und Bett veranlaßt werden, steht es den Parteien frei, das Ehegericht zum Schiedsgerichte zu wählen.

Ueber einen solchen Vergleich muß stets eine Urkunde aufgesetzt werden, und wenn dieß beobachtet worden ist, so kann kein Theil ohne Bewilligung des anderen zurücktreten. Doch bedürfen Minderjährige zu dem Vergleiche der Genehmigung ihres Vaters oder Vormundes und der Vormundschaftsbehörde. Von dem schiedsrichterlichen Ausspruche findet keine Berufung Statt; es kann aber eine Klage auf Nichtigkeit vor dem ordentlichen Richter angestellt werden.

§. 65.

Wenn die geschiedenen Ehegatten sich wieder vereinigen, so wird das geistliche Gericht die Personal-Instanz derselben hievon in Kenntniß setzen.

§. 66.

Wenn von zwei Personen, welche sich als nichtkatholische Christen geehelicht haben, die Eine in die katholische Kirche eintritt, so hat jeder Theil seine allfällige Scheidungsklage bei dem Ehegerichte anzubringen, welchem er in Folge seines Religionsbekenntnisses untersteht. Auch kann der nichtkatholische Theil nach den Vorschriften des Ehegesetzes, dem er unterworfen ist, die Trennung des Ehebandes bei seinem Ehegerichte verlangen. Beschwerden wegen verweigerten oder eigenmächtig aufgehobenen Zusammenlebens gehören vor das Ehegericht des Geklagten.

§. 67.

Das rechtskräftige, auf Scheidung oder Trennung lautende Urtheil des Ehegerichtes eines Gatten ist für beide Theile entscheidend. Die von dem Ehegerichte des nichtkatholischen Gatten ausgesprochene Trennung der Ehe dem Bande nach hat jedoch für den katholischen Theil in Betreff der ehelichen Lebensgemeinschaft nur die Wirkung der lebenslänglichen Scheidung von Tisch und Bett.

§. 68.

Wenn das katholische Ehegericht auf lebenslängliche Scheidung von Tisch und Bett erkennt, so kann der nichtkatholische Theil auf Grund dieses Urtheiles bei seinem Ehegerichte um Trennung des Ehebandes nachsuchen. Er kann jedoch zu keiner neuen Ehe schreiten, bevor die Trennung von seinem Ehegerichte ausgesprochen worden ist.

§. 69.

Ist in dem Urtheile des katholischen Ehegerichtes der nichtkatholische Gatte als schuldtragend an der Scheidung bezeichnet worden, so hat auf dessen Ansuchen über die Thatsache der Schuld, in soweit darauf Vermögensansprüche gegründet werden, der ordentliche Richter zu erkennen.

Dies gilt auch in dem Falle, wenn über die Klage des nichtkatholischen Theiles das geistliche Ehegericht desselben den katholischen Theil als schuldtragend an der Scheidung oder Trennung der Ehe erklärt hat.

§. 70.

Kommt zwischen den Ehegatten in Beziehung auf ihre Vermögensverhältnisse kein Vergleich zu Stande, so finden die Bestimmungen der §§. 1264 oder 1266 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches Statt, je nachdem beide Ehegatten nur als von Tisch und Bett geschieden zu betrachten sind, oder die Ehe rücksichtlich des nichtkatholischen Gatten getrennt ist. In letzterem Falle kann auch der katholische Theil, obgleich er für schuldlos erkannt wurde, auf die gesetzliche Erbfolge (§. 757 — 759 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches) keinen Anspruch machen.

§. 71.

Hat das geistliche Gericht auf Einschreiten des katholischen Theiles die Scheidung auf unbestimmte Zeit erkannt, und ist nach Ablauf von mehr als drei Jahren noch keine Aussicht vorhanden, daß der katholische Gatte in die Wiedervereinigung einwilligen werde, so kann der nichtkatholische Theil bei seinem Ehegerichte die Trennung nachsuchen. Hat derselbe aber zu der Scheidung durch eine Handlung Anlaß gegeben, welche den schuldlosen katholischen Theil, wofern er nicht in die katholische Kirche eingetreten wäre, zur Klage auf Trennung oder auf Scheidung von Tisch und Bett berechtigt hätte, so sind nach erfolgter Trennung die Vermögensverhältnisse so zu ordnen, als trüge der nichtkatholische Gatte an der Trennung Schuld. Sonst sind die Vermögensfragen nach dem ersten Absätze von §. 1266 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches zu behandeln; wofern aber Umstände obwalten, welche die Weigerung, sich wieder zu vereinigen, rechtfertigen und der katholische Theil kein zu seinem anständigen Unterhalte ausreichendes Vermögen besitzt, so hat der nichtkatholische demselben nach Maßgabe seines Vermögens einen jährlichen Betrag zu entrichten, welchen der ordentliche Richter nach billigem Ermessen festsetzen wird.

§. 72.

Wünschen die Ehegatten, nachdem das Ehegericht des nichtkatholischen Theiles die Trennung ausgesprochen hat, sich wieder zu vereinigen, so haben sie ihren Entschluß bei dem Ehegerichte des katholischen Theiles anzuzeigen und von dem Ehegerichte, welches die Trennung ausgesprochen hat, die Aufhebung seines Erkenntnisses zu erwirken. Sobald dies geschehen ist, treten alle bürgerlichen Wirkungen der Ehe von Neuem in Kraft; nur leben die früheren Ehepacte nicht wieder auf.

Von der Wiedervereinigung ist der ordentliche Richter in Kenntniß zu setzen.

§. 73.

Wenn ein Ehemann, welcher außer dem Falle des §. 121 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches seine Gattin bereits von einem Anderen geschwängert findet, sogleich nach Entdeckung dieses Umstandes den ehelichen Umgang mit ihr einstellt und binnen Einem Monate die Klage auf Scheidung anhängig macht, so sollen im Falle, daß die Scheidung nicht ausgesprochen würde, auf sein bei dem ordentlichen Gerichte anzubringendes Ansuchen die bloß bürgerlichen, durch seine Verehelichung begründeten Rechtsverhältnisse so geordnet werden, als habe eine von der Gattin verschuldete Scheidung von Tisch und Bett stattgefunden.

Die gleiche Bestimmung findet zu Gunsten des schuldblosen Eatten im Falle des §. 12 Statt.

§. 74.

Ein katholischer Oesterreicher kann bei einer Verehelichung im Auslande jene Form der Eheschließung, welche die Landesgesetze vorschreiben oder gestatten, in so weit zur Richtschnur nehmen, als dieselbe den Bedingungen entspricht, an welche das katholische Kirchengesetz in dem Lande, wo die Ehe geschlossen wird, die Giltigkeit der Ehe knüpft. In Allem, was nicht bloß die Form der Eheschließung betrifft, bleibt er an die Vorschriften dieses Gesetzes gebunden. Auch hat er, wenn er noch nicht ein volles Jahr im Auslande wohnhaft ist, dafür zu sorgen, daß seine bevorstehende Ehe an jenem Orte des Inlandes, wo er zuletzt seinen Wohnsitz gehabt hat, drei Mal verkündet werde.

§. 75.

Wenn ein österreichischer Staatsbürger, welcher sich im Auslande verehelicht hat, in das Kaiserthum zurückkehrt, so ist er verbunden, die Vormerkung seiner Ehe in dem Trauungsbuche der Pfarre, wo er seinen Wohnsitz nimmt, zu erwirken.

§. 76.

Wenn eine Ehe für ungiltig erklärt, oder durch des Mannes Tod aufgelöst wird, so kann die Frau, wosfern sie schwanger ist, nicht vor ihrer Entbindung und wenn über ihre Schwangerschaft ein Zweifel entsteht, nicht vor Ablauf des sechsten Monates zu einer neuen Ehe schreiten. Ist jedoch nach den Umständen, oder nach dem Zeugnisse der Sachverständigen ein Vorhandensein der Schwangerschaft nicht wahrscheinlich, so kann nach drei Monaten Nachsicht ertheilt werden; und zwar im Falle der Ungiltigerklärung von der Landesstelle, und in Orten, wo sich keine Landesstelle befindet, von der Kreisbehörde, im Falle aber, daß der Tod des Mannes die Ehe aufgelöst hat, nur von der Landesstelle und nur aus höchst dringenden Gründen.

§. 77.

Wird diese Vorschrift übertreten, so verliert die Frau ihren Anspruch auf die ihr von dem vorigen Manne durch Ehepacte, Erbvertrag oder letzten Willen zugewendeten Vortheile und beide Theile sind mit einer den Umständen angemessenen Strafe zu belegen; der Mann aber verliert das ihm im Falle des §. 73 vorbehaltene Recht.

Wird in einer solchen Ehe ein Kind geboren und es ist wenigstens zweifelhaft, ob es nicht von dem vorigen Manne gezeugt worden sei, so ist demselben ein Curator zur Vertretung seiner Rechte zu bestellen.

Anhang II.

Anweisung

für die geistlichen Gerichte des Kaiserthums Oesterreich in Betreff der Ehesachen. *)

*) Dieser Anhang II. von §. 1. bis einschließlich §. 251. ist schon vorne mit dem deutschen und lateinischen Texte von Seite 1. bis Seite 30. abgedruckt.



Lauch, t. 7. 1856.

Lauch

Die Geschichte des Lauchens (Lach) in der Gegend von Ljubljana

